

Deeg/Dierkes (Hg.)  
*Bedingungslos für Israel?*

## **Die HerausgeberInnen**

*Sophia Deeg*, Jg. 1951, Übersetzerin, Autorin, aktiv in den internationalen Netzwerken für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser.

*Hermann Dierkes*, Jg. 1949, seit 1970 in der politischen Linken aktiv. Verwaltungslehre, Arbeit im öffentlichen Dienst, Abitur auf dem 2. Bildungsweg. Nach zuletzt 30 Jahren Arbeit in der Stahlindustrie Vorruehändler. Bekannter IG Metall-Gewerkschafter in Duisburg. Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg seit 1999.

Sophia Deeg/Hermann Dierkes (Hg.)

# *Bedingungslos für Israel?*

Positionen und Aktionen  
jenseits deutscher Befindlichkeiten



HerausgeberInnen und Verlag danken dem Verein zur Förderung emanzipatorischer Literatur e.V. in Frankfurt/M. für seine finanzielle Unterstützung.

Covermotiv: „Gaza stripe“ (2005), Technik: Carbarundum  
© Sigrid Valtingojer, Reykjavik

Für die Abdruckerlaubnis von Beiträgen bedanken wir uns bei:  
Edition Nautilus, Hamburg  
Verlag Frank & Timme, Berlin  
Fritz Edlinger, *International* – Die Zeitschrift für internationale Politik, Wien  
*Sozialistische Zeitung* (SoZ), Köln  
und den Tageszeitungen *junge Welt* und *Neues Deutschland*, beide Berlin

© für den Beitrag von Eyal Weizman: Edition Nautilus, Hamburg  
© für den Beitrag von Hajo G. Meyer: Verlag Frank & Timme, Berlin

#### Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-89 900-134-1

#### *ISP*

---

Neuer ISP Verlag GmbH Köln/Karlsruhe  
Belfortstraße 7, D-76133 Karlsruhe  
e-mail: [Neuer.ISP.Verlag@t-online.de](mailto:Neuer.ISP.Verlag@t-online.de)  
Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

Der Neue ISP Verlag ist Mitglied der assoziatiion Linker Verlage (aLiVe).

Originalausgabe, Februar 2010  
© Sophia Deeg, Hermann Dierkes und Neuer ISP Verlag GmbH  
Satz: Neuer ISP Verlag GmbH  
Umschlaggestaltung: Druckcooperative, Karlsruhe  
Gesamtherstellung: Difo-Druck, Bamberg

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Verwertung ohne Zustimmung der HerausgeberInnen und des Verlags ist unzulässig.

# Inhalt

<i>Vorwort der HerausgeberInnen</i>	
Bitinische Verhältnisse.....	9
<b>I. Der „Fall Dierkes“ - oder: Die Linke, DIE LINKE und ihr deutscher Sonderweg .....</b>	<b>15</b>
<i>Hermann Dierkes</i>	
Ein Fall von Rufmord, Wegducken – und Solidarität.....	15
<i>Hermann Dierkes</i>	
Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück: kritischer Kommentar zum Positionspapier der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu Nahost .....	20
<i>Volkhard Mosler</i>	
Eine Replik auf Gregor Gysis Rede von der Staatsräson .....	23
<i>Yossi Wolfson</i>	
Ein Brief an „die wahre deutsche Linke“ .....	30
<b>II. Maßnahmen gegen die Wahrheit – Maßnahmen für die Wahrheit .....</b>	<b>35</b>
Eine andere Sichtweise tut Not	
Gespräch von <i>Sophia Deeg</i> mit <i>Mustafa Barghuthi</i> .....	36
<i>Mohammed Khatib</i>	
Der gewaltfreie Widerstand wächst – die israelische Repression nimmt zu...39	
<i>Sophia Deeg</i>	
Hörensagen, Andeutungen und Falschzitate – die Kampagne gegen Ludwig Watzal.....	42
Die Lehre aus dem Holocaust: „Menschlichkeit und menschliche Solidarität.“	
Gespräch von <i>Ludwig Watzal</i> mit <i>Felicia Langer</i> .....	46
<i>Anarchists Against The Wall</i>	
Israelisches Außenministerium im Internet .....	51
<i>Tsafrir Cohen</i>	
Breaking the Silence.....	52
<b>III. Gegen Argumentations- und Denkverbote.....</b>	<b>56</b>
<i>Hajo G. Meyer</i>	
Der Sonderstatus Israels, der Missbrauch von Begriffen und die Folgen – Versuch einer Richtigstellung .....	56

<i>Brian Klug</i>	
Was es bedeutet zu sagen, Israel habe ein Existenzrecht .....	63
<i>Jeff Halper</i>	
Ein „überflüssiges Volk“ zwischenlagern.....	74
<i>Michael Warschawski</i>	
Ein entscheidender Faktor in kolonialen Konflikten: Opposition von innen .....	80
<i>Assav Adiv</i>	
Das post-zionistische Israel – die Regeln haben sich geändert .....	82
<b>IV. Palästina/Israel, europäische und deutsche Geschichte – welche Konsequenzen? .....</b>	<b>88</b>
<i>Brian Klug</i>	
Eine jüdische Herangehensweise an die Menschenrechte und Israel/Palästina .....	88
<i>Rolf Verleger</i>	
Position der Stärke oder Position der Verantwortung.....	97
<i>Otfried Nassauer</i>	
Besondere Beziehungen – die deutsch-israelische Rüstungskooperation ....	100
<i>Enzo Traverso</i>	
Der Stern als Brandzeichen – über den neuen Antisemitismus .....	113
<b>V. Was geschah in Gaza?.....</b>	<b>123</b>
<i>Mustafa Barghuthi</i>	
Palästinas Guernica und die Mythen von Israel als Opfer .....	124
<i>Norman Paech und Kerstin Seifer</i>	
Israel und Palästina – die aktuelle Lage aus völkerrechtlicher Perspektive ..	129
<i>Eyal Weizman</i>	
Rechtskrieg in Gaza: der gesetzgebende Angriff.....	145
<i>Norman Paech</i>	
Bericht von einer Reise nach Palästina und Israel vom 3. bis 10. Oktober 2009.....	152
<b>VI. Die internationalen Bewegungen für gleiche Rechte – auch in Palästina/Israel .....</b>	<b>163</b>
Die Versammlung der sozialen Bewegungen beim Weltsozialforum 2009 in Belém – Deutsche abwesend .....	163
Abschlusserkklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen: Wir zahlen nicht für die Krise. Die Reichen müssen zahlen!.....	164
<i>Art Young</i>	
Israel-Lobby alarmiert: Boykott, Desinvestition, Sanktionen (BDS) – die Kampagne erstarkt.....	167

<i>Omar Barghuthi</i>	
Der Ruf der Palästinenserinnen und Palästinenser nach einem Boykott Israels findet immer mehr Anhänger .....	176
<i>Martin Forberg</i>	
Überlegungen zu BDS in Deutschland .....	181
<i>Michael Warschawski</i>	
Ja zu BDS – eine Antwort auf Uri Avneri.....	183
Für Völkerrecht und Menschenrechte: Boykott – Investitionsstopp – Sanktionen gegen Israel (Flugblatt) .....	187
„Kairoer-Erklärung“ der TeilnehmerInnen des Gaza Freedom March .....	190
<b>Anhang.....</b>	<b>192</b>
Dokumente .....	192
<i>Dokument 1</i>	
Offener Brief der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost Wie hält es die Ev. Kirche in Duisburg mit der Meinungsfreiheit? .....	192
<i>Dokument 2</i>	
Offener Brief von Hermann Dierkes an die Unterzeichner der Erklärung „Mit Boykottaufrufen ist eine Lösung im Nahost-Konflikt nicht zu erreichen“ .....	196
<i>Dokument 3</i>	
Persönliche Stellungnahme von Hermann Dierkes zum WAZ-Artikel vom 24.02.2009.....	202
<i>Dokument 4</i>	
Offener Brief des Palästinensischen Nationalen Komitees für BDS an DIE LINKE .....	203
<i>Dokument 5</i>	
Über Antisemitismus, Boykottmaßnahmen und den Fall Hermann Dierkes – Ein Offener Brief von jüdischen FriedensaktivistInnen .....	206
<i>Dokument 6</i>	
Entscheidung des Beschwerdeausschusses 1 des Presserates in der Beschwerdesache BK1-133/09 .....	208
Anmerkungen.....	211
Literaturverzeichnis.....	219
AutorInnen und Autoren.....	222

Für *Bassem Abu Rahme*

aktiv im gewaltfreien Widerstand des palästinensischen Dorfs Bil'in gegen die Apartheidmauer. Er wurde am 17. April 2009 im Alter von 29 Jahren während einer Demonstration von einem Tränengasgeschoss der israelischen Armee getötet. Er hatte versucht, mit den Soldaten zu sprechen, um Schaden von anwesenden Kindern abzuwenden.

## **Bitinische Verhältnisse**

In seiner satirischen Erzählung „Zensur in Bitinien“ schildert Primo Levi\* ein Land, dessen mit der Zensur betraute Beamte zunehmend unter spezifischen berufsbedingten Deformationen leiden. Zunächst versucht man mittels einer modernen elektronischen Einrichtung Abhilfe zu schaffen, die den geplagten Zensoren die Arbeit abnimmt. Das Gerät reagiert mechanisch auf bestimmte Stichworte, wobei gewisse Worte bzw. „Bedeutungsschablonen“, die von der Maschine erkannt werden, „die unverzügliche Verhaftung und Hinrichtung des Autors und des Verlegers durch den Strang“ zur Folge haben. In quantitativer Hinsicht arbeitet die Maschine vortrefflich, doch ihr unterlaufen, wie man sich unschwer vorstellen kann, qualitativ schwerwiegende Fehler. Sie ist einerseits durch gewitzte Autoren, Künstler etc. leicht zu überlisten, andererseits liefert sie mechanisch manch einen an den Strang, der das auch nach den strengen Zensurbestimmungen von Bitinien nicht verdient hätte. Die unermüdliche bitinische Forschung und die Zensurbehörde finden auch da eine Lösung: Entsprechend abgerichtete Tiere sind in der Lage, eine Auswahl zu treffen. Dabei stellt sich allerdings heraus, dass die dem Menschen näherstehenden Säugetiere wegen ihrer „Vorliebe für gewisse geistige Kategorien“ und überhaupt „eine(s) esprit de finesse, der für Zensurzwecke zweifellos von Schaden wäre“, nicht so gut geeignet sind wie das gewöhnliche Haushuhn. Die kostengünstig anzuschaffenden und zu haltenden Hühner, „können eine rasche und sichere Auswahl vornehmen, befolgen peinlich genau die ihnen aufgetragenen Gedankenschemata und sind wegen ihres kühlen und ruhigen Wesens sowie aufgrund ihres flüchtigen Gedächtnisses nicht störungsanfällig“.

Übrigens beklagt Levi gleich zu Beginn seiner Erzählung „das farblose kulturelle Leben“ in Bitinien.

BürgerInnen der Bundesrepublik sind bisher in mehr als einer Hinsicht glücklicher dran als die BitinierInnen. In Deutschland ist heute auch niemand in der bedauernswerten Lage der überlasteten bitinischen Zensoren, die unter der Bürde ihrer an Geist und Körper krank machenden Tätigkeit leiden. „Moderne elektronische Einrichtungen“ – wie sie sich Primo Levi in den 60er Jahren ausmalte – übernehmen die Fahndung nach gewissen kriminellen, die Sicherheit des Staates und seiner Bürger tatsächlich oder vermeintlich bedrohenden Machenschaften. Diese wiederum, deren sich heutzutage Kinderpornographen oder Terroristen bedienen, konnte sich Levi noch nicht vorstellen. Für solche durch eine staatliche Kontrolle der Kommunikation indizierten

\* Primo Levi, *Das Maß der Schönheit*, München/Wien 1997, S. 18 ff.

Inhalte mag die „elektronische Einrichtung“, die auf gewisse Worte oder „Bedeutungsschablonen“ reagiert, funktional sein, wenn auch möglicherweise gewitzte Internetkriminelle die bornierte Maschine überlisten dürften, aber das soll hier nicht unsere Sorge sein. Auch zerbrechen wir uns nicht den Kopf darüber, wie der Verfassungsschutz seine MitarbeiterInnen vor einschlägigen beruflichen Deformationen schützt, die mit der Auskundschaftung und Kategorisierung verfassungsfeindlicher Personen, Inhalte oder Parteien verbunden sein mögen, – einer komplexen Tätigkeit, die einen gewissen esprit de finesse erfordert und derer man sich vermutlich nicht einfach durch den Einsatz von elektronischen Einrichtungen oder der kostengünstigen Hühner entledigen kann.

Es geht uns vielmehr darum festzustellen, dass wir in der Bundesrepublik heutzutage in der glücklichen Lage sind, eine Zensur weder ausüben noch erleiden zu müssen (oder zu dürfen), die die „unverzügliche Verhaftung und Hinrichtung“ des Ertappten zur Folge hätte.

Um so verwunderlicher ist es, dass eine solche Zensur in Deutschland beinahe lückenlos ausgeübt wird und wirkt. Dies, obwohl niemand die bitinischen Konsequenzen zu gewärtigen hat, und obwohl es nicht einmal eine Zensurbehörde gibt, sondern nur die Öffentlichkeits- und Lobbytätigkeit oder Propaganda eines befreundeten Staates, die gewisse Sprachregelungen und Interpretationen nicht vorschreibt, sondern nur nahelegt. Obwohl niemand gezwungen ist, sich diesen Empfehlungen anzuschließen, auch wenn sie mit großem Nachdruck vorgetragen werden, geschieht dies annähernd geschlossen und in vorauseilendem Gehorsam – offenbar dank einer tief sitzenden deutschen Neigung.

Die selbe intensive Öffentlichkeitsarbeit Israels, die hierzulande so aufgegriffen wird und wirkt, als wäre sie die Heilige Inquisition, ist bekanntlich auch in vielen anderen Ländern und in Institutionen weltweit präsent, doch lassen sich in Großbritannien, in Frankreich, in den USA, in Israel, in Kanada, in Norwegen etc. ebenso viele und gewichtige Stimmen vernehmen, die andere Deutungen, Kategorien und Schlussfolgerungen äußern als die von einem bestimmten Staat und seiner Armee propagierten. Wie nicht anders zu erwarten, müssen sie mit kräftigem Gegenwind rechnen, doch lassen es sich Journalisten, Wissenschaftler, kritische Intellektuelle in anderen Ländern trotzdem nicht nehmen, israelische Regierungsverlautbarungen oder Stellungnahmen pro-israelischer Institutionen lediglich als *eine* Stimme, *eine* Version, eine Interpretation dessen, was im Nahen Osten geschieht, zu behandeln.

Dass ein Staat Öffentlichkeitsarbeit macht und Lobbyismus betreibt, um seine Politik positiv darzustellen, ist normal und legitim. Ein Staat, der einerseits einen völkerrechtswidrigen Dauerangriff gegen eine Bevölkerung unter seiner Besatzung führt und sich andererseits als Teil der „westlichen“, „demokratischen“ Staatengemeinschaft definiert und tatsächlich für einen Großteil seiner BürgerInnen demokratisch verfasst und ein Rechtsstaat mit weitgehen-

der Meinungs- und Pressefreiheit ist, muss offensichtlich besonderes Gewicht auf eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit legen. Israel ist keine primitive Diktatur, die dumpf und ohne jeglichen esprit de finesse Menschen- und Völkerrecht mit Füßen treten und sich nicht darum scheren würde, was seine BürgerInnen und die Welt davon halten, dass es ein Vorreiter bei solchen Verstößen ist.

Als die israelische Armee zur Jahreswende 2008/9 die gefangene und wehrlose Bevölkerung des Gaza-Streifens angriff, wurden selbst die unkritischsten deutschen Anhänger Israels, während der Überfall Tag um Tag und Woche um Woche unsäglichere Formen annahm, schweigsam. Erschrecken und Betroffenheit angesichts der Leiden der Menschen und vor allem die Ratlosigkeit und Verwirrung nahmen zu. Die Ratlosen und Verwirrten konnten nur auf ein baldiges Einhalten seitens der israelischen Armee in ihrer „überzogenen Reaktion“ hoffen – und darauf, dass gewisse palästinensische Kräfte den wieder aufgenommenen Beschuss israelischer Städte mit selbstgebastelten Raketen beibehielten oder verstärkten. Denn nur darauf war und ist die deutsche Öffentlichkeit vorbereitet (und bereiten Medien, Experten und die Politik sie vor): Israel bedingungslos zu unterstützen. Dabei spielen argumentative Versatzstücke wie das von der „Gewaltspirale“, das der „beiden (grundsätzlich vergleichbaren) Seiten“, das eines Israel, das sich gegen massive, gar Existenz bedrohende Angriffe verteidigen müsse, eine wichtige Rolle.

Fast überall auf der Welt – einschließlich in Israel – waren AktivistInnen in der Lage, angesichts der Massaker in Gaza aktiv zu reagieren. Ganz anders in Deutschland, wo viele nur betreten schwiegen – oder sich zu blinden Solidaritätsbekundungen mit Israel hinreißen ließen. In Israel selber blockierten AktivistInnen die Zufahrtsstraßen zu dem Militärstützpunkt, von dem aus die Angriffe auf Gaza geflogen wurden. Griechische Hafentarbeiter sorgten dafür, dass ein mit Waffen für Israel beladenes Schiff nicht auslaufen konnte, ihre norwegischen Kollegen traten ebenfalls in Aktion, kanadische Aktivistinnen besetzten israelische Konsulate und überreichten den israelischen Vertretern Ausreisebescheide angesichts der Verbrechen ihres Staates. Überall auf der Welt bestanden bereits Kampagnen für einen Boykott Israels, mit dem Ziel, es zur Einhaltung des internationalen Rechts zu zwingen. Aus vielen Ländern sind in den letzten Jahren Tausende AktivistInnen in Palästina gewesen, haben Erfahrungen mit der Besatzung gemacht, den gewaltfreien Widerstand gegen die Mauer kennen gelernt und daran teilgenommen. Überall auf der Welt finden schon lange solidarisch geführte, offene Debatten darüber statt, was die Besatzung ist, wie sie funktioniert, wie man ihr entgegentreten kann und worum es im israelisch-palästinensischen Konflikt tatsächlich geht. Debatten wurden und werden geführt darüber, wie Israel/Palästina mit „uns“ zusammenhängt, welche Verantwortung „wir“ tragen, warum es „uns“ so nah ist und berührt, sei es uns als EuropäerInnen, als US-AmerikanerInnen, sei es uns als BürgerInnen der Länder, die erneut besetzt und kolonialisiert werden, uns als vom Zugang zu Rechten, zu Ressourcen, zu Land und Nah-

rung Ausgeschlossenen, uns als rassistisch Diskriminierten. Nicht zuletzt Juden und Jüdinnen, die sich durch die vereinnahmende Ideologie des Staates Israel ihrer Traditionen, ihrer Identitäten, ihrer Unterschiede beraubt sehen, tragen wesentlich zu diesen Debatten bei und engagieren sich zusammen mit PalästinenserInnen und anderen gegen das israelische Apartheidsystem. Auch die Debatten, ob und unter welchen Bedingungen die Kritik an Israel antisemitisch sein oder Antisemitismus fördern könnte, wurden und werden geführt. Das alles bedeutet: Als die israelischen Angriffe auf das Leben und die Rechte der PalästinenserInnen zur Jahreswende 2008/09 einen neuen vorläufigen Höhepunkt erreichten, waren weltweit viele Menschen, linke Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen so vorbereitet, dass sie protestieren und aktiv werden konnten.

Davon und mit welchen Argumenten diese Debatten überall auf der Welt – und in Deutschland noch viel zu zaghaft – geführt werden, möchte die vorliegende Textsammlung (besonders im letzten Kapitel) einen Eindruck vermitteln, um zu ermutigen: Gerade als Linke, gerade als Antirassisten, gerade als Deutsche, die sich wegen der deutschen Geschichte besonders verantwortlich fühlen, wenn es um die Diskriminierung und Verfolgung wie auch immer definierter „Anderer“ geht, dürfen und sollten wir diese Debatten zur Kenntnis nehmen und daran teilnehmen. Der „Schlaf der Vernunft“ ermöglicht die Verbrechen, in der Vergangenheit wie aktuell.

Deshalb haben wir der Begriffsklärung, gewissen Argumentationsweisen, den dahinter stehenden Interessen und ihren Auswirkungen einen breiten Raum gewidmet (Kapitel III).

Während des Gaza-Feldzugs der israelischen Armee regte sich keine Stimme eines deutschen Intellektuellen und kaum eine kritische Stimme eines deutschen Politikers. Als *eine* Stimme auf die seit Jahren entwickelten Überlegungen des Weltsozialforums Bezug nahm, wie die Zivilgesellschaften dem internationalen Recht zu seinem Recht verhelfen könnten, fielen die bitinischen Hühner über sie her, befolgten „peinlich genau die ihnen aufgetragenen Gedankenschemata“ und erwiesen sich „wegen ihres kühlen und ruhigen Wesens sowie aufgrund ihres flüchtigen Gedächtnisses“ als „nicht störungsanfällig“. Dieser Vorgang ist im Kapitel I dokumentiert, in Kapitel II sind es die annähernd bitinischen Verhältnisse, die in Deutschland auch ohne drohenden Strang zu herrschen scheinen, und die deutlich anderen Verhältnisse in Israel. Die zunehmend drastischen Maßnahmen gegen die Wahrheit begegnen überall auf der Welt, auch in Palästina und in Israel selber einem entschlossenen Widerstand und Offensiven für die Wahrheit.

Dass sich aus der deutschen und der europäischen Geschichte auch ganz andere Schlussfolgerungen ziehen lassen als die der bitinischen Hühner mit ihrem schematischen Herauspicken und ihrem allzu flüchtigen Gedächtnis, haben wir im Kapitel IV durch die Beiträge verschiedener AutorInnen und GesprächspartnerInnen zu zeigen versucht, die sich mit möglichen oder ihrer

Ansicht nach notwendigen Konsequenzen aus der deutschen und der europäischen Geschichte befassen.

Kapitel V liefert Informationen und Hintergründe, um den Angriff auf Gaza und die andauernde Belagerung einordnen, begreifen und eine Stellungnahme entwickeln zu helfen; um nicht in selbst auferlegter Ignoranz und Lähmung zu verharren.

Die Massaker in Gaza können kein „Gutes“ gehabt haben. Dennoch verbinden wir mit diesem Buch, das ein Jahr „nach Gaza“ erscheint, eine Hoffnung. Wir hoffen, dass es LeserInnen findet, die ihre Verstörung und ihr Mitgefühl angesichts der unerträglichen Bilder aus Gaza nicht verdrängen. Wir hoffen, dass es auf LeserInnen trifft, denen die hier versammelten Überlegungen und Erfahrungen Mut machen, Gaza nicht zu vergessen, als ZeitgenossInnen Verantwortung zu übernehmen und mit zu helfen, ein weiteres Gaza zu verhindern und einen gerechten Frieden in Nahost zu erlangen.



# Kapitel I

## Der „Fall Dierkes“ – oder: Die Linke, DIE LINKE und ihr deutscher Sonderweg

*Hermann Dierkes*

### Ein Fall von Rufmord, Wegducken – und Solidarität

Während der israelische Überfall auf den Gazastreifen in der Großen Koalition in Berlin, in der US-Regierung und der EU skrupellose Unterstützer fand, sich aber auch weltweit starke Proteste kundtaten, schoben Zeitungen der WAZ-Gruppe (Essen) Ende Februar 2009 eine Kampagne zur gnadenlosen Diffamierung jeglicher Kritik am israelischen Vorgehen an. Die Kampagne wurde von etlichen weiteren Medien aufgegriffen, darunter die *BILD*-Zeitung, der Berliner *Tagesspiegel* und der Deutschlandfunk. Gerade in NRW, aber auch darüber hinaus spielten parteipolitische Interessen dabei eine große Rolle. Die WAZ-Zeitungen – Herausgeber ist der ehemalige Minister und Kosovo-Beauftragte der Bundesregierung Bodo Hombach – sind durch ihre Nibelungentreue zum rechten SPD-Flügel bekannt, aber auch durchaus CDU-konform. Zunächst war ich als Vorsitzender der Ratsfraktion der LINKEN und Oberbürgermeisterkandidat das Ziel der in Duisburg begonnenen und schnell auf die NRW-Ebene hochgezogenen Kampagne. Aber mehr und mehr geriet auch der NRW-Landesverband der LINKEN insgesamt, der innerhalb der Linkspartei zum linken Flügel gehört, ins Fadenkreuz.

Ich sah mich einem regelrechten Rufmordfeldzug ausgesetzt, weil ich die menschenrechts- und völkerrechtswidrigen Untaten der israelischen Regierung und Armee in den besetzten Gebieten und während des Gaza-Überfalls kritisiere und eine Unterstützung für die weltweite Kampagne Boykott, Disinvestment und Sanktionen (BDS) für legitim und wirksam halte, um eine Wende hin zu einem gerechten Frieden zu erreichen. Die internationale BDS-Kampagne, die 2005 von über 170 Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft gestartet wurde, findet weltweite Unterstützung von Kirchenorganisationen, Gewerkschaften, Sozialbewegungen, linken Parteien. Zu den Unterstützern zählen auch viele jüdische Organisationen und Einzelpersonen. Das traditionelle Abschlussforum der sozialen Bewegungen vom Januar 2009 im brasilianischen Belém machte sich die BDS-Kampagne zu eigen (siehe Kapitel VI in diesem Buch).

Aus einem Interview mit einem Lokalredakteur der WAZ am 23.02.09 wurden Sätze so aus dem Zusammenhang gerissen und verfälscht, als hätte ich mich „bewusst“ in die kriminellen Naziboykotte gegen Juden eingereiht. Meine umgehenden Richtigstellungen wurden missachtet. Die Reaktion auf

den – wie sich bald herausstellte – gezielten Mediencoup folgte auf dem Fuße und entsprach in ihrer Hysterie und Massivität einer öffentlichen Steinigung. Politiker und Verbandssprecher aller Schattierungen beteiligten sich daran und forderten meinen Rückzug aus der Politik. Ich wurde wochenlang mit absurden und menschenverachtenden Stellungnahmen, Mails, Briefen und Anrufen, häufig islamophober Tendenz, bombardiert. Manche der Hasstiraden gipfelten in Morddrohungen. Jeder, der mich aus meiner 40jährigen politischen, gewerkschaftlichen und internationalistischen Arbeit kennt oder nur meine – auch im Internet – veröffentlichten Positionen zur Kenntnis nimmt, kann die Abwegigkeit der Anwürfe einschätzen.

Die Fälschungen, Diffamierungen und abwegigen Vergleiche in Teilen der Mainstream-Medien und auf dubiosen Internetseiten wie Political Incorrect oder Pro Zion NRW nahmen immer schrillere Formen an. Ich wurde als Judenhasser und „Freund der Terroristen“ bezeichnet und von der WAZ sogar in eine Reihe mit Holocaust-Leugnern gestellt. Manche eifernden „Israel-Freunde“ taten sich durch ihren mit Islamophobie gepaarten Philosemitismus hervor und benutzten dabei eine Sprache, deren chauvinistische Stereotypen direkt aus Nazi-Postillen à la Stürmer entnommen sein könnten und ihre rassistische Grundeinstellung offenbaren.

Den etablierten Parteivertretern und Mainstream-Medien, die in die Schmähekampagne einstimmten, ging es vor allem darum, einen aussichtsreichen OB-Kandidaten auszubooten und der LINKEN massiv Schaden zuzufügen. Als ich auch noch von mehreren Dutzend Politikern meiner Partei, der LINKEN, angegriffen wurde, darunter die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, Bodo Ramelow und Katja Kipping, trat ich von meiner OB-Kandidatur zurück, ohne meine Position zu revidieren. Rückblickend war es, als ob etliche, die während der Massaker an einer wehrlosen Zivilbevölkerung im Gazastreifen geschwiegen oder zugestimmt hatten, für ihr schlechtes Gewissen in mir Entlastung gesucht hätten. Ich wurde zum Sündenbock für ihr eigenes schmähhches Versagen, ihren politischen Opportunismus oder ihre Skrupellosigkeit. Es gab noch eine weitere Kategorie. Das waren diejenigen aus den verschiedenen politischen Lagern, die mich und meine Arbeit kennen, die Kampagne still bedauerten, sich aber wegduckten, um nur ja nicht Stellung nehmen zu müssen und auch noch in die Schusslinie zu geraten.

Die Kampagne ebte schließlich ab, aber Versuche, die LINKE über den „Fall Dierkes“ in die antisemitische Ecke zu stellen, flackern immer wieder auf. Hier nur einige Beispiele: So wurde in der Ausgabe der *Westfälischen Rundschau* vom 28.03.09 in einem Artikel über den Essener Landesparteitag die Behauptung aufgestellt, die NRW-LINKE habe einen „ausgeprägten Antisemitismus in ihren Reihen“ – selbstverständlich ohne Belege. Protestschreiben des Landesvorstands der LINKEN fanden keine Beachtung in der Essener Zentralredaktion. Ein Feature im Deutschlandradio rührte einen Cocktail zusammen, in dem der politischen Linken insgesamt ein antisemitisches „Ressentiment mit Tradition“ angehängt wurde. Von Stalin bis Dierkes wur-

de eine Linie gezogen. In seiner Juli-Ausgabe nahm *der Spiegel* in einem Interview mit Gregor Gysi wiederholt auf den „Fall Dierkes“ und den angeblichen Antisemitismus in der LINKEN Bezug. Ende September wettete der unsägliche und mit Verleumdungen überhaupt nicht zimperliche CDU-Generalsekretär in NRW, Wüst, wieder einmal gegen die LINKE, ein potenzielles Linksbündnis mit SPD und Grünen in NRW und behauptete, „es gibt antisemitische Tendenzen“ in der NRW-LINKEN.

Eine umfangreich dokumentierte Beschwerde, die ich beim Deutschen Presserat eingereicht hatte, wurde zu meinen Gunsten entschieden. Der Beschwerdeausschuss sprach am 08.09.09 einstimmig eine Missbilligung gegen die WAZ aus: „Presseethisch bewertet der Ausschuss den Verstoß gegen die publizistischen Grundsätze als so schwerwiegend, dass er gemäß § 12 Beschwerdeordnung eine Missbilligung ausspricht. Nach § 15 Beschwerdeordnung besteht zwar keine Pflicht, Missbilligungen zu veröffentlichen. Als Ausdruck fairer Berichterstattung empfiehlt der Beschwerdeausschuss jedoch eine solche redaktionelle Entscheidung.“ Der volle Wortlaut der Entscheidung des Beschwerdeausschusses findet sich im dokumentarischen Anhang dieses Buches.

Während der „heißen Phase“ der Auseinandersetzung erhielt ich nicht nur zahllose Schmähungen, sondern auch solidarische Unterstützung in der Presse der Linken wie der *jungen Welt* oder der *SoZ*. Die Auseinandersetzung wurde von der türkischsprachigen Presse aufgegriffen und erreichte sogar den arabisch-sprachigen TV-Sender Al Jazira. Solidarische Berichte fanden sich auch auf kritischen israelischen Internetseiten wie der vom Alternative Information Center in Jerusalem. Das palästinensische Nationalkomitee für die Kampagne BDS wandte sich mit einem kritischen Offenen Brief an die Partei DIE LINKE. Tausende Solidaritätsbeweise von Individuen und Organisationen erhielt ich aus der demokratischen Öffentlichkeit, aus der LINKEN sowie aus dem In- und Ausland. Besonders hervorheben möchte ich den Offenen Brief der *Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost* an örtliche Vertreter der Evangelischen Kirche sowie den Offenen Brief, der von 717 jüdischen BürgerInnen aus aller Welt unterzeichnet wurde. Beide wiesen die Verunglimpfung von Kritik an der israelischen Regierungspolitik als angeblich „antisemitisch“ zurück. Sie wandten sich insbesondere gegen die Konstruktion, wonach die weltweiten Aufrufe zu Boykott, Desinvestment und Sanktionen gegen die völkerrechtswidrige israelische Politik mit Nazi-Aufrufen gegen Juden gleichzusetzen oder auch nur zu vergleichen seien. Niemand sei etwa bei der weltweiten Boykottkampagne gegen das Südafrika der Apartheid auf den Gedanken gekommen, diese Kampagne als „anti-Weiss“ zu bezeichnen.

Unter den 717 Unterzeichnern des internationalen Offenen Briefes finden sich renommierte Persönlichkeiten wie die Frauenrechtlerin Prof. Judith Butler (USA); der Linguist Prof. Noam Chomsky (USA); der Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein (USA); die globalisierungskritische Autorin

Naomi Klein (Kanada); der Historiker Zvi Ben-Dor (New York/Paris); die Anwältin und Menschenrechtlerin Felicia Langer (Deutschland); der Gewerkschaftspublizist Jakob Moneta (Deutschland); die Schriftstellerin Tikva Honig-Parnass (Israel) und der politische Aktivist und Autor Michael Warschawski (Israel).

Die Stellungnahme vieler kritischer jüdischer Stimmen aus aller Welt und aus Israel selbst machte noch einmal deutlich, dass ich mich im Rahmen einer *politischen Auseinandersetzung* um die Bewertung der israelischen Regierungspolitik geäußert und mich – zusammen mit vielen anderen – an Überlegungen zu ihrer Änderung beteiligt hatte. Es handelt sich absolut *nicht* um einen Streit, der auf Grundlage rassistischer Verunglimpfung und Ausgrenzung oder der Infragestellung der Existenz Israels geführt wird. Im Gegenteil: Israel ist selbstverständlich *anzuerkennen* als ein Staat wie jeder andere, der als solcher nicht über den Menschenrechten oder dem internationalen Recht steht. Für das Verhältnis eines militärisch, wirtschaftlich und diplomatisch mächtigen Landes wie Israel zu einer machtlosen Bevölkerung unter seiner Besatzung gilt: „Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt und das Gesetz, das befreit.“ Meinem Selbstverständnis als Linker, als Sozialist entspricht es, wie die sozialen Bewegungen weltweit von diesem Gedanken auszugehen. Deshalb habe ich auf die BDS-Kampagne hingewiesen, die geführt wird, um „dem Schwachen“ gegenüber „dem Starken“ zu seinem Recht zu verhelfen – mit den Methoden der Verweigerung der Vielen, des gewaltfreien Widerstands von unten und der Solidarität mit der Bevölkerung, unabhängig davon, ob ich mit deren Führung (wie der Hamas oder der PLO) übereinstimme.

Einig weiß ich mich auch mit denjenigen, die sich mit mir solidarisiert haben darin, dass die Lehre aus der Menschheitskatastrophe des Holocaust nicht sein kann und darf, zu neuem schweren Unrecht zu schweigen oder Kritik an neuem Unrecht mundtot zu machen.

Ein Gespräch zwischen dem geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN und mir Anfang April 2009 hatte laut Protokoll u. a. zum Ergebnis, dass es „*der Partei und einzelnen Mitgliedern möglich sein muss, die israelische Regierung – insbesondere deren Militärpolitik – zu kritisieren*“. Ferner gebe es in der LINKEN „*unterschiedliche Positionen zu Boykottaufrufen gegenüber Israel. Im geschäftsführenden Parteivorstand vertraten dessen Mitglieder die Position, dass sich die deutsche Linke aus der Geschichte heraus solcher Forderungen enthalten sollte.*“ Und schließlich „*bestehen für den gf Parteivorstand keine Zweifel an der moralischen und politischen Integrität des Genossen Hermann Dierkes, und er wird diesen gegen Vorwürfe des Antisemitismus und des Rassismus verteidigen*“.

Im April 2009 nahm schließlich die Bundestagsfraktion der LINKEN ein Positionspapier zu Israel/Palästina an, kurze Zeit später folgte der geschäftsführende Parteivorstand. Diese Positionspapiere stellen einen gewissen Fortschritt für DIE LINKE dar, was die Konfliktbeschreibung und -bewertung

betrifft und eine Systematisierung der Forderungen für eine politische Lösung. Aber ihr innerparteilicher Kompromisscharakter ist offenkundig. Das beginnt schon damit, dass Israel und Palästina auf eine Stufe gestellt werden, also nicht zwischen Unterdrücker und Unterdrückten unterschieden wird.

Und da, wo das Vorstandspapier eine konsequente Aktionsperspektive für die internationalistische Solidarität mit dem unterdrückten palästinensischen Volk und die Unterstützung der linken und demokratischen Opposition in Israel vorgeben sollte, bleibt es auffallend unbestimmt und zeigt keine Handlungsmöglichkeiten auf. Stattdessen wird vor allem den USA und der UNO eine illusionäre Vermittlerrolle abgefordert. Ähnliche, auf Regierungen und Institutionen gerichtete Forderungen zielen auf EU und Bundesregierung ab. Die geostrategische, wirtschaftliche und militärische Interessenlage der entscheidenden Regierungen und Machtblöcke, die dazu geführt hat, dass Israel einseitig unterstützt und der Konflikt eben nicht gelöst wird, sondern sich weiter zugespitzt hat, ist in dem Papier nicht einmal angesprochen.

Die internationale BDS-Kampagne wird in dem Positionspapier des geschäftsführenden Parteivorstands ausdrücklich abgelehnt. DIE LINKE könne „Aufrufe zum Boykott israelischer Waren, wie sie im Rahmen der BDS-Kampagne gegen Israel erhoben werden, auch aus historischen Gründen nicht mittragen“. Immerhin will man sich für ein Importverbot solcher israelischer Waren einsetzen, die aus den Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten stammen. Diese Forderung, so das Positionspapier, „entspricht dem EU-Beschluss, der erneuert und konsequent eingehalten werden muss“. Des weiteren spricht sich das Positionspapier „mit Nachdruck dafür aus, dass Israel und andere Staaten der Region nicht länger mit Waffen und anderem Kriegsgerät beliefert werden“. Diese Forderungen sind gut und wichtig, aber sie richten sich an Regierungen und ihre Durchsetzung erfordert parlamentarische und außerparlamentarische Kräfteverhältnisse, die erst einmal hergestellt sein müssen. Die Ablehnung der BDS-Kampagne – die sich gegen alle Profiteure, Unterstützer und Nutznießer der völkerrechtswidrigen Besatzung richtet, also auch gegen nicht-israelische Unternehmen, multinationale Konzerne, Universitätseinrichtungen usw. und sowieso *nicht* gegen jüdische Akteure, *weil* sie jüdisch sind – bringt die LINKE allerdings in Widerspruch ausgerechnet zum gewaltfreien, basisdemokratisch entwickelten und international vernetzten Widerstand der Palästinenser. Dies ist umso problematischer, als Deutschland und die EU wichtige Handelspartner Israels sind. Europäische Konsumenten und die Gesellschaften allgemein haben hier ein wichtiges Instrumentarium in Händen, Druck von unten aufzubauen, um eine politische Veränderung herbeiführen zu helfen. Nachdem das Positionspapier sich bereits strikt gegen jede Konfliktlösung mit militärischen Mitteln ausgesprochen hatte, stellt sich mit der Ablehnung der BDS-Kampagne die Frage: Welches sind denn – außer frommen Wünschen, wohlklingenden Appellen und parlamentarischem Druck – für die DIE LINKE akzeptable und wirksame Mittel, um den Kampf für Gerechtigkeit, Frieden

und Freiheit in Nahost zu unterstützen? Mit der Ablehnung der BDS-Kampagne bleibt DIE LINKE nicht nur ein sehr zweifelhafter Bündnispartner für ein unterdrücktes Volk wie die Palästinenser, nein, auch gegenüber zahlreichen politischen, sozialen und kirchlichen Akteuren rund um den Globus und großen Teilen der europäischen Linken stellt sie sich ins Abseits.

Es ist zu hoffen, dass diese Widersprüchlichkeit und Inkonsequenz bei der Positionsbildung im Rahmen der Programmdebatten der LINKEN überdacht und geändert wird. Ohne Zweifel wird besonders in Deutschland eine Unterstützung der BDS-Kampagne größte Umsicht erfordern, weil Regierung, Mainstream-Parteien und Israel-Lobby nichts unversucht lassen, sie unter Hinweis auf die historischen Nazi-Kampagnen skrupellos und verlogen als „gegen Juden gerichtet“ zu brandmarken.

*Hermann Dierkes*

## **Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück**

### **Ein kritischer Kommentar zum Positionspapier der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu Nahost**

*Wie kommen deutsche politische Funktions- und MandatsträgerInnen dazu, für Israelis und PalästinenserInnen eine Entscheidung zu treffen, ob sie in einem oder zwei Staaten leben wollen? Wovon ist eigentlich die Rede, wenn sich solche VertreterInnen als besonders „ausgewogen“ darstellen, indem sie behaupten, eine „einseitige Parteinahme in diesem Konflikt“ werde „nicht zu seiner Lösung beitragen“? – Sie haben vermutlich im Eifer des Abwägens, wie man der Staatsräson am besten gerecht wird, keine Zeit gefunden, ihre Floskeln zu überdenken. Das wird hier nachgeholt.*

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat sich am 5.5.2009 auf ein aktuelles Positionspapier zu Nahost verständigt. Es wurde bei einer Enthaltung (Ulla Jelpke) angenommen. Das Positionspapier ist zunächst einmal ein Fortschritt angesichts der starken Zweideutigkeiten, wenn nicht offenen Parteinahme für die israelische Seite im Konflikt Israel – Palästina unter wichtigen Funktions- und MandatsträgerInnen der Partei. Vor allem deshalb, weil es detaillierte und aktualisierte Forderungen aufstellt. Es benennt die völkerrechtswidrige Besetzung palästinensischer Gebiete, ihre inhumanen Folgen und ihre Deckung durch die Bundesrepublik, andere europäische Staaten, die USA und die UNO; es stellt Forderungen an die israelische Seite (sofortiger Stopp des Siedlungsbaus, der Landkonfiskation, des Mauerbaus und der Angriffe, Freilassung der politischen Gefangenen, Regelung der Flüchtlingsfrage usw.); fordert die Einbeziehung der Hamas in politische Gespräche und die Aufhebung ihres Boykotts sowie eine internationale Untersuchung des Gazakriegs.

Zu begrüßen ist auch der Forderungskatalog an die deutsche Bundesregierung unter der Maxime: „Abkehr von ihrer gescheiterten Politik im Nahostkonflikt“: Parteinahme für das Völkerrecht, Stopp der Waffenlieferungen an Israel und andere Staaten der Region, Akzeptanz jeder Palästinenserregierung, Aufhebung der Blockade des Gazastreifens usw.

Das Papier orientiert auf eine „Zweistaatenlösung“ als „endgültige, gerechte und dauerhafte Lösung“. Die Zweistaatigkeit wird zwar von Teilen der palästinensischen Politik – zumindest als Zwischenetappe – schon länger gefordert und findet praktische, noch häufiger allerdings nur verbale Unterstützung in der internationalen Politik. Diese Forderung ist allerdings immer problematischer geworden, in dem Maße, wie Israel v. a. die Besetzung des Westjordanlands von 1967 und der Golan-Höhen in eine fortschreitende Annexion ausgeweitet hat. Heute eine Zweistaatenlösung zu realisieren, würde auf ein 80:20 Verhältnis hinauslaufen. (80 % des alten Palästina für Israel und nur noch 20 % für die Palästinenser). Etliche palästinensische und israelische Analytiker gehen davon aus, dass die Zweistaatenlösung praktisch kaum mehr realisierbar ist, weil sie mit umfassenden Umsiedlungen (etwa der rd. 350.000 israelischen Siedler im Westjordanland) verbunden wäre, was bürgerkriegsähnliche Verhältnisse herauf beschwören würde. Sie argumentieren weiter, dass heute eher schon eine Einstaatensituation herrsche, und zwar auf der Grundlage von faktischer und juristischer Apartheid zwischen Israelis, israelischen Palästinensern und Palästinensern in den besetzten Gebieten. Auf Grund dessen müsste die Forderung nach einem gemeinsamen, laizistischen Staat „als endgültige und gerechte Lösung“ für alle in Israel und Palästina Lebenden auf der Grundlage verfassungsmäßiger Garantien erhoben werden.

Politisch falsch und regelrecht gefährlich sind allerdings etliche Passagen, die aus der Eingangsmaxime des Papiers folgen: „Wir sehen uns in einer Doppelverantwortung und sind mit den Menschen in Israel und Palästina solidarisch. Eine einseitige Parteinahme in diesem Konflikt wird nicht zu seiner Lösung beitragen.“ Ohne Zweifel gibt es eine besondere Verantwortung für die LINKE und die deutsche Linke allgemein angesichts der Nazi-Verbrechen an den europäischen Juden. Aber diese Verantwortung kann sich – was Israel betrifft – nur auf eine großzügige Wiedergutmachung für die Überlebenden, auf systematische Erinnerungsarbeit, konsequente Strafverfolgung der Mörder, Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus, auf kulturellen, wissenschaftlichen Austausch und sinnvolle Wirtschaftsbeziehungen erstrecken. Auch der deutschen Linken muss an einem gerechten und dauerhaften Frieden in Nahost gelegen sein, der Israelis und Palästinensern eine sichere Zukunft ermöglicht. Dagegen muss jeder Versuch, den Holocaust zu instrumentalisieren, um Völkerrecht und Menschenrechte zu missachten, den Expansionskurs aller bisherigen israelischen Regierungen zu dulden oder zu unterstützen und KritikerInnen mundtot zu machen, auf die klare Ablehnung der Linken stoßen. Das folgt nicht nur aus wesentlichen programmatischen Grundlagen linker Politik allgemein (Menschenrechte, Selbstbestim-

mungsrecht der Völker usw.). Jeder Opportunismus gegenüber massivem Unrecht und seine offene oder faktische Unterstützung wäre zudem eine Missachtung der Lehren aus der Shoah und eine Verhöhnung ihrer Opfer.

Aber genau damit ist die Linke konfrontiert. Tendenzen des Positionspapiers, gewissermaßen eine „Äquidistanz“ zwischen Israel und Palästina zu schaffen, sind durch die Geschichte des Nahostkonflikts, seine objektive Konstellation und die alltäglichen Fakten unhaltbar. Sie werden in dem Positionspapier ja selbst zum Teil angesprochen. Was bezeichnenderweise fehlt, sind klare Aussagen zur Geschichte des Nahostkonflikts. Es ist die Geschichte der Durchsetzung eines kolonialen Siedlerstaats auf Kosten der Palästinenser. Parteien und Exponenten der israelischen Seite haben immer wieder das Ziel formuliert, ganz Palästina zu erobern und in einen – von der demografischen Zusammensetzung her zumindest zu 80 % – jüdischen Staat zu verwandeln.

Dass Formulierungen in das Papier Eingang gefunden haben (oder aus früheren Fraktionspositionen übernommen wurden), die Opfer und Täter auf eine Stufe stellen, ist historisch und völkerrechtlich daneben. Sie sind offensichtlich auf den Meinungsstreit in der Partei und das Bemühen eines erheblichen Teils der Parteiführung (Gregor Gysi u. a.) und von namhaften MandatsträgerInnen (Petra Pau u. a.) zurückzuführen, in der Nahostfrage große Kontroversen mit den Dogmen der deutschen Mainstream-Politik zu vermeiden oder die Partei sogar schrittweise darauf einzuschwören (vgl. Gysis Rede zum 60. Jahrestag Israels). Der hier völlig untaugliche Begriff „Menschen“ verunklart, dass es sich um machtpolitische Auseinandersetzungen handelt, in denen der israelische Staat mit seiner territorialen Expansions-, ethnischen Säuberungs- und gezielten Einwanderungspolitik gegenüber den Palästinensern der Aggressor ist. Die eindeutige Täter-Opfer-Konstellation in dem nun über 60 Jahre andauernden Konflikt, der mit der Errichtung des kolonialen Siedlerstaats Israel auf jahrhundertaltem Palästinensergebiet begann und zu 9 Kriegen führte, die die israelische Seite mit überlegener Bewaffnung bisher alle für sich entschied, wird damit verwischt. Dass die israelische Seite die maßgebliche Verantwortung dafür trägt, dass alle Schritte zu einer Friedenslösung unter Beteiligung der UN oder der Großmächte gescheitert sind, wird ebenfalls nicht klar ausgesprochen. Warum hier – ganz im Sinne des Völkerrechts – eine „einseitige Parteinahme“ ausscheidet, ist logisch nicht begründbar und bleibt ein Rätsel. Gleichzeitig heißt es: „Für uns ist der Maßstab das internationale Völker- und Menschenrecht, das für alle Staaten und Konfliktparteien zu gelten hat.“ Doch sogleich folgt eine Einschränkung, die dazu im Widerspruch steht.: „Jegliche Gewaltanwendung der beteiligten Parteien wird von uns verurteilt.“ Nun brauchen wir sicher nicht darüber streiten, dass die früheren Selbstmordanschläge der Hamas oder der militärisch ohnehin vollkommen wirkungslose, mit dem Völkerrecht unvereinbare, weil wahllose und auf Zivilisten gerichtete Raketenbeschuss israelischer Grenzregionen durch Gruppen wie den islamischen Dihad abzulehnen sind. Für die

israelische Regierungspropaganda, die Hardliner in der Armee und ihre internationalen Lobbyisten war der Raketenbeschuss übrigens immer willkommen. Das Völkerrecht anerkennt indessen das Recht des bewaffneten Widerstands für Völker, die der Besetzung unterworfen sind und sich gegen eine völkerrechtswidrige Besetzungspraxis richten, die das Positionspapier zu recht anprangert. Der Widerstand gegen die Besatzer hat sich dann allerdings auch an die Regeln des Humanitären Völkerrechts zu halten. Gregor Gysi selbst hat noch Mitte 2008 in einem Interview über die Kurdenfrage die Ansicht vertreten „Wer es in einer Demokratie nicht schafft, Mehrheiten zu organisieren, hat kein Recht zum gewaltsamen Widerstand. Wer aber diktatorisch unterdrückt wird, hat notfalls das Recht, sich auch bewaffnet zu wehren.“ Es bleibt zu hoffen, dass sich in der LINKEN in der anstehenden Programmdiskussion Mehrheiten für konsequent linke Positionen entwickeln. Auch in der Nahostfrage.

Zuerst veröffentlicht in der *Sozialistischen Zeitung* (SoZ) Nr. 6/2009.

*Volkhard Mosler*

## **Eine Replik auf Gregor Gysis Rede von der Staatsräson**

*Gregor Gysi, prominente Persönlichkeit der Partei DIE LINKE, hat in einem ausführlichen Vortrag auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 60. Jahrestag der Gründung Israels eine Reihe von Ansichten und Thesen vertreten, die programmatisch weit reichende Bedeutung haben, wichtige Positionen der Linken allgemein und der Partei DIE LINKE infrage stellen. Insbesondere vertrat Gysi die These, dass „die Anerkennung des Staates Israel zur Staatsräson der BRD gehöre“ und auch von der politischen Linken im Grundsatz akzeptiert werden müsse. Der Gysi-Vortrag hat erhebliche Beachtung im politischen Mainstream gefunden und eine Welle von Kritik auf der politischen Linken hervorgerufen. Er wurde u. a. als Versuch gewertet, programmatischen „Ballast“ abzuwerfen und die LINKE über die Israel-Frage bzw. das deutsch-israelische Verhältnis ein weiteres Stück an den politischen Mainstream anzupassen, um sie koalitionsfähig zu machen.*

*Wir bringen Volkhard Moslers Diskussionsbeitrag aus Platzgründen in leicht gekürzter Form.*

(...)

### **II. Vom sowjetischen Antizionismus zum arabischen Antisemitismus?**

Gregor Gysi behauptet, dass mit dem Untergang der Sowjetunion und des mit ihr verbundenen Blocks der Antizionismus seinen Charakter gewandelt habe. Früher sei der Antizionismus durch die Sowjetunion „vom Verdacht des Antisemitismus befreit“ gewesen. Dagegen prägten heute „antisemitische Einstellungen den arabischen Antizionismus“. Mit dem Untergang der Sow-

jetunion habe der Antizionismus sozusagen seine fortschrittliche Komponente eingebüßt. Diese Gegenüberstellung hält jedoch einer kritischen Prüfung nicht stand.

(...)

Bis heute gibt es in den arabischen Ländern keinen Antisemitismus im Sinne einer rassistischen Ideologie, die eine arabische „Rasse“ oder Kultur über die der jüdischen stellt. Meine These ist, dass die lange christliche Tradition des Antijudaismus (seit Beginn der Kreuzzüge im 11. Jahrhundert) dem „modernen“ rassistischen Antisemitismus näher stand als der arabische Antijudaismus heute. Die Wurzeln des heutigen arabischen Antijudaismus gehen nicht auf eine diskriminierende Tradition des islamischen Glaubens zurück (sowohl Moses wie Christus sind anerkannte Propheten des Koran), sondern auf die Erfahrung der Kolonisierung Palästinas durch die zionistische Bewegung und die zahlreichen Erweiterungskriege und Machtdemonstrationen des ursprünglichen Siedlerstaates von 1947. Die offizielle Gleichsetzung von Judentum und Israel durch den israelischen Staat macht allerdings eine differenzierende Betrachtung für die arabische Seite nicht einfacher.

Hier geht es nicht nur um Worte, es geht darum, ob ein Zusammenleben von Arabern und Juden im heutigen Palästina eine kulturelle, historische Grundlage hat. Gregor Gysi fordert zu Recht, dass Israel „nicht weiter versuchen darf, kulturell Europa im Nahen Osten zu sein“, dass es vielmehr „eine kulturelle Macht des Nahen Ostens werden“ muss. Das Hindernis hierfür liegt nicht in einem angeblichen Antisemitismus der arabisch-muslimischen Welt, sondern in der Kolonialpolitik der zionistischen Bewegung. Solange die jüdische Kolonisierung Palästinas weitergeht und keine Grundlage für ein gleichberechtigtes Zusammenleben und Miteinander beider Völker geschaffen ist, wird Israel weiter „kulturell Europa (oder Amerika) im Nahen Osten“ sein.

### **III. „Der Begriff des Imperialismus trifft auf jeden Fall auf Israel nicht zu“ (Gregor Gysi)**

Gregor Gysi behauptet, dass Israel keine imperialistische Macht sei. Argumente scheint er an dieser Stelle für überflüssig zu halten.

Von der Staatsgründung 1948 bis zur Jahrtausendwende hatte Israel über 100 Milliarden Dollar an militärischer und ziviler Hilfeleistung von den Vereinigten Staaten erhalten, mehr als jeder andere Staat der Erde.

Präsident Ronald Reagan sagte 1981: „Mit seiner Kampf erfahrenen Armee ist Israel für uns im Nahen Osten eine wirklich nützliche Kraft. Gäbe es Israel mit dieser Streitmacht nicht, müssten wir unsere eigene einsetzen – unsererseits handelt es sich also nicht nur um eine selbstlose Geste.“<sup>1</sup>

Israel ist nicht nur der verlängerte Arm des US-Imperialismus in Nahen und Mittleren Osten. Es hat an zahlreiche Diktaturen und prowestliche Regime in Südamerika (Pinochets Chile), Afrika (Apartheidregime) und Asien (Taiwan) Waffen geliefert und Geheimdienste ausgebildet, wo es die USA aus

taktischen Gründen sich nicht leisten konnten. Sämtliche Kriege und größeren Militäraktionen Israels mit Ausnahme des Kriegs von 1973 sind mit den imperialistischen Mächten England und Frankreich (1956) oder den USA abgestimmt gewesen, zuletzt der Überfall auf den Libanon 2006. Der Krieg von 1973 ging im Unterschied zu allen anderen von Ägypten und Syrien aus und führte zum Rückzug Israels aus dem Sinai.

Die Geschichte Israels als Kolonialmacht ist nicht zu trennen von den imperialen Interessen der USA und der westeuropäischen Industriemächte Frankreich und England, heute auch wieder Deutschland. Insofern ist Israel ein fester Bestandteil des westlichen Imperialismus.

#### **IV. „Zionismus führt manchmal auch zu massiven Einschränkungen“**

Gregor Gysi schreibt, dass der Zionismus „manchmal auch zu massiven Einschränkungen in der faktischen Gleichbehandlung jüdischer und arabischer Staatsbürger führt“, „gelegentlich bildet er Extreme aus“. Diese Gewalt leitet er aber als Reaktion aus der Gewalt der arabischen Seite ab und folgt damit dem regierungsoffiziellen Sprachgebrauch Israels. Die gelegentlichen (!?) Übergriffe auf die Palästinenser „würden ganz gewiss (!) durch die permanente Bedrohungssituation gefördert, der sich die israelische Gesellschaft ausgesetzt sieht“. Die frühen Zionisten, sagt er, „hatten damals noch überwiegend ein Interesse an Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung. Erst das Massaker von Hebron 1929 macht deutlich, dass die Realisierung eines jüdischen Staates nicht auf Gegenliebe stoßen würde“ und dies habe dann „auch eine Verhärtung auf der Seite der jüdischen Siedler nach sich gezogen“.

Die Logik von Gysis Verständnis für die Notwehr der Eroberer scheint darauf hinauszulaufen, dass die Palästinenser sich dem Schicksal ihrer Vertreibung widerstandslos fügen sollten, um der Gleichbehandlung näher zu kommen, oder dass es gar nicht zu ihrer Vertreibung gekommen wäre, hätten sie sich friedlich verhalten. Eine gewagte Argumentation!

Hier war der israelische Staatsgründer Ben Gurion näher an der Wahrheit. 1938 schrieb er: „Wenn wir sagen, dass die Araber uns angreifen und wir uns verteidigen – so ist dies nur die halbe Wahrheit. Was unsere Sicherheit und unser Leben angeht, verteidigen wir uns. Aber das Kämpfen ist nur ein Aspekt des Konflikts, der seinem Wesen nach ein politischer ist. Und politisch gesehen sind wir die Aggressoren und sie verteidigen sich.“<sup>2</sup>

Gewalt und Terror geschahen nicht „manchmal“ und „gelegentlich“, sondern ziehen sich wie ein roter Faden durch die nun 60-jährige Geschichte des Staates Israel. Warum sollten Palästinenser diesen Staat anerkennen, dessen Ziel von Beginn an ihre Vertreibung war und bis heute geblieben ist? Nur ein Mensch ohne Selbstachtung küsst den Stiefel, der ihn zertritt!

## V. Staatsräson und die Anerkennung „tatsächlicher Machtverhältnisse“

„Staatsräson“, so lehrt uns Gregor Gysi, seien „Vorrangsregelungen in der Abwägung von Rechtsgütern, die beeindruckt sind von den tatsächlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen.“

Im Lexikon der Büchergilde lesen wir unter dem gleichen Stichwort: „Staatsräson, auf Machiavelli zurückgehende Auffassung, dass erste Staatsaufgabe Sicherung der Staatsgrundlage sei, und zwar ohne Rücksicht auf Recht und Moral.“

Gregor Gysi besteht aber im Gegensatz zu Machiavelli auf einer moralischen Komponente der Staatsräson. „Machtpolitische Begründungen“ sagt er, „wirken nie in reiner Form“. Als Beispiel führt Gysi die „Leitidee des Antikommunismus“ der frühen BRD an. Ihr habe die Idee der Freiheit als „objektiver Schein“ innegewohnt.

Nun ließe sich aber gerade am Antikommunismus zeigen, dass die „Moral der Freiheitsidee“ tatsächlich nur „Schein“, staatliche Machtpolitik im Sinne Machiavellis war, die sich moralischer Werte nur bediente, um ihren einzigen und wirklichen Zweck zu verschleiern, nämlich die Sicherung „tatsächlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse“.

Die Debatte über Staatsräson und Moral wäre nicht so wichtig, wenn Gregor Gysi nicht Parteivorsitzender der LINKEN wäre. Sie hat neben einer Israel bezogenen Komponente auch noch eine „machtpolitische“, besser regierungspolitische Seite. Wenn die LINKE „in einer Bundesregierung mitzuwirken“ gedenkt, so Gysi, dann müsste sie sich der Staatsräson unterwerfen, denn sie ließe sich nicht umgehen, höchstens „etwas verschieben“, manchmal müsse sie auch „einfach hingenommen“ werden. Hier spricht der „Realpolitiker“, der die „tatsächlichen Machtverhältnisse“ als unumstößliche betrachtet, statt sie in Frage zu stellen. Was sind überhaupt „tatsächliche“ Machtverhältnisse? Gibt es auch irrealer? Aus solchen Worten spricht der Geist der Resignation, des sich Abfindens mit Geschichte als Abfolge von Sachzwängen.

Gregor Gysi fragt: „Steht das, wo sich ein Akzent verschieben ließe, in einem akzeptablem Verhältnis zu dem, was wir nicht verändern können, was wir schlucken müssen?“ Und er gibt zu, dass hier der „Grat zwischen politischem Realismus und prinzipienlosem Opportunismus ganz besonders schmal“ sei.

## VI. Der Holocaust und die deutsche Staatsräson

Er behauptet, das „politische Selbstbewusstsein der deutschen Demokratie“ nach 1945 sei „nachhaltig dadurch geprägt“ worden, „dass Auschwitz sich nicht wiederholen dürfe“.

Dass sich Auschwitz nie wiederholen darf, gegen niemand, ist in der Tat eine wesentliche Konsequenz für die Linke aus den Erfahrungen mit dem Naziregime. Aber stimmt es auch, dass das politische Selbstbewusstsein der

deutschen Demokratie, das heißt der BRD seit ihrem Bestehen, „nachhaltig dadurch geprägt“ ist? Ist das wirklich Staatsräson der BRD?

Auch hier sei, sagt Gregor Gysi, zwischen moralischem (wahrem) Kern und machtpolitischer (falscher) Grundlage zu unterscheiden.

In seiner Rede zum Wiedergutmachungsabkommen mit Israel 1953 hatte Adenauer auf „die Macht der Juden in Amerika“ verwiesen und folgerte: „Daher habe ich meine ganze Kraft drangesetzt, eine Versöhnung herbeizuführen zwischen dem jüdischen Volk und dem deutschen Volk.“ Eine „durchaus antisemitische Begründung“, wie Gysi richtig anmerkt.

Er nennt auch den für Adenauer ausschlaggebenden Grund, sich zur deutschen Schuld zu bekennen, nämlich die in den frühen fünfziger Jahren sich verfestigende Orientierung der USA auf Israel „als einen der wichtigsten Bündnispartner in der Region“. Diese Entwicklung „konnte natürlich an der BRD nicht spurlos vorübergehen“. Und: „Die politischen Eliten (der BRD) mussten die aus Amerika vorgegebene Linie akzeptieren.“ Nach dem Motto: Der Freund unseres Freundes ist auch unser Freund.

Trotzdem dominiert laut Gysi beim Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel „eine moralische Rechtfertigung (?) gegenüber einer machtpolitischen“. Als Beweis für diese höhere Weihe deutscher Solidarität mit dem Staat Israel führt er an, dass „die Haltung Deutschlands zur Doktrin der Solidarität mit dem Staat Israel“ andauere, obwohl der „Konsens der BRD und der USA bröckelt“.

Dem ist zweierlei zu entgegnen: Das Bröckeln deutscher Solidarität mit den USA hält sich doch stark in Grenzen und bislang ist Israel nicht nur der Aufpasser im Dienste des US-Imperialismus, sondern eben auch der EU und Deutschlands. Solange die Ölversorgung Europas in hohem Maße durch arabisches Öl gesichert wird, sind Israels Schläge gegen antiimperialistische Befreiungsbewegungen der Region, seien es nationaldemokratische, seien es islamische, seien es vielleicht auch einmal sozialistische, auch im Interesse des deutschen Kapitals.

Wäre Israel in Madagaskar gegründet worden, wie es von den Vätern des Zionismus vor hundert Jahren ernsthaft erwogen wurde, hätte dieser Staat wahrscheinlich keine deutsche Mark erhalten, so wie Sinti und Roma erst viel später und dann viel geringer entschädigt wurden. Die Solidarität der großen imperialen Mächte mit Israel steht und fällt mit der Fähigkeit Israels, militärische Überlegenheit in der Region auszuüben.

Die Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel war bis 1967 überhaupt kein öffentliches Thema gewesen, eher ein Geheimprojekt (geheime Waffenlieferungen unter Verteidigungsminister Franz Josef Strauß). Solange die Altnazis noch in den Führungsstäben von Staat und Wirtschaft saßen, war das Thema tabu. Bis 1967 galt „Solidarität mit Israel“ und die Forderung nach diplomatischer Anerkennung als linkes Projekt.

Die Staatsräson des Antikommunismus und der Alleinvertretungsanspruch der BRD, als einziger deutscher Staat zu gelten, schlug sich in der

Hallstein-Doktrin nieder, dem Prinzip des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu allen Staaten, die die DDR völkerrechtlich anerkannten.

Erst nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967, als sich ein großer Teil der 68er-Bewegung auch gegen Israels Kolonialpolitik wandte, wurde das Existenzrecht Israels ein öffentliches Thema. Und mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Aufbruch in den „Kampf der Kulturen“ von „aufgeklärt-westlicher Zivilisation“ gegen den „barbarischen“ Islam hat das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels eine wichtige ideologische Funktion gegen die Antikriegsbewegung erhalten. Es verleiht imperialistischen Kriegen im Nahen Osten eine höhere Weihe.

## **VII. Holocaust als endgültiger Beweis der Alternativlosigkeit des Zionismus**

Gregor Gysi schreibt, die gescheiterte politische Integration der Jüdinnen und Juden in den europäischen Nationalstaaten und insbesondere der Holocaust hätten „das Projekt der Gründung eines jüdischen Nationalstaates alternativlos“ gemacht. Die Aufklärung habe ihr emanzipatorisches Versprechen nicht gehalten.

Die bürgerliche Aufklärung hat schon im 19. Jahrhundert versagt, die Entstehung von „weißem“ Rassismus und rassistischem Antisemitismus als Massenbewegung zwischen 1860 und 1914 waren Zeichen dieses Versagens. Eine große Zahl der Jüdinnen und Juden in Europa wandte sich den sozialistischen Arbeiterparteien und – zunächst minoritär – dem neuen jüdischen Nationalismus in Form zionistischer Verbände zu.

Dies ist nicht der Ort, die Ursachen des Niedergangs der russischen Revolution in den Stalinismus und das Versagen der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Hitlerfaschismus in den frühen dreißiger Jahren zu analysieren. Beide sind jedoch auf unterschiedliche Weise Schlüsselereignisse für die unfassbare Tragödie des Holocaust.

Die Überlebenden hatten natürlich ein Recht auf Rettung. Die Siegermächte USA und Großbritannien hielten aber die Türen verschlossen. Die Regierung Roosevelt war seit 1942 genauestens informiert über den industriellen Massenmord in Auschwitz und den anderen Lagern. Die Bombardierung der Bahnleise nach Auschwitz hätte die Mordmaschine zumindest stören können. Auch nach Ende des Kriegs blieb ein im Kern rassistisches Einwanderungsgesetz in den USA aus dem Jahr 1924 in Kraft. In den beiden ersten Jahren nach Kriegsende wurde nicht einmal 5.000 Juden die Einreise in die USA gestattet, während über ein halbe Millionen Überlebende des Holocaust nach einem Ausweg suchten.

Die UNO stimmte in dieser Situation einer Teilung Palästinas zu. Unter den Überlebenden, die den Weg nach Palästina schafften, befand sich damals ein großer Teil, der zu einem Zusammenleben mit der ansässigen arabischen Bevölkerung willens gewesen wäre. Das Überlebensrecht der jüdischen Flüchtlinge legitimiert vielleicht die Gründung eines Teilstaates nach den Plänen der UNO. Es rechtfertigt jedoch nicht die anschließende Zerstörung von

über 400 palästinensischen Dörfern und Städten, die Vertreibung von 750.000 Palästinensern aus ihren Wohnungen und von ihren Feldern. Es rechtfertigt auch nicht die abermalige Massenvertreibung nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 aus den Flüchtlingslagern von 1948, es rechtfertigt auch nicht die Ermordung von 20.000 Libanesen im Krieg von 1982 und die anschließende Besetzung Südlibanons durch israelische Truppen. Es rechtfertigt auch nicht die Ansiedlung von 350.000 jüdischen Siedlern im Westjordanland und die damit verbundene weitere ethnische Säuberung, es rechtfertigt auch nicht die Verwandlung des Gazastreifens mit seinen 1,8 Millionen Menschen in ein riesiges Ghetto. Wo endet die von Gysi eingeforderte Solidarität mit Israel?

### **VIII. Warnung vor einem Apartheidsystem in Israel**

Gregor Gysi mahnt: „Israel muss aussteigen aus der Spirale der Gewalt“, gerade weil es „der Stärkere“ im Konflikt sei. Gysi warnt vor dem Entstehen eines Apartheidregimes.

Das Apartheidregime besteht doch schon längst, nicht nur in den besetzten palästinensischen Gebieten, sondern auch in Altisrael. Der frühere US-Präsident Jimmy Carter hat ein Zeugnis gegeben von dem Elend der Palästinenser. Er schrieb, dass ihre Lage schlimmer sei als die der Farbigen im untergegangenen Apartheidregime Südafrikas, wo die Schwarzen als Arbeitsklaven ausgenutzt, aber nicht aus dem Land vertrieben wurden.

Israel, das ist unsere Gegenthese, wird aus einer Position der Stärke weiter das Programm der zionistischen Gründer umsetzen: die Besiedlung und Kolonisierung Palästinas und den Ausbau des jüdischen Staates „Eretz Israel“. Israel hat sich nur dann zurückgezogen, wenn die Opferzahlen der eigenen (israelischen) Soldatinnen und Soldaten wuchsen. Das war nach dem 1973er Krieg gegen Ägypten der Fall und das war nach einem langen blutigen Besetzungskrieg in Südlibanon in den 80er Jahren der Fall und erneut nach der halben Niederlage von 2006 in Südlibanon.

„Friedensangebote“ Israels waren immer nur Waffenstillstände auf Zeit, um sich aus besserer Ausgangsposition erneut in den militärischen Kampf um Land und Wasser zu begeben.

Gysi fordert einen „lebensfähigen Staat“ für die Palästinenser und sagt noch nicht einmal in welchen Grenzen. Gysi behauptet, dass ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Palästinensern und Juden in einem demokratischen, weltlichen Staat auf dem Boden des heutigen Palästinas zu ihrer erneuten Verfolgung und Vertreibung führen würde. Gysi wird hier Opfer seiner eigenen Fehldeutung der Gewaltspirale. Er sieht im Wesentlichen einen arabischen Antisemitismus als Hindernis für ein friedliches Zusammenleben, die israelische Gewalt war und ist nach seiner Darstellung eher reaktiv. Deshalb kann er auch nicht zu dem Schluss kommen, dass der Schlüssel zur Lösung des Konfliktes allein in der Einstellung der Gewalt Israels gegen die Palästinenser liegt. Israel muss aufhören, sich als weißer Siedlerstaat zu verhalten und das heißt, die Palästinenser nicht weiter als Untermenschen zu be-

handeln („Tiere auf zwei Beinen“, wie der frühere Ministerpräsident Menachem Begin einmal über die Araber sagte).

Norman Paech hat Recht, wenn er sagt: „Die ungehinderte, fortdauernde Siedlungspolitik hat kein kohärentes Territorium übrig gelassen, welches als dauerhaftes Staatsgebiet für ein souveränes Palästina zur Verfügung stehen könnte.“ Und auch seine Schlussfolgerung daraus ist richtig:

„Wenn die israelischen Regierungen an dem Konzept des jüdischen Staates festhalten, ist die Konfrontation zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung unausweichlich.“

Wohin man mit einer Orientierung an der „Staatsräson tatsächlicher Herrschaftsverhältnisse“ gelangen kann, wird deutlich, wenn Gregor Gysi die Werte der Aufklärung und der Allgemeingültigkeit der Menschenrechte in Frage stellt, wenn er in Bezug auf seine Forderung nach Anerkennung des Existenzrechts Israels sagt: „Das Flüchtlingsproblem (der Palästinenser) steht nicht im gleichen Rang“. Das Leben von Menschen wird hier nach Nationalitäten und Religion in seiner Wertigkeit abgestuft. Eine halbe Million Holocaust-Überlebende sind mehr wert als 750.000 palästinensische Flüchtlinge. Ist das die „Vorrangstellung verschiedener Rechtsgüter“ nach der deutschen Staatsräson? Eine solche Logik wäre kein geringer Rückschlag für eine Partei, die sich in ihren Grundsätzen auf die Werte der Aufklärung und der Universalität von Menschenrechten beruft.

Gregor Gysi zitiert den Theoretiker der Frankfurter Schule Theodor Adorno mit dessen Satz, dass alles getan werden müsse, um ein neues Auschwitz zu verhindern.

Gregor Gysi begründet damit seine einseitige Solidarität mit Israel. Adorno war Universalist, er hätte nie einer Hierarchisierung der Menschen in solche, die leiden dürfen, und solche, die nicht leiden dürfen, zugestimmt.

*Yossi Wolfson*

## **Ein Brief an „die wahre deutsche Linke“**

*Yossi Wolfson besuchte im Sommer FreundInnen in Deutschland und war fassungslos über die pauschale Solidarität deutscher Linker mit Israel. Er hat die Hoffnung nicht aufgegeben, dass es immer noch eine deutsche Linke gibt, und wendet sich mit diesem Brief an sie.*

An meine Genossinnen und Genossen in Deutschland, diese Anrede sollte ich wahrscheinlich klären. Habe ich als jemand, der, wie es scheint, von außen kommt, überhaupt das Recht, über Tendenzen in Organisationen, in denen ich nicht aktiv bin, eine Meinung, noch dazu eine kritische, abzugeben? Die Entwicklungen dieser Organisationen betreffen mich allerdings in mehr als einer Hinsicht.

Mein Vater ist in einem Shtetl in Ostpolen in eine proletarische jüdische Familie hinein geboren. Er wuchs in der Tradition des *Bund*, einer antizionistischen Arbeiterpartei mit stolzer jüdisch-nationaler Identität auf. Diese Partei war ein Katalysator für die Organisation der gesamten polnischen Arbeiterklasse. Meine Mutter ist in Freiburg in Deutschland geboren. Sie fühlte sich immer eng verbunden mit den liberalen Kreisen des deutschen Judentums, des Judentums eines Buber, eines Rosenzweig. Meine familiären Wurzeln verbinden mich daher sowohl mit der linken Bewegung, als auch mit Deutschland.

Als jemand, der ganz in linken Traditionen aufwuchs, tue ich, was Linke tun: Ungerechtigkeit bekämpfen, mich an die Seite der Unterdrückten und gegen die Herrschenden stellen, mich als Teil der Arbeiterklasse und gegen kapitalistische Ausbeutung positionieren, mich auf die Seite der Menschen in der „Dritten“ Welt und gegen ihre Ausbeutung durch die reiche „Erste“ Welt stellen. Ich habe gelernt, „nie wieder Krieg“ zu fordern – außer den Krieg, der den Palästen gilt. Mir wurde gesagt, was eine/n Linke/n definiert: Internationalismus und Widerstand gegen Rassismus in allen seinen Ausdrucksformen und ein konsequenter Kampf gegen Unterdrückung.

Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts hat dafür gesorgt, dass ich im Nahen Osten geboren wurde. Die jüdische Arbeiterklasse in Polen wurde fast vollständig ausgelöscht. Der staatliche Antisemitismus in Polen machte 1956 meinen Vater zum Flüchtling nach Israel. Auch die deutschen Juden wurden vernichtet oder zu Flüchtlingen, im Fall meiner Mutter bedeutete es das Exil in den USA. Meine Mutter ist später nach Israel emigriert – auf Grund der Illusion, dass dort eine fortschrittliche Gesellschaft aufgebaut würde, in der Gleichberechtigung herrsche. Erst Jahre später sind ihr Fakten über die Nakba und die Verhältnisse bekannt geworden, in denen die arabische Bevölkerung bis Mitte der 1960er Jahre in Israel unter Militärverwaltung leben musste.

So hat es sich ergeben, dass ich im Nahen Osten geboren bin, und wie meine Eltern mache ich hier, wie man es mich gelehrt hat, das, was ein Linker macht. Auf dem Fleckchen Erde, wo ich lebe, geschieht die Ungerechtigkeit nicht subtil – sie schreit zum Himmel. Sie schreit zum Himmel aus den Flüchtlingslagern, aus der ungeheuren Armut, die in den palästinensischen Vierteln Ostjerusalems herrscht, aus der täglichen Willkür an den Checkpoints. Mit Schrecken sehe ich junge Israelis, die die Welt durch den Lauf ihres Gewehrs wahrnehmen und zu brutalen Bütteln im Dienst eines Regimes geworden sind, das unterschiedliche Gesetze für Juden und für Araber vorsieht. Die hochmütige Skyline aus Glas und Beton von Tel Aviv und die elenden Gassen in den palästinensischen Ortschaften, die wie das Shtetl meines Vaters von kleinen Händlern, Bauern, Tagelöhnern und Erwerbslosen bewohnt sind, lassen für mich keinen Zweifel, welche zwei Welten in dem kleinen Stück Land am Mittelmeer, das sich nicht entscheiden kann, ob es zum Osten oder zum Westen gehört, aufeinander prallen.

In meinem tiefsten Herzen habe ich nie daran gezweifelt, und auch keiner meiner linken FreundInnen hat je daran gezweifelt, was es unter solchen Bedingungen heißt, ein Linker, eine Linke zu sein: immer in Opposition gegen die Unterdrückung der israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung. Es war uns immer klar, dass links zu sein bedeutete, solidarisch mit der palästinensischen Widerstandsbewegung, v. a. mit linken Gruppierungen, zu sein und mit ihnen den Diskurs zu führen. Die israelische Linke ist sehr pluralistisch. Man findet unterschiedliche Herangehensweisen, Analysen und Strategien, aber der Widerstand gegen den israelischen Militarismus und die Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser ist allen gemeinsam.

Nie hatte ich auch nur den geringsten Zweifel, dass der Kampf gegen Unterdrückung der Palästinenser auch ein Kampf für die Juden in diesem Land und weltweit ist. Die aggressive Politik der israelischen Regierungen verurteilt das jüdische Volk in Israel, „auf dem Schwert“, wie wir es ausdrücken, und auf unabsehbare Zeit mit der Gewalt zu leben. Als Jude kann ich mich mit revolutionären Juden identifizieren, die Hand in Hand mit anderen Nationen an der vordersten Front des Kampfes für Gerechtigkeit gestanden sind. Jetzt aber stellt die Regierung des „Judenstaates“ das jüdische Volk an die vorderste Front des Krieges zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden. Das ist auch für das jüdische Volk keineswegs von Vorteil. Und ich frage Euch: Ist das wirklich der Weg, Antisemitismus zu bekämpfen? Als Linker liegt es für mich auf der Hand, dass mein Widerstand gegen die Politik der israelischen Regierung, des israelischen Staates unmittelbar zusammenfällt mit der Solidarität mit meinen jüdischen Brüdern in Israel und überall, dass ich zu diesem Kampf sogar im Namen dieser Solidarität verpflichtet bin.

Als Linker hat man es in Israel nicht immer einfach. Natürlich, die Juden unter uns (und vor allem die mit europäischem Hintergrund) genießen viele Privilegien, und man kann die Risiken, die wir eingehen, nicht mit dem Preis vergleichen, den palästinensische Linke zahlen. Und trotzdem wurden auch von uns schon viele wegen ihrer politischen Aktivitäten von den Sicherheitskräften festgenommen, verprügelt, verhört und gedemütigt. Die Einschränkungen der Rede- und Demonstrationsfreiheit sind systematischer Art, und immer häufiger tragen viele meiner Freundinnen und Freunde Narben davon, die ihnen durch die Geschosse israelischer Soldaten zugefügt wurden.

Ich wusste aber immer, dass die internationale Linke solidarisch hinter uns steht. Ich wusste immer, dass ich von linken internationalen Bewegungen nicht nur Zustimmung und moralische Unterstützung erwarten kann, sondern ganz reale Unterstützung. Die israelische Regierung reagiert sehr empfindlich auf die internationale öffentliche Meinung. Der Staat Israel ist abhängig von der politischen und wirtschaftlichen Hilfe vieler Staaten, und ich wusste, wenn meine Freunde und ich angegriffen werden, muss das israelische Außenministerium mit ernststen Nachfragen rechnen. Ich wusste, wenn

die europäischen Regierungen und die der USA von Israel keine Zurückhaltung fordern, müssen sie in ihren Ländern mit Demos und Protesten von meinen linken Freunden rechnen. Diese Sicherheit und dieses Vertrauen in die internationale Solidarität hat mir immer Stärke und Hoffnung gegeben.

Wenn ihr Euch die Mühe gegeben habt, bis hierhin zu lesen, wird euch der Schock, den ich bei meinem letzten Deutschland-Besuch erlebte, nicht überaschen. Da wurde mir nämlich klar, dass es in der deutschen Linken eine lautstarke Gruppe gibt, die die Solidarität mit meinem Kampf als antisemitisch bezeichnet und mich selber als einen mit Selbsthass infizierten Juden. Wie in einer auf den Kopf gestellten Welt werden die israelischen Generäle-Politiker, die die Unterdrückung in den besetzten Gebieten ins Werk setzen, und der extrem liberalen bzw. rechten israelischen Regierung an die Macht geholfen haben, von diesen Leuten innerhalb der deutschen Linken zu Helden erklärt. Der israelische Soldat, der seine Aufgabe, die Zivilbevölkerung zu unterdrücken, erfüllt, ist für gewisse deutsche Linke ein Vorbild. Während ich gegen das militärische Vorgehen der israelischen Regierung demonstrierte, wird diese nicht nur von den Herrschenden in Westeuropa und den USA unterstützt, sondern auch von Demonstranten in Westeuropa, die sich als Nachfolger von Karl Marx verstehen. Fassungslos höre ich diese Dinge, lese die Publikationen dieser deutschen Linken und frage mich, ob ich mich nicht in einen Albtraum verirrt habe. Wie kann es sein, dass solche Stimmen aus der deutschen Linken kommen, die für mich immer ein Vorbild war, eine legendäre revolutionäre Kraft zu sein schien, die den wahren antikolonialistischen Kampf führte und sich im solidarischen Bündnis mit Migrantinnen und Migranten befand. Wie kann es sein, dass diejenigen, die sich in der Nachfolge von Marx, Luxemburg, Adorno wähnen – einen Krieg unterstützen, die wahllose Tötung von Zivilisten, wirtschaftliche und politische Ausbeutung und Unterdrückung, Apartheid und Kolonialismus! Was man aus der Ferne sieht, sieht man aus der Nähe nicht. Denkt man in Deutschland wirklich, dass die Unterstützung der Politik der israelischen Regierung, eine für beide, Palästinenser und Juden verheerende Politik, der Königsweg ist, den Antisemitismus zu bekämpfen?

Und noch etwas trifft mich wie ein Schlag vor den Kopf: In dieser verkehrten Welt geschieht die Verleumdung von allem, was in meinen Augen mit dem Begriff „Links“ verbunden ist, ausgerechnet in meinem Namen, im Namen meiner Mutter und meines Vaters, der ermordeten jüdischen Arbeiterklasse und des vernichteten deutschen Judentums! Diese neue Rechte, die vorgibt, eine Linke zu sein, missbraucht die Opfer der Naziherrschaft, angeblich für mein Leben und für meine Zukunft.

Mir graust es. Und ich will rufen: „Nicht in meinem Namen!“. Aber wer sind sie, dass sie mir zuhören würden? Ich mache mir keine Illusionen. Wer sich an die Seite von Israel stellt, findet sicher einen Weg, meinen Appell zu diskreditieren. Deswegen ziehe ich es vor, mich mit der Forderung nach Solidarität an die wahre deutsche Linke zu wenden. Findet zurück zu eurem

Kampf gegen Militarismus, Rassismus und Ungerechtigkeit! Findet zurück zu eurem Bündnis mit den linken Bewegungen in Israel und Palästina.

Es ist möglich, eine offene Debatte über die Politik im Nahen Osten zu führen. Das sollte aber nicht bedeuten, dass die Grundannahmen von Internationalismus und der Ablehnung von Kolonialismus und Unterdrückung aufgegeben werden. Man kann durchaus auch mit Leuten diskutieren, die diese Grundannahmen nicht teilen, aber man muss wissen, dass sie nicht zu trennen sind von einer linken Identität. Und wer sie fallen lässt, kann von sich nicht beanspruchen, ein Teil der Linken zu sein.

So kann man in der linken Bewegung und in der LINKEN mit Gruppen wie BAK Shalom über deren Agenda diskutieren, aber dabei darf die Tatsache nicht verschleiert werden, dass es eine rechte Agenda ist. Und eine Gruppe mit einer solchen Agenda kann auf keinen Fall integraler Teil einer Partei sein, die sich den anspruchsvollen Namen DIE LINKE gegeben hat.

Mit solidarischen Grüßen

Yossi Wolfson

## Kapitel II

# Maßnahmen gegen die Wahrheit, Maßnahmen für die Wahrheit

*Die Maßnahmen gegen die Wahrheit – in Israel und in Deutschland – von denen hier berichtet wird, erfolgen auf Maßnahmen für die Wahrheit, so dass die Zeugnisse vom einen zugleich das andere aufscheinen lassen. Bei der „Wahrheit“ geht es nicht um „die eine“ Wahrheit (die es nicht gibt), sondern um die Möglichkeit, Erfahrungen, Tatsachen und Gedanken öffentlich zu machen, ohne geflissentlich überhört, mit Unterstellungen, Vorurteilen, Mythen und ideologischen Fabrikationen konfrontiert zu werden oder das Wort im Munde verdreht zu bekommen, und ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Wir gehen davon aus, dass ein Diskurs, der sich frei entfalten darf, der Wahrheitsannäherung eher dient als ein durch diskursive Gewalt oder durch drohende Sanktionen verzerrter. Bei den hier zur Debatte stehenden Themen scheint uns die (häufig vorseilende Selbst-)Behinderung der öffentlichen Debatte, wie wir sie in Deutschland erleben, besonders verantwortungslos zu sein, zumal sie weniger von Scheu oder Respekt gegenüber den Opfern des deutschen Faschismus motiviert ist, als ganz offensichtlich überwiegend von einem weit verbreiteten Opportunismus. PolitikerInnen, JournalistInnen, VerlegerInnen, ExpertInnen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wollen sich „nicht die Finger verbrennen“. So kommen – anders als in Israel – öffentliche „Maßnahmen für die Wahrheit“ in Deutschland überhaupt nur ganz selten vor. Wenn jemand es dennoch wagt und schafft, einen unverstellten Gedanken, etwas Kontroverses über den israelisch-palästinensischen Konflikt öffentlich zu machen, begegnet man ihr oder ihm mit hilflosen Maßnahmen schwacher Kritiker, denen die Argumente fehlen: Diffamierungen und Unterstellungen, Aussagen, die aus dem Zusammenhang gerissen, falsch zitiert und entstellt, am besten aber gleich verschwiegen werden. Die oder der Betroffene erfährt kaum Solidarität aus der Öffentlichkeit oder seitens seiner „Zunft“, sei es die der Medien, der Universität oder der Politik. Ausgerechnet bei einem Thema, über dessen Bedeutung für das deutsche Selbstverständnis Einigkeit besteht, finden Auseinandersetzung und Diskurs nicht statt. Auch in Israel ist, wie die Beiträge dieses Kapitels deutlich machen, der Gegenwind scharf, wenn jemand an den staatstragenden Mythen rüttelt. Doch es geschieht, und meistens löst es einen Sturm aus – die Chance für eine Weiterentwicklung.*

*Wir haben auch Interventionen für die Wahrheit hier versammelt, an erster Stelle die Stimmen derer, über die hierzulande zwar wortreich verhandelt wird, die aber – auch das eine Maßnahme gegen die Wahrheit – kaum eine Chance bekommen, gehört zu werden: PalästinenserInnen wie die Bür-*

*gerInnen von Bil'in, die die Kommunikation mit der Welt für unerlässlich halten, um den Maßnahmen der Isolierung und Entmenschlichung zum Trotz Teil der Welt und der Menschheit zu bleiben.*

## **Eine andere Sichtweise tut Not**

### **Gespräch von Sophia Deeg mit Mustafa Barghuthi**

*Das Gespräch von Sophia Deeg mit Mustafa Barghuthi fand am 29.11.2008 in Berlin statt, wenige Wochen vor dem Überfall der israelischen Armee auf Gaza und kurz, nachdem er an einer Fahrt mit einem der Schiffe des Free Gaza Movement teilgenommen hatte. Dr. Barghouthi bemüht sich erfolgreich um die Verbreitung einer anderen Sichtweise vom israelisch-palästinensischen Konflikt. Überall auf der Welt und vor allem in den sozialen Bewegungen wird diese Sichtweise wahrgenommen und verstanden: Es ist nicht ein Konflikt „Israelis gegen Palästinenser“, sondern einer zwischen mächtigen Interessen einerseits und Menschen- und Völkerrecht andererseits. Die gemeinsamen Interessen Israels, der USA und der EU schlagen sich auch in den innerpalästinensischen Auseinandersetzungen nieder, die systematisch von außen angeheizt werden, um zu verhindern, dass die palästinensische Gesellschaft sich legitime politische Strukturen schafft und ihre Stimme hörbar macht.*

*Sie sind erst kürzlich aus Gaza zurückgekehrt, nachdem Sie als palästinensischer Parlamentarier an der Fahrt des dritten internationalen Aktivistenschiffs nach Gaza teilgenommen haben. Warum sind sie mitgereist?*

Zunächst einmal wollte ich für mich selber – als palästinensischer Bürger und als Parlamentarier – die Belagerung durchbrechen. Seit März 2007 – damals bildeten wir die Regierung der Nationalen Einheit – verweigert mir Israel die Einreise. Dazu hat es kein Recht. Zweitens ist es sehr wichtig, den Menschen in Gaza zu zeigen, dass wir sie nicht alleine lassen, auch um einer Hoffnungslosigkeit entgegen zu wirken, die inzwischen Kindern dort die Aussicht, „Märtyrer zu werden“ als erstrebenswert erscheinen lässt. Mit den relativ prominenten Mitreisenden an Bord – einer Friedensnobelpreisträgerin, einem bekannten italienischen Künstler – haben wir versucht, das Augenmerk der Welt auf die katastrophale Lage in Gaza zu lenken. Indem wir dringend benötigte Medikamente mitgebracht haben, genügten wir – wenn auch in sehr bescheidenem Maße – einem humanitären Anliegen der durch die Isolation unterversorgten gazaischen Bevölkerung. Und schließlich habe ich mit Vertretern aller politischen Parteien und Gruppierungen – vom islamischen Jihad bis zur PFLP, selbstverständlich auch mit Fatah und Hamas – gesprochen in

dem Bestreben, Einigkeit zu erzielen. Über alle Differenzen hinweg müssen wir eine gemeinsame Strategie zur Beendigung der Besatzung entwickeln.

*Was hat sich Ihrer Wahrnehmung nach im Gazastreifen verändert, seit Sie vor eineinhalb Jahren dort waren?*

Ein Aspekt hatte sich verbessert, die Sicherheit. Es kommt kaum noch zu kriminellen Vergehen. Im übrigen war ich schockiert. Wir haben Kinder gesehen, die sterben müssen, weil es an Medikamenten fehlt. Dialysepatienten konnten nicht angemessen behandelt werden, weil Ersatzteile für die Apparaturen nicht über die von Israel kontrollierten Grenzen kommen.

Symptomatisch ist, dass die Straßen Gazas, auf denen immer enorm viel Betrieb herrschte, inzwischen wie ausgestorben sind. Das öffentliche Leben ist wegen des Treibstoffmangels weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Armut hat zugenommen und ist überall sichtbar. Man sieht Kindern die Mangelernährung an. Es gibt ein schwerwiegendes Abwasserproblem. Vielfach wird das Abwasser ungeklärt ins Meer geleitet, nachdem die Systeme nicht mehr ordentlich gewartet werden können. Dabei werden auch Geberländer, darunter Deutschland, die in diesem Bereich Gelder und Know-how zur Verfügung stellen, von Israel vor den Kopf gestoßen, indem man sie daran hindert, diese Projekte umzusetzen. In einer Beduinen-Ortschaft, Umm El Nasser, ist es zur Überflutung und Zerstörung von 96 Häusern durch Abwasser gekommen. In der Ortschaft Beit Hanoun traf ich einen Bauern, der seinen Zitrusbaum fünf Mal neu gepflanzt hat. Seine Bäume waren immer wieder entwurzelt und niedergewalzt worden; inzwischen hat er aufgegeben. Auch Häuser werden nach wie vor durch die israelische Armee zerstört, die regelmäßig in den Gazastreifen eindringt. Israel hat innerhalb (!) des Gazastreifens eine breite Zone auf diese Weise vereinnahmt und zerstört.

*Sie haben sich immer für die Einheit der Palästinenser eingesetzt. Dabei sind Sie auch geblieben, nachdem Sie die Fatah und die Autonomiebehörde zunehmend scharf und offen kritisieren. Halten Sie es für möglich, dass es zwischen den schwer zerstrittenen Lagern wieder zu einem Zusammengehen kommt?*

Ich halte das für unabdingbar. Deshalb muss von beiden Seiten die Verfolgung des politischen Gegners aufhören. Wir haben mit beiden über die Freilassung politischer Gefangener gesprochen, Haniyya hat die meisten freigelassen, die Fatah hat in ihrem Herrschaftsgebiet nur noch härter gegen politische Gegner zugeschlagen und weitere verhaftet. Europa finanziert weitgehend den Haushalt der Autonomiebehörde, die 0,7% für die Landwirtschaft, 0,3% für die Justiz, 0,1% für die Kultur ausgibt – und 34% für die Sicherheit, d. h. die Dienste, mit denen sie vor allem ihre politischen Gegner verfolgt. Das geschieht mit Ihren Steuergeldern!

Entscheidend ist jetzt, dass es uns erneut gelingt, wie 2006 demokratische Wahlen zu organisieren. Israel ist dagegen; denn es bedeutet, dass wir dann mit einer Stimme unsere legitimen Forderungen artikulieren können. Als wir uns 2007 auf eine Nationale Einheitsregierung geeinigt hatten, wurde diese ebenso boykottiert wie die Hamas-geführte Regierung zuvor. Wir haben angefangen, demokratische Strukturen aufzubauen, und 13 EU-Staaten waren bereit, die Regierung der Nationalen Einheit anzuerkennen, doch weil die USA und Israel dagegen waren, zogen sich auch die Europäer zurück.

Jetzt haben wir zwei illegale Regierungen, eine, die vom Westen und einigen arabischen Ländern, eine andere, die vom Iran und gewissen arabischen Ländern unterstützt wird. Beide Regierungen respektieren die Gewaltenteilung nicht, verfolgen politisch Andersdenkende, foltern in ihren Gefängnissen und missachten ganz allgemein die Menschenrechte. Das Opfer dieser Situation, die in erster Linie durch Eingriffe in die Selbstbestimmungsprozesse des palästinensischen Volkes entstanden ist, sind die Menschen in Palästina.

*Was erwarten Sie von Kräften in Europa, die den Kampf der Palästinenser gegen die Besatzung und für die Umsetzung ihrer Rechte unterstützen?*

Es müsste endlich eine andere Sichtweise, eine andere Darstellung von Palästina in den europäischen und den deutschen Medien erscheinen. So zum Beispiel müsste über „Annapolis“, die angebliche Friedensinitiative, bekannt gemacht werden, dass nach Annapolis 699 Checkpoints die Bewegungsfreiheit der Palästinenser einschränken, verglichen mit vorher 520; oder dass die Siedlungstätigkeit nach jenem Gipfel um ein Vielfaches zugenommen hat. Haidar Abdelshafi, mit dem zusammen ich die Ehre hatte, in Madrid mit Israel zu verhandeln, hat richtigerweise immer gefordert: Vorbedingung für Verhandlungen ist ein Siedlungsstopp; denn die Siedlungen sind allesamt illegal.

Ich freue mich sehr, dass hier in Berlin am Wochenende zwei großartigen Gruppen aus Palästina und Israel, dem *Bil'in Popular Committee* und den *Anarchists Against the Wall*, die *Carl-von-Ossietzky-Medaille* für ihren gemeinsamen gewaltfreien Widerstand gegen die Apartheidmauer verliehen wird. Diese Veranstaltung ist ein wichtiger Beitrag zu einer anderen Sicht auf Palästina in Deutschland.

Erstveröffentlichung in der *jungen Welt* vom 02.12.2008

## Mohammed Khatib

### Der gewaltfreie Widerstand wächst – die israelische Repression nimmt zu

Mohammed Khatib *nahm am 10. Dezember 2008 in Berlin zusammen mit seinem Mitkämpfer Abdallah Abu Rahma, ebenfalls vom Bürgerkomitee, die Carl-von-Ossietzky-Medaille entgegen. Mit ihnen gemeinsam erhielten die Anarchists Against the Wall (AATW) die Ehrung; sie wurden bei der Feier von Adi Winter und Yossi Bartal vertreten. Den Bil'inerInnen ist es besser als den BewohnerInnen anderer durch die Apartheidmauer betroffener palästinensischer Ortschaften gelungen, beharrlich das, worum es in diesem Konflikt geht und was sie der Welt mitteilen wollen, auch tatsächlich in das Bewusstsein von Millionen Menschen weltweit zu rücken. Zusammen mit ihren israelischen und internationalen MitstreiterInnen machen sie sichtbar, hörbar und erfahrbar, dass es ein universeller Konflikt ist, ein Kampf für das Recht, als Gleiche zusammen zu leben. Ihre phantasievollen gemeinsamen Aktionen sind die Vorwegnahme der Zukunft, die sie sich wünschen. Sie erbringen jede Woche neu den Beweis, dass diese keine Utopie, sondern möglich ist. Eine solche Mitteilung wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, darüber zu berichten, sie gelegentlich auch zu feiern – wie es durch die Ehrung seitens der Liga für Menschenrechte geschah – kann als eine „Maßnahme für die Wahrheit“ bezeichnet werden. Der Widerstand gegen die Mauer mit unterschiedlichen gewaltfreien Methoden, der Widerstand gegen die Blockade Gazas, die internationale Solidarität vor allem durch die BDS-Kampagne sind miteinander vernetzt und ergänzen sich. Die BDS-Kampagne spielt dabei zunehmend die Rolle eines Katalysators und gibt den israelischen und palästinensischen Kräften Rückendeckung, die sich konsequent der Logik der Gewalt und der „Friedensverhandlungen“ zum Erhalt der ungerechten Machtstrukturen verweigern. Die Solidarität durch die internationalen sozialen Bewegungen wird um so wichtiger, wie der Widerstand erstarkt und Aufsehen erregt – aber auch mit immer brutaleren Unterdrückungsmaßnahmen rechnen muss – vielleicht gerade weil er im wesentlichen „nur“ eine umfassende Maßnahme für die Wahrheit ist. Mohammed Khatib schildert die Gewalt der israelischen Besatzungstreitkräfte gegen die Dörfer in der Westbank, die Widerstand leisten.*

Vor ein paar Wochen brachen mitten in der Nacht Dutzende israelischer Soldaten gewaltsam in mein Haus ein. Hätten sie doch angeklopft, ich hätte ihnen die Tür geöffnet. Sie verhafteten mich. Meine Frau Lamia blieb allein mit unseren vier Kindern zurück. Als unser Jüngster, Khaled, von dem Lärm aufwachte, sah er als erstes israelische Soldaten mit ihren geschwärzten Gesichtern, wie sie seinen Vater abholten. Seither weint er immerzu. Vor ein paar Nächten weckte ihn die Angst, und er schluchzte: „Papa, warum hast du es

zugelassen, dass mich die Soldaten mitgenommen haben?“ Das ist der Schlaf unserer Kinder – überschattet von ständiger Angst.

Viele Amerikaner wissen, dass die Regierung Obama auf die israelische Regierung Druck ausgeübt hat, um sie zu einem Einfrieren der Siedlungstätigkeit zu bewegen. Nicht allgemein bekannt ist die Tatsache, dass Israel, während es mit den Vereinigten Staaten verhandelt, Maßnahmen ergreift, darunter auch meine Verhaftung, um die wachsende gewaltfreie palästinensische Bewegung zu zerschlagen, die sich gegen den israelischen Siedlungsbau und die Mauer auf palästinensischem Land in der Westbank wendet.

Bereits seit über fünf Jahren protestieren die Bewohner von Bil'in und anderen Dörfern gegen Israels Trennungsmauer, die das Land unseres Dorfes für die Erweiterung israelischer Siedlungen abschneidet. Den Kampf dagegen haben wir bis vor die Gerichte getragen. Im Juli 2004 befand der Internationale Gerichtshof in Den Haag, dass die Mauer da, wo sie innerhalb der Westbank errichtet wurde, nach Maßgabe des Internationalen Rechts, genau wie alle israelischen Siedlungen, illegal ist. Die Verlegung der Mauer aufgrund jener gerichtlichen Empfehlung steht auch 5 Jahre später immer noch aus.

Die israelische Armee setzt unterdessen zunehmend tödliche Waffen und Gewalt gegen die Protestierenden ein und verhaftet viele von ihnen, darunter auch die Organisatoren der Proteste. In den vergangenen drei Monaten sind in Bil'in allein 29 Bewohner verhaftet worden, zwölf von ihnen Kinder. Fast alle wurden bei nächtlichen Überfällen des Militärs auf das Dorf verhaftet. Die Haft ist immer wieder verlängert worden.

Doch die Vorwürfe, die gegen sie erhoben werden, entbehren jeglicher Grundlage. Um ein Beispiel zu nennen: Mir wurde vorgeworfen, ich hätte Steine geworfen. Erst nachdem meine Anwälte dem Gericht meinen Pass mit Stempeln vorlegten, die bewiesen, dass ich zum fraglichen Zeitpunkt außer Landes war, wurde ich unter strengsten Auflagen und gegen eine Kaution freigelassen. Mein Freund Adeeb Abu-Rahme, 37 Jahre alt und Vater von neun Kindern, sitzt seit über sechs Wochen in Haft, obwohl die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben werden, genauso absurd sind.

Jeden Freitag marschieren wir zusammen mit unseren israelischen und internationalen Partnern und Partnerinnen zur Mauer und protestieren friedlich. Einmal im Jahr halten wir eine internationale Konferenz über den gewaltfreien zivilgesellschaftlichen Widerstand ab. Dabei lernen wir miteinander und machen uns gegenseitig Mut. Wir kämpfen gemeinsam, um die vielen Mauern zwischen Menschen einzureißen, die die Besatzung errichtet. Immer wieder haben wir uns an die israelischen Soldaten hier gewandt und ihnen gesagt, dass wir nichts gegen sie als Menschen haben, dass wir uns aber gegen ihr Vorgehen als militärische Besatzungsmacht stellen.

Dennoch sind neunzehn Demonstranten bei diesen gewaltfreien Protesten gegen die Mauer getötet worden. Viele wurden verletzt, darunter auch israelische und internationale AktivistInnen, die mit uns zusammen demonstrieren haben. Hier in Bil'in haben wir vor kurzem unseren Freund Bassem Abu

Rahme verloren, der im April von Soldaten erschossen wurde, als er diese inständig bat, nicht weiter auf DemonstrantInnen zu schießen.

Vor einigen Monaten teilten uns die israelischen Besatzungskräfte ihre Entschlossenheit mit, den Kampf der Basisbewegung zu zerschlagen.

Warum hat die israelische Regierung beschlossen, die Unterdrückung von Demonstrationen jetzt zu verstärken und den Kampfgeist der Organisatoren des Protests zu brechen? Vielleicht, weil sie begreifen, dass der gewaltfreie Kampf sich ausbreitet, dass immer mehr Dörfer Bürgerkomitees bilden und Demonstrationen organisieren. Vielleicht ist das harte Vorgehen auf diese Sorge der Besatzungsstreitkräfte zurückzuführen und hängt mit der wachsenden internationalen Bewegung für einen Boykott zusammen. Dieser wendet sich gegen Firmen und Geschäftsleute wie Lev Leviev\*, die am Landraub durch Israel beteiligt sind. Oder vielleicht fürchtet die israelische Regierung auch, dass die neue amerikanische Administration durch unsere Demonstrationen erfahren könnte, dass die israelische Mauer ein Instrument der Landnahme zugunsten der wachsenden Siedlungen darstellt und dass gewaltfreie palästinensische Proteste brutal unterdrückt werden.

Die Reaktionen Israels legen die Annahme nahe, dass es sich von Leuten, die mit gewaltfreien Methoden für ihre Rechte kämpfen, in die Defensive gedrängt fühlt. Die israelische Regierung scheint zu fürchten, dass PalästinenserInnen, die den Kampf gemeinsam mit israelischen AktivistInnen als Partner führen, für die israelische Besatzung eine Gefahr darstellen, und dass es gefährlich ist, wenn Mauern zwischen Menschen fallen. Was der Staat Israel vielleicht am meisten fürchtet, ist die Hoffnung der Menschen, dass sie auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Gleichheit für alle zusammenleben können.

Erstveröffentlichung in *The Nation*: „Palestine’s Peaceful Struggle“; 11.09.2009

\* Lev Leviev ist einer der mächtigsten Geschäftsleute Israels. Ihm gehört die *Africa Israel Corporation*, deren Tochterfirma *Danya Cebus* am Bau der israelischen Siedlung Modi’in Illit beteiligt ist. Dieser Siedlung ist ein Großteil des Landes von Bil’in zum Opfer gefallen.

Sophia Deeg

## Hörensagen, Andeutungen und Falschzitate – die Kampagne gegen Ludwig Watzal

*In Israel, Frankreich, den USA und anderswo sehen sich Kritiker der israelischen Politik heftigen Angriffen ausgesetzt, die man manchmal auch als „Maßnahmen gegen die Wahrheit“ bezeichnen kann. In Frankreich beispielsweise wurden Prozesse angestrengt, von denen keiner eine Aussicht auf Erfolg hatte. Doch der Prozess alleine zermürbte den Journalisten oder Kommunalpolitiker und schädigte seinen Ruf, weil er des Antisemitismus bezichtigt wurde und sich in langwierigen Verfahren, über die unredlich berichtet wurde, gegen diesen Vorwurf wehren musste.\* Der Fall von Norman Finkelstein, dessen Festanstellung als Professor auf Grund des Drucks der US-amerikanischen Israel-Lobby verhindert wurde, ist wohl eine der weltweit berüchtigtsten „Maßnahmen gegen die Wahrheit“, die sich direkt gegen die Person und ihre berufliche Existenz richteten. In Deutschland ähnelt dem der „Fall Ludwig Watzal“ in vieler Hinsicht, doch wurde er durch ein gespenstisches Schweigen quittiert, auch seitens der KollegInnen des Journalisten. Während in Israel, den USA oder Frankreich derartige Angriffe auf die Meinungsfreiheit auch Verteidiger der Angegriffenen auf den Plan rufen, können diese hierzulande bisher kaum mit Solidarität rechnen.*

Die öffentliche Kampagne gegen Ludwig Watzal ist so wenig geistreich, witzig oder argumentativ interessant, wie andere Feldzüge dieser Art, denn um das richtige Argument, um Geist oder Witz geht es dabei meist nicht. Das Ganze langweilt eher oder verstimmt in seiner dumpfen Gehässigkeit. Außer, man genießt es, einem solchen Geeifer und Gezeifer beizuwohnen oder daran teilzunehmen. Oder man interessiert sich für die Psychologie oder -pathologie dahinter. Oder für die Interessen, um deretwillen jemand gemobbt oder „fertig gemacht“ wird. Etwa für die Frage: Von welchen Versäumnissen oder Unzulänglichkeiten des Aggressors soll das Mobbing ablenken? Oder was gewinnt er, wenn er den anderen klein macht, sich auf seine Kosten profiliert, ihn verdrängt oder wegfeht?

Im Fall der Kampagne gegen Ludwig Watzal komme ich nicht umhin, mich zu interessieren, weil ich ihn als Fachmann in Sachen Nahost seit langem kenne und schätze. Und als solcher ist er durch das Mobbing, das er erfuhr und die mangelnde Solidarität, die er erleben musste, vorläufig verstummt, aus der Öffentlichkeit verschwunden.

Ich habe Ludwig Watzal Mitte der 90er Jahre anlässlich eines Vortrags über den Oslo-Prozess kennengelernt, den *sogenannten* Friedensprozess, wie

\* Siehe dazu beispielsweise: Etienne Balibar et al, L'Antisemitisme: L'intolérable chantage – Israel-Palestine, une affaire française?

er inzwischen nur noch heißt. Monate zuvor hatte ich zu dem selben Thema Roni Ben-Efrat gehört, eine kritische, unabhängige israelische Journalistin, brillante politische Analytikerin der Verhältnisse und Entwicklungen in Palästina und Israel. Sie ist Chefredakteurin des *Challenge Magazine*, einer israelischen Internet-Publikation in englischer Sprache von linken palästinensischen und jüdischen Israelis. Auch Ludwig Watzal veröffentlichte gelegentlich in *Challenge*.

Der Kontext, in dem ich sowohl Roni Ben Efrat wie Ludwig Watzal Mitte der 90er Jahre kennenlernte, waren das Palästina-Komitee München und die dortige Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe, so weit ich weiß, die erste ihrer Art im deutsch-sprachigen Raum. Später kam dann Ludwig Watzals Buch über den Oslo-Prozess heraus, das im wesentlichen die Thesen im einzelnen belegte und entfaltete, die ich in Ronis und in seinem Vortrag erstmals gehört hatte: Die Oslo-Verhandlungen waren ein Desaster für die palästinensische Gesellschaft, aber auch für das internationale Recht und auf absehbare Zeit für jegliche Friedensaussichten im Nahen Osten. Es stellte sich schließlich heraus, dass sie den Boden bereitet haben für den massiven Siedlungsausbau, die fortschreitende Entrechtung der Palästinenser, die Zerrüttung ihrer politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, die verzweifelte Gegenwehr der zweiten Intifada und ihre brutale Niederschlagung, den Mauerbau in der Westbank und die Wiederbesetzung (2002), die immer dichtere Abschottung des Gazastreifens und schließlich für das, was wir zur Jahreswende 08/09 in Gaza erlebt haben. Inzwischen sind die internationalen, vor allem auch die israelischen Publikationen Legion, die diese Analyse unterstreichen. Auch bei meinen Aufenthalten in Palästina/Israel fand ich – leider – diese Sicht der Dinge immer wieder bestätigt, obwohl vor allem palästinensische GesprächspartnerInnen lange von der – durch Oslo beförderten – Hoffnung oder Illusion nicht lassen wollten, dass Israel sie früher oder später als gleichberechtigte Partner – als Menschen! – anerkennen würde, oder dass die USA und oder Europa dafür einstehen würden.

*Friedensfeinde – Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart* (1998) und die aktualisierte Fassung *Feinde des Friedens – der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern* (2001) sind Standardwerke zum israelisch-palästinensischen Konflikt – und im deutschsprachigen Raum die einzigen über die entscheidende Phase der „Oslo-Jahre“. Sie werden in diesem „Raum“, dieser Provinz, kaum (noch) beachtet, nachdem der Autor marginalisiert wurde.

Diskussionen, Publikationen, Äußerungen deutscher politischer Funktionsträger, von „Experten“ oder Journalisten, haben die Gedanken, Fakten und Hintergrundanalysen, die Ludwig Watzal vor rund 10 Jahren bereits vorgelegt hat, noch längst nicht eingeholt. Sie fangen zaghaft an – so in letzter Zeit Torsten Schmitz in der *Süddeutschen Zeitung* –, die Mauer in der Westbank oder die Massaker in Gaza – nicht so richtig gut zu finden.

Immerhin. Aber es reicht nicht, sich mehr oder weniger heftig zu entrüsten. Wenn es um die Unmenschlichkeit des israelischen Besatzungsregimes, die Verletzungen internationalen Rechts und der Menschenrechte durch Israel geht, erhebt sich in Deutschland durchaus ein kleiner Chor der moralisch Entrüsteten. Solange es jedoch dabei bleibt, ist die kritische Nachfrage berechtigt, warum israelischen Verbrechen diese besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Warum regt man sich nicht ähnlich über die Verbrechen anderswo auf? Und was will man eigentlich damit sagen, wenn man mit dem Finger auf Israel zeigt?

Natürlich ist es legitim, dass angesichts von Schreckensnachrichten, wie sie uns immer wieder aus Palästina/Israel erreichen, die erste Reaktion ein Aufschrei ist. Empathie kommt ohne Argumente aus. Doch wenn – berechnete – Empörung nicht nach Zusammenhängen fragt, nach Entwicklungen, die zu dem geführt haben, worüber man sich empört, bleibt sie ohnmächtig. Schlimmer noch: sie legt eine problematische Antwort auf die Frage nahe, die sich im Zusammenhang mit solchen Verbrechen stellt, die Frage nach der Verantwortung und nach Gründen. Der problematische Subtext einer gedankenlosen Empörung über israelische Verbrechen lautet: „die“ Israelis sind Verbrecher. Daran schließen sich beinahe automatisch weitere rassistische Gedankengänge an, die Zusammenhänge zwischen dem suggerieren, was „die“ Juden im Holocaust erlitten haben und dem, was „sie“ jetzt den Palästinensern antun.

Ludwig Watzal hat durch seine Publikationen Wesentliches dazu beigetragen, Voraussetzungen, Zusammenhänge und Hintergründe der Entwicklung des Nahost-Konflikts in den letzten Jahren zu beleuchten. Aufgrund solcher Einsichten wendet sich die Wut und Empörung nicht gegen eine Menschengruppe, sondern gegen politische Verhältnisse und politisch Verantwortliche. Es ist eine informierte Wut und Empörung, die auch weiß, wie sehr hiesige Politik, hiesige Interessen mitverantwortlich sind.

Wie es möglich ist, dass die Armee einer „westlichen Demokratie“ und eines „Rechtsstaats“ wie Israel Zivilisten abschachtet und andere schwere Verbrechen begeht – das ist eine nicht leicht zu beantwortende Frage. Wie es dazu kommt, dass Soldaten, BürgerInnen, FunktionsträgerInnen, Intellektuelle eines (wie gesagt: demokratischen, befreundeten etc.) Staates sich „barbarisch“, „menschenverachtend“ (oder, wie auch immer man es empört benennen mag) aufführen – darüber wird in Israel selber, in Frankreich, in Großbritannien, in den USA und anderswo intensiv geforscht und publiziert – in Deutschland kaum.

Diese Gedankenlosigkeit, scheint mir eine der Grundlagen eines neuen oder wieder auflebenden alten Antisemitismus zu sein, der sich in manchen Reaktionen auf israelische Verbrechen zeigt. Wer sich zum israelisch-palästinensischen Konflikt äußert, hat vor diesem Hintergrund eine besondere Verantwortung: selbstverständlich nicht die, Kritik an der israelischen Politik zu

unterlassen, sondern die, sachlich und ernsthaft nach den Hintergründen zu fragen.

Genau das zeichnete die Arbeit von Ludwig Watzal aus – bis sie weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwand, nachdem Schritt für Schritt seine berufliche Existenz vernichtet wurde. Ludwig Watzal war viele Jahre Redakteur der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*, die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird. Watzals Arbeitgeberin, die Bundeszentrale, versäumte es, ihn gegen die leicht zu entkräftenden Angriffe zu verteidigen, die aus dem Milieu selbsternannter Vorkämpfer gegen den Antisemitismus (zugleich bedingungslose Anhänger Israels), gegen ihn erhoben wurden. Auch Mainstream-Medien wie *Die Welt* waren sich nicht zu schade, die Anwürfe ungeprüft aufzugreifen. Ich schrieb damals (2004) über einen solchen Artikel in einem Leserbrief: „Der gesamte Text ist eine Collage von Aussagen über Aussagen. Weder ist der Antisemitismus eine Lappalie, noch ist es der Vorwurf, antisemitisch zu sein, gegen wen auch immer er erhoben wird. Wer leichtfertig und auf Grund von Hörensagen, Andeutungen oder kolportierten Aussagen mit dem Vorwurf des Antisemitismus hantiert, bagatellisiert das Phänomen und riskiert es, einen Menschen öffentlich zu diskreditieren, auf den dieser Vorwurf nicht zutrifft.“

Obgleich es in der *taz* und der *jungen Welt* auch Artikel gab, die sich mit der Kampagne gegen Ludwig Watzal kritisch auseinandersetzten, fällt auf, dass der offensichtlich unsachlich geführte Angriff gegen einen auch international renommierten Nahostexperten annähernd „geräuschlos“ über die Bühne gegangen ist und sich JournalistInnen, Intellektuelle und AkademikerInnen wenig solidarisch zeigten. Und das, obwohl es sich um einen massiven Angriff auf die Meinungsfreiheit handelte. Auch wenn man die Einschätzungen von Ludwig Watzal nicht in jedem Punkt teilt, sollte man erwarten, dass sich KollegInnen der schreibenden Zunft mit angegriffen und zur Solidarität verpflichtet fühlen.

Es ist nicht zu übersehen, dass die Kampagne gegen Ludwig Watzal von VertreterInnen der Interessen Israels, genauer gesagt, der Interessen der herrschenden Eliten in Israel, ausging. Ihre Wirkung beruht weniger auf irgend einer „Macht“. Sie beruht auch nicht auf ihren guten Argumenten oder der Integrität ihres Anliegens. Sie beruht vermutlich vor allem darauf, dass sie in Deutschland zum einen mühelos willige Kollaborateure finden, die eigene Interessen verfolgen, zum anderen mit dem Schweigen einer verunsicherten Mehrheit rechnen können.

## Die Lehre aus dem Holocaust: „Menschlichkeit und menschliche Solidarität“ Gespräch von *Ludwig Watzal* mit *Felicia Langer*

Ludwig Watzal sprach mit Felicia Langer, nachdem ihr am 16. Juli 2009 von Bundespräsident Horst Köhler das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden war. Frau Langer wurde für ihr humanitäres Lebenswerk ausgezeichnet, das „beeindruckend“ sei. „Sie hat sich in herausragender Weise für Frieden und Gerechtigkeit sowie für die Wahrung der Menschenrechte eingesetzt. Ihr jahrzehntelanges Wirken für Benachteiligte und Unterdrückte verdient großen Respekt und höchste Anerkennung“, so Staatssekretär Hubert Wicker bei der Zeremonie. So habe sich Frau Langer für die „Verteidigung der Unterprivilegierten in Israel und in den benachbarten besetzten Gebieten als Menschenrechtsanwältin einen Namen gemacht und gegen Enteignung, Häuserzerstörung und Deportation gekämpft“ und in Deutschland beharrlich „Brücken zwischen Israelis und Palästinensern“ gebaut. In ihrer Erwiderung betonte Langer, dass ihr Engagement für Frieden und Gerechtigkeit sich aus der Universalität der Menschenrechte ableite. Die Lehre aus dem Holocaust bedeute „Menschlichkeit, Mitleid mit den Opfern und Ablehnung von Unrecht“. Die Situation der Palästinenser sei „unerträglich“. Darauf ziele ihre Aufklärungsarbeit.

Seit 19 Jahren lebt Felicia Langer in Deutschland. National wie international wurde Sie mit zahlreichen Preisen und Ehrungen ausgezeichnet. Frau Evelyn Hecht-Galinski hat Frau Langer beim Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Günther H. Oettinger, für diese Auszeichnung vorgeschlagen. Mit diesem Orden werden Sie „für Ihre großartigen Verdienste um unser Land und seine Menschen“ ausgezeichnet, schrieb der Ministerpräsident an die Ausgezeichnete.

Im Jahre 1990 war Felicia Langer bereits der „Right Livelihood Award“, besser bekannt als der „Alternative Nobelpreis“, verliehen. Gefolgt vom „Bruno-Kreisky-Preis“ für Menschenrechte im Jahr 1991 sowie u. a. dem „Erich-Mühsam-Preis“ 2005. Letzterer wird alle zwei Jahre an Persönlichkeiten verliehen, die sich mit „Zivildourage und Idealismus für soziale Gerechtigkeit und verfolgte Minderheiten einsetzen“.

„Gilt ein Prophet nichts in seinem Vaterland“, fragte die israelische Menschenrechtsanwältin Lea Tsemel in ihrer Laudatio in der israelischen Frauenzeitschrift „Du“ (AT) und gab darauf die folgende Antwort: „In meinem Herzen bist Du diejenige, die den israelischen La-Pasiónaria-Preis verdient, und vielleicht ist der Weg nicht mehr weit bis zu dem Dir in Wahrheit zustehenden Israel-Preis.“ Soweit ist es noch nicht. Einmal hat ein berühmter Israeli die Annahme des Israel-Preises abgelehnt: der Religionsphilosoph Yeshiyahu Leibowitz.

*Glückwunsch zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse durch den Bundespräsidenten. Frau Langer, ein Prophet gilt nichts im eigenen Land. Warum verleiht Ihnen der israelische Staat keinen Orden?*

Danke für die Glückwünsche. Ich habe mich sehr gefreut und ich freue mich noch immer. Der israelische Staat hat meine Bemühungen um Menschenrechte und Frieden mit Gerechtigkeit nicht gewürdigt, weil er sie tatsächlich nicht für würdig und eine Ehrung nicht für nötig hält – und das ist ein Understatement. Im Jahre 1998 – zum 50. Jahrestag der Gründung Israels – hat mich die große Frauenzeitschrift *You* (hebr. *AT*) als eine der 50 bedeutendsten Frauen in der israelischen Gesellschaft gewählt.

*Dagegen, dass Ihnen das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde, hat es von deutsch(-jüdisch)er, aber auch von israelischer Seite Proteste gegeben. Wie erklären Sie sich das? Was ist an den Vorwürfen dran?*

Aus diesen Protesten spricht eine tiefe Ablehnung einer Auszeichnung für jemanden, der nicht nur die Lage in Palästina unter israelischer Besatzung beim Namen nennt, sondern gegen die Entrechtung der Palästinenser kämpft. Ich bin seit Jahren eine aktive Zeit- und Augenzeugin der Unterdrückung der Palästinenser gewesen, die die oben genannten Kräfte leugnen und verschweigen wollen. Und warum? Es soll kein Druck auf Israel ausgeübt werden. Israel soll freie Hand haben, um weiter enteignen, kolonisieren und zerstören zu können. Es ist eine organisierte Schmutzkampagne voll abgrundtiefem Hass gegen die Universalität der Menschenrechte, die diese Auszeichnung würdigt. Und die Schmutzkampagne heiligt die Mittel: Verleumdungen, Verunglimpfungen, Beleidigung als „Antisemitin“ und „Israelhasserin“; Lügen, dass ich Ahmadinedschad verteidigt oder gepriesen habe, dass ich die schrecklichsten Feinde Israels unterstütze, oder als Kuriosum, dass ich ein privater Gast von Erich Honecker war. Alles als Ablenkung von ihrer wahren Maxime, dass die Verurteilung von Israels Taten ein Tabu bleiben muss, und wehe denjenigen, die es zu brechen gewagt haben.

*Ralph Giordano, Arno Lustiger, Arno Hamburger und Deidre Berger, Leiterin des American Jewish Committee, und ein israelischer Reiseführer haben dem Bundespräsidenten „gedroht“, er solle Ihnen das Verdienstkreuz wieder aberkennen und seine Entscheidung revidieren, andernfalls würden sie das ihre zurückgeben. Bis auf einen „Mutigen“, den Reiseführer, haben alle gekniffen. Hat es sich dabei nicht um eine politischen „Erpressungsversuch“ gegenüber dem obersten Staatsorgans der Bundesrepublik Deutschland gehandelt?*

Es ist eine klare Erpressung, die eine bodenlose Arroganz bedeutet. Es ist auch eine Schande. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

*Die Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Frau Charlotte Knobloch, hat in einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten betont, dass ihre Organisation in Ihrem „Fall“ nicht gefragt worden sei. Was sagen Sie dazu? Muss der Bundespräsident beim Zentralrat um „Genehmigung“ bitten, wem er das Bundesverdienstkreuz verleiht?*

Dies ist eine Impertinenz sondergleichen. Was wäre, wenn die katholischen oder evangelischen Organisationen solch eine Forderung stellen würden, wenn eine ihrer Glaubensgenossen ausgezeichnet worden wäre? Es ist eine unglaubliche Chuzpe, ja Hybris, die diese Frau und das Gremium, das sie vertritt, kompromittiert.

*Sie kennen das Buch Die Israel-Lobby von John Mearsheimer und Stephen M. Walt. Gibt es auch in Deutschland oder Österreich diese Art der Lobby?*

Ja, natürlich gibt es hier eine Israel-Lobby, die sich als Sprachrohr der israelischen Politik versteht. Dies hat man in meinen Fall deutlich gesehen. Die Methoden sind antidemokratisch, anmaßend und gehörten an den Pranger gestellt. Wie lange will sich die Gesellschaft die Bevormundung durch diese Lobby noch gefallen lassen? Ich möchte Ihnen die Charakterisierung der Israel-Lobby durch den ehemaligen amerikanischen Botschafter in China und Saudi-Arabien, Chas Freeman, zitieren, den man, bevor er überhaupt sein Amt in der Obama-Regierung antreten konnte, auf das Übelste verleumdet hat: „Die Taktiken der Israel-Lobby stellen Höhepunkte der Schande und Unanständigkeit dar, sie schließen Rufmord ebenso mit ein wie selektiv falsche Zitate, vorsätzliche Verfälschung der Fakten, Fabrikation von Unwahrheiten und vollkommene Missachtung der Wahrheit.“

*Verlassen wir nun das ungute Thema. Sie sind israelische und deutsche Staatsbürgerin. Warum haben Sie 1990 Ihre damalige Heimat Israel verlassen und sind gerade nach Deutschland gegangen?*

Ich habe 1990 mein Büro in Jerusalem aus Protest geschlossen, weil ich im Rahmen der Justiz, die, was die Palästinenser betrifft, zur Farce verkommen war, für meine Mandanten nichts mehr tun konnte. Ich wollte nicht als Alibi oder Feigenblatt eines solchen Rechtssystems dienen. Ich habe einen Lehrauftrag an der Universität Bremen und danach auch an der Gesamthochschule in Kassel angenommen. Mein Sohn, Sänger und Schauspieler, lebte schon seit einigen Jahren mit seiner Familie in Deutschland. Ich hatte auch gute Kontakte zur Friedensbewegung. Die Entscheidung, nach Deutschland zu kommen, habe ich mit meinem Mann getroffen. Diese Entscheidung war richtig.

*Sie waren in Israel lange Zeit die einzige Anwältin, die Palästinenser vor israelischen Militärgerichten und anderen Instanzen verteidigt hat. Was waren*

*die Gründe dafür, obgleich Ihnen dieses Engagement die offene Feindschaft großer Teile der israelischen Elite eingetragen hat?*

Ich möchte betonen, dass es die Feindschaft nicht nur der Eliten war, sondern auch eines Teils meiner Mitbürger. Ich konnte die Ungerechtigkeiten in den besetzten Gebieten, die der Bevölkerung angetan wurden, nicht mehr ertragen. Ich habe buchstäblich mit ihnen gelitten und wollte helfen. Es klingt pathetisch, aber dies ist die Wahrheit. Ich wusste, dass ich so das andere Gesicht meines Volkes zeigen würde, aber das Ausschlaggebende war der Wille zu helfen, als Rechtsanwältin und als Mensch.

*Hat Israel mit Netanjahu die Regierung bekommen, die das Land verdient?*

Eine kurze Antwort mit „Ja“ wäre zu böse. 42 Jahre Besatzung und Apartheid haben die Bevölkerung korrumpiert. 42 Jahre einer annähernd totalen Herrschaft über ein anderes Volk haben die moralischen Werte in der Gesellschaft pervertiert und erodieren lassen. Die ständige Gehirnwäsche, dass die Palästinenser und die Araber einen neuen Holocaust gegen Israel planen, und die Ausblendung von Friedensmöglichkeiten, die sich boten – das hat seine Wirkung nicht verfehlt. Der Missbrauch des Holocaust in diesem Sinne spielt hier eine wichtige Rolle. Man stilisiert das Volk und das Land als ewiges Opfer, obwohl das wirkliche Opfer die Palästinenser sind. Das Schweigen der Weltöffentlichkeit, die Duldung der von Israel begangenen Menschenrechtsverletzungen und, noch mehr, die ständige Straffreiheit sind wichtige Faktoren, die zum Extremismus, der diese Regierung kennzeichnet, beigetragen haben. Der Verrat der Arbeitspartei, was Frieden und Gerechtigkeit betrifft, und für diesen Verrat stehen als Symbole Shimon Peres und Ehud Barak, haben auch eine wichtige Rolle in der generellen Frustration der Bevölkerung gespielt. Diese Frustration spielte bei diesem Wahlergebnis, das eine Schande ist, eine wichtige Rolle.

*Israel begreift sich als einen „jüdischen und demokratischen Staat“. Wie sehen Sie das?*

Israel ist eine Ethnokratie, keine echte Demokratie im klassischen Sinne mit gleichen Rechten für alle seine Bürger. Es ist eine Demokratie nur für die Juden. Die Palästinenser in Israel, die israelische Staatsbürger sind, sind Bürger dritter Klasse, was Landbesitz, soziale Sicherung, Bildung, Bürgerrechte und Arbeit betrifft. Jetzt gibt es Vorbereitungen für rassistische Gesetze, wie das Gesetz, das die Erinnerung an die Nakba – die Katastrophe der Vertreibung der Palästinenser von 1948 – verbieten will, und ein Gesetz über die Loyalität gegenüber dem Staat Israel. Außerdem hält der Staat schon seit 42 Jahren eine völkerrechtswidrige Besatzung über 3,5 Millionen Menschen aufrecht, durch die ihre elementaren Menschenrechte verletzt werden, eine Besatzung, bei der

die Besatzungsmacht Kriegsverbrechen begeht und die mit zahlreiche UNO-Resolutionen unvereinbar ist.

*Sie haben zahlreiche Bücher nicht nur über die Unterdrückung der Palästinenser und die Verletzung ihrer Menschenrechte durch Israel geschrieben, sondern auch einige über Ihr Engagement und Ihre Erfahrungen, die Sie hier in Deutschland oder Österreich bei Ihren zahlreichen Vorträgen gesammelt haben. Wie wird Ihre Botschaft von Ihren Zuhörern/innen aufgenommen?*

Es gibt unterschiedliche Reaktionen, die meisten sind sehr positiv, insbesondere in jüngerer Zeit. Die Deutschen haben die Pflicht, sich überall dort einzumischen, wo die Menschenrechte verletzt werden. Diese Message ist generell angekommen, und die undifferenzierte rein pro-israelische Sichtweise kommt nur noch selten zum Ausdruck. Dies ist eine neue Erscheinung, die mir Mut macht.

*Der Holocaust war ein historisch einmaliges, monströses Verbrechen durch Deutsche am europäischen Judentum. Welche Lehren sollten daraus im Allgemeinen gezogen werden und im Besonderen durch Deutschland?*

Wir sind Holocaust-Überlebende. Mein Mann war der einzige seiner Familie, der fünf Nazi-Lager überlebt hat. Die Deutschen sind zu Antifaschismus verpflichtet, zur totalen Ablehnung von rassistischem Gedankengut, zum Einsatz für Völkerfreundschaft und Toleranz und gegen Antisemitismus – den realen und nicht den vermeintlichen. Es gibt noch eine Lehre: Angesichts von Unrecht, wo immer es auftreten sollte, nicht zu schweigen sondern die Stimme zu erheben. Die Deutschen haben schon einmal geschwiegen, obwohl in einer anderen Zeit und unter anderen Umständen. Es gibt auch eine allgemeine Lehre aus dem Holocaust: Sie heißt Menschlichkeit und menschliche Solidarität.

*Was können Sie Ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Umgang mit der israelischen Regierungspolitik raten?*

Mit Zivilcourage die Taten der israelischen Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten und die israelische Politik der Friedensresistenz anzuprangern, so auch den Psychoterror und den Vorwurf, dass dies Antisemitismus sei. Auf diesen Vorwurf ist mit reinem Gewissen zu entgegnen, dass die Kritik an der israelischen Politik ein Beitrag zu Frieden und Humanität bedeutet. Die Solidarität mit den Palästinensern, die unter Apartheid leben, und mit den israelischen Friedenskräften ist ein Imperativ, auch der Boykott der Waren aus den illegalen, völkerrechtswidrigen Siedlungen in den besetzten Gebieten. Die öffentliche Meinung ist eine gewaltige Macht, die Druck auf Israel ausüben kann, deshalb ist die Aufklärung so wichtig, die zur Aktivierung der Menschen einen Beitrag leistet. Martin Luther King hat einmal gesagt: „Eine Zeit wird kommen, da wir vergessen werden, was die Feinde ge-

sagt haben, aber in Erinnerung behalten, dass die Freunde geschwiegen haben.“ Das Schweigen der Deutschen schadet dem Frieden mit Gerechtigkeit im Nahen Osten. Die für Gerechtigkeit erhobene Stimme ist ein Segen.

Zuerst erschienen in: *Internationale Zeitschrift für internationale Politik*, (2009); Dank für die Nachdruckgenehmigung an Herrn Fritz Edlinger.

*Anarchists Against the Wall (ATTAW)*

## **Israelisches Außenministerium im Internet**

*von einem Berliner (israelischen) „Anarchist Against the Wall“ (ATTAW), der sich erst zusammen mit palästinensischen und internationalen AktivistInnen den Konfrontationen mit „seiner“ Verteidigungsarmee (Israeli Defense Force – IDF) bei den friedlichen Demos gegen die Mauer in der Westbank ausgesetzt hatte und anschließend, eher unfreiwillig, den bizarren deutschen Debatten. Die mögen ihm in ihrer vollkommenen Entrücktheit von dieser Welt geradezu erholsam vorkommen. Denn friedliche DemonstrantInnen, FreundInnen und MitstreiterInnen, die neben dir getroffen zusammenbrechen, Tränengasschwaden und Geschosse deiner IDF, entwurzelte Olivenbäume, verzweifelte palästinensische Bäuerinnen und Bauern, Kinder, die in Armeejeeps gezerrt werden und verschwinden – all das kommt nicht vor in den Blogs und auf den Websites, die in Eigenregie oder im Auftrag der israelischen Regierung gegen „unfreundliche“ Berichte im Ausland angeschrieben werden.*

Das israelische Außenministerium finanziert Kommentatoren, die in internationalen Medien, wie z. B. in Facebook, Blogs und „linken Websites“ posten, um die Regierungspolitik Israels zu verteidigen.

In einem gestern auf der Website der israelischen Zeitung *Yediot Ahronot* auf Hebräisch erschienenen Artikel wurde das neue Programm des israelischen Außenministeriums zur Erweiterung des Propagandakampfes im Ausland, hauptsächlich in Europa und den USA, dargestellt. Laut dem Zeitungsbericht wurde Dutzenden StudentInnen und Ex-SoldatInnen ein Büro zur Verfügung gestellt, um Kommentare für verschiedene Blogs, Nachrichten-Websites, Foren, Twitter, Facebooks und auch für „linke Websites“ zu schreiben. Die Beiträge sollen die aktuellen Positionen der israelischen Regierung erklären und verteidigen.

Auf die Frage, ob die KommentarschreiberInnen, die an dem Projekt teilnehmen, sich als „normale Internetbenutzer“ ausgeben würden, antwortete der Projektleiter: „Klar. Unsere Leute werden nicht sagen ‚Hallo, ich bin von der Hasbara (Propaganda)-Sektion des israelischen Außenministeriums und ich wollte dir sagen, dass ...‘. Sie werden sich auch nicht zwangsläufig als Israelis ausgeben. Sie werden schreiben wie normale Internetbenutzer und ihre

Kommentare werden auch persönlich rüberkommen, aber sie werden auf Vorgaben basieren, die das Außenministerium vorbereitet hat.“

Der Projektleiter erzählt weiter, wie sich dieses Projekt während des Überfalls auf Gaza im Januar diesen Jahres entwickelt hat. Seit Kriegsbeginn hat das Außenministerium viele Freiwillige aus jüdischen Gemeinden im Ausland und auch aus Israel angeworben und koordiniert. „Unser Zielpublikum war damals die europäische Linke, die gegenüber der Regierungspolitik Israels eine unfreundliche Einstellung hatte. Deswegen haben wir angefangen, uns in Diskussionen in Blogs in England, Spanien und Deutschland einzumischen. Sehr feindselige Umgebungen.“

Die Tatsache, dass in Deutschland eine organisierte Kampagne zum Schreiben von Kommentaren und Briefen existiert, die die israelische Regierungspolitik unterstützt, ist längst bekannt. Die Gruppe *Honestly Concerned* bemüht sich seit 2002 mittels ihrer E-mail-Liste, Artikel, die Israel kritisieren, mit Kommentaren zu diffamieren oder durch Druck auf die HerausgeberInnen der jeweiligen Publikationen Kritik an der israelischen Politik zu verhindern. Jetzt scheint es aber so zu sein, dass die Arbeit der Freiwilligen für die Verbreitung israelischer Propaganda nicht ausreicht, weshalb nun bezahlte Kräfte eingestellt werden, um die israelische Politik zu rechtfertigen.

Was diese neue Entwicklung für Websites wie Indymedia bedeuten kann, sollte meiner Meinung nach von den ModeratorInnen diskutiert werden. Es ist allerdings nicht neu, dass Kommentare, die auf Presseerklärungen der israelischen Botschaft basieren, oder Artikel, in denen alle Informationen israelischen staatlichen Quellen entnommen wurden, für längere Zeit auf Indymedia zu lesen waren.

*Anarchists against the Wall* Berlin am 06.07.09 auf Indymedia

*Tsafrir Cohen*

## **Breaking the Silence**

*Tsafrir Cohen berichtet in seinem Blog auf [www.medico.de](http://www.medico.de) regelmäßig von der Situation vor Ort. Dort erschien auch sein Bericht über „Breaking the Silence“, den wir hier dokumentieren. „Breaking the Silence“ wurde von Yehuda Shaul und anderen israelischen Ex-Soldaten gegründet, die in Hebron Besatzungs-Dienst geleistet hatten und die israelische Öffentlichkeit über ihre Erfahrungen als Besatzungssoldaten informieren sowie andere Soldaten dazu ermutigen möchten, ebenfalls das Schweigen über die Besatzung zu brechen.*

*„Breaking the Silence“ sammelte nach der Offensive gegen Gaza Zeugen-aussagen von IDF-Angehörigen, die an dem Überfall teilgenommen hatten. Auch Befürworter der Operation unter ihnen waren ratlos und schockiert darüber, dass ihnen von der Armee keinerlei einschränkende Vorgaben ge-*

*macht wurden, wie sie mit Zivilisten und ziviler Infrastruktur zu verfahren hätten – im Gegenteil. Als „Breaking the Silence“ mit diesen Zeugnissen an die Öffentlichkeit ging, stieß die Initiative zunächst auf „Maßnahmen gegen die Wahrheit“, setzte sich aber durch und löste in Israel den Beginn einer Diskussion aus.*

Michael Manekin ist sichtlich nervös. Er ist etwa 30, kurzer Bart, runde Brille, große Kippa, Turnschuhe, offenes Hemd. Kaum der typische Friedensaktivist. Tatsächlich ist er ehemaliger Offizier bei *Golani*, der berühmten Kampfkompanie, die in Israel als „Salz der Erde“ gilt. Immer wieder hält er inne, nach Worten suchend, spricht dann immer schneller, verliert sich etwas, rafft sich wieder zusammen.

Im Auditorium eines Tel Aviver Museums lauschen ihm 250 Menschen. Sie sind dem Aufruf des *medico*-Partners *Breaking the Silence* nachgekommen, das Schweigen über Gaza zu brechen. Silberhaarige Männer mit Kubat-Shirts, einige betagte Damen, die sich „raging grannies“ nennen und als zornige Omis bei jeder Demonstration gegen die Besetzung mit dabei sind. Es sind aber für eine solche Veranstaltung ungewöhnlich viele junge Menschen da, die nicht wie die *Anarchisten gegen die Mauer* aussehen. Normale junge Tel Aviver, modisch gekleidet, die selten auf politische Veranstaltungen gehen.

Sie sind gekommen, obwohl die israelische Armee alles daran gesetzt hatte, das Schweigen über die eigene Vorgehensweise in Gaza nicht brechen zu lassen. Eine von *Ha'aretz*, Israels einziger Qualitätszeitung, im Nachhinein als „brutal“ beschriebene Kampagne begann: Die Armee stellte Ultimaten an die Presse und drohte, es würde Konsequenzen geben, falls *Breaking the Silence* zu Wort käme, diffamierende Falschinformationen wurden verbreitet. Mit Erfolg. Schon verabredete Interviews und Studioauftritte wurden hintereinander abgesagt, selbst bei *Ha'aretz* verschwand die Berichterstattung über die Dokumentation in die Tiefen der Innenseiten. Viel eher berichteten die Medien über die Dementis der Armee und über Verteidigungsminister Ehud Barak von der Arbeitspartei (!), der sich sofort zu Wort meldete und erneut beteuerte, Israels Armee sei die moralischste der Welt.

Im überfüllten Auditorium herrscht gespannte Stille. Michael spricht die Beschuldigungen an, jene Soldaten, deren Zeugenaussagen sich in der Dokumentation von *Breaking the Silence* wiederfinden, wären politisch motiviert und falsch. „Diese Soldaten haben sich gar nicht an uns gewandt; vielmehr haben wir die Soldaten aufgesucht. Die meisten sind nach wie vor überzeugt davon, dass dieser Krieg notwendig war. Doch sie wollten aussagen, weil sie in diesem Krieg ihre eigene Armee nicht wiedererkann haben.“ Etwa in Bezug auf die Frage, wann man das Feuer eröffnen darf. Diese Frage sei für die interviewten Soldaten und für ihn als Offizier der wichtigste Teil der Vorbereitung auf den Kampf. Doch, „kein einziger Soldat hat uns gesagt, dass ihm Grenzen gesetzt wurden, nicht einer“, sagt er ungläubig. Eine Zeugenaussage,

auf Video festgehalten, bestätigt dies. Der Reservist, offensichtlich Jungakademiker, Anfang 30, lässt sich vor einer Bücherwand interviewen. „Im Gegensatz zu früheren Gelegenheiten gab es keine Vorgaben. Im Gegenteil. Uns wurde ausdrücklich gesagt, dass wir mitten im dicht besiedelten Gaza alles, was uns im Weg steht, einfach niedermähen müssen, Moscheen, Wohnhäuser, öffentliche Gebäude. Als Reservist war ich immer wieder an Kampfhandlungen beteiligt gewesen. Noch nie haben wir solche Vorgaben erhalten, deshalb war es so erschreckend für mich. Nicht *einmal* wurde thematisiert, dass wir es hier mit einer Zivilbevölkerung zu tun haben. Und wenn, dann nur in dem Sinn, dass alle Menschen in Gaza Feinde seien. Siehst Du etwas Verdächtiges, ballere einfach drauf los.“

Viele weitere Berichte folgen, zitiert von Michael oder als Videodokumentationen. Es ist ein großer Schmerz zu spüren bei den Zeugnis ablegenden Soldaten, aber auch eine Entschlossenheit, darüber sprechen zu wollen, obwohl Offiziere den Soldaten regelmäßig verboten haben, über das Erfahrene zu erzählen, da „die zu Hause es nicht verstehen werden“. Ein Soldat berichtet über den Befehl, ganze Bezirke dem Erdboden gleich zu machen. Früher gab es Ärger wegen zwanzig Gebäuden, heute sagt keiner was, wenn ganze Wohnviertel einfach verschwinden. Sein Offizier wusste, was er tat, doch sagte er einfach lakonisch: „Das muss halt auf die Liste meiner persönlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Überhaupt ist zu spüren, dass die Soldaten wenig von dem in Israel verhassten internationalen Recht halten. Sie wurmt es vielmehr, dass während der Angriffe auf Gaza die eigenen Gesetze außer Kraft gesetzt wurden – etwa durch den weit verbreiteten Missbrauch von Zivilisten als menschliche Schutzschilde. Der oberste Gerichtshof Israels hat diese Praxis verboten. Also nennt man es anders und tut es dennoch. Die Verpflichtung, sich um (zivile) Verletzte zu kümmern? Also sagt ein Offizier: „Was für ein Glück, dass die Krankenhäuser kaputt gebombt werden, da müssen wir uns nicht um Verletzte kümmern.“

Die einzelnen kolportierten Aussagen von Soldaten und Offizieren, sowie Berichte über Vandalismus schockieren. Aus dem Publikum kommt die Frage, ob die Namen der Täter nicht preisgegeben werden sollten, damit diese vor Gericht kommen. Doch die Mehrheit hält das für nebensächlich. Den Schwerpunkt legen sie anders: Es handle sich hier nicht um Einzelfälle oder um individuelle Verfehlungen, sondern nachweislich um systemische Veränderungen. Nach der Veranstaltung stehen die Menschen in Trauben zusammen, draußen in der schwülen Luft von Tel Aviv. Die einen sprechen davon, dass der Angriff auf Gaza einen Scheideweg darstellt. Es sei nicht die Armee, die sie früher kannten, die zwischen Kämpfern und Zivilisten unterscheiden konnte. Andere wiederum sagen, diese Entwicklungen begannen früher, mit Ariel Scharons „Trennungspolitik“, die die überwiegende Mehrheit der jüdischen Israelis unterstützt. Seit die andere Seite nicht mehr sichtbar sei und in dicht gedrängten Enklaven hinter dicken Mauern eingepfercht werde, würden die Palästinenser nur noch als Sicherheitsrisiko wahrgenommen, nicht

mehr als Menschen. In einem waren sich aber alle einig: Die Kampagne der israelischen Armee gegen *Breaking the Silence* war nur deshalb erfolgreich, weil sich die israelische Gesellschaft mittlerweile immunisiert hat gegen Menschenrechtsfragen. Die Angriffe auf Gaza würden nur noch daran gemessen, ob sie militärisch erfolgreich gewesen seien. Da kaum Soldaten ums Leben kamen und kein Soldat entführt wurde, ist dieser Krieg ein voller Erfolg gewesen. Damit erübrigt sich eine weitere Diskussion für die Mehrheitsgesellschaft.

Kein Grund zur Hoffnung? In der heutigen Ausgabe von *Ha'aretz* rufen führende israelische Intellektuelle, darunter die Schriftsteller Amos Oz, David Grossman, Ronit Matalon und Sami Michael, sowie der große alte israelische Dichter Natan Zach und Kultregisseur Eytan Fox dazu auf, angesichts der Dokumentation von *Breaking the Silence* eine unabhängige Untersuchungskommission einzuberufen.

Sie beginnt doch, die Diskussion.

### Kapitel III

## Gegen Argumentations- und Denkverbote

*Über kein politisches Thema auf der Welt dürfte so lebhaft diskutiert, so polemisch geeifert, so leidenschaftlich gestritten werden wie über den israelisch-palästinensischen Konflikt. In kaum einem anderen Zusammenhang wird auch so ungenau und unlauter argumentiert. Die Motive für das heftige Engagement mögen sehr unterschiedlich sein, wie auch die bewussten oder unbewussten Zielsetzungen der Streitenden. Wenn „bedingungslose Solidarität mit Israel“ gefordert wird; wenn umstandslos die Interessen des Staates Israel mit denen aller israelischen BürgerInnen und mit denen der Juden der Welt in eins gesetzt werden; wenn verschwommen von den beiden Konfliktparteien, jenseits der Kategorie des Rechts gesprochen wird – muss das kritische Nachdenken herausfordern. Gerade im Zusammenhang mit Israel/Palästina werden Ansätze entwickelt, die weit über die Region und über das aktuell Politische hinaus bedeutsam sind. Das betrifft vor allem die Analyse neuer Formen von Herrschaft, von Rassismus und Ausgrenzung, von Unterdrückung und Widerstand.*

*Solche in einem lebhaften globalen Gedankenaustausch sich entwickelnden Überlegungen haben die Aufhebung von Argumentationssperren und die Zurückweisung von Kampf begriffen zur Voraussetzung. In Politikerreden und anderen weitgehend ritualisierten öffentlichen Äußerungen wie Joker eingesetzt, dienen sie dazu, vorgefasste Ergebnisse immer wieder neu zu bestätigen. Das kann der Verantwortung, die in diesem Zusammenhang jede und jeder Argumentierende hat, nicht gerecht werden. Häufig missbrauchte Thesen und Begriffe auszuloten und neu zu diskutieren, ist das Anliegen dieses Kapitels.*

*Hajo G. Meyer*

### Der Sonderstatus Israels, der Missbrauch von Begriffen und die Folgen – Versuch einer Richtigstellung

*Die folgenden Gedanken stammen weitgehend aus Judentum, Zionismus, Antizionismus und Antisemitismus – Versuch einer Begriffsbestimmung, eine Publikation, die 2009 erschien. Wie in allen seinen Publikationen und Vorträgen bemüht sich Hajo G. Meyer um Richtigstellungen, wo Begriffe missbraucht werden.*

Seit vierzig Jahren verstößt Israel gegen alle relevanten internationalen Gesetze und insbesondere gegen die Vierte Genfer Konvention. Es unterdrückt, demütigt und hungert die Palästinenser in den besetzten Gebieten aus, obwohl es als Besatzungsmacht nach internationalem Recht für deren Versor-

gung verantwortlich ist. Soweit ich weiß, hat es eine derart lange Besetzung seit hunderten von Jahren nicht mehr gegeben.

Die Lebensbedingungen im Gazastreifen liegen durch kollektive Strafmaßnahmen seitens Israels weit unter einem Niveau, wie es vom westlichen Teil der Welt (der vorgibt, die moderne humanitäre Zivilisation zu repräsentieren) geduldet, geschweige denn herbeigeführt werden dürfte. Das alles sind allgemein bekannte und unstrittige Tatsachen. Dennoch wird die Annäherung Israels an die EU stetig gefördert.

In dem Bericht des Nahost-Quartetts (USA, EU, Russische Föderation und Büro des Generalsekretärs der UN) vom 25.10.2008 heißt es unter anderem:

„Der Assoziationsvertrag (der EU mit) Israel unter der Euro-Mediterranen Partnerschaft (...) verschafft Israel einen privilegierten Zugang zum europäischen Markt. Der Artikel 2 dieser Übereinkunft ‚Respektierung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien‘ ist ein ‚essenzielles Element‘, nicht eines, das man wählen kann oder nur ein wünschenswertes (...) Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass Israel fortwährend Verpflichtungen nicht erfüllt hat; das jüngste Beispiel ist die wirtschaftliche Abriegelung und Erstückung Gazas in 2007/08, die von der EU selbst als mit dem Humanitären Völkerrecht unvereinbare ‚kollektive Strafmaßnahme‘ bezeichnet wurde. Doch die EU hat wieder so getan, als sei sie blind gegenüber den Vergewaltigungen des Humanitären Völkerrechts durch Israel. Sie hat sich geweigert, eine zeitweilige Aufhebung des Vertrags in Erwägung zu ziehen, solange bis Israel sich endlich an die durch diesen übernommenen Verpflichtungen hält.“<sup>1</sup>

Ein Gremium, in dem die EU selber vertreten ist, spricht diese harte Kritik aus, während ein anderes, der Rat für auswärtige Beziehungen der EU (auf Minister-Ebene), mit gleich klingenden Floskeln garniert, einen gegenteiligen Entschluss bestätigt. Im Bericht vom 9.12.2008 über eine Sitzung der zuständigen EU-Außenminister, die mit der Vollmacht ausgestattet sind, Verpflichtungen für ihre Regierungen einzugehen, heißt es:

„In Übereinstimmung mit den politischen Verpflichtungen, die am 16. Juni 2008 während der achten Sitzung des Assoziationsrates zwischen Europäischer Union und Israel eingegangen wurden, bestätigt der Rat seinen Entschluss, das Niveau und die Intensität seiner bilateralen Beziehungen mit Israel auszubauen (...) die Anhebung sollte auf die gemeinsamen Werte beider Parteien – im Besonderen auf Demokratie, Anerkennung der Menschenrechte, der Gültigkeit der rechtlichen Regelungen und fundamentalen Freiheiten sowie auf eine ordentliche Regierungsführung und Internationales Humanitäres Völkerrecht – gegründet sein.“<sup>2</sup>

Des weiteren heißt es in dem selben Text:

„Der Aufbau intensiver Beziehungen wird schon aus sich selbst heraus dazu beitragen, die gemeinschaftlichen Interessen der beiden Partner auszuweiten. Er wird den Beziehungen zwischen EU und Israel ein Maß an Ver-

trauen und Annäherung bringen, das schon jetzt zwischen den Mitgliedsstaaten und Israel in ihren bilateralen Beziehungen besteht.“<sup>3</sup>

Die Annahme der Ratsmitglieder, dass intensive Beziehungen automatisch zu einer Respektierung der Vierten Genfer Konvention durch Israel führen, erweist sich bereits seit Jahrzehnten als falsch. Weil das die Regierungen nicht zu berücksichtigen scheinen, kommen immer mehr EU-Bürgerinnen und -Bürger und Menschen überall auf der Welt – auch in Israel – zu dem Schluss, dass nur eine Kampagne für Boykott, Desinvestition (Kapitalentzug) und Sanktionen (BDS) Israel dazu bewegen kann, sich an internationales Recht zu halten. Die stillschweigende Duldung des permanenten Rechtsbruchs kommt einer Kollaboration gleich und kann keine Änderung des israelischen Verhaltens herbeiführen.

Es stellt sich die Frage, warum Israel so wenig zur Verantwortung gezogen wird und ihm ein solcher Sonderstatus in der Staatengemeinschaft zugebilligt wird und warum es wie kein anderer Staat von Mythen und Tabus umgeben ist. Die enge und vielschichtige Beziehung (von Europäern und Christen) zur Bibel, zum Alten wie zum Neuen Testament mag eine Rolle spielen; außerdem die mehr als tausendjährige Anwesenheit von Juden in Europa mit einer bewegten und zum Teil dramatischen Geschichte, die mit dem Drama des Holocaust in vieler Hinsicht ein Ende nahm. Auch spielt natürlich die geopolitische Lage des Landes in der Nähe bedeutender Ölvorkommen und inmitten der arabisch-muslimischen Welt – als westlicher bzw. europäischer Vorposten – eine wichtige Rolle. Alle genannten Punkte, aber vor allem der Holocaust, lassen sich für politische Zwecke nutzen, wenn nicht gar missbrauchen.

Neben der Erpressung mit den Schulgefühlen wegen des Holocaust ist der bewusste Missbrauch von gewissen Begriffen – Antizionismus, Antisemitismus, Judentum und Zionismus – durch Israel und diejenigen, die es bedingungslos unterstützen, eine wichtige Waffe geworden. So hat sich der Begriff „Antisemit“ seit Bestehen des Staates Israel ganz grundlegend geändert: Während früher ein Antisemit jemand war, der Juden nicht mochte, ist heute ein Antisemit jemand, den bestimmte Juden nicht mögen – so könnte man es polemisch zugespitzt formulieren.

Sind Begriffe erst einmal in dieser Art umdefiniert und eine Infragestellung der Definitionen tabuisiert, bilden sie die Grundlage für Erpressung: Europäische Politiker sind aufgrund des Holocaust so voller Angst, von Israel als Antisemiten gebrandmarkt zu werden, dass sie sich der Kritik an den israelischen Verbrechen, wie gerechtfertigt sie auch sein möge, weitgehend enthalten. Wer sich erpressen lässt, ist allerdings mitschuldig.

Um diese Erpressung auf die Spitze zu treiben, scheuten sich prominente israelische Politiker wie der frühere Premier Ariel Sharon oder der frühere Minister für „Diaspora Affairs, Society and Jerusalem“ Natan Sharansky nicht, zu behaupten, dass die heutige Form des Antisemitismus sich als Kritik an Israel getarnt habe.<sup>4</sup> Dies wird von europäischen Politikern, Intellektuel-

len, Medienprofessionellen und der Öffentlichkeit häufig unkritisch übernommen.

Als 2002 die israelische Armee die Westbank überfiel und dort die zivile Infrastruktur weitgehend zerstörte, Städte und Flüchtlingslager bombardierte und viele Menschen willkürlich verhaftete oder tötete, berichtete *Ha'aretz*, Außenminister Shimon Peres habe die – ausnahmsweise scharfe – europäische Kritik an der israelischen Offensive gegen das Flüchtlingslager Jenin mit Antisemitismus gleichgesetzt: „Ich bedaure diese europäische Reaktion (...) Während früher Antisemitismus in Europa gegen individuelle jüdische Personen gerichtet war, habe ich jetzt den Eindruck, dass der Antisemitismus gegen den jüdischen Staat gerichtet ist. (...) Wir Juden können die Vergangenheit von Europa nicht vergessen, und wir müssen erwarten können, dass die Europäer daran denken, dass wir nicht vergessen ...“<sup>5</sup>

Durch diese Art der Erpressung mit der Erinnerung an Auschwitz manövriert der heutige Zionismus Israel in eine für diesen Staat und für die Juden äußerst problematische Ausnahmestellung. Die Idee der frühen Zionisten war eine diametral entgegengesetzte gewesen: Sie wollten die Ausnahme-situation der Juden in der westlichen Welt beenden, eine Situation, die unter anderem ein Leben als verachtete Außenseiter in ummauerten Ghettos mit sich gebracht hatte. Es ist absurd und tragisch, dass der politische Zionismus für die Juden heute wieder eine Ausnahmestellung geschaffen hat, mit einer Ghetto-Mauer um das von ihnen eroberte Gebiet, durch eine Ausgrenzung des Anderen, durch die sie sich selber einschließen und zu einem Fremdkörper im Nahen Osten machen. Hinzukommt die einzigartige politische Schutzmauer, die Israel – in dieser Form und Massivität – als einziges Land um sich errichtet hat. Diese Mauer lässt jegliche Kritik an der israelischen Politik abprallen, weil die von Israel systematisch betriebene Begriffsverwirrung dafür sorgt, dass Kritiker des Antisemitismus bezichtigt werden können, ohne dass dies rational nachgewiesen zu werden bräuchte. Ein Staat und eine Gesellschaft, die sich gegen Kritik immun macht, schadet sich damit auf die Dauer selber. Aber auch die Juden außerhalb Israels sind betroffen, solange sie sich mit der verbrecherischen Politik Israels und deren Rechtfertigungspropaganda glauben identifizieren zu müssen. Es kann nicht verwundern, wenn sie den Hass derer auf sich ziehen, die Opfer der israelischen Verbrechen sind.

Im Gegensatz zu seinen Anfängen ist der heute existierende politische Zionismus beinahe monolithisch. Annähernd das gesamte politische Spektrum in Israel steht hinter einer zentralen Zielsetzung: Israel soll eine möglichst große Fläche Palästinas mit einer möglichst geringen Anzahl darauf lebender Palästinenser beherrschen. Zu dieser Zuspitzung haben verschiedene Faktoren beigetragen, unter anderem sicherlich der von Juden seit etwa 1.000 Jahren immer wieder erlittene europäische Antisemitismus, die Erfahrung, dass „die Anderen“ latent oder offen bedrohlich werden können. Dies ist al-

lerdings nicht die Erfahrung der Juden, die im Orient zu Hause waren, und auch in Palästina hat Antisemitismus keine Tradition.

Die Vorstellung, man müsse für sich allein ein exklusiv oder möglichst weitgehend jüdisches Land haben, die treibendes Motiv aller bisherigen israelischen Regierungen war, erklärt, warum es in den über 60 Jahren seit Entstehung des Staates Israel nicht möglich gewesen ist, Frieden zu schaffen.

Der Staat Israel und seine Politik stellen die heutige politische Realisierung der zionistischen Ideologie dar. Eine rasch wachsende Zahl von Juden überall auf der Welt wendet sich allerdings von dieser Ideologie ab. So ist die ultrorthodoxe jüdische Gruppe „Naturei Karta“ ausgesprochen antizionistisch. Andere, überwiegend nichtreligiöse Juden, berufen sich auf andere jüdische Traditionen, so die der Aufklärung und des Kampfes für gleiche Rechte. Sie haben 2008 das International Jewish Anti-Zionist Network gegründet.<sup>6</sup>

Da also viele Juden durchaus keine Zionisten sind, folgt daraus, dass Antizionismus nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden kann. Wenn man umgekehrt Juden nicht zugesteht, dass sie wie alle Menschen sehr unterschiedliche Auffassungen, Motive, Traditionen und Hintergründe haben können, bedeutet dies, sie – als „antisemitisch“ – zu diskriminieren.

Und nicht jeder Zionist ist Jude – im Gegenteil: Die größte, mächtigste und fanatischste Gruppe von Zionisten sind die Millionen christlicher Fundamentalisten in den USA und anderen Ländern.

Möglich ist es auch, sowohl Antisemit als auch Zionist zu sein, wie die gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit der Zionisten mit den Nazis in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts belegt. Der berühmteste, für die Zionisten wie für die Nazis hilfreiche Geld-Transfer-Vertrag vom 1. September 1933 ermöglichte es wohlhabenden deutsch-jüdischen Zionisten – und nur diesen –, einen Großteil ihres Vermögens nach Palästina zu transferieren und zwar in Form von in Deutschland erworbenen Maschinen und anderen Industrieprodukten. Diese Güter wurden dann in Palästina von der Firma Ha'avara zu Geld gemacht, das den Einwanderern aus Deutschland, die die Güter bezahlt hatten, wieder zufließte. Für die Nazis war das Arrangement ein Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft. Sie hofften auf einen verstärkten Handel mit Palästina und dadurch auf Devisen. So halfen die Zionisten den Nazis den Handelsboykott gegenüber Deutschland für eine Weile zu durchbrechen.<sup>7</sup>

Einer der berühmtesten Antisemiten, der Mann, der das Wort „Antisemitismus“ geprägt hat, Wilhelm Marr, war schon siebzehn Jahre vor Herzl ein ausgesprochener Zionist. In seiner Streitschrift *Vom jüdischen Kriegsschauplatz* aus dem Jahr 1879 schreibt er:

„... wir machen die Fehler unserer Vorfahren wieder gut und erobern den Juden ihr Vaterland zurück. Schon Moses Montefiore trug sich mit dem Gedanken, und die Association Israelite hat ihn ganz kürzlich wieder aufgenommen, Palästina jüdisch zu kolonialisieren ... Voilà! Da habt ihr eure Heimat, euer Vaterland wieder. Kultiviert es. Ihr könnt in Palästina Orthodoxe,

Reformjuden, Indifferente, Konfessionslose sein. Zeigt eure Arbeitskraft, Kapitalien habt ihr ja genug, um diese Arbeitskraft zu poussieren.“

Ähnlich dachte der einstige britische Premierminister Lord Balfour, der in der nach ihm benannten Erklärung die Lösung für das Problem formulierte, das ihn als Antisemiten beunruhigte: die vielen Ostjuden, die zu jener Zeit nach England kamen. Wenn sie statt nach Großbritannien nach Palästina gehen könnten, wäre man sie auf einfachem Wege los.<sup>8</sup>

Das eindrucksvollste Beispiel dafür, dass Antisemitismus und Antizionismus völlig verschiedene Begriffe sind und dass sogar virulenter Antisemitismus und Zionismus gut zusammen gehen können, ist wohl der Brief des jüdischen Terroristen Avraham Stern an die Reichsregierung vom 11.01.1941. Er war der Errichter und Inspirator der berüchtigtsten und grausamsten jüdischen Terror-Gruppe LEHI – in Deutschland als Stern-Bande bekannt – und bot im genannten Brief den Nazis die Hilfe seiner Truppe an, um Seite an Seite mit ihnen die Engländer aus Palästina zu vertreiben. In seinem Schreiben kommt wörtlich vor: „Die nationale Militärorganisation (Irgun Zwei Leumi) ist sich des Wohlwollens der Deutschen Reichsregierung gegenüber Zionistischer Aktivität in Deutschland und gegenüber Zionistischen Emigrationsplänen wohl bewusst.“<sup>9</sup>

Rabiate Antisemiten können also Zionisten sein. Das schließt aber logisch nicht aus, dass sich auch Antisemiten unter den Kritikern der israelischen Politik finden.

Was macht einen Antisemiten nun tatsächlich aus? Er ist überzeugt, dass Judesein eine dem Menschen immanente, wesentliche Eigenschaft ist, die also durch Blut und Rasse bestimmt und per definitionem nicht zu ändern ist. In meiner Jugend wurde dies durch ein Lied ausgedrückt, das man auf der Straße hören konnte:

„Die Taufe mag zwar nützlich sein – doch grädt sie nicht das Nasenbein.“

Dazu schreibt Hyam Maccoby in dem Standardwerk *Contemporary Jewish Thought* von 1987, der moderne, auf die Kategorie der Rasse begründete Antisemitismus gehe davon aus, dass „...der Fehler der Juden in der Hauptsache in den Juden selbst lokalisiert sei, da sie nun mal einer zutiefst minderwertigen Rasse angehören (sic!).“

Auch der Philosoph Johann Gottlieb Fichte ging (bereits 1793) davon aus, dass in den Köpfen der Juden „jüdische Gedanken“ seien, die man ihnen nicht austreiben könnte, es sei denn, man schneide ihnen „in einer Nacht alle Köpfe“ ab. Demnach hingen sie nicht nur einem falschen Glauben an, was sich grundsätzlich ändern könnte, sondern das Schlechte der Juden säße fest und per se in ihren (jüdischen) Köpfen. Auch Fichte regte übrigens an, den Juden „ihr gelobtes Land zu erobern und sie alle dahin zu schicken“.<sup>10</sup>

Wenn hingegen ein Antizionist oder ein Kritiker der Politik Israels sich empört, weil sie internationalem Recht, den Menschenrechten oder dem Humanitären Völkerrecht zuwiderläuft, so handelt es sich um eine völlig andere Art der Ablehnung: nicht aufgrund eines angenommenen unveränderlichen

Wesens eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen, sondern wegen eines Verhaltens und Handlungen, die veränderbar sind.

In den letzten Jahren ist immer häufiger die Rede von „arabischem“ oder „muslimischem Antisemitismus“. Dieser Vorwurf kann tatsächlich auf die Verwendung westeuropäischer antisemitischer Stereotypen durch manche Araber oder Muslime verweisen. Deren Vorgehen ist verwerflich und dumm und wird auf virtuose Weise gegen sie selber gewendet. Die Verwendung dieser antisemitischen Stereotypen hat aber mit dem traditionellen Antisemitismus im eigentlichen Sinne nichts zu tun. Der europäische, quasi klassische Antisemitismus wandte sich gegen die Juden, die während beinahe 2.000 Jahren weder über politische, geschweige denn über militärische Macht verfügten – es ging nicht um die Wut von Unterdrückten gegen ihren Unterdrücker, den sie in einer kriegsähnlichen Situation pauschal ablehnten und nicht mehr als Mitmenschen hätten wahrnehmen können. Der Begriff des Antisemitismus ist vielmehr wesentlich dadurch bestimmt, dass die Gruppe, die diskriminiert wurde, gerade nicht über die genannte Macht verfügte und sich gerade deshalb als Sündenbock oder Projektionsfläche für alles mögliche eignete.

Wenn vereinzelt Palästinenser (oder sich mit ihnen identifizierende Araber, Muslime und andere) die alten europäischen antisemitischen Stereotypen in einem anderen Kontext gebrauchen, so hängt dies mit der kriegsähnlichen Situation zusammen, wobei in diesem Fall der Entrechtete und Unterdrückte sich der Stereotypen bedient, um seiner ohnmächtigen Wut – einen hilflosen und verzerrten – Ausdruck zu verleihen. In einer solchen Situation liegt es nahe, dass es zu Diabolisierungen kommt, mindestens ebenso auch auf der Seite der unterdrückenden und mächtigen Partei.

Zu diesem Schluss kam Nurit Peled-Elchanan, Professorin für Erziehungswissenschaften an der Hebräischen Universität Jerusalem, Tochter des berühmten israelischen Generals und Gelehrten Matti Peled und Mutter einer Tochter, die durch ein palästinensisches Selbstmordattentat umkam. Während eines Vortrags am 7.5.2008 in Amsterdam sagte sie u. a. über ihre israelischen Mitbürgerinnen und -bürger:

„Seit sechzig Jahren schon haben Rassismus, Heterophobie und Megalomanie unser Leben diktiert. Sechzig Jahre, in denen israelische Kinder in einer Art von Rassismus erzogen worden sind, den die zivilisierte Welt schon seit Dekaden nicht mehr kannte. Sechzig Jahre, in denen sie gelernt haben, ihre Nachbarn allein dafür zu hassen, dass sie Nachbarn sind, sie zu fürchten, ohne sie zu kennen, sie Nazis gleichzusetzen ... Es ist Zeit, den Juden auf der Welt deutlich zu machen, dass es nur einen Weg gibt, Antisemitismus zu bekämpfen. Der besteht darin, der (israelischen) Regierung ... deutlich zu machen, dass die anti-semitischen Symbole nicht aus einem Ur-Hass gegen Juden heraus gezeigt werden. Nein, was angeprangert wird, sind die israelische Regierung und die Taten ihrer Armee, die dazu führen, dass oftmals in pro-palästinensischen Demonstrationen der Davidstern mit dem Hakenkreuz kombiniert wird.“

Hintergrund der verhängnisvollen Entwicklung der israelischen Gesellschaft und des Staates Israel ist u. a. die weiter oben angedeutete Entwicklung von einer mehr als 1.000 Jahre dauernden machtlosen Paria-Position in der westlichen, christlichen Welt zu einer ausgesprochenen Hegemonieposition im Nahen Osten – einer Position, bei der drei Millionen Palästinenser tagtäglich der willkürlichen Macht eines Besatzers total ausgeliefert sind. Bis 1948 wurden die Juden in Westeuropa, sei es auch in gewissen Abständen, immer wieder schwer gedemütigt und verfolgt, ein Trauma, das sie nur selten vergessen konnten. Die Besatzer der palästinensischen Gebiete betragen sich wie missbrauchte Kinder und handeln damit ganz anders als es der große deutsche Reformrabbiner Leo Baeck in dem 1905 erschienenen Buch *Das Wesen des Judentums* formulierte:

„Mit dem religiösen Begriffe ‚Mensch‘ ist notwendig zugleich der Begriff ‚Nebenmensch‘ gegeben (...) und damit auch der Begriff der Humanität in ihrem wahren Sinne, in dem des Verständnisses für die innerste Art des Nebenmenschen, der Achtung vor der Menschenwürde, vor dem Göttlichen in allem, was Menschenantlitz trägt (...) die Achtung, die wir dem Nebenmenschen schulden, ist so nicht ein einzelnes Gebot unter Geboten. Die Anerkennung des Nächsten stellt vielmehr den ganzen Inhalt der Sittlichkeit dar.“<sup>11</sup>

Statt dessen demütigen und entmenschlichen die Besatzer die Palästinenser auf eine Weise, die in vielen Fällen schlimmer ist als das, was ihre Vorfahren vor 1938 erfahren mussten. Kann es die Konsequenz aus dem Holocaust sein, mit diesem Besatzer bedingungslos solidarisch zu sein?

*Erstveröffentlichung* in: Hajo G. Meyer, *Judentum, Zionismus, Antizionismus und Antisemitismus – Versuch einer Begriffsbestimmung*, Berlin 2009  
© Verlag Frank & Timme, Berlin

*Brian Klug*

## **Was es bedeutet zu sagen, Israel habe ein Existenzrecht**

Brian Klug *leuchtet im folgenden Text aus, welche Rolle die Forderung nach der Anerkennung des Existenzrechts Israels spielt oder gespielt hat und wie sie gemeint sein oder auch verstanden werden könnte. Es stellt sich heraus, dass dies sehr Unterschiedliches ist und teilweise auch für diejenigen, die die Forderung aufstellen, vermutlich nicht vollständig Geklärtes. Andererseits gibt es ganz bestimmte, nicht ausgesprochene Inhalte oder Anspielungen, die mit dieser Forderung verbunden sind. Oft wird die Formulierung vom Existenzrecht bewusst suggestiv eingesetzt. In die Diskussion zu werfen, Israel habe ein Existenzrecht, bedeutet dann, jeden kritischen Gedanken darüber zu ersticken, was in Israel/Palästina geschieht und wie dazu Stellung zu nehmen*

wäre. Das Knäuel zu entwirren, das dieser Begriff erzeugt, ist das Verdienst der folgenden Überlegungen.

### I. Die unerlässliche Bedingung

„Niemand erweist Israel einen Dienst, indem er sein ‚Existenzrecht‘ proklamiert. Es ist beunruhigend, dass so viele, die Israel wohl gesonnen sind, diese verächtliche Formulierung im Munde führen.“ So begann der „Saudi-Text“, ein Artikel, der am 18. November 1981 in der *New York Times* erschien. Angesichts der heutigen israelischen Politik mag es überraschen, dass der Autor niemand anderer als Abba Eban war, 1966 bis 1974 israelischer Außenminister der Arbeitspartei.<sup>1</sup> Als Ebans Artikel herauskam, war die Arbeitspartei in der Opposition, und noch überraschender könnte sein, dass seine ungehaltenen Worte nicht gegen Menachem Begin gerichtet waren, den Führer der rechtsgerichteten Likud-Partei (heute von Premierminister Benjamin Netanyahu geführt), die vier Jahre zuvor an die Macht gekommen war. Keineswegs – zumindest in diesem Punkt waren sich die beiden Gegner vollkommen einig. Als Begin seine frisch gewählte Regierung im Juni 1977 in der Knesset präsentierte, bekannte er nachdrücklich: „... ich möchte hier feststellen, dass die Regierung Israels keine Nation, sei sie nah oder fern, mächtig oder klein, darum ersuchen wird, unser Existenzrecht anzuerkennen.“<sup>2</sup>

Selbstverständlich hat weder Begin noch Eban damit zum Ausdruck bringen wollen, dass Israel *kein* Existenzrecht hat. Ihnen ging es darum, dass dieses Recht als gegeben betrachtet werden sollte, als etwas, das außer Zweifel steht. Genau aus diesem Grund wiesen sie die Vorstellung zurück, dass Israel irgend jemanden nötig habe, der es ihm bestätigt oder zubilligt. „Israels Existenzrecht“, so Abba Eban weiter, ist, wie das der Vereinigten Staaten, Saudi-Arabiens und das von 152 anderen Staaten ein Axiom und gilt uneingeschränkt. Die Legitimität Israels ist nicht in der Schwebe und wartete darauf, vom Königshaus in Riad anerkannt zu werden.“<sup>3</sup> Ähnlich äußerte sich Begin weiter in seiner Rede vor der Knesset: „Es käme keinem Briten oder Franzosen, keinem Belgier oder Niederländer, keinem Ungarn oder Bulgaren, keinem Russen oder Amerikaner in den Sinn, für sein Volk die Anerkennung seines Existenzrechts einzufordern. Ihre Existenz bedeutet per se ihr Recht zu existieren. Dasselbe gilt auch für Israel.“<sup>4</sup>

Heute aber ist die Formulierung, die Eban als „verächtlich“ bezeichnete, allgegenwärtig. Sie stellt das Passwort, die Eintrittskarte in zwei unterschiedlichen, (wenn auch sich überschneidenden) Arenen dar. Die eine ist die Welt der internationalen Diplomatie, in der das Quartett (die Vereinigten Staaten, die Vereinten Nationen, die Europäische Union und Russland) die Hamas seit ihrem Sieg bei den palästinensischen Wahlen vom Januar 2006 isoliert, solange die Partei drei politische Bedingungen nicht erfüllt, darunter „die Anerkennung Israels“.<sup>5</sup> Israel selber hat diese Bedingung ebenfalls für jeden zukünftigen „Partner für den Frieden“ gesetzt. Der Diskurs in diplomatischen Zirkeln offenbart, dass die „Anerkennung Israels“ erheblich mehr bedeutet als die implizite Anerkennung der Tatsache, dass der Staat existiert. Zum ei-

nen bezieht sich die Formulierung auf das *Recht* – nicht nur die *Tatsache* – seiner Existenz, wie George W. Bush, damals noch Präsident unterstrich: „Die Hamas hat deutlich gemacht, dass sie Israels Existenzrecht nicht anerkennt. Und ich habe deutlich gemacht, dass wir, solange das ihre Politik ist, keine palästinensische Regierung dieser Partei unterstützen werden.“<sup>6</sup> Zum anderen genügt es nicht, um die genannte Bedingung zu erfüllen, dass die Hamas (oder wer immer) die Anerkennung nur implizit vollzieht: Sie muss ausdrücklich sein – sie muss *ausgesprochen* werden.

Viele, die – in Ebans Worten – „Israel wohl gesonnen sind“, stellen in der Öffentlichkeit eine ähnliche Forderung auf. Das ungeschriebene Gesetz, dem sie dabei folgen, seien sie zivilgesellschaftliche Gruppierungen oder Einzelpersonen, ist ungefähr das folgende: „Du kannst Israel gerne kritisieren so viel du willst, solange du nur sein Existenzrecht proklamierst.“ Die Eintrittskarte ist also in beiden Arenen die selbe. Bist du die Hamas und möchtest Hilfen durch das Quartett bewilligt bekommen; bist du eine der interessierten Parteien, die gerne am Verhandlungstisch Platz nehmen möchten; oder bist du einfach eine Privatperson, die etwas gegen Israel hat: in jedem Fall musst du wie Ali Baba im Märchen die magischen Worte aussprechen, und die Tür öffnet sich. Lebte Eban noch, er wäre überrascht, wenn er erführe, in welchem Ausmaß seine „verächtliche Formulierung“ zur unerlässlichen Bedingung geworden ist.

Nicht als Politiker komme ich auf dieses Thema zu sprechen, sondern als jemand, der zu Israel und zum israelisch-palästinensischen Konflikt bestimmte Ansichten hat, die er manchmal individuell und manchmal mit anderen zusammen vertritt. Die „unerlässliche Bedingung“ ist mir in diesem Zusammenhang begegnet. Daher werde ich mich eher der öffentlichen Debatte zuwenden als der Welt der internationalen Diplomatie. Obwohl sich die beiden Sphären überschneiden und manche Aspekte der Argumentation von der einen in die andere hinüber reichen, werde ich nicht versuchen, den komplexen Verhältnissen der diplomatischen Szene gerecht zu werden. Die Diplomatie ähnelt einem Katz-und-Maus-Spiel, bei dem die Spieler bei der Verfolgung – oftmals flexibler und veränderlicher – politischer Ziele zu Hause und auf der Welt zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Strategien anwenden; all das erfordert eine Analyse besonderer Art. Ich werde mich dagegen auf die Debatte im öffentlichen Raum konzentrieren, weil sie der mich unmittelbar betreffende Zusammenhang ist; sie kenne ich aus erster Hand und eigener Erfahrung, und meine Erfahrung ist dasjenige, was mich zu diesem Essay motiviert.

Als Vorüberlegung zur eigentlichen Diskussion und, um das Thema schärfer herauszuarbeiten, möchte ich den Fall Israels kurz beiseite lassen und mich der Formulierung „Existenzrecht“ zuwenden. Was bedeutet es als rechtliches Konzept, das sich auf Staaten bezieht? Im Völkerrecht gilt für souveräne Staaten, dass sie einer gegenüber dem anderen gewisse Rechte haben, von denen sich die meisten auf die Prinzipien zurückführen lassen, die in

Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind und deren viertes lautet: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“<sup>7</sup> Artikel 51 der UN-Charta spezifiziert das „Recht auf Selbstverteidigung“ bei einem bewaffneten Angriff.<sup>8</sup> Resolutionen, Erklärungen und Verträge haben die Liste im Laufe der Jahre um weitere spezifische Rechte (sowie entsprechende Verpflichtungen) ergänzt, so dass wir sagen können, ein Staat habe beispielsweise ein Recht auf territoriale Integrität, ein Recht auf Sicherheit, ein Recht, in Frieden innerhalb anerkannter Grenzen zu leben, und so weiter.<sup>9</sup> In jedem Fall setzen all diese Rechte die Existenz des Staates, um den es jeweils geht, voraus – ein nicht-existenter Staat könnte keine Rechte haben –, aber ob der Staat seine Existenz zu Recht hat, ist eine andere Frage.

Außer natürlich, „Existenzrecht“ wäre nichts anderes als eine Kurzformel für die Gesamtheit der spezifischen Rechte, die ein Staat hat. Damit würde sein „Existenzrecht“ auf sein Recht auf ein Territorium, auf Sicherheit, auf Selbstverteidigung usw. hinauslaufen, und in diesem Fall wäre an einem „Existenzrecht“ nichts Mysteriöses. Dann aber wäre es nichts eigens Hervorzuhebendes – weil es nichts an sich hat, was es herausheben würde. Wenn aber das Existenzrecht eines Staates mehr bedeutet als nur die Summe seiner spezifischen Rechte (oder einer Untergruppe eben dieser Rechte) – was ist es dann? Was ist ein bloßes „Existenzrecht“, hat man es aller Besonderheiten entkleidet? Welchen besonderen Sachverhalt beschreibt das Wort „Existenz“, so dass es Gegenstand eines eigenen Rechts sein könnte? Bekanntlich hat Kant argumentiert, dass Existenz oder „Sein“ kein „reales Prädikat“ sein könne, denn wenn wir der Existenz eines Dings etwas zuschreiben, fügen wir unserem Begriff des Dings nichts hinzu.<sup>10</sup> Obwohl er das Argument in einem ganz anderen Zusammenhang entwickelte, kommt einem seine Analyse in den Sinn. Territoriale Integrität, in Frieden leben, Selbstverteidigung usw. – alle diese Attribute machen zusammen unseren Begriff irgend eines Staates aus oder qualifizieren ihn; Existenz tut das nicht. Jedes von ihnen ist *eine Weise*, in der ein Staat existiert, eine Art, wie er sein kann. Existenz selber oder *per se* ist nicht (nichts ist eine Modalität von sich selber); das macht es, so gesehen, zu einem eigenartigen Kandidaten dafür, ein eigenes Recht darzustellen.

Aber vielleicht ist mit „Existenzrecht“ als juristischer Terminus, der auf souveräne Staaten angewandt wird, weder ein spezifisches Recht unter anderen gemeint, noch eine ganze Gruppe (oder Untergruppe) von spezifischen Rechten, sondern die *Legitimität* eines Staates, wobei dies bedeutet, dass der Staat mit den Regeln des Völkerrechts (so, wie sie gelten) konform ist: entweder hinsichtlich seiner Entstehung, seiner Aufnahme in die internationale Gemeinschaft oder indem und wie er seinen Verpflichtungen laut der UN-Charta gerecht wird, oder aber hinsichtlich einer Kombination dieser Faktoren.<sup>11</sup>

So gesehen scheint die Frage, ob ein bestimmter Staat – etwa Israel – ein „Existenzrecht“ hat, eine juristische – keine politische – zu sein.

Aber die Hamas ist weder ein Gerichtshof noch eine Gesellschaft internationaler Juristen. Auch ich bin übrigens nichts dergleichen. Noch kann das die große Mehrheit derer für sich beanspruchen, die in der Arena der internationalen Diplomatie eine Rolle spielen oder an den öffentlichen Debatten teilnehmen. Trotzdem kommt wahrscheinlich jede und jeder von uns gelegentlich in die Lage, um eine Stellungnahme ersucht zu werden, ob Israel ein „Existenzrecht“ hat – und dann entsprechend unserem Verdikt beurteilt zu werden. Im übrigen ist es unwahrscheinlich, dass wir jemals von irgend einem anderen Staat oder zu dessen Gunsten mit dieser Frage konfrontiert werden. Ich kann mir tatsächlich keinen anderen Staat vorstellen, der auf seinem „Existenzrecht“ bestehen würde und von anderen verlangen würde, dass diese dieses Recht ausdrücklich anerkennen. (Deshalb, unter anderem, ist die Formulierung so undurchsichtig: Ihre Bedeutung ist nicht durch die Anwendung determiniert oder verdeutlicht worden.) Das ist besonders frappierend, wenn wir uns vor Augen halten, wie viele Staaten in der jüngeren Vergangenheit entstanden sind. James Crawford ruft uns in Erinnerung: „Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gab es um die 50 anerkannte Staaten. Unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg waren es 75. Bis 2005 gab es bereits annähernd 200, um genau zu sein 192.“<sup>12</sup> Somit ist Israel nur einer von 172 neu errichteten Staaten. Die rechtliche Legitimität vieler dieser Staaten steht zur Debatte, doch es scheint mir keinen anderen Fall zu geben, bei dem diese Debatte unter dem Gesichtspunkt des „Existenzrechts“ geführt wird; nur bei Israel ist das so.

Nimmt man all diese Überlegungen zusammen, so wird durch sie die Vermutung nahegelegt, dass es sich bei dem „Existenzrecht“, auf dem Israel (und mit ihm viele, die sich als seine Anhänger sehen) so hartnäckig besteht, nicht oder doch nicht in erster Linie um eine *rechtliche* Kategorie handelt. Wenn es dabei um Legitimität geht, dann nicht im Sinne einer Übereinstimmung mit Regeln des Völkerrechts, jedenfalls nicht wesentlich. Es geht um etwas anderes. Eine andere Agenda, ein anderes Bedürfnis (oder andere Bedürfnisse) stecken hinter diesem Bestehen auf dem „Existenzrecht“. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass die „unerlässliche Bedingung“ die gesamte Debatte um Israel und Palästina verzerrt. Zum Teil liegt das daran, dass diese Bedingung alle Luft zum Atmen aufnimmt, indem sie die „existenzielle Bedrohung“ Israels hervorhebt und so die Aufmerksamkeit von der Bürde ablenkt, die den Palästinensern auferlegt wird (ganz abgesehen von den Sicherheitsbedenken benachbarter Staaten). Zum Teil hängt es damit zusammen, dass der Inhalt jener Formel vom Existenzrecht gleichbedeutend mit einem Knäuel der Verwirrung ist: „Israel hat ein Existenzrecht“ ist in jedem seiner Teile und als Ganzes so vage wie eine Wolke (oder so glitschig wie ein Aal).

Je mehr die Zeit davonläuft, desto dringender das Anliegen, die Nebelwolken zu zerstreuen und die verfahrenere Situation im Nahen Osten zu überwin-

den. Mit dieser Dringlichkeit vor Augen habe ich diesen Essay geschrieben. Als Jude, der in Großbritannien lebt, bin ich mir durchaus auch der Wirkung der Debatten um Israel auf das jüdische Leben in anderen Teilen der Welt bewusst. Wie bereits angedeutet, ist dieser Essay keine juristische Übung. Ich beziehe mich auf die öffentlichen Debatten und diskutiere die rhetorische Wirkung der Formulierung „Israel hat ein Existenzrecht“ und ihre weit verbreitete Anwendung als Lackmus-Test. Wie Abba Eban und Menachem Begin erachte ich die „*conditio sine qua non*“ als nicht haltbar, wobei sich allerdings meine Gründe von den ihren unterscheiden.

## II. Ein Knäuel der Verwirrung

Ich möchte mit einer persönlichen Begebenheit beginnen. Im Februar 2007 riefen wir, eine Gruppe von Menschen – alle jüdisch – in Großbritannien eine Initiative ins Leben, die wir „Unabhängige Jüdische Stimmen“ (IJV) nannten. Vorrangig im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt formulierten wir eine Erklärung – „Die Zeit ist reif für eine öffentliche Stellungnahme“ – und luden andere Juden in Großbritannien ein, sich uns anzuschließen, indem sie die Erklärung unterzeichneten. Kern der Erklärung sind fünf Prinzipien der (sozialen) Gerechtigkeit und der Menschenrechte, Prinzipien, die entweder selber universell oder in einem universellen Geist abgefasst sind.<sup>13</sup> Wir gingen davon aus, dass diese Prinzipien und nicht die einer Gruppen- oder ethnischen Loyalität an erster Stelle stehen sollten. Im Vorfeld testeten wir den Entwurf unserer Erklärung, indem wir ihn einigen Freunden und Bekannten vorlegten, denen wir vertrauten. Von einer Seite wurde uns mit großem Nachdruck folgender Rat gegeben: „An den Anfang müsst ihr unbedingt eine ausdrückliche Erklärung setzen, in der ihr Israels Existenzrecht und sein Recht zu gedeihen betont.“ Andernfalls, so warnte uns dieser Ratgeber, „würden wir bei der Mehrheit der britischen Juden kein offenes Ohr finden“. Er erinnerte uns also an die *conditio sine qua non*.

Er gab uns diesen Rat in der besten Absicht, und es war kein schlechter Rat. Aber genau in dem Maße, wie er Recht hatte, hatte er auch Unrecht; denn, wenn wir, um „ein offenes Ohr zu finden“, *das* würden sagen müssen, genau dann würde unsere Botschaft nicht gehört werden. Unsere eigenen Worte würden sie übertönen. Hätten wir auf ihn gehört, wären wir in Widerspruch zu uns selber geraten. Nicht etwa, weil wir behaupten wollten, dass Israel *kein* „Existenzrecht“ hätte: wir machten ebenso wenig die negative wie die positive Aussage. Wir gingen von universellen Prinzipien aus, die eine parteiische Unterstützung der einen Seite gegen die andere übersteigen, und wir riefen zu einer Debatte über den israelisch-palästinensischen Konflikt auf, die auf von der Annahme ausgeht, dass diese Prinzipien in gleicher Weise für alle Parteien gelten. Israel herauszuheben und unsere Unterstützung für sein Existenzrecht zu unterstreichen, hätte eine ganz andere – oder zumindest verworrene – Botschaft übermittelt. Wir hätten uns einer bestimmten Gruppe von Adressaten empfohlen – zugegeben, einer großen Gruppe innerhalb der jüdischen Welt – doch, dies wäre auf Kosten unserer Glaubwürdigkeit geggan-

gen. Selbstverständlich hätten wir positive Aufmerksamkeit gewonnen, doch die Unabhängigkeit unserer Stimmen hätten wir verloren.

Doch nehmen wir einmal an, wir hätten auf den Rat gehört und unsere Erklärung mit der obligatorischen Formel eingeleitet: Was hätten diese Worte denjenigen mitgeteilt, die von uns verlangen, dass wir sie aussprechen, um gehört zu werden? Oder anders gesagt: Was für eine Art „offenes Ohr“ hätten sie uns geschenkt? Sie hören uns von einem „Existenzrecht“ sprechen, wobei unklar bleibt, als was für eine *Art* Recht sie es auffassen – es muss, wie wir gesehen haben, mehr als rein juristisch gemeint sein. Nennen wir es ein *moralisches* Recht. Aber insoweit und so lange wir nicht wissen, worin sie die moralische *Grundlage* dieses Rechts sehen, wissen wir nicht wirklich, was sie uns sagen hören (denn sie hören uns die Quelle moralischer Autorität bestätigen, auf der dieses Recht gründet). Und ehe wir *diesen* Punkt klären können, müssen wir wissen, was sie unter der Bezeichnung „Israel“ verstehen. Was *ist* Israel? Welcher Natur oder Identität ist der Träger dieses moralischen „Existenzrechts“? Sicher ist Israel ein Staat, mit anderen Worten, eine souveräne Entität innerhalb eines bestimmten Territoriums. Und da ergeben sich zwei Komplikationen. Die erste besteht darin, dass das Territorium in diesem Fall nicht fest umrissen ist. Denn welches sind Israels – rechtsverbindlich festgelegte – Grenzen? Diese Frage ist nie wirklich beantwortet worden.<sup>14</sup> Was bedeutet es, von einem Staat zu sagen, er habe ein „Existenzrecht“, wenn wir die Ausdehnung des Territoriums, auf dem dieses Recht ausgeübt wird, nicht kennen? Und da die Frage der Grenzen eine der brennenden Fragen im israelisch-palästinensischen Konflikt ist, können wir sie nicht stillschweigend übergehen. Aber vielleicht werden wir (von denen, die wünschen, dass wir es aussprechen) nur gebeten zu sagen: „Israel hat irgendwo zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan ein Existenzrecht“, wobei offen bliebe, welches seine Grenzen wären. Vielleicht meinen sie es so, vielleicht auch nicht. Aber lassen wir es so stehen; denn es stellt sich ein tieferes Problem, wenn wir uns der zweiten Komplikation zuwenden, die der Bezeichnung „Israel“ innewohnt. Israel ist ein Staat. Bezeichnet aber der Name „Israel“ den Staat *als solchen* oder bezeichnet er ihn als *jüdischen* Staat. Bezeichnet er – um noch einen Schritt weiter zu gehen – den Staat *als den Staat der Juden*? Was würden wir in diesem Fall sagen, wenn wir sagten, „Israel hat ein Existenzrecht“? Was würden die, für die wir das aussprechen, als unsere Aussage *hören*? Wir würden von Israel sprechen, aber *in welchem Sinne*?

In seiner Grundsatzrede zur Außenpolitik, die Premierminister Benjamin Netanjahu am 13. Juni 2009 an der Bar Ilan University hielt, ließ er für sein Publikum – die Welt – keinen Zweifel daran, was *er* meint, wenn er „Israel“ sagt. Ein übers andere mal nannte er das Land „den Staat des jüdischen Volkes“ oder „die nationale Heimat des jüdischen Volkes“. Er zündete Nebelkerzen, während er zugleich Salz in die Wunden streute, indem er die Westbank hartnäckig als „Judäa und Samaria“ bezeichnete, also die biblischen Namen für die Region (wie es auch der offiziellen israelischen Terminologie ent-

spricht) benutzte, selbst als er den Palästinensern die Verantwortung aufbürdete und die „unerlässliche Bedingung“ beschwor. „Wir erwarten von der palästinensischen Führung, dass sie aufsteht und klar und einfach sagt: ‚Wir haben genug von diesem Konflikt. Wir erkennen das Recht des jüdischen Volkes auf einen eigenen Staat in diesem Land an. Wir werden in echtem Frieden an seiner Seite leben.‘“<sup>15</sup>

Für wie viele Menschen im jüdischen Mainstream bedeutet „Israel“ dasselbe, was es für Netanjahu bedeutet? Das ist schwer zu sagen. Mein Eindruck ist, dass eine Mehrheit die Aussage unterschreiben würde, dass sie unter „Israel“ „einen jüdischen Staat“ verstehen, aber ob sie sich klar darüber sind, was *das* wiederum bedeutet, steht auf einem anderen Blatt. Zum einen – haben sie eine Vorstellung davon, wer als „jüdisch“ gelten soll? (Der Staat Israel scheint sich selber darüber nicht im Klaren zu sein. So sind unter den Einwandern aus der ehemaligen Sowjetunion, die als Juden die Staatsbürgerschaft erhalten, Hunderttausende, die von israelischen rabbinischen Gerichten „als nicht-jüdisch betrachtet werden“.<sup>16</sup> Doch diese Gerichte sind „Teil des israelischen Gerichtssystems“.<sup>17</sup> Zum anderen – gehen sie davon aus, dass „ein jüdischer Staat“ einen Staat bezeichnet, der die ethnische und religiöse Identität der meisten – zufällig jüdischen – Israelis verkörpert? Das wäre die denkbare Möglichkeit am einen Ende des Spektrums. Oder meinen sie – das wäre das andere Ende des Spektrums – einen Staat, dessen Gesetze, Institutionen und offizielle Praktiken Juden positiv unterscheiden? Und, wie viele von ihnen würden die Idee „eines jüdischen Staates“ von Netanjahus sehr weit gefasstem Begriff von Israel als „dem Staat des jüdischen Volkes“ unterscheiden wollen? Oder würden sie darin eine Unterscheidung ohne wirkliche Differenz sehen? Ich vermute, in diesem Punkt würde man sehr viel Ungenauigkeit und Unsicherheit antreffen; möglicherweise ist es eine Frage, über die viele noch gar nicht nachgedacht haben. Wenn man sie aber herausfordern würde, nehme ich doch an, dass eine beträchtliche Anzahl von Israels jüdischen UnterstützerInnen die Auffassung äußern würde, dass Israel „unser Staat“ ist. Wenn Israel tatsächlich das ist, dann bedeutet das, „Israel“ ist „der Staat des jüdischen Volkes“; und in diesem Fall bedeutet zu sagen, „Israel habe ein Existenzrecht“, nicht nur, dass dieser Staat ein bestimmtes Recht hat; es bedeutet zu sagen, dass ein bestimmtes Volk ein Recht auf diesen Staat hat. Das ist etwas ganz anderes, und ich denke, es führt uns näher an das heran, was eigentlich hinter der Forderung steht, die in diesem Essay diskutiert wird.

Wenn es *das* ist, was Israel für diejenigen bedeutet, die von uns unbedingt die obligatorische Formel hören wollen („Israel hat ein Existenzrecht“), dann (um an einem Gedanken anzuknüpfen, den ich in der Schwebe gelassen habe) werden sie implizit in dem, was wir sagen, etwas anderes hören: Sie werden uns die Quelle moralischer Autorität bestätigen hören, die dieses Recht *begründet*. Nochmals, es ist nicht ganz klar, was sie dafür halten, noch würden sie unbedingt alle dieselbe Begründung angeben. Und dennoch sind die ver-

schiedenen Gründe, die angeführt werden im großen und ganzen Variationen gewisser Themen. Netanjahu schlug vertraute Töne an, als er in seiner Rede vom Juni 2009 sagte: „Das Recht, unseren souveränen Staat hier, im Lande Israel zu errichten ergibt sich aus einer schlichten Tatsache: Eretz Israel ist der Geburtsort des jüdischen Volkes.“<sup>18</sup> (Und wo bleiben dabei die Palästinenser? – Laut Netanjahu sind sie „im Herzen unseres jüdischen Heimatlandes“.)<sup>19</sup> Er behandelte die Genesis als historisches Dokument, indem er von der „Verbindung des jüdischen Volkes zum Land“ sprach, die „über 3.500 Jahre“ zurückreiche und bezog sich auf „Judäa und Samaria“ als „die Orte, wo unsere Vorväter Abraham, Isaak und Jakob wandelten ...“.<sup>20</sup> Dabei hält er das göttliche Licht unter dem Scheffel: Denn er zitiert die Bibel, ohne sich auf Gott zu beziehen. Begin war da direkter: „Unser Existenzrecht wurde uns vom Gott unserer Väter gewährt, als die menschliche Zivilisation ihre erste Morgenröte aufglimmen sah, vor annähernd 4.000 Jahren.“<sup>21</sup>

Der Beispiele sind viele und andere Themen könnten herangezogen werden, doch im Rahmen dieses Essays ist es unerheblich, der Vielzahl der Argumente weiter nachzugehen. Hier geht es um Folgendes: angenommen, wir wären dem Rat gefolgt, den man uns gab; angenommen, wir hätten die Erklärung der IJV mit den Worten beginnen lassen: „Israel hat ein Existenzrecht“ – so wie die Worte von der Hörerschaft, für die wir sie niedergeschrieben hätten, aufgenommen worden wären, so hätten wir uns damit im Grunde eine umfassende politische Ideologie zu eigen gemacht: die Ideologie des jüdischen Nationalismus, der sich auf Palästina bezieht. Doch wir hätten es nicht von vornherein gewusst.

Anders gesagt: Auf der einen Seite bedeutet die erklärte Unterstützung des „Existenzrechts“ Israels die Unterzeichnung eines Blanko-Schecks; denn diese Formulierung ist in sich unklar. Auf der anderen Seite ist es wahrscheinlich, dass der Scheck zugunsten der einen oder anderen umfassenden Theorie darüber, was dieser Staat ist, eingelöst würde: einer Theorie, bei der es nicht nur um seine Existenz, sondern auch um seine *Essenz* ginge. Danach wäre es dann nicht mehr möglich, beispielsweise zu sagen: „Ich unterstütze Israels Existenzrecht, aber schlage vor, dass es sich neu definiert als ‚Staat der Israelis‘ und nicht mehr als ‚Staat der Juden‘.“ Das kann man nicht mehr sagen, ist erst einmal in das Konzept des Staates eingeschrieben, dass er „dem jüdischen Volk gehört“, und man es unterzeichnet hat; denn genau das hätte man mit der Unterzeichnung des Blanko-Schecks getan, ob gewollt oder nicht. Der eben angedeutete Vorschlag könnte in der Absicht gemacht worden sein, die Zukunft des Staates zu sichern, aber viele Anhänger Israels würden denjenigen, der ihn macht, angreifen und behaupten, er wolle Israel „zerstören“. (Einen bi-nationalen Staat vorzuschlagen, würde einen noch weiter ins Abseits katapultieren.) Die genaue Bedeutung von „Israel“ bestimmt also, was als „existieren“ aufzufassen ist und daher das „Existenzrecht“ gewährleistet.

Wenn du dich also darauf einlässt, zunächst Israels „Existenzrecht“ zu proklamieren, kann es sein, dass die Bedingungen bei einer möglichen Erör-

terung seiner Zukunft viel eingeschränkter sind als dir lieb ist. Im Übrigen unterstellt die andauernde Betonung seines Existenzrechts, dass Israel unter einer andauernden *Bedrohung* seiner Existenz steht – entweder durch die Palästinenser oder durch Staaten der Region. Das trägt dazu bei, eine ganze Weltanschauung – „wir gegen die Welt“ – zu verstärken und zugleich die militaristische Denkweise, die sie unweigerlich nach sich zieht. Es legt nahe, dass nichts in diesem Konflikt so wichtig ist wie eben dieses; dass der Konflikt beendet werden könnte, sobald nur die Feinde Israels es endlich in Frieden lassen würden; und dass diese beständige „existenzielle Bedrohung“ jegliches illegale Vorgehen Israels und jede seiner umstrittenen politischen Maßnahmen rechtfertigt. Die „Operation Schutzschild“ mag als Beispiel dienen: Im Frühjahr 2002 rollten israelische Truppen auf breiter Front in die Westbank ein. Fernsehzuschauer und Zeitungsleser überall auf der Welt wurden mit Szenen der Verwüstung in Djenin, Ramallah und anderen Orten konfrontiert. Doch mit den Augen von Ariel Sharon betrachtet, hätte es gerade anders herum sein können: Palästinenser, die Tel Aviv oder Aschdod verwüsteten – oder das Warschauer Ghetto. „Dies ist ein Kampf um das Überleben des jüdischen Volkes“, erklärte der Mann, der damals Israels Premierminister war, „um das Überleben des Staates Israel“.<sup>22</sup>

Überleben. Existenz. Diese Worte weisen, so denke ich, in die Richtung dessen, was letztendlich hinter der „*conditio sine qua non*“ steht – jedenfalls für viele ganz gewöhnliche jüdische Menschen, die an der allgemeinen öffentlichen Debatte teilnehmen. Sie sind keine Schraubchen in der Maschinerie der Israel-Lobby, denen von zionistischen Apparatschiks gesagt würde, was sie zu denken haben. Was sie bewegt, ist etwas, das tiefer liegt als Ideologie: Erinnerung. Und wenn es ein Wort gibt, das tief in ihre Erinnerung eingebrannt ist, dann ist es dieses: „Existenz“. Das Recht zu existieren; das Recht, in seinem Jüdischsein zu existieren; als Jude das Recht haben zu existieren: Das wurde Millionen Menschen in Europa verwehrt. Es ist ein existenzielles Grauen, das sich innerhalb der lebendigen Erinnerung vieler Juden ereignete – und innerhalb der kollektiven Erinnerung einer noch viel größeren Zahl. Das verleiht dem Thema der Existenz ein „spezifisches Gewicht“, das auf Israel übertragen wird, wenn man in ihm verschwommen „den jüdischen Staat“ sieht. So gesehen verwundert es nicht, dass bei der Debatte um Israel die „Existenz“ diese ganz besondere Rolle spielt. Und es ist nachvollziehbar, dass gutwillige Menschen, die aufgefordert werden, sich für Israels „Existenzrecht“ auszusprechen, instinktiv „Ja“ sagen – auch wenn dies fehlgeleitet ist und sie damit dem großen Knäuel der Verwirrung ihre Zustimmung geben.

### III. Von der Rhetorik zur Realität

Vielleicht besteht die größte Verwirrung in dieser ganzen Debatte überhaupt in der Unfähigkeit zwischen einem Staat und einem Individuum zu unterscheiden. Ich weiß nicht, ob oder in welchem Sinne ein souveräner Staat ein „Existenzrecht“ hat. Falls er es aber hat, ist ihm dieses Recht weder inhärent,

noch ist es absolut. Ein Individuum hingegen hat ein inhärentes und absolutes Existenzrecht; es heißt auch „das Recht auf Leben“, und wie ich in der UN-Erklärung der Menschenrechte nachlese, ist es in „der Würde und dem Wert des Menschen“ begründet.<sup>23</sup> Der Staat *gehört* Menschen, aber er ist selber kein lebendiges, atmendes menschliches Wesen. Er ist nicht, insofern er ein Staat ist, mit Würde ausgestattet. Und falls er irgendeinen Wert haben sollte, dann nur als Funktion seines Werts für die Menschen, denen er gehört. Ich wünsche mir inständig, dass die „Unterstützer“ Israels sich statt auf das „Existenzrecht“ Israels zu kaprizieren, sich für seine „Sorgepflicht“ stark machen: eine Pflicht, die es allen seinen BürgerInnen gleichermaßen schuldet – und jeder und jedem, die oder der unter seiner Herrschaft lebt.

Gewiss, für keinen Staat wäre es klug, die aggressiven Töne eines anderen Staates zu ignorieren, selbst wenn es sich dabei letztlich nur um Säbelrasseln handelt. Ich spiele hier auf die feindseligen Reden von Präsident Ahmadinedjad von Iran an. Aber Klugheit ist nicht dasselbe wie Paranoia; und die Realität ist das Reich der Unterschiede. Wenn Israel seine kriegerische Haltung nicht ändern kann; wenn die Mentalität des fortgesetzten Krieges weiterhin vorherrscht, bei dem sich jedes Grenzgeplänkel zur Schlacht um das Überleben des jüdischen Volkes auswächst; dann werden die Konsequenzen für Israel ebenso fatal sein, wie sie für andere tödlich sind. Die israelische Rhetorik von der „Existenz“, die Teil seiner kriegerischen Haltung ist, gefährdet genau dies, seine Existenz.

Um seine Zukunft zu sichern, braucht Israel niemanden – weder die Hamas, noch Sie noch mich – , der sein „Existenzrecht“ anerkennt. Die UN-Sicherheitsratsresolution 242, die kurz nach dem Juni-Krieg von 1967 verabschiedet wurde, spricht von einem „gerechten und dauerhaften Frieden“, der unter anderem auf dem Prinzip beruht, dass jeder Staat der Region ein Recht hat, „innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben, frei von Drohungen und Akten der Gewalt“.<sup>24</sup> Die selben Formulierungen tauchen in dem „Rahmenabkommen für einen Frieden“ wieder auf, das 1978 beim Camp David Gipfel von Anwar Sadat und Menachem Begin unterzeichnet wurde.<sup>25</sup> Eine ähnliche Sprache sprechen die Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien (1994).<sup>26</sup> Mit anderen Worten, was Staaten tatsächlich brauchen, das sind spezifische Rechte. Das „Existenzrecht“ spricht entweder für sich – oder es besagt nichts Sinnvolles.

Es ist an der Zeit, mit dieser Sorge – um es nicht eine Obsession zu nennen – um Israels „Existenzrecht“ aufzuhören. Israel sollte wie jedes andere Land behandelt werden. Es hat (insoweit alle anderen Dinge gleich sind) die Rechte, die jeder existierende Staat besitzt. Doch kein Staat ist von der Infragestellung seiner verfassungsmäßigen Gegebenheiten ausgenommen, ob sie nun von seinen Bürgern oder von anderen vorgebracht wird. Das betrifft auch die Frage, ob ein Staat eine Union mit einem anderen beenden oder eingehen sollte. Das sind vollkommen legitime und nachvollziehbare Anliegen, die Menschen frei diskutieren können sollten, denen am Wohl jedes von der Fra-

ge betroffenen Menschen gelegen ist; denn es sind Menschen, die wichtig sind, nicht Staaten, nicht um ihrer selbst willen. Doch es ist unmöglich, die Art offener Diskussion zu führen, die um aller Bewohner der Region willen unbedingt geführt werden muss – wenn man vorher immer, als eine Art *conditio sine qua non*, versichern muss, dass „Israel ein Existenzrecht hat“.

Ich habe Abba Eban das erste Wort gegeben. Sein Wort soll – mit einer wohlmeinenden Modifikation – auch das letzte sein: „Niemand erweist ‚der Sache des Friedens‘ einen Dienst, indem er Israels ‚Existenzrecht‘ proklamiert.“<sup>27</sup>

*Jeff Halper*

## Ein „überflüssiges Volk“ zwischenlagern

*Jeff Halper und ICAHD, das israelische Komitee gegen Häuserzerstörungen, versuchen, durch gewaltfreien Widerstand und unter Ausschöpfung der juristischen Möglichkeiten, keinen Fall der Zerstörung eines palästinensischen Wohnhauses durch Israel unbehindert und unbemerkt geschehen zu lassen. So gelingt es – allzu selten – eine Zerstörung zu verhindern und – erfolgreich –, die menschenverachtende Praxis der Häuserzerstörungen als eine der komplexen Unterdrückungs- und Vertreibungsmethoden des „demokratischen Rechtsstaats“ Israel offenzulegen. Gemeinsam mit den betroffenen palästinensischen Familien bauen die AktivistInnen von ICAHD zerstörte Häuser wieder auf. Der aktive Widerstand trägt zur Entlarvung der Herrschaftsmethoden bei, gegen die er sich richtet. Im Falle der israelischen Besatzung, der „Matrix der Kontrolle“ oder der „Entsorgung eines überflüssigen Volkes“ handelt es sich um flexible, sich ständig verändernde Methoden, die unentwegt neue Fakten schaffen und neuer analytischer Anstrengungen bedürfen, will man sie aufdecken und ihnen wirksam begegnen. Der folgende Beitrag zeigt zum einen, dass die israelischen Methoden, Macht auszuüben, Modellcharakter haben und insofern uns alle interessieren sollten. Zum anderen macht er deutlich, dass es nicht ausreicht, ihnen Jahrzehnte lang mit den selben Deutungen, Forderungen und Begriffen zu begegnen.*

So rasch vollziehen sich in jenem unteilbaren Gebilde, das man mit Palästina/Israel bezeichnet, die systemischen Veränderungen, dass wir kaum damit Schritt halten können. Die geplant und systematisch betriebene Kampagne, mit der die Palästinenser 1948 aus dem Land vertrieben wurden, war schnell vergessen, das tragische Schicksal und die Ansprüche von mehr als 700.000 Flüchtlingen wurden unsichtbar, waren kein Thema mehr. Statt dessen entstand ein couragiertes, europäisches, „sozialistisches“ Israel als Liebling selbst der radikalen Linken und überstrahlte vollständig den Feldzug einer ethnischen Säuberung, der seine Schaffung ermöglicht hatte.

Ähnlich blieb bis zum Ausbruch der Ersten Intifada in den letzten Tagen des Jahres 1987 die Besetzung der Westbank, Ostjerusalems und Gazas durch Israel im Grunde ausgeblendet. Einzig die Gleichsetzung der Palästinenser mit Terroristen wurde als Aspekt des Konflikts vom öffentlichen Radar aufgenommen. Bis die Oslo-Verhandlungen 1993 begannen, brachte einem die Erwähnung des Wortes „Besetzung“ oder gar „Palästinenser“ das Label „Antisemit“ ein. Es sind übrigens Begriffe, die bis heute in Israel selten gebraucht werden. Selbst als der Konflikt, wenn nicht sogar die Besetzung selbst, international thematisiert wurde, beherrschte Israel weiterhin das höchst bedeutungsvolle Reich der Public Relations. Das bezeichnendste Argument gegen den Kampf der Palästinenser ist die weitverbreitete Vorstellung, Arafat habe Ehud Baraks „großzügiges Angebot“ in Camp David zurückgewiesen.

Die Tatsachen verschwanden schlicht im Sog der PR: dass es nie ein „großzügigeres“ Angebot gegeben hatte; und: Selbst wenn Barak 95% der besetzten palästinensischen Gebiete „angeboten“ hätte (wie Olmert kürzlich 93% „anbot“), wäre ein palästinensischer Staat kaum mehr als ein amputiertes, nicht lebensfähiges südafrikanisches Bantustan auf weniger als 20% des historischen Palästinas gewesen. Was blieb, war die erneute Dämonisierung Arafats. Dessen anschließende Einkerkung in einem dunklen Raum seines zerstörten Hauptquartiers, seine politische und – ich vermute auch physische Eliminierung durch Sharon – stieß in der internationalen Gemeinschaft auf so gut wie keine Gegenwehr oder auch nur Kritik.

Dennoch ist es durch ein entschlossenes weltweites Vorgehen zivilgesellschaftlicher Gruppen – Menschenrechts- und politische Organisationen, kirchliche und jüdische Gruppen, Gewerkschaften, Intellektuelle und sogar gewisse Politiker in Israel und anderswo – im vergangenen Jahrzehnt gelungen, die Besetzung zu einem Thema zu machen, das global Aufmerksamkeit findet. Kaum war jedoch das Phänomen der Besetzung als solches ins allgemeine Bewusstsein gedrungen, als Israels fieberhafte Ausweitung der „vollendeten Tatsachen“ dieses Phänomen bereits wieder hinter sich ließ. Denn eine Besetzung ist im Völkerrecht als „vorübergehender militärischer Zustand“ definiert. Die Errichtung von über 200 Siedlungen und Vorposten, in den besetzten palästinensischen Gebieten, die nur Juden vorbehalten sind, die Verknüpfung dieser Siedlungen zu sieben großen Siedlungsblöcken, die wiederum durch über 20 bedeutendere urbane Zentren verankert wurden und durch ein ausgebautes israelisches Straßennetz, außerdem durch die Trennungsbarriere mit dem Kernland Israels dicht verwoben sind – all das hat dazu geführt, die Besetzung zum Dauerzustand zu machen.

Ein israelisches System, das nicht mehr vorübergehend ist oder aus Sicherheitsgründen besteht, ein durchgehendes System hat sich zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan herausgebildet. Falls wir bereit sind, der Wahrheit ins Auge zu sehen, müssen wir erkennen: Ob wir uns für eine Zwei-Staaten-Lösung stark machen oder nicht – die Besetzung hat sich zu einem Apartheidstaat entwickelt, der fest verankert ist. Er ist bereits eine de-facto-Realität.

tät. Falls der „Annapolis-Prozess“ so funktioniert, wie Israel es sich vorstellt, dann wird dieser Staat auch de jure zum Apartheidsystem, das – mit Zustimmung einer kollaborierenden palästinensischen Führung – geschickt als „Zwei-Staaten-Lösung“ verkauft werden wird.

Doch Annapolis ist nicht wirklich bedeutsam. Israel weiß, dass weder die Palästinenser noch die internationale Zivilgesellschaft die Apartheid hinnehmen werden. Die Funktion von Annapolis ist die selbe wie die aller anderen „politischen Prozesse“ der vergangenen vier Jahrzehnte: Jede Lösung aufzuschieben, die Israel bedeutsame Zugeständnisse abfordern würde, um in dieser Zeit die politische Deckung zu nutzen und unumkehrbare Fakten zu schaffen. Die israelische „Besatzung“ bedeutet schon wieder mehr als nur „Apartheid“ – ein Begriff, der beinahe ebenso schnell wieder überholt ist, wie er sich in lautstarken Protesten eingebürgert hat. Tatsächlich hat sich vor unseren Augen etwas entwickelt, das wir hätten sehen sollen, wovon wir aber keinen Begriff hatten: ein System der Zwischenlagerung, eine statische Situation, die jeglichen politischen Inhalts entleert ist. „Israel hat“, so legt Naomi Klein in ihrem großartigen Buch *Die Schockstrategie* dar, „ein System ... von Freiluft-Gehegen für Millionen Menschen geschaffen, die man als überflüssig eingeeordnet hat ... Die Palästinenser sind nicht die einzige Bevölkerung, die unter diese Kategorie fallen ... Diese Art der Entsorgung von 25 bis 60% der Menschheit war das Markenzeichen des Kreuzzugs, den einst die (wirtschaftswissenschaftliche) ‚Schule von Chicago‘ propagierte ... In Südafrika, Russland und New Orleans verbarrikadieren sich die Reichen hinter Mauern. Israel hat diesen Entsorgungsprozess noch einen Schritt weiter getrieben: Es hat um die gefährlichen Armen Mauern gezogen.“ (S. 442)

Die Fakten, die Israel schafft, sind lediglich der handfeste Ausdruck einer Politik, die darauf aus ist, seine Herrschaft zu entpolitizieren und auf diese Weise zu normalisieren. Der israelisch-palästinensische Konflikt wird dabei nicht als Konflikt mit „Parteien“ und einer politischen Dynamik präsentiert. Statt dessen wird er als „Krieg gegen den Terror“ dargestellt, ein Kampf gegen ein Phänomen, der jeglichen Bezug auf die Besatzung – die von Israel sowieso geleugnet wird – ausblendet oder als irrelevant erscheinen lässt. Da „der Terrorismus“ und der ihn begründende „Zusammenprall der Zivilisationen“ als nicht zu hinterfragende und dauerhafte Gegebenheit unterstellt wird, mutiert er zum Thema, das keines ist, zum status quo (Israels offizieller Terminus für seine Politik gegenüber den Palästinensern) und immun gegen jeden Lösungsversuch und/oder Verhandlungsprozess. Wenn die Terroristen und ihresgleichen – Gefangene, illegale ImmigrantInnen, SlumbewohnerInnen und die Armen, allgemein die nicht befriedeten Opfer der „Aufstandsbe-kämpfung“, Anhänger „schlechter“ Religionen, Ideologien oder Kulturen – feste Gegebenheiten sind, mit denen man sich notgedrungen abgeben muss, und nicht Menschen, mit deren Nöten, Bedürfnissen und Rechten sich ernsthaft zu beschäftigen wäre, dann sind Gefängnisse die Lösung schlechthin. Damit sind auch Gefängnisse wie Gaza, die besetzten palästinensischen Ge-

biete insgesamt, womöglich ganze Kontinente und – als Insassen – Bevölkerungen gemeint.

„Zwischenlagerung“ oder „Entsorgung“ sind dann die treffendsten und zugleich düstersten Begriffe, um das zu beschreiben, was Israel für die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten vorsieht und bereits umsetzt. In vieler Hinsicht ist es übler als es die Bantustans der Apartheidära in Südafrika waren. Die zehn nicht lebensfähigen „Homelands“, die Südafrika für die schwarze Mehrheit auf nur 11% des gesamten Landes eingerichtet hatte, waren gewiss auch eine Art Zwischenlager. Sie sollten Südafrika mit billiger Arbeitskraft versorgen und es zugleich seiner schwarzen Bevölkerung entledigen und auf diese Weise eine europäisch dominierte „Demokratie“ ermöglichen. Genau das hat Israel mit seinem palästinensischen Bantustan – von 15% des historischen Palästina – vor, allerdings mit einer wesentlichen Einschränkung: Palästinensischen Arbeitern wird die Einreise nach Israel verweigert. Denn man hat noch billigere Arbeitskräfte erschlossen, die rund 300.000 ausländischen Arbeit Suchenden, die man aus China, den Philippinen, Thailand, Rumänien und Westafrika importiert und durch die eigenen arabischen, Mizrahim, äthiopischen, russischen und osteuropäischen Bürger ergänzt. Dank ihrer kann es sich Israel leisten, die palästinensischen Bantustan-BewohnerInnen auszuschließen, während man ihnen zugleich die eigene tragfähige wirtschaftliche Entwicklung, die der Verbindung zu den benachbarten arabischen Ländern bedürfte, unmöglich macht. Unter jedem Aspekt werden die Palästinenser als „überflüssiger Teil der Menschheit“ definiert: historisch, kulturell, politisch und wirtschaftlich. Es bleibt nichts, was mit ihnen noch geschehen kann, außer eben sie zwischen zu lagern. Die internationale Gemeinschaft ist offenbar gewillt, Israel darin gewähren zu lassen.

Da diese Art der Entsorgung ein globales Phänomen ist und Israel ein Modell dafür liefert, sollten sich von dem, was den Palästinensern widerfährt, alle betroffen fühlen. Möglicherweise handelt es sich dabei um ein völlig neues Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das als solches, genau wie andere massive Menschenrechtsverletzungen, der universellen Rechtsprechung der internationalen Gerichte unterliegen sollte. Wenn Israel seine vielschichtige Matrix der Kontrolle abpacken und exportieren kann, dann, so schreibt Klein überzeugend, wird jedes Land so aussehen wie Israel/Palästina mit seinem System permanenter Unterdrückung. Es verbindet kafkaeske Verwaltungs-, Rechts- und Planungsstrukturen mit direkten Zwangsmaßnahmen zur Kontrolle einer bestimmten Bevölkerung, die durch „gated communities“ (in diesem Fall Siedlungen), Mauern und unterschiedliche Mittel der Bewegungseinschränkung umgeben ist. Mit anderen Worten, Kleins Vision ist die eines globalen Palästina.

Das erklärt letztlich auch, warum Israel kein Interesse hat, in einen echten Friedensprozess einzutreten und den Konflikt mit den Palästinensern zu lösen. Indem es sie zwischenlagert, erreicht es mehr als mit jeder anderen Lösung, nämlich die unbegrenzte Freiheit, seine Siedlungen auszuweiten und

zugleich Kontrolle auszuüben, ohne je einen Kompromiss machen zu müssen, wie dies eine politische Lösung immer erfordern würde. Es erklärt auch, warum die internationale Gemeinschaft Israel alles „durchgehen“ lässt. Israel erspart es nämlich der internationalen Gemeinschaft, sich mit vertrackten Aufgaben auseinanderzusetzen wie der Ahndung und Unterbindung von Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen sowie wiederholt verabschiedeter UN-Resolutionen; gar nicht zu reden von den Auswirkungen des Konflikts für die internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. In seiner Rolle als Lieferant einer wertvollen Dienstleistung ist Israel gern gesehen. Es liefert ein Modell dafür, wie überall „überflüssige Bevölkerungen“ verwaltet, unter Kontrolle und in Schach gehalten werden können.

Israel befindet sich also in vollkommener Übereinstimmung sowohl mit der ökonomischen als auch mit der militärischen Logik des globalen Kapitalismus, und dafür wird es großzügig belohnt. Unser Fehler, der durch Begriffe wie „Konflikt“, „Besatzung“ und „Apartheid“ nahegelegt wird, besteht darin, dass wir die Herrschaft Israels über die Palästinenser für eine politische Frage halten, die als solche zu lösen wäre. Doch tatsächlich, wird sie „gelöst“ werden, wenn die Palästinenser „verschwunden worden“ sind, ganz so wie Menschen in Lateinamerika unter den dortigen Militärregimes „verschwunden wurden“. Dov Weisglass, der Architekt des „Rückzugs“ aus dem Gazastreifen unter der Regierung Sharon bestätigte das in einem Interview („The Big Freeze“, *Ha'aretz Magazine*, 8.10.2004):

„Der Abzugsplan ist das Konservierungsmittel. Es ist die Flasche mit Formaldehyd, in die man die Formel des Präsidenten einlegt (dass Israel seine Siedlungsblöcke einschließlich des Großraums Jerusalem behalten kann), so dass sie sich für recht lange Zeit hält. Der Rückzug ist tatsächlich Formaldehyd. Er bietet die Menge an Formaldehyd, die notwendig ist, damit kein politischer Prozess mit den Palästinensern stattfindet.“

Wollen Sie damit sagen, dass sie die Strategie eines langfristigen Interims-Abkommens gegen die einer langfristigen Interims-Situation eingetauscht haben?

„Im Amerikanischen spricht man in diesem Zusammenhang von einem bequemen Parkplatz. Der Rückzugsplan ermöglicht es Israel, in einer Interims-Situation bequem zu parken, die uns so weit wie möglich dem politischen Druck entzieht. Sie legitimiert unseren Standpunkt, dass es mit den Palästinensern keine Verhandlungen gibt. Man hat hier beschlossen, so wenig wie möglich zu tun, um so unsere politische Position zu halten. Die Entscheidung bewährt sich bereits. Sie ermöglicht es den Amerikanern, vor die kochende internationale Gemeinschaft zu treten und zu sagen: ‚Was wollt ihr denn?‘. Außerdem gibt sie uns die Initiative in die Hand. Sie zwingt die Welt, sich mit unserer Idee auseinanderzusetzen, mit dem Szenario, das wir entworfen haben ...“

Zwischenlagerung ist ein ganz besonders wirksames politisches Konzept, denn es bedeutet die Entpolitisierung von Unterdrückung, die Umwandlung

einer politischen Angelegenheit ersten Ranges in ein Thema, das keines ist, in eine bedauerliche aber unvermeidliche Situation, die am besten durch Hilfe, Wohltätigkeit und humanitäre Programme sowie wirtschaftliche „Entwicklungspläne“ angegangen wird. Es handelt sich um eine Sackgasse, eine Gegebenheit, an der man nichts ändern kann. Das ist natürlich nicht richtig, und wir können nicht zulassen, dass die Dinge so dargestellt werden. Zwischenlagerung ist eine Politik, die sich aus bestimmten Interessen der Mächtigsten ergeben. Wir sollten also, um „die Sache beim Namen zu nennen“, die Begriffe „Zwischenlagerung“ oder „Entsorgung“ benutzen. So machen wir uns das Phänomen begrifflich und können ihm wirksamer entgegentreten. Und auch da liefert uns Israel ein lehrreiches (und ermutigendes) Beispiel. Trotz der quasi uneingeschränkten Macht, die Israel über jede Faser des Leben der Palästinenser ausübt, wobei es die aktive Unterstützung der USA, Europas und eines Großteils der internationalen Gemeinschaft, einschließlich einiger arabischer und muslimischer Regimes, genießt, ist es ihm doch weder gelungen, die Apartheid wirklich durchzusetzen, noch die Zwischenlagerung. Der Widerstand der Palästinenser dauert an, wird von weiten Teilen der arabischen und muslimischen Völker, von bedeutenden Teilen der internationalen Zivilgesellschaften und den kritischen israelischen Friedenskräften unterstützt. Die destabilisierende Wirkung des Konflikts auf der internationalen Ebene nimmt ständig zu, so dass dies schließlich zu einer Intervention der internationalen Gemeinschaft führen könnte. All ihrer Machtfülle zum Trotz sind weder die Israelis noch die Amerikaner (mitsamt den europäischen Komplizen) in der Lage, den Palästinensern das Ergebnis aufzunötigen, das sie sich wünschen.

Die Begriffe „Zwischenlagerung“ oder „Entsorgung“, die durchaus etwas Reales ansprechen, sollen aber auch als Warnung dienen. Wir müssen uns weiter anstrengen, die israelische Besatzung zu überwinden, selbst wenn das letztendlich zur Entstehung eines echten Palästina/Israel oder einer weiter gesteckten Union führt und eher nicht zu einer „Apartheid-plus-2-Staaten-Lösung“ oder zur Entsorgung. Wenn wir Palästina als Mikrokosmos einer größeren globalen Realität der Zwischenlagerung oder Entsorgung betrachten, können wir die Elemente ausmachen, die auch anderswo in Erscheinung treten und das Modell begreifen, das Israel entwickelt. Umso besser werden wir ihm entgegentreten können. In jedem Fall muss unsere Sprache und Analyse nicht nur ehrlich und unumwunden kritisch sein; sie muss auch Schritt halten mit den politischen Absichten und den sich immer rascher ausbreitenden und fest etablierenden „vollendeten Tatsachen“.

Michael Warschawski

## Ein entscheidender Faktor in kolonialen Konflikten: Opposition von innen

*Wenn von israelischen „Friedenskräften“ die Rede ist, die man gerne „unterstützt“, fragt sich, wer gemeint ist, worin die Unterstützung bestehen soll oder kann und in welcher Form überhaupt ein solches abstraktes Reden von außen über den Konflikt und davon Betroffene von irgend jemandem in Israel gewünscht ist. Die wohlmeinenden Absichtserklärungen oder kalkulierten Lippenbekenntnisse ohne Konsequenzen und „aus sicherer Entfernung“ sind nicht frei von Herablassung oder selbstgefälliger Ignoranz. Die Angebote, die Israelis wie Michael Warschawski machen, sich über die Strategien und Aktivitäten israelischer „Friedenskräfte“ tatsächlich ein Bild zu machen und mit ihnen und ihren palästinensischen Partnern aktiv zu werden, sind reichlich vorhanden und entwickeln sich – wie der Widerstand gegen die Besatzung – ständig weiter. Von der deutschen Friedensbewegung, den hiesigen anti-rassistischen und Antifa-Gruppen, den Nord-Süd-Gruppen und der Linken werden sie bisher kaum zur Kenntnis genommen, obwohl sie nicht nur in Bezug auf Palästina/Israel erhellend und nützlich sind. Das gilt auch für diesen Beitrag, in dem Michael Warschawski den israelisch-palästinensischen Konflikt als einen kolonialen beschreibt, der mit anderen kolonialen Auseinandersetzungen vergleichbar ist. Daraus ergeben sich für ihn ganz konkrete Überlegungen, welche Faktoren bei der Überwindung der kolonialen Situation eine Rolle spielen und wie sie beeinflusst werden können.*

In einem kolonialen Konflikt sind die Hauptprotagonisten auf der einen Seite die Kolonialmacht und die unterdrückte Bevölkerung auf der anderen sowie, wenn existent, die Befreiungsbewegung der letzteren. Dies war so im algerischen Befreiungskrieg, beim Kampf des vietnamesischen Volkes, in Angola oder in Mosambik. Die Fähigkeit der nationalen Befreiungsbewegungen, durch zivile und/oder militärische Auseinandersetzungen ein günstiges Kräfteverhältnis gegenüber der militärischen oder administrativen Kolonialmacht herzustellen, entscheidet in letzter Instanz über das Ende der Kolonialherrschaft. Der Sieg war jedoch nie allein Ergebnis militärischer Erfolge oder machtvoller ziviler Mobilisierungen der Kolonisierten. Ein weiterer Faktor war notwendig, um die Wende herbei zu führen: die wachsende gesellschaftliche Opposition innerhalb des kolonisierenden Staates selbst. Im Vietnamkrieg war es die machtvolle amerikanische (und internationale) Friedensbewegung, die schließlich die USA dazu zwang, sich militärisch zurück zu ziehen, was es wiederum den vietnamesischen Befreiungskräften erlaubte, Saigon einzunehmen. Das Ende des französischen Kolonialismus in Algerien war das Ergebnis der schweren Krise, die der Kolonialkrieg innerhalb der französischen Gesellschaft hervorgerufen hatte.

Offensichtlich war das Anwachsen der Antikriegsstimmung Ergebnis des hohen Preises, den der koloniale Staat und seine Gesellschaft in Form von Opfern, finanziellen Belastungen, wachsender internationaler Kritik und Isolation zu zahlen hatten; aber auch Ergebnis der Imagekrise der kolonialen Gesellschaft selbst und ihrer zunehmenden Erkenntnis, dass die Fortsetzung des Krieges unvermeidlich ihre eigene moralische Zerrüttung und politische Krise vertiefen würde.

Israel bildet da keine Ausnahme. Der Rückzug aus Beirut im Jahr 1982 und schließlich 1984 von fast dem gesamten libanesischen Territorium wurde von einer massiven israelischen Friedensbewegung erzwungen, der es gelungen war, nach und nach die mehrheitliche Unterstützung der öffentlichen Meinung zu gewinnen. Auch die Anerkennung der PLO durch die israelische Regierung und die Aufnahme von Verhandlungen (1992), um die israelische Besatzung zu beenden, war Ergebnis eines Wechsels in der israelischen öffentlichen Meinung. In beiden Fällen war die Veränderung der innenpolitischen öffentlichen Meinung das Ergebnis des erfolgreichen Widerstands der direkten Opfer, der Palästinenser, gegen die israelische Besatzung und seiner internationalen Auswirkungen.

Der Widerstand allein, so effizient er sein mag, kann allerdings nicht siegen, bevor der Regierung nicht dessen Forderungen durch einen substantiellen Teil der Kolonialgesellschaft aufgezwungen wurden, die ein Gegengewicht schafft gegenüber den Illusionen, die das koloniale Militär, die Kolonialadministration und der Teil des Establishments verbreiten, die bereit sind, jeglichen Preis zu zahlen, um das aussichtslose militärische Abenteuer fortsetzen zu können.

Aus diesem Grund ist es so wichtig, innerhalb der kolonialen Gesellschaft selbst eine politische Opposition aufzubauen, selbst wenn eine solche Bewegung zunächst noch schwach ist, manchmal sogar lange Zeit gegen den Mainstream steht und selbst vom demokratischen Teil der Gesellschaft isoliert ist. Früher oder später wird sich die öffentliche Meinung aufgrund der Kosten der Besatzung verändern. Es wäre einer der größten Fehler einer Befreiungsbewegung, zu glauben, dass sie zu ihrem Recht kommt, wenn sie nur die Hand zum Frieden reicht: Um den Feind zu überzeugen, bedarf es sowohl einer eisernen Faust als auch einer ausgestreckte Hand.

Die Rolle der antikolonialen Aktivisten innerhalb der israelischen Gesellschaft besteht genau darin, der Öffentlichkeit die beiden Optionen deutlich zu machen: den Preis für Krieg und Besatzung und die Vorteile von Frieden und Versöhnung.

Auch aus einem weiteren Grund ist eine politische Opposition in Israel selbst von großer Bedeutung: Es geht um die Zukunft unserer Kinder. Die Kräfteverhältnisse zwischen den Kämpfenden bleiben nicht statisch, genauso wenig wie die regionale und internationale Lage. Die Starken von heute können die Schwachen von morgen sein; der Beherrschende läuft Gefahr, morgen der Beherrschte zu sein. Dies trifft für ein koloniales Verhältnis allemal zu.

Nach 130 Jahren der Beherrschung waren hunderttausende von *Pieds Noirs* (französischstämmige Siedler in Algerien – d. Übers.) gezwungen, das Ende ihrer Privilegien hinzunehmen oder Algerien zu verlassen und zu heimatlosen Personen in der Metropole zu werden. Die meisten Israelis haben kein Land, in das sie zurück kehren könnten, und nach dem Ende ihrer Vorherrschaft werden sie mit jenen zusammen leben müssen, die sie unterdrückt haben.

Dass es Israelis gab und gibt, die durch ihr Verhalten gezeigt haben, dass sie die Rechte der ansässigen palästinensischen Bevölkerung unterstützen, mag entscheidend dazu beitragen, eine allmähliche Koexistenz aufzubauen, die von Gleichheit und gegenseitigem Respekt getragen ist. Sie können die Brücke bilden, um den Strom des Hasses zu überwinden, der aus jahrzehntelanger Unterdrückung und Erniedrigung erwachsen ist.

Ich erinnere mich daran, dass ich, während ich einmal wegen der Anklage, palästinensischen Organisation geholfen zu haben, kurze Zeit im Gefängnis saß, genau deshalb meinen Durchhaltewillen behielt, weil ich wusste, dies war ein bescheidener Preis für die Aussicht, dass künftige Generationen von Palästinensern und Juden einmal in einem freien, demokratischen und gemeinsamen Palästina werden leben können.

Erstveröffentlichung: 12.08.2009 auf der Internetseite des AIC – *Alternative Information Center, Jerusalem*)

*Assav Adiv*

## **Das post-zionistische Israel – die Regeln haben sich geändert**

*Der folgende Text von Assav Adiv aus dem Jahr 2007, der hier nur auszugsweise wiedergegeben werden kann, eröffnet zum einen kurze Einblicke in die Normalität Israels, zum anderen in die besonderen Widersprüche der ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse, wie sie sich vor allem im Verlauf der letzten dreißig Jahre entwickelt haben. Wie in irgendeinem anderen entwickelten kapitalistischen Land ist man in Israel in diesen Jahren entweder sehr reich geworden oder in Armut und Prekarität abgestürzt. Die zionistische Ideologie und die damit einhergehenden egalitären Ideale (bezogen auf die jüdisch-israelische Gesellschaft) sind zerstoßen. Spezifisch ist die Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft, die sich aus der Rolle des israelischen Staats als aggressiver westlicher Vorposten in der arabischen Welt ergibt. Was kann Solidarität mit diesem Israel oder den verschiedenen Israels bedeuten? Wer braucht oder wünscht da wessen Solidarität?*

Im Verlauf der vergangenen dreißig Jahre, doch besonders im letzten Jahrzehnt hat Israel tiefgreifende ökonomische Veränderungen erlebt. Die Wirtschaft ist nicht mehr in staatlicher Hand oder im Besitz der Gewerkschaft *Histradut*, sie ist in private Hände übergegangen.

Bis in die 1980er Jahre hinein kontrollierte der staatliche Sektor – Jahrzehnte lang unter Vorherrschaft der Arbeitspartei – jedes Rädchen und Schraubchen der Wirtschaft. Inzwischen, 2007, sind an seine Stelle achtzehn Familien getreten, die über ein enormes Vermögen und entsprechenden Einfluss verfügen. Diese Veränderung fällt mit einer umfassenderen Entwicklung zusammen, in deren Verlauf das Land in die kapitalistische Globalisierung eingesogen wurde. Das israelische Kapital ist Teil des globalen Kapitals geworden. Sein nationaler Charakter, einst Israels *raison d'être*, hat sich in vieler Hinsicht aufgelöst.

Die ökonomischen Veränderungen haben die Gesellschaft, die Politik und sogar die Streitkräfte tief geprägt. Breite Gräben haben sich aufgetan und die jüdische Solidarität (notwendige Bedingung des Zionismus) unterminiert. Armut ist nicht mehr allein ein Problem der Arbeitslosen; viele, die Arbeit haben, kommen trotzdem nicht über die Runden. Die *Histradut* ist zahnlos geworden, die Organisation der Arbeiterschaft zerbröckelt.

Die regierende *Kadima* steht beispielhaft für das post-zionistische Israel. Ihr Führer, Premierminister Olmert, ist ein Mann ohne Visionen, ein Manager, dem es darum geht, sein Land den wechselnden globalen Marktanforderungen anzupassen. Er muss sich dabei jedoch mit dem rückwärts gewandten Ballast einer alten Garde herumschlagen. Während Israel danach strebt, sich mit dem Westen zu verbinden, hält es an seiner atavistischen Besetzung der Westbank und Gazas fest. Es ist hin und her gerissen zwischen einem kolonialistischen Gestern und dem Bestreben des Kapitals nach Wachstumsmaximierung. Anders gesagt: zwischen den Flüchtlingscamps von Nablus und den Cafés von Tel Aviv. Da die politische Führung nicht in der Lage ist, diese Gegensätze zu überbrücken und das Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern, steckt Israel in einer Sackgasse. (...)

Nach 1948, als Israel auf den Ruinen der Heimat der Palästinenser errichtet wurde, war sein Regime zentralisiert. Die Regierung und die *Histradut* herrschten durch die *Mapai*-Partei (später *Labor* bzw. *Arbeitspartei* genannt). (...)

„Der Deal zwischen ihnen (*Jewish Agency* und *Histradut*, d. Ü.)“, so Nitzan und Shimshon, war einfach: Die *Histradut* ... erhielt das exklusive Recht, Arbeitskraft zu importieren, zu organisieren und zu disziplinieren, während die *Jewish Agency* ... dafür verantwortlich war, das ausländische Kapital aufzubringen, das benötigt wurde, um das ökonomische Projekt umzusetzen. Vieles von dem allgemein verbreiteten Gerede von ‚Staatlichkeit‘, ‚Sozialismus‘ und ‚Nationalismus‘ kam in diesen Jahren auf. Hinter dem ganzen ideologischen Wirbel entwickelte sich jedoch etwas Anderes, Bedeutsameres: *die Herausbildung einer israelischen herrschenden Klasse.*“<sup>1</sup> (...)

Die Macht der herrschenden Klasse hing historisch unter anderem davon ab, inwieweit sie in der Lage war, die globalen Entwicklungen richtig zu deuten und sich mit den Kräften zu verbinden, die im Kommen waren. Das war einer der Gründe, weshalb die gesellschaftliche Ordnung zunächst am Modell des Wohlfahrtsstaats orientiert wurde, das nach dem Zweiten Weltkrieg unter den westlichen Nationen das vorherrschende war.

In den 1980er und ‚frühen‘ 90er Jahren, als der Nachkriegsboom in den entwickelten Nationen abflaute, und in den USA wie in Großbritannien der Wohlfahrtsstaat abgebaut und für die Privatisierung geöffnet wurde, war Israel eines der Länder, die als erste in diese Melodie einfielen. (...)

Die Öffnung des Marktes, die der Stabilitätsplan von 1985 vorsah, brachte es mit sich, dass „lokale Produzenten angesichts des zunehmenden Drucks entweder gezwungen waren, sich anzupassen oder aber aufzugeben“. <sup>2</sup> Einen Großteil der traditionellen israelischen Unternehmen traf dies hart. Das galt insbesondere für die Textilindustrie. Man schätzt, dass in den frühen 90er Jahren mit 25.000 die Hälfte der Textilarbeiter ihre Arbeit verlor.

Das Verschmelzen mit dem globalen Markt führte auch zu Beschneidungen im öffentlichen Sektor. Privatisierung wurde in den neunziger Jahren zum Schlüsselbegriff. Bezeichnend ist die Entwicklung der Kibbuzim. Sie waren immer Vorbilder hinsichtlich Solidarität und Gleichheit gewesen und dienten – der israelischen Propaganda – als Symbol einer neuen Gesellschaft, eines säkularen „Lichts unter den Nationen“. Viele von ihnen sind heute privatisiert. In anderen wurden Einkommensunterschiede eingeführt. Die Kibbuz-Idee ist Geschichte. <sup>3</sup> (...)

Der Stabilitätsplan öffnete den Weg für die Entwicklung des israelischen Finanzmarktes (...) und brachte Steuererleichterungen für Unternehmen und Arbeitgeber. (...) Die Steuer, mit der sie zur Krankenversicherung der Beschäftigten beitrugen, wurde 1997 gänzlich abgeschafft. <sup>4</sup> (...)

In den vergangenen zwanzig Jahren ist durch die Privatisierung die Kontrolle in die Hände weniger Familien übergegangen und bei ihnen konzentriert. Dieser Übergang wurde damit gerechtfertigt, dass so die Wirtschaft vor Vergeudung und Korruption bewahrt würde, was Israels Chancen auf der globalen Bühne beeinträchtigt hätte. Die Privatisierung, hieß es, würde Israel für ausländische Investoren interessant machen. So würden Jobs geschaffen und die öffentlichen Serviceleistungen effizienter gestaltet. Was dabei tatsächlich herauskam: Das Kapital wechselte von der öffentlichen Hand in (wenige) private Hände, und die kleinen Leute gingen leer aus. (...)

Das Einkommen der achtzehn führenden Familien beläuft sich laut *Business Data Israel* auf zusammengenommen 77% des nationalen Budgets von 2006. (...)

Die Oslo-Abkommen, die Israel 1993 mit Yasser Arafat unterzeichnete und das Arava-Abkommen, das es 1994 mit Jordanien schloss, wurden von vielen als Anzeichen einer Wandlung gedeutet. Sie waren der Auffassung, Israels herrschende Klasse hätte sich entschieden, Krieg und Besatzung gegen

Frieden und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Prosperität einzutauschen. Was den Frieden angeht, hat sich diese Prognose nicht erfüllt, doch einen wirtschaftlichen Aufschwung hat es tatsächlich gegeben.

Die Abkommen von Oslo und Arava wurden zunächst von einem bedeutenden Vorstoß Israels zur Verstärkung der wirtschaftlichen Bindungen zu den Golfstaaten und dem Maghreb flankiert; das geschah in erster Linie durch Wirtschaftskonferenzen (1994 bis 96). Der große Durchbruch vollzog sich jedoch außerhalb der arabischen Welt. Nitzan und Bichler beschreiben<sup>5</sup>, wie die multinationalen Konzerne in der Zeit nach Oslo den israelischen Markt entdeckten und sich dort einer nach dem anderen mit Zweigstellen niederließen: Nestlé, Unilever, Procter & Gamble, McDonalds, British Gas, Volkswagen usw. Auch weltweit vertretene Banken eröffneten Zweigstellen (...) Die Kommunikationsgiganten folgten.

Warum entschieden sich diese Unternehmen, in Israel zu investieren? Einer der Gründe lag darin, dass die Privatisierungskampagne ihnen verführerische Angebote zu Schnäppchenpreisen anbot. (...) Die israelischen Unternehmen und die Regierung erwiesen sich als sehr flexibel darin, sich der nationalen Bindungen zu entledigen und das Erfordernis der Schaffung von Arbeitsplätzen zu ignorieren. (...)

Besonders im Hightech-Bereich ist die Kooperation mit den multinationalen Unternehmen augenfällig. In den 1990er Jahren wurden in Israel zahlreiche „startup“-Firmen gegründet. Dabei handelt es sich um kleine Gruppen von IT-Ingenieuren und Programmierern, die irgend eine technische Innovation entwickeln und ihr eine Ausrichtung geben, die sie für Investoren interessant macht, möglichst einen potenten US-amerikanischen Käufer. (...) Im November dieses Jahres (2007) zog die Zeitung *Yediot Aharonot* die Bilanz und kam zu dem Schluss, dass sich die amerikanischen Käufe israelischer Firmen zusammen auf ein Volumen von insgesamt 42 Milliarden US-Dollar beliefen, die US-Firmen in diesem Zusammenhang ausgegeben hatten.<sup>6</sup>

Diese Deals füllten die Taschen einiger weniger Israelis (typischerweise Absolventen der IT-Abteilung der Armee oder Einwanderer aus der Sowjetunion), doch sie zogen die restliche Wirtschaft nicht mit – Ende der 90er Jahre beschäftigten sie 13.000 Menschen. Die drei bedeutendsten israelischen Hightech-Firmen (*Comverse*, *Amdocs* und *Check Point*), die 77% der an der Tel Aviver Börse repräsentierten Unternehmenswerte ausmachen, haben ihren Sitz in New York und sind dort auch registriert; die meisten ihrer Anteilseigner sind keine Israelis. Wie israelisch diese Firmen sind, muss also mit einem großen Fragezeichen versehen werden.<sup>7</sup>

Während sich Israel für ausländisches Kapital geöffnet hat, ist sein eigenes in andere Länder geflossen. Die trifft nicht nur auf die Hightech-Branche zu; Milliarden sind auch – vor allem in der Türkei, in Osteuropa, in den USA und im Fernen Osten – in Immobilien, die Bauwirtschaft, den Energiesektor, die Wasseraufbereitung, landwirtschaftliche Technologie und vieles andere mehr geflossen. (...)

Die Skyline von Tel Aviv zeichnet mit ihren im Verlauf der vergangenen beiden Jahrzehnte emporgeschossenen Wolkenkratzern und Luxus-Apartments das Image des neuen Israel an den Himmel. Restaurants, Cafés und Nachtclubs finden sich auf Schritt und Tritt. Die City ist so westlich wie irgendeine andere. Anderswo in Israel dagegen verschlimmert sich die Armut. Die älteren Armen, die Behinderten, die Arbeitslosen und Kranken tauchen auf der neuen israelischen Agenda nicht auf. Der Abgrund zwischen Tel Aviv und der Peripherie ist noch nie tiefer gewesen.

Eine klaffende Lücke zwischen Arm und Reich ist heute Realität. Israel hat sich von einer Gesellschaft, die früher in einem hohen Maß durch Gleichheit gekennzeichnet war, in eines der Länder des Westens verwandelt, auf die dies am wenigsten zutrifft. Die Mehrzahl der Armen finden sich wie immer unter den Arabern und unter den Ultraorthodoxen, doch nicht nur dort. Heute sind 20% der Bevölkerung von Armut betroffen. Zu den Armen – Menschen mit weniger als der Hälfte des mittleren Einkommens – zählen 162.000 Familien, bei denen wenigstens ein Mitglied Arbeit hat.<sup>8</sup>

Die israelische Ära des freien Marktes hat die Verhältnisse in der Arbeitswelt auf den Kopf gestellt. Früher sorgte der Grad der gewerkschaftlichen Organisierung, der mit 85% außerordentlich hoch war, für Arbeitsplatzsicherheit, gute Löhne und Sozialleistungen, u. a. auch gesicherte Renten. Heute werden die Rechte der Arbeiter mit Füßen getreten. Im Verlauf der vergangenen 15 Jahre hat Israel den Import von mehr als 300.000 ausländischen Arbeitskräften zugelassen. Sie leben und arbeiten unter Bedingungen, die denen der Sklaverei ähneln. Arbeitsvermittlungsfirmen sind wie die Pilze aus dem Boden geschossen. Unternehmen, die die ausländischen Arbeitskräfte mit Zustimmung der Regierung ausbeuten, sind zu Hunderten entstanden.<sup>9</sup>

Der israelische Lebensstandard ist dramatisch angestiegen. Das Pro-Kopf-Einkommen ist von 5.585 Dollar im Jahr 1980 auf heute über 20.000 Dollar gestiegen. Doch die Früchte dieses Wachstums werden nur ganz oben geerntet. Die Manager der Firmen an der israelischen Börse verdienen heute 21 mal soviel wie ein Israeli mit einem mittleren Einkommen.

In *The Globalization of Israel* beschreibt Uri Ram den Gegensatz zwischen Israels beiden gesellschaftlichen Polen als den zwischen einer Mittelklasse, die bestrebt ist, Teil des Westens zu sein, und den Peripherien, die in einer von Nationalismus und Messianismus gekennzeichneten mentalen Verfassung leben. Es ist der Gegensatz, wie er es ausdrückt, zwischen McWorld in Tel Aviv und Jihad in Jerusalem.

Die Konfrontation zwischen diesen Extremen zeigte sich während des Abzugs aus Gaza. Trotz der Sorge, dass diese Operation in Israel zu innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen führen könnte, behielt die McWorld-Einstellung die Oberhand. Die Armee, die Siedler ausweisen musste, zerbrach nicht darüber und, abgesehen von ein paar rechtsradikalen Verweigerern, befolgten die Soldaten die Befehle. Sharon fand weitgehend Zustim-

mung, die er in politisches Kapital umwandelte, indem er die Kadima-Partei gründete.

Das neue, mit der globalen Wirtschaft verquickte Israel führte im Sommer 2006 Krieg gegen den Libanon. Es führte den Krieg auf eine Weise, die ihm entsprach. Der internationale Konsens, der das israelische Vorgehen begleitete, wird verständlich, wenn wir uns die tiefe Verflechtung israelischen Kapitals mit den führenden Zentren der globalen Ökonomie vor Augen führen. Denn Israel handelte in diesem Krieg nicht unilateral. Bei jedem Schritt, den es tat, berücksichtigte es seine ausländischen Investoren.

Trotz der weit verbreiteten Einschätzung, laut der die Regierung Olmert im Libanon gescheitert ist (...), haben sich beispielsweise die Beziehungen zu den sunnitisch geprägten arabischen Ländern verbessert, die Bestrebungen zur Isolierung des Iran haben Aufwind bekommen, und Israels Verbindungen zu Europa sind enger geworden. (...) Während die Bewohner von Galiläa in Schutzräumen zusammenrückten, falls sie welche hatten (die galiläischen Palästinenser hatten keine), wurden millionenschwere Deals abgeschlossen, die Börsenkurse stiegen und die Tel Aviver nippten an ihrem Café au lait. (...)

Nach dem Krieg erhöhte die Regierung – unter Beteiligung der Arbeitspartei – den Verteidigungshaushalt auf Kosten der Sozialleistungen und erlegte sich eine strenge Haushaltsdisziplin auf. Das demonstrierte ausländischen Investoren, dass die israelische Regierung stabil und stark war. (...)

Tel Aviv ist nur 32 Meilen von Nablus entfernt. Mit dieser Nähe geht das Land so um wie jemand, der unter einer Persönlichkeitsspaltung leidet. Es hat einen westlichen Lebensstil angenommen, während es immer noch Geld und Leben auf das zionistische Projekt vergeudet. Es versucht sich aufgeklärt zu geben, während es immer noch Palästinenser hinter Mauern und Check Points wegsperret. (...)

Die israelische Linke, die weiterhin in Washington die Erlösung sucht, hat nicht nur in Bezug auf den Konflikt mit den Palästinensern keine Lösung anzubieten, sondern genauso wenig für das Problem der Armut, von dem weite Teile der Gesellschaft betroffen sind. (...) Um diese anzugehen, müsste sich die Arbeiterschaft wieder Verhandlungsmacht erkämpfen, jüdische und arabische AktivistInnen, die eine egalitäre Gesellschaft anstreben, sich verbünden.

Zuerst veröffentlicht in der israelischen Internetzeitung *Challenge* Nov/Dez 2007 auf der Grundlage eines Papiers, das beim alljährlichen Seminar der *Organisation for Democratic Action (ODA)* im Oktober 2007 diskutiert wurde.

## Kapitel IV

# Palästina/Israel, europäische und deutsche Geschichte – welche Konsequenzen?

*Die Beiträge dieses Kapitels werfen Schlaglichter auf die sehr unterschiedlichen Konsequenzen, die aus „der Geschichte“ bzw. den Geschichten oder unterschiedlichen Sichtweisen und Erinnerungen gezogen werden können – Grundlage für vielfältige Missverständnisse, Manipulationen, Verletzungen und Rechtfertigungen. Welche Wahrnehmung von Geschichte und Gegenwart veranlasst junge französische Maghrebener zu antijüdischem Ressentiment? Ist es zulässig, wenn deutsche PolitikerInnen und Regierungen aus der Geschichte den Schluss ziehen, besondere Beziehungen zu Israel erlaubten besonders intensive (und weitgehend der demokratischen Kontrolle entzogene) Rüstungsgeschäfte im beiderseitigen militärischen und ökonomischen Interesse? Gibt es so etwas wie eine jüdische Auffassung von den Menschenrechten, und – falls ja – welche Schlussfolgerungen aus der Geschichte legt sie nahe? Einige der Fragen, denen hier in der Hoffnung nachgegangen wird, verletzenden Missverständnissen die Grundlage zu entziehen und dem manipulativen Gebrauch der Geschichte entgegenzutreten.*

*Brian Klug*

### **Eine jüdische Herangehensweise an die Menschenrechte und Israel/Palästina**

*Brian Klug hielt am 25. April 2009, nur wenige Wochen nach dem vernichtenden Angriff der israelischen Armee auf Gaza, für die britische Unterstützer-Gruppe des Israeli Committee Against House Demolitions (ICAHD) einen Vortrag. Darin geht er von der Feststellung aus, dass es offenbar mehrere Herangehensweisen an die Menschenrechtsfrage gibt, die sich auf die jüdische Tradition berufen. So haben einerseits Armee-Rabbiner die Soldaten der israelischen Armee zu einem gnadenlosen Vorgehen gegen die Bevölkerung von Gaza ermutigt und sich dabei auf „jüdische Werte“ berufen; andererseits stehen für viele Jüdinnen und Juden die Werte in der langen Tradition eines Judentums, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind. Ihr Wesensgehalt ist universell und hat Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und die unantastbare Würde jedes Menschen zur Grundlage.*

*Brian Klug geht in seinem Vortrag der Frage nach, welche Konsequenzen aus den NS-Verbrechen für die Gegenwart zu ziehen sind, eine Frage, die*

nicht ein für alle mal mit einer Schablone – „Solidarität mit Israel“ – abzutun ist, sondern immer neuen gedanklichen Aufwand erfordert.

## I.

Die Geschichte, die Sie gleich hören werden, klingt wie ein jüdischer Witz. Aber sie ist wahr. Vor einigen Jahren arbeitete meine Schwester Francesca beim Londoner Bezirk Hackney, zu dem auch Stamford Hill gehört, eine Gegend mit einer großen streng orthodoxen jüdischen Gemeinde. Der Rat von Hackney ist wahrscheinlich seit Erschaffung der Erde vor fünftausend Jahren fest in der Hand der Labour Party. Und als meine Schwester dort arbeitete, war einer der Labour-Stadträte ein Rabbi aus Stamford Hill. Eines Tages fragte ihn Francesca, die neugierig war, was es mit seiner linken politischen Orientierung auf sich hatte: „Rabbi, sagen Sie: woher haben Sie eigentlich Ihren Sozialismus?“ „Aus der Thora“, kam prompt die Antwort. Nach einer kurzen Pause fügte der Rabbi hinzu: „Wissen Sie, wenn Sie wollen, können Sie fast alles in der Thora finden.“

Scherzte er, oder meinte er es ernst? Nun, da er ein rechtschaffener Mensch war, musste er das, was er sagte, auch so meinen. Andererseits sollten seine Worte, genau wie die *challah* oder das Brot, über dem am Sabbat ein Segen gesprochen wird, mit einer Prise Salz genossen werden. Denn ein weiser Rabbi ist ein witziger Rabbi; und Ironie, besonders wenn es darum geht, sich über sich selber lustig zu machen, ist fester Bestandteil des jüdischen Humors. Warum, weiß ich nicht genau. Aber ich weiß, dass es stimmt, nicht nur weil ich in einem jüdischen Haus aufgewachsen bin, sondern auch weil Freud es sagt; und der hat den Humor *sehr* ernst genommen. In *Der Witz und seine Beziehung zum Unbewussten* sagte er Folgendes über die Juden: „Ich weiß übrigens nicht, ob es sonst noch häufig vorkommt, dass sich ein Volk in solchem Ausmaß über sein eigenes Wesen lustig macht.“<sup>1</sup>

Wie dem auch sei, die Moral dieser Geschichte ist die folgende: so etwas wie *die* jüdische Herangehensweise an die Menschenrechte gibt es nicht, sei es in Bezug auf Israel und Palästina oder sonst etwas. Es gibt allerdings eine *Vielfalt* jüdischer Herangehensweisen.

Eine ganz bestimmte Herangehensweise war allerdings sehr präsent bei der *Operation gegossenes Blei*, der jüngsten Offensive Israels gegen Gaza. Rabbis in den israelischen Streitkräften (IDF) machten es sich zur Aufgabe, die Soldaten zu bilden. In den Worten des Brigadegenerals Rabbi Avichai Rontzki, des obersten Rabbis der Armee, bestand die Rolle der Geistlichen darin, „sie mit Jiddischkeit und Kampfgeist zu erfüllen“. „Jiddischkeit“ bedeutet in diesem Zusammenhang etwa: jüdische Werte. Welche Werte wären demnach für Rabbi Rontzki jüdisch? Laut einer der Publikationen, die sein Büro an israelische Soldaten verschickt, besteht „ein biblisches Verbot, auch nur einen Millimeter (des Landes Israel) Nicht-Juden zu überlassen (...) Wir werden es nicht in die Hände einer anderen Nation übergehen lassen, nicht einen Finger, nicht einen Nagel“. Da „das Land Israel“ auch die Westbank und Gaza umfasst, besteht hier nicht allzu viel Respekt gegenüber palästin-

sischen Rechten. Bezüglich ihres Verhaltens im Feld wurden die Soldaten ermahnt: „Wenn ihr gegenüber einem grausamen Feind Gnade walten lasst, seid ihr grausam gegenüber reinen und ehrlichen Soldaten. Das ist höchst verwerflich.“<sup>2</sup>

Manche religiöse Gruppen gingen noch weiter. Ein Flugblatt, das den „Schülern des Rabbi Yitzchak Ginsburg“ zugeschrieben wurde, rief israelische Soldaten dazu auf, „euer Leben und das eurer Freunde zu schonen und kein Mitleid mit einer uns umgebenden Bevölkerung zu zeigen, die uns Schaden zufügt“. Falls noch nicht ganz klar sein sollte, wie das gemeint war, wurde weiter ausgeführt: „Was diese Bevölkerung angeht, so ist sie nicht unschuldig.“<sup>3</sup> So viel zur Unterscheidung, die das humanitäre Völkerrecht zwischen Kombattanten und Zivilisten trifft!

Gemessen an den Standards, die von diesen religiösen Autoritäten gesetzt wurden, kommt die IDF ganz gut weg. Ein gemeinsamer Bericht der Physicians for Human Rights Israel (Ärzte für Menschenrechte) und der Palestinian Medical Relief Committees (Palästinensische Komitees für medizinische Hilfe) stellt fest: „Die tiefere Absicht des Angriffs auf den Gazastreifen oder zumindest seine letztendliche Wirkung bestand darin, Schrecken ohne Gnade für irgend jemanden zu verbreiten.“<sup>4</sup> „Schrecken ohne Gnade“ scheint nicht allzu weit entfernt zu sein von der Moral, die Rabbi Rontzki und andere vertreten. Das lässt eine Äußerung von Verteidigungsminister Ehud Barak in einem neuen Licht erscheinen: „... tief im Herzen hege ich außerdem nicht den geringsten Zweifel, dass die IDF die moralisch integerste Armee der Welt ist.“<sup>5</sup> Nun gut, wenn „moralisch integer“ das bedeutet, was das IDF-Rabbinat darunter zu verstehen angibt, dann mag er nicht ganz unrecht haben.

Aber so wie ein Rabbinat der israelischen Streitkräfte existiert, so gibt es auch die 1988 gegründeten *Rabbis für Menschenrechte*, die sich selber als „das rabbinische Gewissen Israels“ bezeichnen und „die religiöse jüdische Tradition der Menschenrechte“ hochhalten.<sup>6</sup> Die Mitglieder kommen aus einem ganzen Spektrum von Bekenntnissen, von der Orthodoxie bis hin zum Reformjudentum und darüber hinaus. Rabbi Arik Ascherman, der Koordinator, hat sich an vorderster Front beim Widerstand gegen die sogenannte „Sicherheitsbarriere“ engagiert. Er hat sich aktiv gegen die Diskriminierung der israelischen PalästinenserInnen eingesetzt und – was bei diesem Publikum sicher gut ankommt – er hat sich selbst Bulldozern entgegengestellt, die sich anschickten, die Häuser arabischer Familien in Ostjerusalem zu zerstören.<sup>7</sup>

Wie gesagt, es gibt mehr als eine jüdische Herangehensweise an die Menschenrechte. Heute möchte ich eine solche Herangehensweise vorstellen, die aus unterschiedlichen jüdischen Quellen schöpft und welche die Gültigkeit universeller Menschenrechte in Israel, Palästina und überall unterstreicht. Eine der Quellen ist natürlich die Thora. Hier mag Rabbi Rontzki die Nase rümpfen. Aber wenn ein orthodoxer Rabbi aus Stamford Hill seinen Sozialismus auf diese Weise begründet, dann muss es koscher sein.

## II.

Vor einiger Zeit – im Februar 2007 – sind einige von uns zusammengekommen, um die *Independent Jewish Voices* (IJV) ins Leben zu rufen. Die GründerInnen formulierten eine Erklärung, die wie folgt beginnt: „Wir sind eine Gruppe Juden in Großbritannien mit unterschiedlichen Hintergründen, Berufen und Zugehörigkeiten. Uns verbindet das entschiedene Eintreten für soziale Gerechtigkeit und universelle Menschenrechte.“ Der Hauptteil des Textes beschäftigt sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt und nennt folgende fünf Prinzipien:

1. Die Menschenrechte sind universal und unteilbar und sollten ausnahmslos gelten. Das trifft ebenso auf Israel und auf die besetzten palästinensischen Gebiete zu.
2. Palästinenser wie Israelis haben das gleiche Recht auf ein Leben in Frieden und Sicherheit.
3. Frieden und Stabilität setzen den Willen aller am Konflikt Beteiligten voraus, sich an das internationale Recht zu halten.
4. Es gibt unter keinen Umständen eine Rechtfertigung für irgendeine Form von Rassismus, sei es in Form von Antisemitismus, antiarabischem Rassismus oder Islamophobie.
5. Der Kampf gegen den Antisemitismus ist zentrales Anliegen und er wird immer dann beeinträchtigt, wenn Kritik am israelischen Staat automatisch als antisemitisch gebrandmarkt wird.<sup>8</sup>

Nun sind die Werte, die in diesen Prinzipien zum Ausdruck kommen, universelle: Sie sind Kulturen und Religionen übergreifend. Viele von uns haben diese Erklärung aber unterschrieben, *weil* wir Juden sind. Wie kann das sein? Warum führt uns unsere jüdische Identität dazu, für diese Prinzipien einzutreten? Grob gesagt besteht die Antwort aus zwei Bestandteilen.<sup>9</sup>

Teilweise ist es eine Frage kollektiver Erfahrung und kollektiver Erinnerung. Die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde nicht im luftleeren Raum geschaffen. Wie die Präambel deutlich macht, blickten die Nationen mit Schrecken auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs zurück: „Während die Nichtbeachtung und Verachtung der Menschenrechte zu barbarischen Taten führten, die das Gewissen der Menschheit empören ...“.<sup>10</sup> Barbarische Taten wurden auf allen Seiten begangen. Dennoch handelte es sich hier unmissverständlich um eine Anspielung auf den von den Nazis begangenen Holocaust. Zusammen mit anderen waren sechs Millionen Juden – zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung Europas – vom deutschen Nazi-Staat ermordet worden. Juden hatten, nachdem man sie ihrer Freiheit und ihres Besitzes beraubt und zu Zwangsarbeit gepresst hatte, alles verloren, was das Leben lebenswert macht, ehe man ihnen zum Schluss das Leben selbst nahm. All das trug sich im Rahmen lebendiger Erinnerung zu, wenn nicht unserer eigenen, dann doch in der Erinnerung unserer Eltern und Großeltern.

Der Krieg ist voller Schrecken. Was jedoch den Nazi-Holocaust besonders erschreckend macht, ist der Umstand, dass er über das Kriegführen hinausging. Die sogenannte Endlösung der sogenannten Judenfrage war nicht ein Schritt im Rahmen einer übergeordneten militärischen Strategie, kein Mittel zum Zweck, die Alliierten zu besiegen; sie war Selbstzweck. Im Zentrum der „barbarischen Taten“, die von den Nazis an den Juden begangen wurden, stand die Doktrin vom „lebensunwerten Leben“. Dasselbe gilt für die mörderischen Nazi-Kampagnen gegen die Roma und Sinti („Zigeuner“), gegen die Behinderten, die Homosexuellen und andere Gruppen. In jedem Fall war es das Ziel, Menschen zu vernichten, die laut Hitler zu Gruppen gehörten, die – wie die Juden – derart verachtenswert waren, dass sie zu sterben verdienten.

Der Abscheu angesichts dieser Vorstellung ist der Ausgangspunkt der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. So beginnt die Präambel mit folgender Überlegung: „Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet ...“. Die angeborene Würde aller: Das ist die Antithese zur Doktrin der Nazis von der angeborenen Verachtenswürdigkeit gewisser Menschengruppen. Weil sich die Idee der angeborenen Würde in der Sprache der Menschenrechte niederschlägt, findet diese Sprache bei jenen Gruppen einen besonderen Widerhall, unter ihnen die Juden, gegen die sich die Nazi-Doktrin richtete.

Jahrhunderte lang wurden Juden, besonders in Europa, ausgeschlossen, unterdrückt und verfolgt. So sind kollektive Erfahrung und kollektive Erinnerung – nicht nur bezogen auf das jüngste Desaster der Nazizeit (die Shoah), sondern die Erfahrung einer langen Geschichte als verwundbare Minderheit – ein Grund, weshalb vielen von uns als Juden das Entstehen für die Menschenrechte besonders wichtig ist. So viel zum ersten Teil der Frage: Warum unterschreiben manche von uns die Werte, die in der IJV-Grundsatzklärung ausgedrückt sind?

Der zweite Teil der Antwort geht in gewisser Weise tiefer in unsere jüdische Identität hinein. Denn wenn die Sprache der Menschenrechte gesprochen wird, hören viele von uns (auch diejenigen, die sich selber als vollkommen säkular empfinden) die Stimmen jener Propheten der Hebräer, Rabbis und jüdischer Persönlichkeiten, die es schon in der Antike gab, und für die das Judentum nichts ist, wenn es nicht soziale Gerechtigkeit bedeutet. Wir denken hier zum Beispiel an die wiederholt angesprochene Sorge um „den Fremden, die Waise und die Witwe“ in Deuteronomium und an Amos, der den verurteilt, der „den Armen unterdrückt und die Elenden im Lande verderbt“. <sup>11</sup> Oder wir erinnern uns an die Passage aus der Mishnah, wo der Rabbi Shimon ben Gamliel sagt: „Von dreierlei wird die Welt aufrecht erhalten: Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden“, Worte die die oben zitierte Eröffnungsklausel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vorwegzunehmen scheinen. <sup>12</sup>

Aber sind wir da nicht anachronistisch? Lesen wir ein modernes Konzept – das der Menschenrechte – in das Denken einer anderen Epoche hinein, in der dieses Konzept noch nicht existierte? Das ist eine komplexe Frage, aber wenn wir ihr auf den Grund gehen, denke ich, lautet die Antwort: nein. Wenn wir uns kurz beiden Seiten der Fragestellung zu.

Auf der einen Seite könnte man sagen, dass die Thora, wenn sie uns beispielsweise vorschreibt, „für den Fremden, die Waise und die Witwe“ zu sorgen, damit sagt, dass wir eher für deren Wohlergehen eine Verantwortung haben, als dass sie ein Recht auf unsere Fürsorge oder gar ein *Menschenrecht* im modernen Sinne hätten. Michael Berger und Deborah Lipstadt behaupten, dass „zwischen jüdischem Recht und modernen Vorstellungen von Menschenrechten ein fundamentaler theoretischer Unterschied“ bestehe.<sup>13</sup> „In den hebräischen Schriften oder anderen alten jüdischen Texten steht kein Wort von ‚Menschenrechten‘“<sup>14</sup>, so der jüdische Politologe Milton Konvitz.

Auf der anderen Seite, so führt Konvitz weiter aus, bedeutet die Abwesenheit der Wörter oder Formulierungen nicht notwendigerweise, dass „die Ideen und Werte“, die wir mit den Menschenrechten im modernen Sinne verbinden, nicht existiert hätten; er geht davon aus, dass es sie tatsächlich gab.<sup>15</sup> Vielleicht sah es das Komitee jüdischer Gelehrter, die die *Tanakh* (die jüdische Bibel) für die *Jewish Publication Society* (1985) übersetzten, genauso. Denn, schlägt man ihre allseits anerkannte Übersetzung auf, findet man bei Deuteronomium Folgendes: „Du sollst die *Rechte* des Fremden und des Vaterlosen nicht untergraben ...“; „Verflucht sei der, der die *Rechte* des Fremden, des Vaterlosen oder der Witwe untergräbt“. Ähnliches findet sich bei Jesaiah: „Halte die *Rechte* der Waise aufrecht“. Und wenn Jeremiah König Shallum (Jehoahaz) Vorhaltungen macht, vergleicht er ihn mit seinem Vater Josiah, der „die *Rechte* der Armen und derer in Not bewahrte“.<sup>16</sup> Ich nehme an, die Übersetzer wählten das Wort „Rechte“ weil sie nach einem zeitgenössischen Ausdruck suchten, der „die Ideen und Werte“ ausdrücken könnte, die in dem hebräischen Text formuliert sind.

Im übrigen, was genau *sind* eigentlich Menschenrechte im modernen Sinn? Berger und Lipstadt folgen einer weithin anerkannten Vorstellung, wenn sie zur Aufklärung zurückgehen und dort die „philosophische Grundlage der modernen Menschenrechte“ finden.<sup>17</sup> Vereinfacht gesprochen gehen sie davon aus, dass diese Grundlage in der Auffassung besteht, dass jede und jeder von uns (oder jeder erwachsene Mensch) ein autonomes Individuum ist, das im Streben nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen mit anderen Individuen in Konflikte kommt. Von dieser Annahme ausgehend sind unsere Menschenrechte die Forderungen, die jede und jeder von uns zu stellen berechtigt ist – gegeneinander und gegenüber dem Staat – um so unsere Eigeninteressen zu fördern und unsere individuelle Freiheit zu schützen.

Dies mag tatsächlich die Grundlage für das Menschenrechtskonzept in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung oder in der *Bill of Rights* sein. Aber ist es auch die Basis der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

(die wiederum die Quelle für nachfolgende Menschenrechtserklärungen, Konventionen und Übereinkünfte ist)? Ist dies das Menschenbild und die Auffassung vom menschlichen Leben, die darin zum Ausdruck kommt? Man erinnere sich an die Eröffnung der Präambel, die sich auf „alle Mitglieder der menschlichen Gemeinschaft“ bezieht. Denselben Ton schlägt Artikel 1 an, wo es heißt, alle Menschen „sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen“. Das bedeutet, dass wir *einander* und nicht nur uns selber wichtig sein sollten. Artikel 1 besagt, dass dieses Prinzip genauso grundlegend ist wie das der Gleichheit (dass niemand weniger Bedeutung hat als irgend jemand anderer). Ähnliches sagte Rabbi Akiva vor annähernd zweitausend Jahren: „Du sollst deinen Nachbarn lieben wie dich selbst“ sei eine grundlegende Lehre der Thora.<sup>18</sup>

Mit anderen Worten, das Modell der menschlichen *Gemeinschaft*, wie es die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte formuliert, unterscheidet sich auffallend vom Modell der allgemeinen *Konkurrenz*, das wir aus der Aufklärung kennen.<sup>19</sup> Der „Geist der Brüderlichkeit“, auf den sich jene beruft, ist näher am Geist der *Kooperation* oder doch der Wahrnehmung und des Interesses aneinander. Verwandtschaft impliziert Bindungen; Bindungen implizieren, dass wir füreinander verantwortlich sind. (Fast könnte man sagen, dass das „R“ in „UDHR“ [Declaration of Human Rights] ebenso für Verantwortung/Responsibilities wie für Rechte/Rights steht.) Das hatte Francesca Klug (ebenfalls Gründungsmitglied der IJV, außerdem eine derjenigen, die das britische Menschenrechtsgesetz vorangebracht haben und, ja, meine Schwester, die damals für den Rat von Hackney arbeitete) vor Augen, als sie die Auffassung vertrat, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eine „zweite Welle“ von Menschenrechten darstelle, wobei sich die Betonung von der *Freiheit* zur *Gemeinschaft* verschoben habe.<sup>20</sup> Diese Verschiebung hat die gesamte Bedeutungsebene der heutigen Menschenrechts-Sprache beeinflusst.

Das Menschenrechtskonzept, so wie es in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eingegangen ist, erinnert an die älteste Geschichte aus dem Buch der Bücher: die Erschaffung einer einzigen – universellen – menschlichen Familie, wie sie im Eröffnungskapitel der Genesis erzählt wird. Außerdem sind Großmutter Eva und Großvater Adam nach dem Bilde Gottes geschaffen.<sup>21</sup> Und daraus leitet der Talmud das Prinzip des *kevod habriyos* (die Schöpfung ehren) oder des *kevod haadam* (die Menschheit ehren) ab; in geläufigem Englisch „human dignity“/Menschenwürde, eine Qualität, die uns allen innewohnt.

Respekt vor der inhärenten Würde jedes Menschen: Dieses Prinzip ist das Herz der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Für mich hat es den vielleicht tiefsten jüdischen Anklang von allen. „Die Würde jedes Menschen ist geheiligt“, schreibt Rabbi Chaim Shmulevitz, der 1978 starb und fünfzehn Jahre lang *Rosh* (Kopf, Leiter) der bekannten *Mirrer Yeshiva* in Jerusalem war.<sup>22</sup> Dieses Konzept, so sagte er, habe „übergeordnete Bedeutung“. Er erklärte dies mit einem Talmud-Zitat: „Rabbinische Vorschriften und verschie-

dene in der Schrift aufgestellte Verbote werden beiseite gelassen, wenn sie mit dem Respekt vor dem Menschen und seiner Würde unvereinbar sind.“ Er fügt hinzu: „Das Konzept (der Menschenwürde) gilt jedoch nicht nur insofern, als man darauf verzichtet, seinen Mitmenschen zu beleidigen oder herabzusetzen. Man ist darüber hinaus verpflichtet, das Ansehen und die Ehre seines Nächsten zu fördern und zu erhöhen.“<sup>23</sup>

Wenn wir, andere Juden und ich, in der modernen Sprache der Menschenrechte gewisse uralte Stimmen aus den hebräischen Schriften und der rabbinischen Literatur durchklingen hören – täuschen wir uns dann? Ich denke, nein. Das heißt nicht, dass die alten Ideen und Werte mit den Menschenrechten im modernen Sinne *identisch* wären; denn das sind sie nicht. Noch bedeutet es, dass sie die einzigen Stimmen der jüdischen Tradition sind. Aber es sind die, die uns ansprechen – so wie sie zahllose Juden, praktizierende ebenso wie nicht praktizierende, gläubige wie säkulare, vergangener Generationen angesprochen haben.

### III.

Zu Beginn sagte ich, dass es vielfältige jüdische Herangehensweisen gibt. Aber – jedenfalls wenn es um Israel und Palästina geht – läuft es auf nur zwei hinaus. Ich begann meine Ausführungen mit dem Unterschied zwischen Rabbi Rontzki und Rabbi Aschermann, zwischen dem IDF-Rabbinat und den *Rabbis für Human Rights*. Doch die binäre Spaltung, an die ich denke, verläuft quer zur Unterscheidung in religiös und säkular. Sie läuft auf ein „entweder oder“ in der Prioritätensetzung hinaus: *Entweder* stehen Gruppen- oder ethnische Interessen an erster Stelle *oder* die universellen Menschenrechte. Diese beiden Sichtweisen sind nicht nur unterschiedlich, sie schließen sich gegenseitig aus. Und doch beanspruchen beide die selbe Tradition für sich: das Judentum oder Jiddischkeit.

Aus diesem Grund habe ich kürzlich über eine *Krise* im Judentum gesprochen, eine Krise, bei der der Staat Israel sich als der Fels herausstellen könnte, an dem das Judentum auseinander bricht.<sup>24</sup> Heute wird unter Juden eine Schlacht ausgetragen, eine Schlacht, die in ihrer Art die Zukunft ebenso wesentlich beeinflusst wie der Konflikt in Palästina und Israel.

Ich benutze das Wort „Schlacht“ metaphorisch, aber früher in diesem Jahr hat es fast schon Formen angenommen, die seiner wörtlichen Bedeutung entsprechen.<sup>25</sup> Am 11. Januar 2009 fand auf dem Trafalgar Square in London eine pro-israelische Kundgebung statt, die vom *Board of Deputies of British Jews* und dem *Jewish Leadership Council* gemeinsam organisiert wurde. Einige von uns, aufgerufen von den IJV, versammelten sich zu einer Gegenkundgebung am Rand des Platzes. Um an unseren Kundgebungsplatz beim *Canada House* zu gelangen, mussten wir durch ein Spalier von Beschimpfungen laufen. „Verräter“, „Feiglinge“, „Dreck“ und andere Schmähungen wurden in unsere Richtung ausgestoßen. Als die Kundgebung vorbei war, wurden einige von uns bespuckt und „Kapos“ (hier als Schimpfwort gebraucht für jüdische Insassen von Nazi-KZs, die als Kollaborateure betrachtet wurden) ge-

nannt. Die Verachtung und der Hass, der uns als Juden entgegengeschleudert wurde, war mit Händen zu greifen. Doch kam er nicht von fanatischen Jihadisten oder Faschisten von der *British National Party*. Er kam vielmehr von anderen Juden. Ein Ritual wurde zelebriert, bei dem wir symbolisch zu „anderen“ gemacht wurden.

In gewisser Weise bin ich froh darüber. Zum „anderen“ gemacht zu werden, erinnert mich daran, dass ich Jude bin, und besonders, wenn ich daran denke, was dieses Verhalten hervorgerufen hat: der Ausdruck offenen Dis-senses mit dem Staat Israel. Denn was bedeutet das? Was bedeutet es, wenn man von dir erwartet, bedingungslos auf der Seite eines Staates zu stehen? Wenn du ihm erst deine Liebe erklären musst, ehe du ihn in Frage stellen darfst? Wenn Kritik immer durch Lob ausgeglichen werden muss? Wenn alle Ängste und Hoffnungen eines Volkes in seine Hände gelegt werden? Wenn sich von ihm zu distanzieren, bedeutet, in jedem Fall Verachtung auf sich zu ziehen? Darauf läuft es hinaus: Israel ist in den Herzen und Gedanken vieler Juden kein normaler – gewöhnlicher – Staat.<sup>26</sup> Das bedeutet, der Staat ist zu einem Standbild gemacht worden. Man könnte es auch als ein (höheres) Anliegen oder ein Ideal bezeichnen. Jedenfalls ist es ein Idol oder Götzenbild.

Und das ist keine Kleinigkeit. In der Tat wiegt in den Schriften der Hebräer nichts schwerer als der Vorwurf des Götzendienstes. Was in Gottes Namen bedeutet es, jüdisch zu sein, wenn nicht Götzenbilder von ihren Sockeln zu stoßen? Wenn wir, unabhängig von unseren politischen Ansichten, nicht in der Lage sind, uns über den Staat Israel zu erheben und ihm seinen Platz zuzuweisen; wenn wir seinen Status nicht auf den eines schlichten Dings unter Dingen reduzieren – dann sind wir keine Juden oder sind nur dem Namen nach welche. Dinge aber können angegriffen, bekämpft, zurückgewiesen, ersetzt werden: es gibt keine Grenze, die zu überschreiten nicht erlaubt wäre, wenn es um ein *Ding* geht – jedenfalls nicht in dem ikonoklastischen Judentum, dem ich mich verbunden weiß.

In der Debatte um Israel besteht innerhalb der jüdischen Welt ein ungeschriebenes Gesetz darüber, wie weit man in seiner Kritik an Israel oder dem Zionismus gehen darf, eine Linie im Sand, die man nicht überschreiten darf. Selbst die Ankündigung, dass man sie überschreiten könnte, ist manchmal schon zu viel, wie Jeff Halper kürzlich in Sidney erleben musste, als ihm verwehrt wurde, im dortigen Tempel Emmanuel zu sprechen.<sup>27</sup> Immer wieder werden diejenigen von uns, die diese Linie überschreiten, dämonisiert: man bezeichnet uns als „Verräter“ oder als „Selbst-Hasser“. Als IJV gegründet wurden, stellte uns ein liberaler Rabbi im *Jewish Chronicle* als „Feinde des jüdischen Volkes“ dar.<sup>28</sup> Dass genau das Gegenteil zutrifft, habe ich hier versucht darzulegen. Wenn wir uns auf die Menschenrechte beziehen und uns gegen die israelische Besatzung der Westbank oder die Zerstörung palästinensischer Wohnhäuser, gegen das Vorgehen der Armee in Gaza oder die Diskriminierung der Palästinenser in Israel selber aussprechen, wenden wir uns nicht *gegen* unsere jüdische Identität, sondern wir wenden uns *ihr zu*. Wir

halten uns an den Vers in Deuteronomium der da lautet: „Nach Gerechtigkeit, Gerechtigkeit sollst du streben“, der, wie das Blasen des *Shofar* (Horn des Widders) das Volk daran gemahnt, wer es ist.<sup>29</sup>

Ich habe zu Anfang einen Rabbi aus Stamford Hill zitiert. Auch das letzte Wort soll einem Rabbi gehören, obwohl dieser, Hillel, weit entfernt vom Norden Londons lebte, nämlich in Jerusalem und vor langer Zeit, nämlich vor über zweitausend Jahren, ein Pharisäer, der Jesus gekannt haben mag oder auch nicht, und der einst das Amt des *Nasi* oder Patriarchen, des obersten Sanhedrin bekleidete, eine noch bedeutendere Position als heute die des obersten Rabbi der IDF. Der Talmud erzählt die Geschichte von jemandem, einem Nicht-Juden, der zu Rabbi Hillel kam und ihn aufforderte: „Lehre mich die gesamte Thora, während ich auf einem Bein stehe.“ Und das tat Hillel. Er sagte: „Was dir verhasst ist, das tu auch keinem anderen an.“ „Das“, fügte er hinzu, „ist die ganze Thora. Der Rest sind Kommentare.“<sup>30</sup>

Der Talmud gibt uns keine Auskunft darüber, ob es dem Mann gelang, das Gleichgewicht zu halten, als er diese Worte hörte. Aber Rabbi Hillel scherzte nicht.

*Rolf Verleger*

## **Position der Stärke oder Position der Verantwortung**

Rolf Verleger, *Autor des Buchs* Israels Irrweg – Eine jüdische Sicht, *stellt hier zwei grundsätzlich unterschiedliche Schlussfolgerungen dar, die Juden aus der Geschichte ziehen: Die eine geht davon aus, dass nur Stärke, Überlegenheit und Dominanz, gleichgültig um welchen Preis, das Überleben sichern kann. Die andere postuliert im Sinne einer Interpretation der jüdischen Tradition eine Position der Verantwortung.*

In der jüdischen Gemeinschaft gibt es zu der oben gestellten Frage mindestens zwei Sichtweisen.

Aus einer Position der Verantwortung ist es unsere Pflicht, Kritik zu äußern, wenn israelische Politik gegen ethische Gebote verstößt. Diese Position interpretiert die jüdische Tradition, Gottes auserwähltes Volk zu sein, als eine Verpflichtung: Vorbild für ethisches Handeln zu sein, die Menschenrechte universell zu achten und durch unser Handeln den Zustand der Welt zu verbessern. In Deutschland standen für diese Tradition Moses Mendelssohn, Martin Buber, Leo Baeck.

In der Tat: Wie sind die folgenden Punkte ethisch zu verantworten?

- Vertreibung: 700.000 Palästinenser wurden 1948 mit Gewalt und Drohungen aus Israel vertrieben
- Enteignung: Grundbesitz und beweglicher Besitz dieser Vertriebenen wurde vom israelischen Staat beschlagnahmt.

- Verdrängung: Seit der Besetzung 1967 baut Israel im Westjordanland Straßen und Städte (»Siedlungen«) für nun ca. 400.000 Israelis – für Palästinenser gesperrt.
- Missachtung: Die israelische Seite boykottiert seit Jahrzehnten die Vertretung der Palästinenser; aktuell die aus freien, allgemeinen und geheimen Wahlen von der Hamas gebildete Autonomiebehörde.
- Einkesselung: Israel verhindert gewaltsam freien Personen- und Güterverkehr aus und in den Gazastreifen; der Verkehr im Westjordanland, ein Gebiet drei Mal kleiner als Thüringen, quält sich durch über 600 Straßensperren.
- Verstoß gegen Recht und Gesetz: Israel ignoriert ein Gutachten des internationalen Gerichtshofs und ein Urteil des israelischen obersten Gerichts über die Sperrmauer, die die Bewohner des Dorfes Bil'in von ihren Feldern trennt; friedliche Gegendemonstrationen werden gewaltsam unterdrückt.
- Gefangennahme: Tausende Palästinenser sind ohne rechtliche Anhörung in israelischen Gefängnissen interniert.
- Tötung: Im letzten Feldzug gegen Gaza wurden 1.400 Menschen umgebracht.

Aus einer Perspektive der Verantwortung beschädigt die Rechtfertigung all dieser Maßnahmen das Judentum in seiner Substanz. Daher müssen diese Maßnahmen kritisiert werden.

### **Darf sich Israel doch so verhalten?**

Nach der Shoah hat in der jüdischen Gemeinschaft eine ganz andere Position die Oberhand gewonnen: Eine Position der Stärke statt der Verantwortung. Diese Position möchte auf alle Fälle verhindern, dass Juden noch einmal zu Opfern werden. Deswegen will sie, dass Israel sich stark verhält. Ob dazu das Recht besteht, hält sie für zweitrangig: In dieser Welt sei der Mensch dem Menschen ein Wolf, und wer nicht gefressen werden wolle, müsse selbst fressen. Daher müsse es einen wehrhaften Staat in einem eigenen Land geben. Kritik am jüdischen Staat gefährdet für Befürworter dieser Position das jüdische Überleben und ist daher nur Ausdruck einer tiefer liegenden Gegnerschaft zum Judentum – Antisemitismus.

### **Wo sollten die Grenzen einer Kritik liegen?**

Für die Position der Stärke liegt die Sache ganz einfach: Milde Kritik an Israel ist milder Antisemitismus, grundsätzliche Kritik ist grundsätzlicher Antisemitismus. Taktisch gesehen mag es allerdings manchmal geboten sein, milde Kritik zu akzeptieren, um grundsätzlichere Kritik nicht aufkommen zu lassen.

Fast am schlimmsten ist für diese Sicht eine Kritik, die mit dem Ziel von Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn daherkommt. Denn Frieden

sieht diese Position als nicht möglich in einer Wolfs-Welt: Wer von Frieden spricht, ist ein Wolf im Schafspelz.

Eine Position der Verantwortung bewertet Kritik an Israels Politik primär danach, ob sie den Tatsachen entspricht oder nicht. Wer die Bewertung von Fakten davon abhängig machen will, ob die Kritisierenden »für uns« oder »gegen uns« sind, flüchtet sich vor der eigenen Verantwortlichkeit.

Allerdings kann Kritik auch Ausdruck von Doppelmoral sein: Dann, wenn man an Anderen Dinge kritisiert, die man an sich selbst nicht kritisiert. Eine solche Kritik kann nicht ernst genommen werden. Dies bringt uns zur nächsten Frage.

### **Dürfen Deutsche an Israels Politik Kritik üben?**

Bezüglich der Juden ist das heutige Deutschland wie der Erbe eines Mannes, der im eigenen und im Nachbarhaus fast alle Personen umbrachte und beraubte und dann den wenigen Überlebenden sagte „Ach, tut mir schrecklich leid. Ihr geht am besten ins nächste Haus und schmeißt dort die Leute raus“: Deutschland hat erstens in der Vorgeschichte große Schuld auf sich geladen und ist zweitens dadurch an der aktuellen Situation mitverantwortlich.

### **Sollten Deutsche sich daher mit Kritik an Israel zurückhalten?**

Für die Position der Stärke haben die konkreten Verbrechen Deutschlands an Gewicht verloren: Juden müssen sowieso die Stärkeren sein, sonst werden sie Opfer, die Täter können wechseln. Der „neue Hitler“ wird je nach Lage definiert. Kritik aus Deutschland wird daher in der Tat als „antisemitisch“ bewertet, aber nicht anders ergeht es Kritik aus z. B. Frankreich, England oder den USA (s. die Broschüre von A. H. Rosenfeld im Ölbaum-Verlag Augsburg, 2007).

Aus Verantwortungs-Sicht ist die Zurückhaltung des offiziellen Deutschlands schlicht Beihilfe zu neuem Unrecht. Dass dies aus schlechtem Gewissen geschieht, macht es nicht besser. Kritik ist vielmehr wünschenswert. Israel muss zu einer Position der Verantwortlichkeit gebracht werden. Die meisten nichtjüdischen Deutschen, die sich mir hierzu mitteilten, sind keine Leute mit Doppelmoral, keine Nazis, keine Antisemiten, keine Hasser. Sie sind vielmehr Leute, die aus den Verbrechen der Nazizeit die Konsequenz gezogen haben, dass man frühzeitig gegen Unrecht aufstehen muss und dass eine Position der Stärke aufgrund der Überzeugung, das ewige Opfer zu sein, in Wirklichkeit eine Position der Schwäche ist und in den Abgrund führen kann.

### **Ist dieser Aufsatz antisemitisch?**

Aus Sicht der Position der Stärke: Ja. Aus Sicht der Verantwortung: Nein. Er ist vielmehr Ausdruck einer universellen Achtung der Menschenrechte und der traditionellen Ethik des Judentums. Das Judentum war etwas und soll etwas sein, worauf wir stolz sein können. Daher muss der jüdische Staat nach Gerechtigkeit streben. Er muss Leben, Besitz, Kultur und Würde all seiner Bewohner und Nachbarn achten. Dahin müssen wir ihn bewegen.

Zuerst veröffentlicht am 11.09.2009 im *Neuen Deutschland*.

Otfried Nassauer

## Besondere Beziehungen – Die deutsch-israelische Rüstungskooperation

Otfried Nassauer belegt im Detail, inwiefern die Rüstungskooperation zwischen Israel und der Bundesrepublik ein für beide Seiten vorteilhaftes Geschäft ist – so vorteilhaft, dass sowohl die israelische wie die deutsche Öffentlichkeit, das Parlament und teilweise die Regierung darüber weitgehend im Unklaren gelassen wurden und werden, damit es ungehindert von demokratischer Kontrolle reibungslos laufen kann. Während die Vorteile sicherlich die entscheidende Rolle bei dieser Kooperation spielen, muss auch die „besondere Verantwortung Deutschlands für Israel“ zur Rechtfertigung der Rüstungslieferungen in eine Krisenregion und dort an die modernste und schlagkräftigste Armee herhalten.

Vier Merkmale prägen die Rüstungszusammenarbeit Deutschlands mit Israel: Weitgehende Geheimhaltung, gegenseitiger Nutzen, Kontinuität auch in schwierigsten Zeiten über Jahrzehnte und die finanzielle Unterstützung Israels durch Geschäfte, die sein Deviseneinkommen steigern. Konvertierbare Währungen waren in Israel zu fast jeder Zeit sehr knapp. Die deutsch-israelische Rüstungszusammenarbeit begann Mitte der fünfziger Jahre und ist somit rund zehn Jahre älter als die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Bis heute ist sie nicht vollständig erforscht, sodass immer noch neue Beispiele bekannt werden. Vor allem dann, wenn im Nahen Osten wieder einmal gekämpft wird – so wie 1991 während des Golfkrieges, 2006 im Süden des Libanon und um den Jahreswechsel 2008/09 im Gazastreifen.<sup>1</sup>

### Volltreffer für den Merkava – ein Beispiel von vielen

Günther Hillinger (Name geändert) hatte ein Problem. Der altgediente Ingenieur des AEG-Werks in Wedel hatte es schlicht am schwarzen Brett gefunden. Per Hausmitteilung wurden er und seine Kollegen angewiesen: „Betrifft: LTDS-Hardware / Fertigungsunterlagen: Auf allen Einzelteilen (...) darf kein ‚AEG‘- Zeichen vorhanden sein. Falls für die Prototypen bereits Hardware mit AEG-Zeichen vorhanden ist, so ist dieses Zeichen vor der Auslieferung der Geräte zu entfernen.“ Das war 1986.

Das LTDS ist ein Prunkstück deutscher Ingenieurskunst und verantwortlich dafür, dass der Kampfpanzer „Leopard 2“ besser schießt und trifft als alle Konkurrenten. Selbst bei voller Fahrt und im holprigen Gelände sorgt es dafür, dass die Kanone genau auf das angepeilte Ziel gerichtet bleibt. Es stabilisiert den Panzerturm und führt ihn präzise nach. Der „Leopard 2“ kann also schießen und treffen, wo manch anderer Panzer nur noch Luftlöcher produzieren würde.

Die Prototypen und die Fertigungsunterlagen lagen zur Ablieferung bereit. Das Problem war der Empfänger: Der saß in Israel und arbeitete eben-

falls an einem neuen Kampfpanzer, dem „Merkava 3“. Mittels der Prototypen und der Fertigungsunterlagen, so wusste Hillinger, wäre es den Israelis möglich, das LTDS nachzubauen und für den „Merkava“ anzupassen.

Sollte man Israel mit einer so heiklen Lieferung modernster Rüstungstechnik helfen? War die Lieferung überhaupt legal und genehmigt? Warum mussten alle AEG-Logos entfernt werden? Sollte die Herkunft verschleiert werden?

Günther Hillinger plagte das Gewissen. Nur vier Jahre zuvor hatte Israel unter militärischer Führung von Verteidigungsminister Ariel Scharon einen blutigen Feldzug in den Libanon unternommen, um die PLO auszuschalten und eine Israel wohl gesonnene Regierung zu installieren. Noch immer hielt Israel die südlichen Teile des Nachbarlandes besetzt und noch immer kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Jetzt meist mit der schiitischen Hisbollah-Miliz, die sich im besetzten Süden gebildet hatte, um Widerstand gegen die Besatzung zu leisten. Noch bevor Hillinger einen ungefährlichen Weg in die Öffentlichkeit fand, wurden die Geräte abgeholt.

Heute finden sich das LTDS und dessen Weiterentwicklung „Gedrive“ in den „Merkava 3“- und „Merkava 4“-Panzern der israelischen Armee, die 2006 erneut in den Südlibanon einrollten und auch 2009 im Gazastreifen zum Einsatz kamen. Israel behauptet, es handle sich um eine Eigenentwicklung, die in Israel hergestellt werde. Doch die Anweisung am Schwarzen Brett der AEG sprach eine andere Sprache: Für den Export nach Israel lagen nicht nur einige LTDS bereit, sondern auch die nötigen Unterlagen, um die Geräte in Israel herstellen zu können.

Eine ungewöhnlicher Vorgang? Nicht für die deutsch-israelische Rüstungszusammenarbeit. Für diese war er eher symptomatisch. Auch die Technologie der 120-Millimeter-Glattrrohrkanone des „Leopard 2“ fand auf verschlungenen Pfaden ihren Weg in israelische Merkava-Panzer. Ob direkt aus den Werkstätten des Herstellers, Rheinmetall, oder über die amerikanische Lizenzproduktion, ist noch unbekannt. Auch hier spricht Israel von einer Eigenentwicklung. Ebenso wie bei der Panzerung, bei der es eine Kooperation mit dem deutschen Ingenieurbüro IDB-Deisenroth gab.

Offener wird über andere deutsche Komponenten in den Merkavas geredet. Die Panzergetriebe werden von der Augsburger Renk AG geliefert. Die Motoren wurden von MTU entwickelt und bei einem amerikanischen Lizenznehmer aus den Einzelteilen zusammengebaut. Von dort gelangten sie nach Israel. Das ist vorteilhaft für Israel. Denn für Lieferungen amerikanischer Generalunternehmer kann der devisenknappe Staat mit US-amerikanischer Militärhilfe zahlen.

### **Älter als die diplomatischen Beziehungen – eine kurze Geschichte**

Bereits Mitte der 50er Jahre baute die deutsche Jacht-&Bootswerft Burmester zwei Patrouillenboote und schickte sie auf die Reise nach Israel. Die Arbeit hatte wohl schon begonnen, als die Herstellung von Rüstungsgütern der jungen Bundesrepublik Deutschland als Folge des verlorenen Zweiten Welt-

kriegs eigentlich noch untersagt war. Geliefert wurde, obwohl Israel und Ägypten 1956 Krieg führten. Bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel sollte es noch fast ein weiteres Jahrzehnt dauern. Deutlicher kann es kaum werden: Die deutsch-israelischen Beziehungen sind nicht nur besondere, sie sind auch von vielen Besonderheiten geprägt.

Beide Staaten wollten in den 50er Jahren so schnell wie möglich schlagkräftige Armeen und eigene rüstungswirtschaftliche Kapazitäten aufbauen. Israel hatte zudem ein Interesse an einem günstigen, zuverlässigen und seiner Existenz verpflichteten Lieferanten. Die junge Bundesrepublik verstand sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und damit Hitlerdeutschlands. Sie befand und verstand sich deshalb aufgrund des Holocaust tief in Israels Schuld. Öffentlich werden durfte eine Kooperation beider Ländern dagegen nicht. Vorrangig, weil es innenpolitisch in beiden Staaten damals kaum zu vermitteln gewesen wäre, aber auch, weil es für die Bundesrepublik außenpolitisch zu großen Problemen hätte führen können.

Bereits 1958 vereinbarten die Minister Shimon Peres und Franz Josef Strauß eine weitergehende Kooperation. Deutschland belieferte Israel mit Überschusswaffen aus Wehrmachtsbeständen und amerikanischen Rüstungsgütern, die zuvor als Aufbauhilfen für die Bundeswehr übergeben worden waren. Während des ersten Treffens zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ben Gurion 1960 in New York wurde über weitere Unterstützungsmöglichkeiten gesprochen. Verhandlungen führten 1962 zu einer geheimen Vereinbarung, der zufolge die Bundesrepublik Israel bis 1964 unter anderem Sikorsky-Hubschrauber, Noratlas-Transportflugzeuge, Fouga-Magister Trainingsflugzeuge, umgebaute M48-Panzer und vieles andere mehr, teils direkt und teils über Drittländer lieferte. Die Bundeswehr führte ihrerseits bereits ab 1959 israelische Maschinenpistolen des Typs Uzi unter der Bezeichnung MP2 als Standardwaffe ein. Zudem belieferte Israel die Bundesrepublik bald auch mit Mörsern und Munition aus der Produktion der israelischen Firma Soltam. Dies wiederum verhalf Israel zu Deviseneinnahmen, die für den jungen Staat überlebenswichtig waren.

Die Rüstungshilfe auf Gegenseitigkeit funktionierte gut, bis sie bekannt wurde. Als 1958 öffentlich wurde, dass Israel der Bundeswehr Uzi-Maschinenpistolen und Mörsermunition lieferte, trug dies dazu bei, dass die Regierung Ben Gurion zurücktreten musste. Als die Bundesrepublik offizielle Beziehungen zu Israel aufnahm und die deutschen Lieferungen an Israel öffentlich wurden, brach ein Teil der arabischen Staaten 1965 die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab. Sie drohten mit der Anerkennung der DDR. Die Bundesregierung musste einen diplomatischen Ausweg finden. Kriegswaffen, so die Schlussfolgerung, sollten künftig an keinen der potentiellen Kriegsgegner im Nahen Osten mehr geliefert werden. Für sonstige Rüstungsgüter sollte bei Lieferungen der Gleichbehandlungsgrundsatz gelten. Das sollte die arabischen Länder besänftigen, in die Firmen aus der Bundesrepublik ja ebenfalls Rüstungsgüter lieferten.

Doch auch Israel hatte einen Pfeil im Köcher. Es forderte ein Ende der deutsch-ägyptischen Rüstungszusammenarbeit, speziell der Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Raketen. Ebenfalls ein äußerst heikles Thema. Ludwig Erhard entsandte als Teil seiner Lösungsstrategie den Thyssen-Manager Kurt Birrenbach als „Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen“ nach Israel. Die langwierigen Verhandlungen führten zu zwei Ergebnissen: Israel erhielt 140 Millionen DM, um Waffen, die die Bundesrepublik nun nicht mehr liefern konnte, anderweitig zu beschaffen und die Zusage, dass Bonn den Bau von sechs bereits konzipierten Lürssen-Schnellbooten in Frankreich bezahlen und technisch unterstützen werde. Zudem wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart. Die Rüstungskoooperation bekam also nachträglich eine Katalysatorfunktion für die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Deutschland und Israel.

Trotzdem waren die Nachwehen dieses Konfliktes weiterhin zu spüren. Er hatte tiefes Misstrauen gesät: So forderte beispielsweise Jordanien 1968 von der Bundesregierung Aufklärung, warum die israelischen Streitkräfte während des Krieges 1967 über deutsche Panzerabwehrraketen des Typs Cobra verfügten. Interne Klärungsversuche in Deutschland ergaben, dass 1.600 dieser begehrten Waffen bereits 1962/63 von der bayerischen Herstellerfirma Bölkow an Israel geliefert worden waren. Wie auch in anderen Fällen fühlte sich das Auswärtige Amt, das deutsche Rüstungslieferungen nach Israel noch bis Ende 1964 dementiert hatte, vom Verteidigungsministerium „nicht oder nicht hinreichend informiert“.

Als Konsequenz aus der Krise wurde die deutsch-israelische Rüstungszusammenarbeit also neu strukturiert, nicht aber beendet. Wünschte Israel Kriegswaffen, die die Bundesrepublik nun nicht mehr zu liefern vermochte, so wurden diese des Öfteren über komplexe Umwege geliefert, die es Bonn erlaubten, das Gesicht seiner deklaratorischen Politik zu wahren. Drei U-Boote des Typs Gal wurden in den 70er Jahren nach deutschen Plänen und mit Hilfe deutscher Ingenieure bei Vickers in Großbritannien gebaut und zu Teilen von der Bundesrepublik bezahlt. Obwohl das Auswärtige Amt eine deutsche Mitwirkung an dem Vorhaben untersagen wollte, wurden die Baupläne durch das Ingenieurkontor Lübeck ohne Ausfuhrgenehmigung nach Großbritannien verbracht und das Auswärtige Amt erst später um nachträgliche Genehmigung gebeten. Schnellboote für Israel wurden unter Nutzung deutscher Komponenten in Frankreich „endmontiert“.

Zudem gewannen nun Lieferungen „sonstiger Rüstungsgüter“ (z. B. Funk-, Navigations-, Peil- und Radartechnik oder z. B. Kreiselkompass der Freiburger Firma LITEF) und deutscher Komponenten für Kriegswaffen an Bedeutung. Diese mussten nur nach dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigt werden. Manche begehrten Komponenten konnten sogar genehmigungsfrei geliefert werden, weil sie – wie beispielsweise Maybach/MTU-Motoren für israelische Schnellboote – als zivile Güter bewertet wurden.

Auch die für Israel bedeutsame – weil Devisen einbringende – Belieferung der Bundeswehr wurde beibehalten. So durfte die Schwarzwälder Firma Junghans auch weiterhin Jahr für Jahr große Mengen Zünder nach Israel liefern, damit diese in Mörsergranaten für die Bundeswehr eingebaut und nach Deutschland zurückgeliefert werden konnten. Später kamen andere Munitionstypen größeren Kalibers hinzu. Von 1977 bis 1991 flossen für Munitionslieferungen aus Israel rund 1,3 Milliarden DM nach Israel. Geliefert wurden u. a. auch 155mm Artilleriegeschosse des Typs DM632 mit Streumunition, die inzwischen völkerrechtlich verboten wurden. Das für Israel Devisen bringende Geschäft mit israelischen Mörsergranaten mit deutschen Zündern wurde frühzeitig erweitert. Schon 1965 wollte Israel Zünder importieren, die für kleinere Lieferungen an afrikanische Staaten wie Ghana, Uganda und Kenia bestimmt waren. Waren sie erst einmal im Grundsatz genehmigt, nahmen solche Exportgeschäfte bald substantiellen Umfang an. So sollte Singapur nach der Unabhängigkeit etwa 165.000 Granaten für den Aufbau seiner Streitkräfte erhalten, und für den Weiterexport an den Iran summierten sich die beantragten Genehmigungen nach derzeitigem Wissen auf insgesamt fast 700.000 Zünder.

Auch Israel ließ aus der Zusammenarbeit unter neuen Rahmenbedingungen keine Einbahnstraße werden. Es offerierte eine für die Bundeswehr und die deutsche Rüstungsindustrie sehr wertvolle Kooperation: Die Auswertung sowjetischer Waffentechnologie, die während der Nahostkriege erbeutet oder auf dunklen Kanälen beschafft worden war. Bis weit in die 80er Jahre stellte Israel der Bundesrepublik Beutewaffen und Auswertungsberichte über Rüstungsgüter sowjetischer Bauart zur Verfügung. Ein frühes Beispiel ermöglichte der Mossad, dem es im August 1966 gelang, einen irakischen MiG-21-Piloten zur Flucht mit seinem Flugzeug nach Israel zu bewegen. Der BND erhielt die Auswertungsergebnisse der Testflüge in Israel und konnte das Flugzeug in Israel begutachten. Die Kriege 1967, 1973 und 1982 sorgten für immer neuen Nachschub an Waffen sowjetischer Bauart. Die Bundeswehr und die deutsche Rüstungsindustrie profitierten erheblich. Denn die Erkenntnisse wurden für die Planung und Entwicklung deutscher Waffen benutzt: Sowjetische T-62-Panzer und BMP-1-Schützenpanzer standen Pate, als der Leopard-Panzer und der Schützenpanzer Marder entwickelt wurden. Noch 1991 sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Willi Wimmer, über diese Form der Zusammenarbeit: „Wir haben daraus großen Nutzen gezogen.“

Technische Fortschritte, die bundesdeutsche Rüstungsfirmen in der Folge machten, wurden wiederum oft auch in Israel genutzt. Israelische Rüstungsunternehmen übernahmen in den 70er und 80er Jahren wesentliche Neuentwicklungen, die sie heute zum Teil als Eigenentwicklungen erachten. Die eingangs erwähnten deutschen Technologiekomponenten für die Merkava-Panzer verdeutlichen dies.

Kontinuität herrschte auch im Blick auf die Geheimhaltung des wahren Umfangs der deutsch-israelischen Zusammenarbeit. Beide Seiten betrachteten die Kooperation über kurze und informelle Wege von Anfang an als beste Strategie. Noch 1991 hielt das Bundesministerium der Verteidigung fest: „Seit Beginn der Zusammenarbeit mit Israel ist es ständige Praxis aller Regierungen gewesen, diese Kooperation möglichst wenig öffentlich zu gestalten oder zu formalisieren.“ Das minimierte den Einfluss öffentlicher Kontroversen in beiden Staaten und zugleich das Risiko, die Beziehungen zu den arabischen Staaten erneut zu belasten.

Auf der Strecke blieb damit allerdings die parlamentarische und die demokratische Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Selbst das Auswärtige Amt war bis in die 70er Jahre (und vielleicht auch darüber hinaus) oft nicht im Detail darüber im Bilde, welche Kooperationen das Verteidigungsministerium mit Tel Aviv verfolgte. Noch 1973 gab es dem damaligen Bundeskanzler, Willy Brandt, anlässlich seiner Reise nach Israel die Fehlinformation mit, dass die Bundesrepublik bis 1965 aus Israel keine Rüstungsgüter bezogen habe und es auch weiterhin keine „erheblichen Importe“ gebe.

Bis in die neunziger Jahre wurde die Abwicklung bedeutender Kooperationsvorhaben meist über den Bundesnachrichtendienst und den Mossad koordiniert bzw. abgewickelt. Das zeigte sich wiederholt an skandalträchtigen Beispielen: So ließ die Bundeswehr in Kooperation mit Israel seit 1972 Stör- sendertechnik für Jagdbomber in Israel entwickeln.<sup>2</sup> Zu diesem Vorhaben – zunächst „Cerberus“, später TSPJ genannt – hatte selbst im Verteidigungsministerium nur Zugang, wer das zugehörige Codewort „Caligula“ kannte. Der Bundestag wurde über Jahre gar nicht informiert, obwohl es sich letztlich um ein Milliardenprojekt handeln sollte, das man aber in dem riesigen Haushalt für den Tornado zu verstecken gedachte. In einer ebenfalls geheimen Operation revanchierte sich die Bundesrepublik zu Beginn der 90er Jahre auch in Sachen Auswertung sowjetischer Rüstungstechnik. BND und Bundeswehr stellten Israel 1990/91 aus Beständen der übernommenen NVA mindestens 13 Lieferungen „land- und forstwirtschaftlichen Geräts“ zur Verfügung, das sich bei der Überprüfung einer der Lieferungen im Hamburger Hafen als moderne Rüstungstechnik entpuppte, zu der u. a. auch Luft-Luft-, Luft-Boden-, Boden-Boden-Raketen, ein „Ersatzteilpaket“ des Panzers T-72 und ein MiG-29 Radar gehört hatten. Sowohl das Auswärtige Amt als auch der Bundestag hatten zuvor keine Kenntnis von diesen Lieferungen. Der Bundessicherheitsrat soll solche Lieferungen im Februar 1991 sogar explizit abgelehnt haben.<sup>3</sup>

### **Vom Patrouillenboot zum Dolphin – die maritime Komponente**

„Was schwimmt, geht“ – so lautet ein Diktum, das Hans-Dietrich Genscher, dem langjährigen Außenminister der Bundesrepublik, zugeschrieben wird. Es gilt offensichtlich auch im Blick auf Israel. Was mit der Lieferung von Patrouillenbooten Mitte der 50er Jahre begann, hat bis zum heutigen Tag immer wieder seine Fortsetzungen gefunden. In den späten 60er und 70er Jahren

sind die auf Umwegen gelieferten GAL-U-Boote und die aus Cherbourg in Frankreich nach Israel entführten „Lürssen-Schnellboote“ die Beispiele. In vielen Kriegsschiffen, die in Israel für den Eigenbedarf und den Export gebaut wurden, kommen deutsche Komponenten zum Einsatz. So befand sich zum Beispiel in der „Saar 5-Korvette“, die während der Seeblockade vor der libanesischen Küste 2006 von einem Seezielflugkörper der Hisbollah getroffen wurde, ein Motor von MTU. Motoren derselben Firma stecken auch in den israelischen Schnellbooten der Typen „Shaldag“, „Super Dvora Mk2“ und der gerade in der Erprobung befindlichen „Super Dvora Mk3“ sowie in den Korvetten der Klasse „Saar 4.5“.

„Was schwimmt, ging schon immer!“ Daran mag auch Bundeskanzler Helmut Kohl gedacht haben, als der irakische Diktator Saddam Hussein während des Golfkrieges 1990/91 mit technischer Hilfe deutscher Firmen leistungsgesteigerte Scud-Raketen auf Israel abfeuerte. Angesichts des verheerenden Dreiklangs „Deutsche Raketentechnik, Giftgas, Israel“ geriet Bonn aus Tel Aviv und Washington schnell unter Druck. Kohl persönlich versprach Israel militärische Unterstützung. Unverzüglich lieferte Deutschland einige ABC-Spürfahrzeuge des Typs Fuchs und eine Patriot-Luftabwehrbatterie als Leihgabe nach Israel. Doch damit nicht genug, denn die Bundesregierung wich auch von ihrer seit 1965 praktizierten Waffenexportpolitik ab und versprach Israel erstmals wieder komplette Kriegswaffen. Zwei U-Boote des Typs Dolphin sollten kostenlos geliefert werden. Der Vertrag über diese U-Boote wurde 1991 geschlossen und enthielt die Option auf ein drittes Boot, an dessen Finanzierung sich die Bundesrepublik anlässlich der Ausübung der Option 1994 ebenfalls zur Hälfte beteiligte, sodass der deutsche Kostenbeitrag die Milliardengrenze erreichte.

Der israelischen Marine wurde damit ein lange gehegter Wunsch erfüllt. Sie hatte als Nachfolger für ihre drei GAL-U-Boote eine Flotte von fünf größeren U-Booten gefordert. Diese sollten eine Wasserverdrängung von etwa 1.500 Tonnen haben, eine Reichweite, die das ganze Mittelmeer abdecken könnte und möglichst vielseitig einsetzbar sein. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit den GAL-U-Booten hatte sich Israel bereits Mitte der 80er Jahre an das Konstruktionsbüro der GAL-Boote, das Ingenieurkontor Lübeck, IKL, und die Howaldts-Deutsche Werft AG gewandt. Ab 1986 wurde in Lübeck, Kiel und Bremen unter der Projektbezeichnung IKL800 eine neue U-Boot-Klasse für Israel entwickelt. Das Vorhaben wurde nur zufällig öffentlich bekannt, weil ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages potentiell illegale U-Boot-Zulieferungen an das unter Embargo stehende Apartheidregime in Südafrika untersuchte und dabei auf das Projekt stieß. Israel bezahlte die konstruktive Entwicklung der neuen U-Boote selbst und erwarb damit auch Technologierechte, doch die Finanzierung des Baus erwies sich als schwierig. Mitte 1988 begannen Planungen, Gelder aus der US-Militärhilfe für diesen Zweck zu verwenden und die neuen U-Boote bei der US-Werft Ingalls Shipbuilding aus in Deutschland vorproduzierten Sektionen

zusammenzubauen. Washington erklärte sich 1989 bereit, dafür bis zu 600 Mio. US-Dollar bereitzustellen, Israel aber konnte seinen eigenen Anteil an der Finanzierung nicht erbringen, sodass das schon vertraglich vereinbarte Vorhaben im November 1990 zunächst gestoppt wurde. Die Entwicklungsarbeiten wurden aber weitergeführt, bis der Golfkrieg schon wenige Monate später die Option auf eine umfassende Finanzhilfe aus der Bundesrepublik eröffnete.

Noch während der Bauzeit stellte sich heraus, dass die Dolphin-U-Boote für Israel mit einer technischen Besonderheit ausgestattet waren. Sie besitzen Torpedorohre unterschiedlicher Größe. Sechs Rohre haben den Standard-Durchmesser von 533 Millimetern und vier einen Durchmesser von 650 Millimetern. Da die Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag lediglich erklärte, dass aus den großen Rohren US-amerikanische Kurzstrecken-Raketen des Typs Sub-Harpoon verschossen werden sollen, für die aber auch die kleinen Rohre ausreichend gewesen wären, entwickelte sich schon bald eine Diskussion über Sinn und Zweck der großen Torpedorohre. Da diese Rohre für den Abschuss von Raketen ausgelegt sind und lediglich durch leicht herausnehmbare Metallschienen, sogenannte Liner, auf den Standarddurchmesser von 533mm verengt wurden, entstand die Vermutung, Israel wolle auch größere weitreichende Marschflugkörper aus diesen Rohren abschießen. Ausgangspunkt dieser Vermutung waren Israels zuvor abgelehnter Wunsch, aus den USA Marschflugkörper des Typs Tomahawk zu beziehen, und Meldungen, dass die Dolphin U-Boote nach ihrer Auslieferung an Israel 1999 und 2000 noch erheblich umgebaut wurden. Als amerikanische Quellen zudem einen erfolgreichen Test eines israelischen Marschflugkörpers mit 1.000-1.500 km Reichweite von Bord eines U-Bootes vor Sri Lanka meldeten, gingen viele Analytiker davon aus, Israel wolle seine atomare Abschreckung künftig um seegestützte Nuklearwaffen größerer Reichweite ergänzen, um sich unverwundbar zu machen. Auch deshalb seien die deutschen U-Boote gleich nach ihrer Ankunft in Israel erneut und aufwändig umgebaut worden. Israel selbst beschrieb seine Dolphin-U-Boote wiederholt als Teil seines strategischen Potentials – ein Begriff, mit dem die „unerklärte Nuklearmacht“ Israel gelegentlich daran erinnert, dass es Nuklearwaffen besitzen könnte. Obwohl heute sehr oft davon ausgegangen wird, dass Israel bereits über seegestützte Nuklearwaffen an Bord seiner Dolphin-U-Boote verfügt, kann dies noch nicht als gesichert gelten, da eindeutige Belege und Beweise immer noch fehlen.

Das Umfeld des heraufziehenden Krieges gegen den Irak bot Israel 2002/03 die Gelegenheit, sich um weitere Dolphin-U-Boote zu bemühen. Diese sollen über den neuartigen von der Außenluft unabhängigen Brennstoffzellenantrieb aus deutscher Entwicklung verfügen. Mit ihm können konventionell angetriebene U-Boote viel weiter fahren und deutlich länger tauchen als herkömmliche Boote. Vier Wochen ununterbrochene Tauchfahrt hält die Herstellerwerft, HDW, für möglich. Zudem sind diese U-Boote erheblich

schwerer zu entdecken als konventionell angetriebene Diesel-U-Boote und viel flexibler einsetzbar. Die israelische Marine könnte solche U-Boote gut gebrauchen, wenn sie künftig verstärkt im Arabischen Meer und im Indischen Ozean kreuzen will – in Seegebieten also, die viel größer sind als das Mittelmeer. Dort liegen jene Staaten, die Israel schon heute sicherheitspolitisch die größten Sorgen machen: Die islamische Atommacht Pakistan und nicht zuletzt der Iran, dem Israel unterstellt, intensiv an einem Atomwaffenprogramm zu arbeiten, und dem es mit dieser Begründung in den letzten Jahren wiederholt mit einem militärischen Präventivschlag gegen seine Nuklearanlagen gedroht hat.

Erneut war die Finanzierungsfrage die entscheidende Hürde. Zwar konnte sich Israel auf Bundeskanzler Schröder berufen, der 2002 während der Irakkrise für die rot-grüne Bundesregierung festhielt: „Israel bekommt das, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht, und es bekommt es dann, wenn es gebraucht wird.“ Aber Schröder hatte weder eine finanzielle Hilfszusage gegeben noch war Israel während des Irakkrieges erneut mit irakischen Raketen beschossen worden. Es fehlte also ein aktuelles Druckmittel, um Berlin zu schnellen finanziellen Zugeständnissen zu veranlassen. Diese deutete erstmals Verteidigungsminister Peter Struck am 9. September 2004 gegenüber dem *Handelsblatt* an: „Die israelische Regierung will zwei neue U-Boote kaufen sowie die drei bereits genutzten modernisieren. Wir sind selbstverständlich bereit, Israel beim Erwerb zu helfen und zu unterstützen.“ Auch erneute finanzielle Hilfe schloss er nicht grundsätzlich aus. Sie sei zwar „aus dem Verteidigungsetat ...unmöglich“, aber man wolle „zusammen mit dem Wirtschaftsministerium prüfen, welche Instrumente das Geschäft ermöglichen können.“ Ein Jahr später war die Lösung gefunden. Israel bestellte für etwa eine Milliarde Euro zwei weitere Dolphin-U-Boote mit Brennstoffzellenantrieb, optionierte ein sechstes Boot und stellte die Modernisierung der vorhandenen Dolphin-Boote scheinbar vorerst zurück. Ein Drittel der Kosten, bis zu 330 Millionen Euro, sollen aus dem Einzelplan 60 des deutschen Finanzministeriums beigesteuert werden. Ein zweites Drittel soll finanziert werden, indem Israel Rüstungsgüter an die Bundeswehr liefert. Das letzte Drittel will Israel selbst bezahlen. Das Hauptproblem Jerusalems, die ausreichende Verfügbarkeit konvertierbarer Währungen, wurde somit begrenzt. Unterzeichnet wurde die Genehmigung des Bundessicherheitsrates durch Bundeskanzler Schröder 2005 am letzten Arbeitstag der bereits abgewählten Regierung „Rot-Grün“. Sie sollte keine Belastung mehr für die ins Amt kommende Große Koalition werden.

Und trotzdem wirkt sie nach. Bis heute wurde weder ein Finanzierungsmodell für das sechste U-Boot der Dolphin-Klasse gefunden, noch eines für das Vorhaben Israels, seine älteren Dolphin-Boote zu modernisieren. Diese Fragen stellen sich erst nach der Bundestagswahl 2009. Zudem verpflichtet die Vereinbarung die Bundeswehr, auch künftig Rüstungsgüter in erheb-

lichem Umfang aus Israel zu beziehen und trägt damit dazu bei, das es auch künftig „gute Argumente“ für deutsche Rüstungsimporte aus Israel gibt.

Vor allem folgende Aspekte machen das neuerliche U-Bootgeschäft aus deutscher Sicht politisch brisant und fragwürdig:

Die Entscheidung, weitere U-Boote zu liefern, fiel in Kenntnis der öffentlichen Debatte darüber, dass Israel die deutschen U-Boote als Waffensysteme für eine U-Boot-gestützte Nuklearbewaffnung nutzen könnte.

Schon der Anschein, dass Deutschland dazu beitragen könnte, Israels Nuklearpotential zu modernisieren oder aufrechtzuerhalten, schädigt die Glaubwürdigkeit der deutschen nuklearen Nichtverbreitungspolitik. Deutschlands politische Unterstützung einer atom- oder massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten kann kaum glaubwürdig sein, wenn der Eindruck entsteht, dass Deutschland Israel hilft, seine Nuklearbewaffnung modern und aufrecht zu erhalten.

Deutschlands Vermittlerrolle im Streit um das iranische Atomprogramm verliert an Glaubwürdigkeit. Wie soll Berlin „neutraler“ Vermittler sein, wenn es zugleich Israel helfen würde, sein Nuklearpotential zu modernisieren?

Das Geschäft untergräbt die deutsche Glaubwürdigkeit im Umgang mit den Kriterien des EU-Verhaltenskodex zu Waffenausfuhren. Diese sehen vor, dass die Nichtverbreitungs- und Rüstungskontrollpolitik des Empfängerlandes berücksichtigt werden soll. Israel aber ist einer von nur drei Staaten, die dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag bis heute nie beigetreten sind.

Zusätzlich öffnet das Geschäft Schleusen in der deutschen Rüstungsexportpolitik. Um Dolphin-U-Boote zu liefern, bedarf es auch der Genehmigung für den Export vieler High-Tech- und Rüstungskomponenten. Dies führt zu Präzedenzfällen, auf die sich Firmen, die ähnliche Technologien und Komponenten in andere Länder exportieren wollen, künftig berufen können und werden.

Allerdings waren auch die Kriegsschiffsbauten für Israel in gewisser Weise Geschäfte auf Gegenseitigkeit. Die sogenannten „Lürssen“- oder Cherbourg-Schnellboote wurden später von der Bundesmarine als Schnellboot-Klasse 148 selbst beschafft. Die Entwicklung sowohl der GAL-U-Boote als auch der U-Boote vom Typ Dolphin konnte einerseits für die Konzeption neuer U-Boote für die Bundeswehr genutzt werden und andererseits, um deren Bau besser in die Auslastungs- und Haushaltsplanung einzupassen.

### **Made in Germany Inside – die Lieferung von Rüstungskomponenten**

Immer, wenn es im Nahen Osten in den letzten Jahren zu einem Waffengang unter Beteiligung der israelischen Streitkräfte kam, wurde bei genauerer Betrachtung auch deutlich, dass Israel in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich „sonstige Rüstungsgüter“ aus der Bundesrepublik erhalten hatte. Zumeist war das Label „Made In Germany“ zwar nicht auf der Außenhaut eingesetzter Großwaffensysteme sichtbar, sehr wohl aber stand es oft auf wichti-

gen Komponenten, wie der Blick auf die Merkava-Panzer, Schnellboote oder Korvetten bereits zeigte.

Ein weiteres Beispiel bietet die Heidelberger Firma AIM-Infrarot-Module. Sie baut Infrarot-Module für die Aufklärung, Zielerfassung und Zielbekämpfung. Ein großer Teil der Produktion geht in die USA. Dort werden Heidelberger Module in Kampfflugzeug-Komponenten wie den Zielerfassungsbehälter LANTIRN oder in Hubschraubersysteme wie TADS eingebaut, das im Kampfhubschrauber AH-64 Apache zum Einsatz kommt. Mit Hilfe der Module können Flugzeug- und Hubschrauberwaffen sehr gezielt verschossen werden. Je häufiger Lenk-, Abstands- und Präzisionswaffen zum Einsatz kommen, umso wichtiger werden solche elektro-optischen Komponenten. Sie erst machen es möglich, die teure Waffenplattform „kostenwirksam“ einzusetzen.

Das gilt auch im Blick auf die fliegenden Waffensysteme Israels. Diese kommen meist aus den USA. Jagdbomber des Typs F-16 bilden das Rückgrat der israelischen Luftwaffe, Apache-Hubschrauber fliegt Israel ebenfalls. Als diese 2006 Ziele im Libanon und 2008/09 im Gazastreifen beschossen, waren wohl auch die deutschen Infrarotmodule an Bord.

Ähnliches gilt für andere „unauffällige“ Bereiche der deutsch-israelischen Kooperation wie etwa bei Kommunikationsausstattungen. Israel gehört seit vielen Jahrzehnten zu den Kunden des AEG-Konzerns und seiner späteren Ausgliederungen und Nachfolger. Zeitweilig war die israelische Tadiran sogar selbst Besitzer der Ulmer Firma RACOMS, die heute wieder als Telefunken RACOMS firmiert.

Zum gegenseitigen Nutzen kooperieren Israel und Deutschland darüber hinaus seit Jahren bei elektronischen und elektro-optischen Systemen z. B. für Kampfflugzeuge. Die Zeiss Optronic GmbH kooperierte z. B. mit der israelischen Rafael bei der Produktion und Vermarktung von Zielaufklärungs- und -erfassungssystemen der auch im Export erfolgreichen Typen Litening und Recce Lite.

Das Fertigungs-Knowhow für das deutsche Panzerfaust-3-Abschussgerät wurde an Israel weitergegeben. Die Firma Rheinmetall arbeitete mit einem „Partner in Nahost“ an einem System zur Scharfschützenortung. Es ist nur schwer vorstellbar, dass dieser Partner nicht in Israel beheimatet sein sollte.

### **Made in Israel – auf der Einkaufsliste der Bundeswehr**

In den Anfangsjahren der deutsch-israelischen Zusammenarbeit beschaffte die Bundeswehr kaum Hochtechnologie in Israel. Ob Maschinenpistolen, Mörser oder Munition – dabei ging es nicht um komplexe Rüstungstechnik. Über die Jahre hat sich das geändert. Bereits die Kooperation bei Cerberus/TSPJ stellte eine Zusammenarbeit bei einem sehr komplexen Subsystem für die Tornado-Jagdbomber dar. Sie spiegelte Israels Fortschritte im Bereich moderner Elektronik wider, war aber über viele Jahre noch mit erheblichen technischen Problemen behaftet. Weit zufriedener scheint die Bundeswehr

mit der späteren Kooperation bei Zielaufklärungs und -erfassungssystemen gewesen zu sein, denn diese stehen auch weiter auf ihrem Einkaufszettel.

Seit einigen Jahren ist zu beobachten, dass Israel auch bei weiteren komplexen Technologien zum Zuge kommen soll. So soll in Kürze ein dreijähriger Leasing-Vertrag im Wert von mehr als 100 Millionen Euro für mehrere hochfliegende Aufklärungsdrohnensysteme vom Typ Heron 1 mit Rheinmetall geschlossen werden, das diese Drohnen von der israelischen Firma IAI beziehen wird. Die Drohnen sollen schon im kommenden Jahr in Afghanistan eingesetzt werden. Auch für den langfristigen Bedarf der Bundeswehr an solchen Drohnen gibt es einen aussichtsreichen Kandidaten aus Israel – das Nachfolgesystem Heron TP, das ebenfalls von Rheinmetall angeboten wird. Mit der Drohne WABEP will die Bundeswehr erstmals eine bewaffnete Drohne einführen. Auch sie soll aus Israel kommen. Dort heißt sie HAROP. Israel ist neben den USA das einzige Land der Erde, das frühzeitig in die Entwicklung leistungsstarker unbemannter Luftfahrzeuge investiert hat und besitzt damit einen Technologievorsprung gegenüber europäischen Anbietern.

Ein weiterer bedeutender Einkauf steht auch bereits fest. Die Bundeswehr wird die israelische Panzerabwehrrakete SPIKE beschaffen. Sie soll z. B. auf dem künftigen Schützenpanzer Puma zum Einsatz kommen. Ob es sich bei diesen Vorhaben primär um die Weiterführung jener deutschen Politik handelt, die Israel durch Waffenkäufe zu Devisen verhelfen sollte oder ob es sich um Folgegeschäfte der finanziellen Nebenvereinbarungen zu Israels U-Boot-Käufen in Deutschland handelt, lässt sich nicht eindeutig feststellen, da beide Ursachen in der Substanz auf das gleiche Ergebnis hinauslaufen und die Motive nicht offengelegt werden. Rüstungsgüter aus Israel werden jedenfalls künftig auch bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine zunehmende Bedeutung erhalten.

### **Zum gegenseitigen Nutzen**

Unternehmen aus Israel und Deutschland erkannten recht früh die Chancen, die ihnen eine Kombination ihrer Stärken auf den Rüstungsmärkten eröffnen würde. Die deutsche Industrie besaß die Fähigkeit zur Systemintegration und zur Produktion, Modernisierung und Umrüstung von Waffensystemen nach NATO-Standards. Israelische Unternehmen verfügten unter anderem über hochmoderne militärische Komponenten in den Bereichen Avionik, Sensorik, Kommunikationselektronik und elektronische Kampfführung. Gemeinsam konnten sich zum Beispiel die deutsche DASA und die israelische Elbit bereits 1999 den Auftrag zur Modernisierung von 39 griechischen Phantom-Kampfflugzeugen sichern.

Eine zweite Chance bestand darin, gemeinsam neue Märkte zu erschließen oder Schlüsselkomponenten in Staaten zu exportieren, die sonst nicht ohne weiteres bedient werden konnten. So gelangten deutsche Rüstungsgüter über Israel nach Indien, Sri Lanka, in die Türkei oder 2008 auch in das kriegführende Georgien. Es setzte im Krieg um Südossetien Mehrfachraketenwerfer

zum Verschuss inzwischen geächteter Streumunition ein, die es in Israel gekauft hatte und die auf Actros-LKWs der Firma Mercedes montiert war.

Zugleich öffnet sich für israelische Firmen über ihre deutschen Partner der vielversprechende europäische Markt. Seit 1995 bieten Zeiss Optronik und die israelische Firma Rafael gemeinsam die Aufklärungs- und Zielerfassungssysteme Litening Pod und Recce Lite an. Rafael, eine israelische Firma, offeriert seine Panzerabwehrrakete Spike seit 1998 in Europa erfolgreich über das Konsortium Eurospike. Für europäische Kunden übernehmen deutsche Firmen wie Atlas Elektronik, Diehl Munitionssysteme und Rheinmetall DeTec wesentliche Teile der Produktion. Für die israelische Rüstungsindustrie ist der europäische Markt von zentraler Bedeutung, denn sie ist in hohem Maße exportabhängig. Schon 2003 erklärte Yossi Ben-Hanan, Direktor der Exportagentur des israelischen Verteidigungsministeriums (SIBAT), dass jährliche Exportaufträge im Wert von etwa zweieinhalb Milliarden Euro notwendig seien, um die rüstungsindustriellen Kapazitäten Israels auszulasten.

Die Rüstungskooperation wird auch künftig ein wesentlicher und politisch brisanter Bestandteil der deutsch-israelischen Beziehungen bleiben. Unter den Gesichtspunkten einer restriktiven Rüstungsexportpolitik und der Nichtverbreitung bleiben Israel und seine Rüstungsindustrie jedoch höchst problematische Partner. Israel gilt als unerklärte Atommacht in einer Krisenregion. Das Vorgehen seiner Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten und im Süden des Libanon rief immer wieder massive Vorwürfe hinsichtlich von Verstößen gegen Menschenrechte und humanitäres Kriegsvölkerrecht hervor. Auch für die Zukunft können im Nahen Osten militärische Eskalationen nicht ausgeschlossen werden. So droht Israel seit mehreren Jahren mit einem militärischen Schlag gegen die Nuklearanlagen des Iran. Es wäre deshalb fahrlässig zu hoffen, dass künftig Debatten über die deutsch-israelische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich so weitgehend wie in der Vergangenheit vermieden werden können.

Auf Dauer werden auch die traditionellen, legitimierenden Argumentationsmuster der Bundesregierung kaum greifen. Ein wachsender Teil der Kooperationsvorhaben mit Israel hat keinen direkten Bezug zur Sicherheit Israels mehr. Die Bedeutung technologischer, industrieller und wirtschaftlicher Interessen an der bilateralen Zusammenarbeit wächst und tritt immer deutlicher in den Vordergrund. Die gelieferten Rüstungsgüter und -komponenten dienen auf beiden Seiten immer stärker wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Interessen. Mit dem Ausbau der industrieseitigen Kooperation bei Schlüsseltechnologien und der schrittweisen Heranführung Israels an Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben im Kontext von EU und NATO wächst zudem die gegenseitige Abhängigkeit. Gerade die „Normalisierung“ hinsichtlich der Motive für eine Zusammenarbeit dürfte letztlich auch dazu führen, dass die deutsch-israelische Rüstungskooperation in der Öffentlichkeit künftig zunehmend als „normale“ diskutiert werden wird. Dies dürfte zu berechtigten Forderungen nach mehr Transparenz und zu ver-

stärkten Diskussionen darüber führen, ob die einzelnen Vorhaben den mittlerweile rechtlich verbindlichen Kriterien des europäischen Verhaltenskodex für die Ausfuhr von Waffen und Waffentechnologie entsprechen.

### **The same procedure as every year – ein Nachtrag in die Zukunft**

Den Beweis der These, dass die deutsch-israelische Rüstungskoopeation „Zukunft“ hat, tritt derzeit u. a. die zu ThyssenKrupp Marine Systems gehörende Hamburger Werft Blohm & Voss an. In deren Konstruktionsbüros wird an einem Auftrag aus Israel gearbeitet. Israel lässt prüfen, ob die Blohm & Voss-Korvetten des Typs MEKO A100 so vergrößert werden können, dass sie eine komplexe Luftverteidigungsanlage mit modernstem Radar und Senkrechtstartern für Flugkörper aufnehmen können, die auch zur Raketenabwehr befähigt wäre. Gelänge dies zu dem erhofften Preis (\$ 300 Mio. pro Schiff), so würde Israel über ein Schiffsdesign von etwa 2.200 to Wasserverdrängung verfügen, das Fähigkeiten besitzt, wie sie anderweitig nur auf etwa doppelt so großen Schiffen verfügbar sind. Würden die Schiffe auch gebaut, so wären sie fast doppelt so groß wie die bislang größten Kampfschiffe der israelischen Marine, die Saar 5-Korvetten (1.300 to).

Allerdings würde die israelische Marine sich selbst mit diesem teuren Vorhaben Konkurrenz um die rare Ressource „Devisen“ machen. Denn noch gibt es bekanntlich keine Finanzierung für das 6. U-Boot der Dolphin-Klasse und die Modernisierung der U-Boote des ersten Loses dieser Klasse. Nicht auszuschließen ist, dass eine typisch deutsch-israelische Lösung gefunden wird: Die Bundesrepublik leistet für eines oder mehrere dieser Marinevorhaben einen erheblichen Kostenbeitrag aus deutschen Steuermitteln und „verkauft“ dies öffentlich als Arbeitsplatz erhaltende Maßnahme für die unter der Finanz- und Wirtschaftskrise notleidenden Werften von TKMS. Widerstand von der deutschen „Küstenmafia“<sup>4</sup> wäre nicht zu erwarten.

*Enzo Traverso*

### **Der Stern als Brandzeichen – über den neuen Antisemitismus**

*Angriffe auf Juden oder jüdische Einrichtungen, die gelegentlich von europäischen Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund begangen werden, scheinen Ausdruck eines neu auflebenden Antisemitismus zu sein. Dieser wird unter anderem durch eine Sichtweise gefördert, die in den israelischen Mainstream-Medien und durch die israelische Regierungspropaganda vertreten wird: Israel und die Juden der Welt seien quasi Eins und austauschbar. Das mag antisemitische Äußerungen erklären, rechtfertigen kann es sie selbstverständlich nicht.*

*Enzo Traverso geht der Frage nach, wie ein neu auflebender Antisemitismus zu begreifen ist und welches seine Wurzeln sind. Welche kollektiven Erinnerungen, abwegigen Argumentationen und welche Instrumentalisierung dieser Erinnerungen spielen eine Rolle? Welche Projektionen in die Gegenwart, welche heute erlebte Diskriminierung und Entrechtung? Wie in den anderen Beiträgen dieses Kapitels geht es auch hier darum, die öffentlichen Diskussion über die Konsequenzen zu entwirren, die aus „der Geschichte“ oder aus den unterschiedlichen Sichtweisen und kollektiven Erfahrungen zu ziehen sind.*

In ganz Europa ist der Antisemitismus Gegenstand von Debatten und Auseinandersetzungen geworden – von Deutschland bis Frankreich, von Italien bis Spanien. Bei der Lektüre mancher Kommentare drängt sich der Eindruck auf, der Kontinent werde von einer neuen Woge des antijüdischen Hasses überrollt, ganz so, als würden die alten, tot geglaubten Dämonen wieder aufstehen und sich des Denkens bemächtigen, um dann wieder zu Taten zu schreiten.

In diesen Debatten herrscht große Konfusion, denn es mischen sich echte und begründete Sorgen mit ideologisch-politischen Spekulationen, mangelndem Verständnis und einem unterschiedlichen Sprachgebrauch, zusammen ergeben sie eine allgemeine Kakophonie. Auch das Problem, neue Phänomene mit überkommenen Kategorien interpretieren zu wollen, spielt dabei eine Rolle, schließlich auch gefährliche Projektionen auf fortbestehende, nicht überwindbare Traumata aus der Vergangenheit, Ergebnis einer Erinnerungsarbeit, von der auch ein politisch äußerst schlechter Gebrauch gemacht werden kann.

Dennoch ist das Phänomen ein reales. Wenngleich Statistiken und Umfragen nur annähernd zutreffen und mit manchmal fragwürdigen und irreführenden Methoden erhoben und mit großer Vorsicht gelesen werden müssen, ist unbestreitbar, dass antisemitische Vorfälle in den letzten Jahren in einigen Ländern zugenommen haben. Wiederholt hat es Brandanschläge auf Synagogen, Schulen und jüdische Gemeinden gegeben – vor allem in Frankreich, das in der Vergangenheit eine starke antisemitische Tradition gekannt hat und in dem heute zwei große Minderheiten leben, eine jüdische und eine muslimische. Diese Vorfälle können nicht als Nebensache abgetan werden.

Es gibt also keine neue „Welle“, aber der Antisemitismus blüht wieder auf. Um ihn zu bekämpfen, muss man seine Wurzeln kennen. Sollen die Überlegungen fruchtbar sein, müssen in erster Linie Verallgemeinerungen vermieden werden. Eine davon, ein Erbe des Antisemitismus, ist das stereotype Bild des Juden, der angeblich in sich ein Wesen trägt, das ihn überall und zu jeder Zeit als Mitglied einer gesonderten Gruppe ausweist. Israel und die Diaspora, orthodoxe und laizistische Juden, Zionisten und „nicht-jüdische Juden“ werden in einen Topf geworfen. Man muss diese Vorstellung verinnerlicht haben, um – wie die italienische Journalistin Barbara Spinelli – von Juden unter-

schiedslos zu fordern, sie sollten die israelische Politik gegenüber den Palästinensern „bereuen“.

Analog dazu sehen andere im Antisemitismus ein universelles und zeitloses Verhalten – die normale Beziehung zwischen Juden und Nicht-Juden, gleich ob Christen, Muslime, Atheisten, Neofaschisten oder Globalisierungskritiker. So unterschiedliche Phänomene wie der religiöse Judenhass, der aufgeklärte Antijudaismus, der moderne (nationalistische und rassistische) Antisemitismus, der Antizionismus in seinen verschiedenen, häufig widersprüchlichen Varianten (von rechts und von links, vom antisemitischen Antizionismus bis hin zu dem der „nichtjüdischen Juden“) und schließlich die Kritik der israelischen Politik werden auf ein einziges Grundmuster zurückgeführt, von dem die genannten Phänomene nur verschiedene Ausdrucksformen wären, zusammengehalten durch eine lange Geschichte, die niemals Brüche gekannt hätte. Luther, Voltaire, Drumont (ein französischer antisemitischer Schriftsteller aus dem 19. Jahrhundert), Hitler und Arafat werden zu Charaktermasken desselben ewigen Judenhasses. Diese Sorte von Verallgemeinerungen ist bei vielen Beobachtern zu einer Art geistigem Habitus geworden. Sie tragen gerade nicht dazu bei, die derzeitige Situation zu verstehen. Ich möchte hier drei oder vier Tatbestände unterscheiden, die mir wesentlich erscheinen, um zu fruchtbaren Überlegungen in dieser Frage zu gelangen: die Überreste des traditionellen Antisemitismus, die Formen der neuen Judeophobie, die ideologische Instrumentalisierung des Antisemitismus, um den Antizionismus in Bausch und Bogen zu verurteilen, und schließlich die Verzerrungen, die sich aus einer derart fragwürdigen Art der öffentlichen Geschichtsdebatte ergeben.

Europa pflegt immer noch den Antisemitismus, es hat darin eine lange Tradition. Er ist das Erbe einer säkularen Geschichte von Vorurteil, Diskriminierung und Verfolgung. Die Nahostkrise wirkt als Katalysator für alte Reflexe, die lange Zeit unsichtbar, aber nicht gänzlich verschwunden waren. Das überkommene Vorurteil drückt sich unterschiedlich aus – je nach der nationalen Kultur und Tradition, in Italien eher katholisch, in Frankreich oder Deutschland eher nationalistisch oder rassistisch gefärbt. Der französische Schriftsteller Renaud Camus, dessen Tagebücher voll sind von Anspielungen auf die Juden als angebliche Fremdkörper in der französischen Kultur, steht in einer alten Tradition, die auf Edouard Drumont und Léon Bloy im 19. Jahrhundert zurückgeht.

Der italienische Zeichner Forattini illustriert auf der Titelseite von *La Stampa* die israelische Besatzung Bethlehems mit einem Jesuskind, das sich drein schickt, von den Juden ein weiteres Mal gekreuzigt zu werden; er beschwört damit einen alten Wahn, den Ritualmord, den seit Jahrhunderten die christliche Vorstellungswelt beherrscht. Eine Spur davon findet sich leider auch auf den Seiten von *Il Manifesto*, wo ein Autor schreibt: Wenn die Juden ausgerottet wurden, müssen sie wohl irgendwie selber schuld daran sein. Der Schriftsteller Martin Walser richtet einen Aufruf an die Deutschen, sie sollten

endlich aus dem Schatten des Holocaust treten und wieder zu ihrem Nationalstolz finden; er leiht dem hartnäckigen Antisemitismus derer seine Stimme, die Deutschland nach wie vor als Opfer im Zweiten Weltkrieg betrachten und in den Juden von jeher ihr „Unglück“ sehen – wie der Historiker Heinrich von Treitschke Ende des 19. Jahrhunderts.

Diesen Antisemitismus darf man nicht banalisieren, aber auch nicht überbewerten. Er ist ein Überbleibsel der Vergangenheit, ein Phänomen, das seinen Scheitelpunkt in der Langzeitanalyse überschritten hat und jedenfalls einige Generationen lang wahrscheinlich nicht wieder aufkommen wird. Seine Äußerungen sind relativ begrenzt und provozieren Skandale, weil sie eine diffuse Sensibilität verletzen, insbesondere bei den Jüngeren, die dieses Vorurteil nicht mehr akzeptieren. Die Sprache des Antisemitismus, die in der westlichen Welt bis zum Zweiten Weltkrieg noch allgemein als respektabel galt, hat jegliche Legitimität verloren. Dieser Wandel ist infolge des Holocaust eingetreten, der eine radikale Wende und einen Bruch in der Geschichte des 20. Jahrhunderts kennzeichnet, aber auch die Kontinuität dieser Form des Antisemitismus gebrochen hat. Die progressive, schrittweise, aber unumkehrbare Einkehr der Erinnerung an den Nazi-Völkermord in das historische Bewusstsein des Westens macht diesen Diskurs inakzeptabel. Nicht einmal mehr in nationalistischen, neoliberalen oder konservativen Parteien hat er noch ein Bleiberecht, also in den Parteien, die Hüter des Antisemitismus waren; die Israelreise des ehemaligen Faschisten Fini legt beredtes Zeugnis davon ab. Die Leugnung des Holocaust war nach dem Krieg die vorherrschende Form des westlichen Antisemitismus; er erklärte den Holocaust zum Mythos, zum neuen jüdischen Komplott, um Juden zu Opfern und Nicht-Juden zu Tätern zu machen. Dieser Revisionismus hält sich nur noch als provokative und regelwidrige Haltung, die allgemein auf Missbilligung stößt und häufig von der Justiz geahndet wird. Die Tatsache, dass sich das Gedenken an die Shoah, viele Jahrzehnte hindurch ignoriert oder verdrängt, heute in eine Art Zivilreligion des Westens verwandelt hat, die gelegentlich sogar Gesetzeschutz genießt, legt Zeugnis davon ab, dass der traditionelle Antisemitismus auf verlorenem Posten steht.

Eine neue Art der Judeophobie ist dagegen in der arabischen Welt und unter den arabisch-muslimischen Minderheiten in Europa zu beobachten, die sich häufig auch in offen antisemitischen Handlungen ausdrückt. Anzeichen hierfür sind der Erfolg der Herausgabe der *Protokolle der Weisen von Zion* in arabischer Sprache und die eingangs erwähnten antisemitischen Vorfälle. Das Anzünden einer Synagoge ist ein antisemitischer Akt, der verurteilt und bestraft gehört; aber es erübrigt sich keineswegs, seine Motive zu erforschen. Die Jugendlichen maghrebischer Herkunft, die diese Taten in den elenden Vorstädten begehen – eine kleine Minderheit, die jedoch auf eine relativ breite Zustimmung oder taktische Unterstützung in ihrer Umgebung zählen kann –, kennen weder die Mentalität noch das kulturelle Vermächtnis des alten europäischen Antisemitismus. Sie machen die Juden zum negativen Kata-

lysator für ihre Lage, machen aus ihnen eine Metapher, die für die unterschiedlichsten Gefühle und Ressentiments steht. Der Jude wird gleichgesetzt mit der Elite eines Systems, das sie schon immer ausgegrenzt und unterdrückt hat – sei es in den trostlosen Vorstädten, wo der Staat sich nur in Gestalt der Polizei zeigt, sei es im kolonialisierten Irak, sei es in den palästinensischen Gebieten, die seit Jahrzehnten unter einer brutalen Besatzung leiden. Das ist der Nährboden für die neue Judeophobie, auf dem auch der islamische Fundamentalismus gedeiht.

Die Anerkennung der Tatsache, dass er seinen Ausgangspunkt in einer legitimen Revolte gegen eine reale Unterdrückung nimmt, bedeutet nicht, dass man ihn deshalb rechtfertigt. Wirft man die imperiale Politik der USA, Israel, den Westen, die Juden und die Synagogen unterschiedslos in einen Topf, so geschieht das nicht aus Unwissenheit und Rückständigkeit, wie das von einer gewissen Linken behauptet wird, die angesichts von Äußerungen des neuen Judenhasses Verständnis zeigt und sich solchen Gruppen noch nie entgegen gestellt hat, außer in paternalistischer Form.

Es handelt sich um eine erschreckende politische Regression, die selbst vielfältige und unterschiedlich gelagerte Ursachen hat: Hinter dem Aufschwung des politischen Islamismus steht das Scheitern aller Regime und Ideologien, die aus der Entkolonialisierung hervorgegangen sind: vom Nationalismus bis zum Panarabismus, vom Antiimperialismus bis zum Sozialismus. Frantz Fanon musste Osama Bin Laden weichen. Dahinter steht auch die Unfähigkeit der westlichen Demokratien, ihre Minderheiten zu integrieren, die ursprünglich aus den ehemaligen Kolonien eingewandert sind und die diskriminiert, ausgeschlossen, ghettoisiert und schließlich kriminalisiert werden. Dahinter steht auch die reale Ratlosigkeit eines gewissen aufgeklärten Universalismus, der Gleichheit als Assimilation versteht, als Anpassung an ein normatives Modell von Staatsbürgerlichkeit – das des homogenen Nationalstaats –, und nicht in der Lage ist, eine Koexistenz verschiedener Ethnien und Kulturen zu denken. Die Muslime werden damit zu einer nicht assimilierbaren Minderheit gemacht. Dahinter steht schließlich auch das Scheitern dessen, was einmal Internationalismus genannt wurde; die antirassistischen Bewegungen in Europa haben es nie geschafft, organische Beziehungen zu den Einwanderern herzustellen. Keine Partei der europäischen Linken hat einen Nichtweißen als Sprecher oder jemanden mit einem arabischen, asiatischen oder afrikanischen Nachnamen. Es gibt Millionen von Immigranten außereuropäischer Herkunft, doch sind sie öffentlich, abgesehen vom Sport und von einigen Künstlern und Autoren, nicht sichtbar. Das ist die Ausgrenzung, auf deren Grundlage die neue Judeophobie entsteht. Deren Zielscheibe ist eine Minderheit, die historisch die Negativverkörperung des Anderen innerhalb der westlichen Welt darstellte, heute aber zum Symbol dieser Welt geworden ist.

Der islamische Fundamentalismus speist sich darüber hinaus aus der anti-islamischen und rassistischen Kampagne nach den Attentaten des 11. Septem-

ber, die dazu neigt, aus jedem jungen Araber in Europa einen potentiellen Terroristen zu machen. Dieser Eurozentrismus, Ausdruck einer schlecht verdauten kolonialen Vergangenheit, kann auch die Form einer unerbittlichen Verteidigung der laizistischen und republikanischen Tradition annehmen, wie dies derzeit in Frankreich geschieht. Dort wurde ein Gesetz auf den Weg gebracht, das man offiziell damit rechtfertigt, man wolle aus den Schulen jedes „ostentative Zurschaustellen einer Religionszugehörigkeit“ verbannen; tatsächlich geht es aber darum, das islamische Kopftuch zu verbieten und eine religiöse Minderheit zu stigmatisieren. Darüber hinaus begünstigt die missbräuchliche Gleichsetzung der Juden der Diaspora, die europäische StaatsbürgerInnen sind, mit dem israelischen Staat die offizielle Haltung der israelitischen Gemeinden, die vorgeben, Vertreter aller Juden zu sein, und die der israelischen Politik durchweg unkritisch gegenüberstehen.

Anders als der Judenhass und der Antisemitismus, die unterdrückt und stigmatisiert werden, wurzelt der Hass auf den Islam im Rassismus einer eurozentrischen und postkolonialen Kultur, die sich schon immer von den Armen und Einwanderern distanziert und sie verachtet hat. Ein antisemitischer Vorfall ruft in der Öffentlichkeit Empörung und Abscheu hervor. Hingegen wird es als normal erachtet, dass ein junger Maghrebiner beruflich, bei der Wohnungssuche, beim Zugang zu Diskotheken diskriminiert wird. In Frankreich wurde sogar ein Gesetz erlassen, das Schülerinnen an öffentlichen Schulen das Tragen eines Kopftuchs verbietet. Wer heute Mohammed oder Farida heißt, hat mit ähnlichen Widrigkeiten zu tun wie die orientalischen Juden vor hundert Jahren in Berlin, Wien und Paris. Ein Handbuch des Antisemitismus wie das von Drumont, *La France juive*, würde heute verboten, aber ein Aufsatz wie der von Oriana Fallaci, *Die Wut und der Stolz*, der in vieler Hinsicht sein antiislamisches Pendant darstellt, ist international ein Bestseller.

Im Verlauf der letzten Jahre hat sich in den jüdischen Gemeinden der Diaspora eine fast religiöse, gefühlsmäßige Beziehung zu Israel entwickelt, die in vieler Hinsicht an den Mythos der Sowjetunion erinnert, wie er von den europäischen Stalinisten zur Zeit Stalins gehegt wurde. Die UdSSR war über jede Kritik erhaben, und wer es gewagt hat, Zweifel an ihrer Politik zu äußern, wurde automatisch als Antikommunist, Kriegstreiber und Komplize des Imperialismus abgestempelt.

Auf der Grundlage solcher Kriterien würde Primo Levi, der den israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin 1982 während der israelischen Invasion des Libanon als „Faschisten“ bezeichnete, heute als gefährlicher Antisemit eingestuft. Die automatische Identifikation von Antizionismus mit Antisemitismus ist eine geniale Formel, um jegliche Kritik an Israel zu neutralisieren.

Sicher, Scharon kann als willkommener Vorwand dienen, einem lange unterdrückten Antisemitismus freien Lauf zu lassen, aber dieser Antisemitismus dient auch als Alibi, um Kritik an einem Staat zu neutralisieren, der seit mehr als vierzig Jahren palästinensische Gebiete unter einer drückenden militäri-

schen Besetzung hält, die Bevölkerung dort unterdrückt und tagtäglich demütigt, systematisch Operationen ethnischer Säuberungen und der Kolonialisierung durchführt, die palästinensische zivile Infrastruktur zerstört und immer wieder auch regelrechte Massaker anrichtet. Nach dieser Auffassung äußert, wer sich öffentlich gegen diese Politik wendet, die den Palästinensern alle Rechte vorenthält, nur das alte Vorurteil derer, die den Juden ihre Rechte verwehren, ihnen gar ihren Staat nehmen und sie ins Meer werfen wollen. Nach dem 11. September 2001 veröffentlichte der Chefredakteur der Zeitschrift *Les Temps Modernes* und Dokumentarfilmer (u. a. *Shoah*), Claude Lanzmann, in *Le Monde* einen Leitartikel, in dem er die Gegner des Krieges in Afghanistan als Antisemiten bezeichnete und ihnen unterstellte, sie hätten den heimlichen Wunsch, Tel Aviv bombardieren.

Diese Argumentation ist besonders widersinnig, da sie ausgerechnet die Kräfte unter den Intellektuellen, den AktivistInnen und Persönlichkeiten mit muslimischem Hintergrund angreift, die sich innerhalb der Solidaritätsbewegung mit Palästina gegen den islamischen Fundamentalismus und die mit ihm verbundene Judeophobie wenden. Doch das ist tatsächlich die auf die Spitze getriebene Konsequenz eines Herangehens, das den israelisch-palästinensischen Konflikt aus seinen geschichtlichen und tatsächlichen Zusammenhängen reißt und das sich seit dem 11. September verstärkt hat: Man reduziert diesen Konflikt auf einen „Zusammenprall der Zivilisationen“ und leugnet seine Grundlagen: die militärische Besetzung und Landnahme, die diskriminierende Monopolisierung der Wasserressourcen, die Verweigerung von Rechten, die schreckliche Spirale der Gewalt, die Terrorismus hervorbringt und diesen wiederum instrumentalisiert, um erneute Repression zu rechtfertigen. Sein Ursprung wäre, nach dieser Lesart, ein unüberwindlicher, quasi ontologischer Konflikt zwischen zwei unvereinbaren „Wesenheiten“: Juden und Muslime, der Westen und der Islam.

Die Argumentation ist pervers, aber nicht allein Folge von Demagogie und Instrumentalisierung. Sie spiegelt auch alte Ängste, Ressentiments und Frustrationen wider, die sich im Laufe der Zeit angestaut haben. Sie bringt schreckliche Missverständnisse zum Ausdruck, die einer traumatischen Erinnerung entspringen können. Der israelische Historiker Tom Segev weist darauf hin, dass Ben Gurion Nasser mit Hitler verglich, und dass Begin den Einmarsch in den Libanon im Jahr 1982 als eine Art historischen Ausgleich sah, so als wäre eine jüdische Einheit ins Warschauer Ghetto einmarschiert. Israel wird nicht mehr nur als Siedlungsprojekt und als ein von Pionieren errichteter Staat gedacht, sondern als Antwort auf Auschwitz. Der Historiker Dan Diner erinnert daran, dass die israelischen Militärbehörden sich 1967 angewöhnt hatten, die Grenzlinie vor der Besetzung der Westbank und des Gazastreifens als „Auschwitzlinie“ zu bezeichnen. Aus dieser Sicht sind die palästinensischen Selbstmörder keine verzweifelten Rebellen gegen eine unerträgliche Unterdrückung, sondern die Reinkarnation des Nazismus.

Dass es sich hier um wilde Phantasien handelt, liegt auf der Hand. Der israelisch-palästinensische Konflikt wird heute zum Gegenstand von Interpretationen, die seinen Inhalt und seine Problematik übersteigen und ihn zu einer Projektionsfläche machen, auf der ganz andere Sorgen, Ressentiments und Vorbehalte aus der Erinnerung aufscheinen. In Europa nährt sich die Debatte über den Antisemitismus aus der Nahostkrise, aber ihr wirklicher Gegenstand bleibt der Holocaust, dessen Schatten noch über der Gegenwart liegt. Die kollektive Erinnerung ist weder starr noch bleibt sie stehen, vor allem ist sie immer der Gefahr der Übertreibung und des Missbrauchs ausgesetzt. Sie kann auch zum verzerrenden Prisma einer Realitätsdeutung werden, das Kategorien, die in einem bestimmten Kontext entstanden sind, in einen völlig anderen überführt. Bereits der Erste Golfkrieg war in eine Art „Krieg um die Erinnerung“ verwandelt worden, wobei die realen Akteure zu Komparaten in einer Szenerie der Abrechnung mit der Vergangenheit mutierten. Saddam Hussein wurde – besonders von Bush Senior – als eine Art neuer Hitler dargestellt, und alle, die sich gegen den Kreuzzug des Westens wandten, wurden konsequent zu Hitlers (zumindest metaphorischen) Komplizen gemacht, die angeblich bereit waren, erneut einen Völkermord zu begehen.

Es wundert nicht, dass Deutschland der Ort ist, an dem der teleskopische Blick aus der Erinnerung auf die Gegenwart besonders stark wirkt. Israel schreibt sich unweigerlich in die Qual dieser Trauerarbeit ein, je später und unfruchtbarer, umso schwerer ist eine Trauer ohne Ziel und ohne Ergebnis.

Ein Teil der Linken, auch der radikalsten Linken, reagiert angesichts ihrer nicht immer sauberen Vergangenheit und ihres notorischen Versagens, den Charakter des Antisemitismus der Nazis zu begreifen, indem sie die bedingungslose Verteidigung Israels zu einem nicht hinterfragbaren Dogma macht.

Eine Zeitschrift wie *Konkret*, die den palästinensischen Terrorismus unterstützte, als die PLO Israel noch nicht anerkannte, befürwortet heute die Besatzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens und geht soweit, im Namen des Kampfes gegen den Antisemitismus den Krieg gegen den Irak zu begrüßen. In den Debatten der Linken werden die verschiedenen Komponenten dieser Tendenz unter dem Begriff der „Antideutschen“ zusammengefasst. Anderswo hat sich ein ähnliches Phänomen in weniger karikaturhafter Form herausgebildet: Seit Auschwitz sind die Juden zu den Opfern schlechthin geworden, und die Linke kann Legitimität nur dadurch erlangen, dass sie Israel unterstützt.

Diese besondere Form der Trauerarbeit verkehrt die Seiten, opfert die Sache der Palästinenser und nimmt an den Juden eine Ersatzhandlung vor: Gestern noch die Verhassten und Verfolgten, sind sie heute die idealtypische Verkörperung des Opfers – das gilt auch in Israel. Doch dabei bleiben sie im Grunde ein Bild und Produkt der Imagination, die späte Projektion einer „Schuld“ – der Schuldfrage, wie Karl Jaspers sie 1945 aufwarf und die zu Kriegsende noch nicht anerkannt wurde. In Deutschland sind die Juden nie in der Weise anerkannt worden, wie es die Aufklärung fordert: nämlich als

menschliche Wesen, die man beurteilen kann, für oder gegen die man sich ausspricht, die man liebt oder ablehnt, je nachdem, wie sie sich verhalten. Vielmehr wurden sie immer als Träger einer Essenz, eines Wesens gesehen. Diese Essenz hat heute das Vorzeichen gewechselt: war sie einst Gegenstand der Verachtung, wird sie heute rückhaltlos unterstützt. Der alte „kulturelle Code“ der Andersartigkeit hat nunmehr eine positive Bedeutung gewonnen, doch er bleibt der Schlüssel zu einer deutschen Identität, die das Judentum noch nie als Teil von sich akzeptiert hat – gestern wegen des Antisemitismus, heute wegen des Grabens, den Auschwitz aufgerissen hat. In diesem Sinne ist der Philozionismus eines Teils der deutschen Linken weniger ein Zeichen ihrer Läuterung als ihrer fehlenden Reife und ihrer Unfähigkeit, sich von einem überkommenen Vorurteil zu lösen, wenn auch die Werteskala heute auf den Kopf gestellt ist.

Deutschland ist der privilegierte Ort für diesen gefährlichen Erinnerungseffekt, aber das Phänomen ist darüber hinaus verbreitet. Der Jude bleibt eine Stellvertreterfigur – als Täter wie als Opfer. Für die einen bestätigt Israel seine Rolle als Verfolger, für die anderen ist er das potenzielle Opfer eines neuen Holocaust.

All das läuft auf einen Konflikt der Erinnerungen hinaus – der jüdischen, der europäischen und der arabischen Erinnerungen –, die aufeinander prallen und sich gefährlich kreuzen. Der palästinensischen Erinnerung ist, ganz ähnlich wie der Erinnerung der in Europa lebenden Minderheit arabisch-muslimischer Herkunft, der Genozid an den Juden fremd. Für die Palästinenser bedeutet Israel weder eine Kompensation für die Tragödie der Juden – ein historisches Ereignis, für das sie nicht verantwortlich sind und bei dem sie nicht zugegen waren – noch das Refugium für Zehntausende Entwurzelter, die die Vernichtung durch die Nazis überlebt haben. Es bedeutet den Ursprung ihrer eigenen Tragödie: das Ergebnis eines Kolonialisierungsprozesses, der sie ihres Landes und ihrer Würde, ihrer Rechte und ihrer Zukunft beraubt hat. Die Vorstellung von der Geschichte der Juden, wie sie in Gaza oder Ramallah geläufig ist, mag stereotyp sein, in jedem Fall aber unterscheidet sie sich von derjenigen, die man sich in Europa macht. Hier haben sich die Spuren eines Genozids in sie eingeschrieben, dort fällt sie mit den verhassten Bildern einer Besatzungsmacht zusammen, der einzigen, die die große Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung kennt. Die Geburt Israels markiert ganz und gar nicht einen Akt der Erlösung, sondern den Beginn der Nakba, der Katastrophe, der Vertreibung.

Israel ist beides: Zufluchtsort für viele Überlebende des Völkermords und der Staat, der am Morgen nach seiner Verkündung aus einem Selbstverteidigungskrieg entstanden ist, der sich rasch in eine ethnische Säuberung verwandelt hat. Hier verortet sich auch die Metamorphose des Zionismus, dessen historische Legitimität als jüdische Nationalbewegung gar nicht in Abrede gestellt werden soll, wohl aber die anhaltenden Praktiken des Staates, den er hervorgebracht hat. Die Anerkennung dieser grundlegenden Tatsache – des

Krieges von 1948 als Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land – seitens der „Neuen Historiker“ Israels ist eine notwendige Voraussetzung für ein Verstehen der palästinensischen Erinnerung von jüdischer Seite. Einige der Neuen Historiker, so Benny Morris, die sich der Staatsräson angepasst haben, sind heute der Auffassung, dass es jetzt gilt, das 1948 Begonnene zu Ende zu führen. Andere, so Ilan Pappé oder Zeev Sternhell, sehen in der Schaffung eines palästinensischen Staates die Lösung – eines echten souveränen Staates allerdings, und nicht, wie von bisherigen israelischen Regierungen angeboten, von Bantustans. Auf der anderen Seite würde eine Ablehnung des Antisemitismus (und vor allem der Leugnung des Holocaust), wie er von nicht wenigen arabischen Intellektuellen vertreten wird, einen bedeutsamen Schritt für die Einbeziehung des Holocaust in das palästinensische Bewusstsein darstellen.

Dabei geht es nur um ein Fünkchen Rationalität, das ein wenig Licht in einen Konflikt brächte, in dem unauflösbar erscheinende Geschichten von Vergeltung und gerechtem Zorn aufeinander prallen. Doch sie sind wesentliche Elemente für das gegenseitige Verständnis der beiden sich scheinbar abschließenden Erinnerungen. Das Bemühen um das Verstehen des Anderen ist unerlässlich und könnte – auch in Europa – viel leichter fallen, wo es dazu beitragen würde, viele Missverständnisse um den Antisemitismus zu vermeiden. Der israelisch-palästinensische Konflikt bedarf allerdings einer politischen Lösung, die von der Erinnerungspolitik nicht geliefert werden kann.

zuerst veröffentlicht in *Il Manifesto*, dann in der *Sozialistischen Zeitung* – SoZ 4/2004; Übersetzung aus dem Italienischen: Angela Klein, Sophia Deeg.

## Kapitel V

### Was geschah in Gaza?

*Der Angriff auf den Gazastreifen, zunächst aus der Luft, dann auch vom Meer und schließlich mit Bodentruppen dauerte vom 27. Dezember 2008 bis zum 18. Januar 2009 und wurde von der israelischen Armee in Anlehnung an ein Chanukka-Kinderlied „Gegossenes Blei“ getauft. Für die eingeschlossene Bevölkerung gab es keinen Schutz und kein Entkommen. Die Armee, die über sie herfiel, führte ohne jegliche Hemmungen und weitgehend ohne Zeugen einen uneingeschränkten „Krieg“ gegen die Zivilbevölkerung. Ausländische Berichtersteller hatten keinen Zutritt zu dem abgeriegelten Gebiet. Nichteinheimische MitarbeiterInnen von internationalen Hilfsorganisationen und andere AusländerInnen wurden zu ihrer Sicherheit kurz vor Beginn der Bodenoffensive aufgefordert, den Streifen zu verlassen, was sie bis auf rund zehn AktivistInnen aus Australien, Großbritannien, Italien, dem Libanon, Norwegen, Polen, Spanien und Südafrika auch taten. Diese waren großenteils mit einem der Schiffe des Free Gaza Movement kurz vor dem Angriff dort eingetroffen. Sie blieben, obwohl sie hätten ausreisen können. Ihre Überzeugung: Unser Leben ist nicht mehr wert als das der Angegriffenen. In dem Inferno konnten sie kaum mehr tun als ZeugInnen sein und, soweit es Internet- und Mobilfunk-Verbindungen erlaubten, berichten. Sie fuhren mit den Krankenwagen, die in vollkommener Missachtung des humanitären Völkerrechts gezielt unter Beschuss genommen wurden. Auch das und den Tod mehrerer Sanitäter konnten sie nicht verhindern.*

*Die „Operation gegossenes Blei“ ist ein Dreiviertel Jahr danach bereits wie ein erkaltetes, erstarrtes Stück Blei irgendwo in unserem kollektiven medienvermittelten Vergessen abgelagert. Dass wir geschehen ließen oder nicht verhindern konnten, was in Gaza geschah, ist schwer erträglich für alle Beteiligten, für die in Gaza und für uns, denen die Menschenrechte etwas gelten, und die zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die miserablen Bedingungen für die Eingeschlossenen in Gaza nicht verändert haben. Sie sind derselben Gewalt nach wie vor ausgesetzt. Sie können ihre Kranken nicht angemessen versorgen, ihre Häuser nicht wieder aufbauen, ihren Kindern keine Zukunft bieten. Und es gibt scheinbar nichts, was einen erneuten massiven Angriff wie den von 2008/9 ausschließen würde. Verantwortlich dafür ist die Belagerung Gazas, der in voller Absicht betriebene, wie selbstverständliche Ausschluss seiner Bevölkerung von allem, was ihr nach den elementarsten humanitären Maßstäben zusteht. Und die Unterdrückung durch Israel wird weiterhin unterstützt bzw. toleriert durch die USA und die EU bzw. durch korrupte arabische Regimes. Auf diesen unerträglichen Zustand haben die wenigen Interna-*

tionalen reagiert, als sie in Gaza blieben und es so begründeten: „Unser Leben ist nicht mehr wert als das ihre.“

Durch Israel massiv behinderte Untersuchungskommissionen wie die des UN-Menschenrechtsrats unter Leitung des südafrikanischen Richters Richard Goldstone haben inzwischen bestätigt, was BewohnerInnen des Gazastreifens und internationale ZeugInnen der Massaker mittels Mobiltelefon und Videoaufnahmen mitteilten und festhielten, während sie unter Beschuss Fliehende begleiteten und Verletzte bergen halfen. Angesichts der Verbrechen, die von der israelischen Armee begangen wurden, und der andauernden Not der Opfer, der Frauen, Männer und Kinder in Gaza, ist die Aussage des israelischen Außenministers Avigdor Lieberman an Zynismus und Brutalität kaum zu überbieten. Nach einem Treffen mit dem US-Unterhändler Mitchell sagte er im Oktober 2009, er sehe nicht, dass es in absehbarer Zeit zu einer Lösung des Konflikts kommen könne. Im übrigen gebe es viele ungelöste Konflikte auf der Welt, „und die Menschen haben gelernt, damit zu leben“.

Jedenfalls handelt es sich um eine eindeutige Ankündigung dessen, was von „Verhandlungslösungen“ und „Friedensprozessen“ der bekannten Art zu erwarten ist, auch wenn sie unter der Regie eines Friedensnobelpreisträgers Obama stattfindet.

Derartige Verhandlungen haben bisher noch nie für Bedingungen gesorgt, unter denen auch die mächtige und an einer Lösung nicht interessierte Seite dazu motiviert oder gezwungen gewesen wäre, tatsächlich ernsthaft zu verhandeln und sich an Vereinbarungen zu halten.

*Mustafa Barghuthi*

## **Palästinas Guernica und die Mythen von Israel als Opfer**

Mustapha Barghuthi schrieb diesen Text, als der israelische Angriff auf Gaza gerade erst begonnen hatte. Er schrieb gegen die israelische Propaganda an, die den Angriff rechtfertigend begleitete und weltweit von den Mainstream-Medien und in Deutschland von der politischen Klasse übernommen wurde. Er schrieb an gegen eine Darstellung, die aus den Opfern des Überfalls Täter machte und aus den Tätern Opfer. Dies war bereits zu einem Zeitpunkt eindeutig abzusehen, als die israelische Armee noch längst nicht alle Register gezogen hatte.

Der israelische Feldzug des „Todes von oben“ fing um etwa 11 Uhr am Samstag morgen (dem 27.12.2008) an und dauerte die Nächte hindurch bis zum Dienstag. Das Massaker geht weiter, während ich diese Zeilen schreibe.

Der blutigste Tag, den Palästina seit dem 1967er Krieg erlebt, ist längst noch nicht vorüber, nachdem Israel versprochen hat, dies sei „erst der Anfang“ seiner staatsterroristischen Kampagne. Bisher sind mindestens 360

Menschen ermordet worden, doch die Zahl steigt in atemberaubender Geschwindigkeit, während weitere zermalmte Körper aus dem Geröll geborgen werden, Getroffene ihren Verletzungen erliegen und die Zahl der Opfer mütlich steigt.

Was geschehen ist und geschieht, ist nichts Geringeres als ein Kriegsverbrechen. Die israelische Propagandamaschine jedoch läuft auf Hochtouren und spuckt in rascher Folge eine Lüge nach der anderen aus.

Es ist höchste Zeit, die Mythen, die auf diese Weise in die Welt gesetzt wurden, ein für alle mal zu entschleiern:

*1. Israel hat behauptet, im Frühjahr 2005 die Besetzung des Gazastreifens beendet zu haben.*

Während es tatsächlich die Siedlungen von einem schmalen Küstenstreifen entfernte, hat Israel keineswegs die Besetzung beendet. Es hat weiterhin die Kontrolle über die Grenzen, den Luftraum und das Meer in Gaza. Israel hat seit seinem Rückzug weiterhin häufig aus der Luft angegriffen und gezielte Tötungen durchgeführt.

Darüber hinaus hat Israel seit 2006 eine umfassende Belagerung über den Gazastreifen verhängt, seit über zwei Jahren also. Die Gazais haben am Rande des Verhungerns gelebt und mussten die grundlegendsten Voraussetzungen eines menschlichen Lebens entbehren, so das Öl oder die Energie zum Kochen oder zum Heizen und einfachste Medikamente. Diese Belagerung allein hat bereits eine humanitäre Katastrophe verursacht, die durch die israelische Militäraggression nur noch verschärft wurde.

*2. Israel behauptet, die Hamas habe die Waffenruhe gebrochen und sich einseitig aus dem Abkommen zurückgezogen.*

Tatsächlich aber hat die Hamas ihren Part beim Waffenstillstand erfüllt und ist davon nur abgewichen, wenn Israel umfangreichere Offensiven gegen die Westbank durchführte. In den vergangenen zwei Monaten ist das Waffenstillstandsabkommen zusammengebrochen, nachdem Israel mehrere Palästinenser umgebracht hatte, was zu den Reaktionen der Hamas führte. Mit anderen Worten: Während der Dauer der vereinbarten Waffenruhe hat die Hamas keinen Schlag ohne Provokation durchgeführt.

Israel hingegen hat keine seiner Verpflichtungen erfüllt: die Belagerung aufzuheben und die lebensnotwendige humanitäre Hilfe wieder in den Gazastreifen hinein zu lassen. Es ließ nicht die durchschnittlich üblichen 450 Lastwagen passieren, sondern bestenfalls 80 täglich und sorgte dafür, dass die Grenzübergänge in 70% der Zeit hermetisch verschlossen blieben. Während der gesamten Zeit der angeblichen Waffenruhe waren die Bewohner Gazas gezwungen, wie Tiere zu leben. Dabei starben insgesamt 262 Menschen, weil für sie die überlebensnotwendige medizinische Versorgung nicht zugänglich war.

Jetzt, da Hunderte tot und laufend weitere Opfer zu beklagen sind, weigert sich Israel erneut, in Gespräche über eine Waffenruhe einzutreten. Es hat keineswegs die Absicht, Frieden herbeizuführen, wie es ständig beteuert.

Vielmehr zeichnet sich immer deutlicher ab, dass Israel auf eine Ablösung des Regimes aus ist – koste es was es wolle.

*3. Israel gibt vor, mit „friedfertigen Palästinensern“ Frieden schließen zu wollen.*

Vor dem aktuellen Massaker im Gazastreifen und während des gesamten Annapolis-Friedensprozesses hat Israel seine Besetzung der Westbank fortgesetzt und sogar intensiviert. Im Jahr 2008 sind die Siedlungen um einen Faktor 38 erweitert worden, weitere 4.950 Palästinenser wurden verhaftet, die überwiegend aus der Westbank stammten, und die Zahl der Checkpoints ist dort von 521 auf 699 gestiegen.

Außerdem hat Israel seit Beginn dieser Friedensgespräche 546 Palästinenser getötet, darunter 76 Kinder. Diese empörende Statistik wird durch die gegenwärtigen Ereignisse dramatisch in die Höhe getrieben, doch der gegenwärtige Horror sollte vorausgehende israelische Verbrechen nicht vergessen machen.

Erst heute Morgen hat Israel im Westbankdorf Nil'in einen friedlichen jungen Demonstranten getötet und Dutzende weitere in den vergangenen Stunden verletzt (03.01.08: Einer von ihnen ist inzwischen ebenfalls seinen Verletzungen erlegen, d. Ü.). Mit Sicherheit wird Israel weiterhin gewaltfreien Demonstrationen mit mörderischer Gewalt begegnen, und wir müssen mit weiteren Opfer in der Westbank rechnen. Wenn Israel mit „guten Palästinensern“ tatsächlich Frieden schließen will – wer ist damit eigentlich gemeint?

*4. Israels Vorgehen ist Selbstverteidigung.*

Es ist schwierig, von Selbstverteidigung zu reden, wenn man die Konfrontation selber herbeigeführt hat, aber es geschieht dennoch. Selbstverteidigung wäre eine Reaktion, doch die Aktionen Israels während der letzten Tage sind eindeutig von langer Hand geplant. Zum einen hat die israelische Presse ausführlich über die laufende PR-Kampagne berichtet, die Israel geführt hat, um die israelische und die internationale Öffentlichkeit auf den Angriff vorzubereiten. Zum anderen wurde von israelischen Bemühungen berichtet, die Palästinenser davon zu überzeugen, dass kein Angriff bevorstehe, indem kurzzeitig Grenzübergänge geöffnet und von anstehenden Treffen geredet wurde. Dies geschah, um eine hohe Opferzahl sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass die Bürger Gazas auf ihre anstehende Abschachtung nicht gefasst sein würden.

Irreführend ist es auch, bei einem Konflikt mit einer derart extremen Asymmetrie der Macht von Selbstverteidigung zu reden. Israel ist die stärkste Militärmacht der Region und die fünftstärkste der Welt. Außerdem ist es der viertgrößte Waffenexporteur, und sein militärisch-industrieller Komplex steht dem der USA kaum nach. Mit anderen Worten, Israel gebietet zu allen Zeiten über ein umfassendes Monopol, wenn es um die Ausübung von militärischer Gewalt geht, und ganz ähnlich wie die Supermacht, mit der es verbündet ist,

nutzt Israel den Krieg als Gelegenheit, seine vielfältigen Tötungsinstrumente vorzuführen.

*5. Israel behauptet, nur militärische Ziele angegriffen zu haben.*

Selbst jetzt, da ein Bild nach dem anderen von schwer verletzten oder getöteten Frauen und Kindern über unsere Bildschirme flimmert, behauptet Israel unverfroren, dass seine Geschosse gezielt ausschließlich militärische Einrichtungen getroffen haben. Wir wissen, dass das nicht zutrifft, da durch die Luftangriffe viele andere Objekte getroffen wurden, zivile Einrichtungen, darunter eine Moschee und ein Krankenhaus.

Auf das am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt gehen Tonnen über Tonnen an Sprengladungen nieder. Die ersten Schätzungen der Verletztenzahlen gehen in die Tausende. Israel wird diese als bloße Kollateralschäden oder zufällige Todesopfer bezeichnen. Die schiere Absurdität und Unmenschlichkeit einer solchen Behauptung sollte die Weltgemeinschaft zutiefst beschämen.

*6. Israel behauptet, es greife die Hamas an und nicht das palästinensische Volk.*

Dazu ist zu sagen, dass Raketen die Menschen nicht nach ihrer politischen Couleur unterscheiden; sie töten schlicht jeden, auf den sie treffen. Israel weiß das, und die Palästinenser wissen es auch. Was Israel darüber hinaus weiß, aber öffentlich nicht ausspricht, ist die Tatsache, dass sein derzeitiges Vorgehen die Hamas sogar stärken wird, deren Botschaft von Widerstand und Rache die Erzürnten und Trauernden aufgreifen werden.

Die Ziele der Angriffe – Polizeistationen und nicht Hamasfunktionäre – weisen darauf hin, worum es Israel tatsächlich geht. Israel zielt darauf ab, im Gazastreifen ein Chaos auszulösen, indem es die Grundlagen von Recht und Gesetz zerstört.

*7. Israel behauptet, von den Palästinensern gehe die Gewalt aus.*

Hier gibt es kein Vertun: Die Besatzung seit 1967 ist die ganze Zeit über die Ursache der Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern gewesen und bleibt es weiterhin. Die Gewalt kann aufhören – indem die Besatzung beendet wird und den Palästinensern ihre nationalen und Menschenrechte gewährt werden. Die Hamas kontrolliert die Westbank nicht, und dennoch verbleiben wir unter der Besatzung, werden unsere Rechte mit Füßen getreten und unsere Kinder getötet.

Betrachten wir auf dem Hintergrund dieser nunmehr widerlegten Mythen die wahren Gründe für die aktuellen Luftangriffe (und ab dem 5.1.2009 auch der Bodenoffensive). Worauf wir dabei stoßen, ist möglicherweise noch abstoßender als die Angriffe selber.

Die israelischen führenden Politiker geben Pressekonferenzen, ganz in Schwarz und mit aufgekremelten Ärmeln.

„Der Kampf muss aufgenommen werden“, sagen sie, „aber er wird nicht leicht sein.“

Um die Härte des Kampfes unter Beweis zu stellen, haben sich Livni, Olmert und Barak noch nicht einmal Make-up für ihre Pressekonferenz aufle-

gen lassen, und Barak hat seine Präsidentschaftswahlkampagne darin gipfeln lassen, sich in den Gaza-Feldzug zu stürzen. Was für Helden! Was für Führer!

Wir alle kennen die Wahrheit: die Unterbrechung des Wahlkampfes ist genau das – Wahlkampf. Genau so, wie es John McCain gemacht hat, als er seinen Wahlkampf unterbrach, um nach Washington zurückzukehren und „sich der Finanzkrise anzunehmen“ – es ist nicht viel mehr als ein PR-Gag.

Die Kandidaten müssen „hart genug“ wirken, „um zu führen“, und es gibt offenbar keine bessere Methode dafür, als in palästinensischem Blut zu baden.

„Seht her“, scheint Livni in ihrem dunklen Anzug und der nachlässigen Haartracht zu sagen. „Auch ich bin ein Krieger. Ich habe die Kraft, die Sache hochgehen zu lassen. Fühlt ihr euch nicht bestärkt darin, mich zu wählen, nachdem ich euch gezeigt habe, dass ich genauso brutal bin wie Bibi Netanjahu?“

Ich weiß nicht, wer mich mehr beunruhigt, sie und Barak oder die Wählerschaft, der sie es recht machen wollen.

Unterm Strich wird es die Sicherheit des israelischen Durchschnittsbürgers keineswegs verbessern; sie könnte sogar in nächster Zeit schwer leiden, wenn das Massaker womöglich eine neue Generation von Selbstmordattentätern hervorbringt.

Auch die Hamas wird durch das israelische Vorgehen nicht geschwächt werden, und am Ende werden auch die drei Narren, Barak, Livni und Olmert, nicht gut aussehen und ihre „Härte“ nicht unter Beweis gestellt haben. Ihr unkluges politisches Abenteuer wird sich gegen sie selber wenden, wie schon die erschreckend ähnlich verlaufene Invasion des Libanon 2006.

Abschließend sei noch festgestellt, dass es – neben der israelischen Innenpolitik – einen weiteren Grund gibt, warum dieser Angriff geschehen konnte und kann: die Komplizenschaft und das Schweigen der internationalen Gemeinschaft.

Israel kann und will nicht gegen den Willen seiner wirtschaftlichen Bündnispartner in Europa und seiner militärischen Verbündeten in den USA agieren: Israel mag am Abzug stehen und dafür sorgen, dass in diesen Tagen hunderte oder gar tausende Palästinenser den Tod finden, doch die Apathie der Welt und die unmenschliche Toleranz gegenüber dem Leiden der Palästinenser lassen es zu.

„Das Böse existiert nur, weil das Gute dazu schweigt.“

Erstveröffentlichungen auf verschiedenen Websites ab dem 29.12.2009, u. a. auf [www-almubadara.org](http://www-almubadara.org)

Norman Paech/Kerstin Seifer

## Israel und Palästina – die aktuelle Lage aus völkerrechtlicher Perspektive

*Prof. Norman Paech (bis zu den Bundestagswahlen 2009 Mitglied der Linksfraktion, hat nicht wieder kandidiert) war einer der ganz wenigen deutschen Abgeordneten, der in der Lage war und den Mut hatte, klar und begründet Stellung zu nehmen, als der furchtbare Angriff auf die Bevölkerung von Gaza losbrach. Der präzise argumentierende Text von ihm und seiner Mitarbeiterin Dr. Kerstin Seifer zeigt, dass es weder unvermeidlich noch zu verantworten ist, sich scheinbar „ausgewogen“ und dabei tatsächlich vage und ausweichend über den israelisch-palästinensischen Konflikt zu äußern, indem die klaren Vorgaben des Völkerrechts geleugnet werden. Er ergreift für niemanden Partei, sondern bietet Prinzipien und Verfahrensweisen an, die Gleichbehandlung postulieren. Wer behauptet, man nehme einseitig gegen Israel Stellung, wenn man sich auf das Völkerrecht beruft, macht damit deutlich, dass er dessen Anwendung, d. h. die Gleichbehandlung der Konfliktparteien, nicht wünscht. Denn tatsächlich wird auch das Verhalten palästinensischer Kräfte in der Analyse von Paech/Seifer und beispielsweise im Goldstone-Bericht nach den Kriterien des Völkerrechts beurteilt. Das Völkerrecht bietet Kriterien zur Beurteilung von Verantwortung und für eine Positionsbildung, die nicht von Ideologie, Machtinteressen oder einseitigen Parteinahmen nahegelegt wird.*

In diesem Beitrag werden wir einigen zentralen völkerrechtlichen Aspekten des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern nachgehen, wie sie sich durch den Krieg im Gazastreifen neu gestellt haben. Es sind dies die nun schon seit über vierzig Jahre bestehende Besatzungsfrage sowie die neu hinzugekommenen Fragen des Selbstverteidigungsrechts Israels, des Rechts auf Widerstand der Palästinenser und der in diesem Krieg begangenen Kriegsverbrechen.

Die juristische Dimension ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie zum einen Kriterien der Beurteilung bietet, die allgemein anerkannt und nachprüfbar sind, da von den Staaten kodifiziert. Zum anderen öffnet das moderne Völkerrecht seit der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag und der Einführung sog. Weltstrafgesetzbücher in etlichen Staaten den Weg strafrechtlicher Verantwortung.

### **Besatzung – völkerrechtliche Gebote und Verbote**

Um die Lebensgrundlage und das Leben der Zivilbevölkerung in Besatzungssituationen zu schützen, sind im Völkerrecht sowohl eine Reihe von Pflichten einer Besatzungsmacht formuliert als auch Verbote dessen, was eine Besatzungsmacht nicht tun darf.

Nach der klassischen Definition des Artikels 42 der Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907 gilt ein Gebiet als krieglerisch besetzt, „wenn es

sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.“ Es ist aber nicht erforderlich, dass die feindliche Armee sich an jedem Ort des besetzten Gebietes befindet. Besetzt ist ein Gebiet dann, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt und effektiv unter der Kontrolle der gegnerischen Streitkräfte befindet, d. h. wenn die Besatzungsmacht faktisch in der Lage ist, ihre Herrschaft über die Zivilbevölkerung durchzusetzen. Dies ist für das Westjordanland und Ostjerusalem ganz ohne Zweifel seit 1967 der Fall, gilt aber auch aktuell für den Gazastreifen. Auch wenn Israel dieses Gebiet im Jahr 2005 offiziell verlassen hat, hält Israel den Gazastreifen spätestens seit 2007 wieder besetzt.

Daraus folgt eine Reihe von rechtlichen Verpflichtungen, die in der HLKO und später im IV. Genfer Abkommen von 1949 sowie den beiden Zusatzprotokollen zu den Genfer Abkommen von 1977 kodifiziert worden sind. Vornehmlich geht es dabei um den Schutz und die Versorgung der Zivilbevölkerung. Israel bestreitet zwar die Anwendbarkeit der Genfer Konventionen auf die besetzten Gebiete und hat auch die beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen nicht ratifiziert. Das ist jedoch unerheblich, da es sich bereits weitgehend um Gewohnheitsrecht handelt, und die Ablehnung der Genfer Konventionen von niemand anders akzeptiert wird.

Artikel 43 HLKO überträgt der Besatzungsmacht die Aufgabe, „alle von ihr abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.“

Diese Aufgaben umfassen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und medizinischen Gütern (Art. 55 ff. IV. Genfer Abkommen), sondern den Schutz der Menschenrechte, der religiösen und anderen Gebräuche (Art. 27 IV. Genfer Abkommen) sowie die Achtung der innerstaatlichen Rechtsordnung (Art. 64 IV. Genfer Abkommen). Ausdrücklich verboten sind der Besatzungsmacht die Annexion besetzten Territoriums – also Ost-Jerusalems und der Golan-Höhen – (Art. 2.3 u. 2.4 UN-Charta), die Besiedlung mit eigenen Staatsangehörigen sowie die Verschleppung von Teilen der Bevölkerung (Art. 147 IV. Genfer Abkommen, Art. 85.4 des 1. Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen von 1976).

Der Verstoß gegen diese Verbote ist als Kriegsverbrechen zu ahnden, wofür der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag zuständig ist (Art. 8.2 a, b Statut des Internationalen Strafgerichtshof – IStGH – von 1998).

### **Siedlungen, Mauerbau und natürliche Ressourcen**

Der Gazastreifen und die Westbank werden demnach nicht nur faktisch von Israel beherrscht, sondern es handelt sich völkerrechtlich um eine Besetzung. Denn Israel kontrolliert und reglementiert die Grenzen und den Grenzverkehr, den Luftraum, das Seegebiet, die Importe, die Exporte, die Bewegungsfreiheit, die Exporterlöse (Zölle), die Geldtransfers und übt faktisch das Ge-

waltmonopol aus. Das gesamte zivile Leben der Bevölkerung wird von der israelischen Politik und dem Militär diktiert. Für Israel sind folglich die oben genannten Gebote und Verbote verpflichtend.

Aber die Realität sieht anders aus. Israel verstößt tagtäglich gegen internationales Recht. Im Westjordanland zeugen davon unter anderem die israelischen Siedlungen, der israelische Mauerbau und die rund 600 „Checkpoints“ sowie nicht zuletzt der Umgang der israelischen Besatzungsmacht mit den natürlichen Ressourcen, vor allem dem Wasser.

### **Israelische Siedlungen**

Die israelischen Siedlungen im Westjordanland sind nicht nur ein gravierendes Hindernis für einen eigenen palästinensischen Staat, da sie das Land der Palästinenser und Palästinenserinnen wie einen Schweizer Käse durchlöchern.<sup>1</sup> Sie sind nach internationalem Recht völkerrechtswidrig. Die israelischen Behörden haben durch ein etabliertes bürokratisches und rechtliches System mehr als 50 % des Landes unter ihre Kontrolle gebracht.<sup>2</sup> Allerdings beherrschen sie durch ihr von den Palästinensern getrenntes Straßensystem, das die Siedlungen untereinander und mit Israel verbindet, faktisch das gesamte Westjordanland.<sup>3</sup>

Israel hat seine Siedlungsaktivitäten nie ernsthaft eingestellt, obwohl es sich mit Unterzeichnung der „Road Map“ dazu verpflichtet hatte. Die Bevölkerung der israelischen Siedlungen in der Westbank ist in den letzten sieben Jahren um nahezu 40 % angewachsen, d. h. mittlerweile leben rund 300.000 Menschen in diesen Siedlungen. Weitere 180.000 israelische Siedlerinnen und Siedler leben in Ost-Jerusalem. Insgesamt hat sich damit seit Anfang der 1990er Jahre, als der Friedensprozess in Oslo begann, die Zahl der Siedler im Westjordanland verdreifacht. Gegenwärtig sind weitere substantielle Erweiterungen der Siedlungen in der Westbank vorgesehen, Pläne für 73.000 neue Wohnungen liegen vor.<sup>4</sup>

Die israelische Regierung hat faktische Neuansiedlungen immer als Ausbau bestehender Siedlungen verschleiert und mit dem „natürlichen Wachstum“ begründet. Dies gilt besonders für die Siedlungsaktivitäten im besetzten Ost-Jerusalem.<sup>5</sup> Die Regierung hat ein Drittel des annektierten Ostteils von Jerusalem für den jüdischen Siedlungsbau enteignet. Immer wieder müssen palästinensische Familien in Ost-Jerusalem ihre Wohnungen für jüdische Familien räumen.<sup>6</sup> Der verbleibende Teil Ost-Jerusalems steht der palästinensischen Bevölkerung allerdings auch nicht zur Verfügung. Auch hier bestimmt Israel als Besatzungsmacht, ob z. B. gebaut wird oder nicht. So müssen 60.000 Menschen, also ein Viertel der palästinensischen Einwohner und Einwohnerinnen in Ost-Jerusalem, mit dem Risiko leben, dass ihre Häuser von den israelischen Behörden abgerissen werden, weil sie nach deren Verständnis illegal sind. Nur dreizehn Prozent der Fläche Ost-Jerusalems sind als palästinensisches Bauland ausgewiesen, wobei es sich hier um bereits eng bebaute Flächen handelt. Zudem ist die Bebauungsdichte begrenzt und die Genehmigungsverfahren sind sehr kompliziert und teuer. Eine Baugenehmigung ist

für Palästinenser in Ost-Jerusalem kaum zu erhalten und die erteilten Baugenehmigungen decken bei weitem nicht die Nachfrage, die sich aus dem Bevölkerungswachstum ergibt. Jedes Jahr fehlen geschätzt 1.100 Wohnungen. Deshalb sind viele gezwungen, ohne Baugenehmigung zu bauen, mindestens 28% der Häuser im arabischen Ortsteil sind deshalb ohne Erlaubnis gebaut worden. Mit der fehlenden Erlaubnis der israelischen Behörden begründen diese den Abriss und die Demolierung der Häuser von Palästinenserinnen. Im Jahr 2008 wurden auf diese Weise 400 Menschen obdachlos. In 2009 rückten die Abrissunternehmer bereits 19 Mal an. Die gleiche Politik der Häuserzerstörung wird von Israel in Sektor C der Westbank betrieben.<sup>7</sup>

Ein besonders augenfälliges Beispiel für die Landnahme der Israelis sind die Siedlungsaktivitäten im Jordantal. Von den 2.400 km<sup>2</sup> des Jordantals, fruchtbarstes Ackerland, werden 1.200 km<sup>2</sup> von israelischen Siedlern und Siedlerinnen kontrolliert, weiteres Land ist durch Israel als Militärzone ausgewiesen. Den Palästinensern und Palästinenserinnen bleiben nur vier Prozent des Tales für Landwirtschaft und zum Wohnen.<sup>8</sup>

In allen „Rückzugs“-Angeboten der israelischen Regierungen der letzten Jahre war das Jordantal als angeblich sicherheitsrelevante Pufferzone von einem Rückzug ausgenommen.

Der UN-Menschenrechtsrat hat die Siedlungen zuletzt im Mai 2009 in Resolution 10/18 als Bruch des Völkerrechts verurteilt.

## **Die Mauer**

Die Mauer, das ist nicht nur eine Mauer bzw. ein Zaun, sondern auch eine bis zu 100 Meter breite Sicherheitszone mit Bewachung, Elektrozäunen, NATO-Draht, Gräben, Kameras, Patrouillen. Die Mauer kann nur passiert werden, wenn die Israelis es erlauben. Die Zone ist mit 709 km zweimal so lang, wie die Grüne Linie zwischen der Westbank und Israel. Bei Fertigstellung der Mauer wird sie nach derzeitigen Planungen zu 85% auf der Westbank-Seite stehen, nur 15% auf der Grünen Linie oder auf israelischem Territorium. Insgesamt werden 9,5% der Westbank von ihr umgeben. Der Bau der Mauer bedeutet demnach nicht nur Landraub, sondern auch, dass rund 200.000 Palästinenserinnen und Palästinenser von ihr umschlossen werden: 35.000 Menschen zwischen der Mauer und der Grünen Linie, 125.000 auf drei Seiten und weitere 28.000 werden vollständig, also von vier Seiten in die Mauer eingeschlossen.<sup>9</sup>

Konkret bedeutet dies, dass Gemeinden, Dörfer und sogar Familien getrennt werden, viele palästinensische Bäuerinnen und Bauern keinen Zugang mehr zu ihren Feldern haben, der Zugang zu Ost-Jerusalem, dem infrastrukturellen Zentrum der Westbank (Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen etc.) stark eingeschränkt ist und manche Gemeinden nun vollständig abgeschnitten sind. Der Distrikt Bethlehem z. B. ist 630 km<sup>2</sup> groß, aber nur dreizehn Prozent davon – unzusammenhängende Flächen – können die Menschen aufgrund der Mauer nutzen. Die Mauer zerschneidet folglich nicht nur das Land, sondern auch selbstbestimmtes Leben, sie schneidet die Menschen ab

# Die "Trennungsmauer"

0 10 20 Km

- Grüne Linie / Grenze zu Jordanien
- Mauer im Bau / festgelegter Mauerverlauf
- ⋯ vorgeschlagener Mauerverlauf
- Gebiete innerhalb der Mauer
- Gebiete aussorhalb der Mauer
- Enklaven



West Bank und Gazastreifen  
1967 von Israel besetzt  
(22% des ursprünglich  
palästinensischen Gebietes)



Quelle: [www.gush-shalom.org](http://www.gush-shalom.org)

von lebenswichtigen Strukturen der elementaren Grundversorgung sowie von ihren Familien und sozialen Netzwerken.<sup>10</sup>

In einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Juli 2004 wird der Bau der Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten als völkerrechtswidrig verurteilt.<sup>11</sup> Bereits 2003 hatte die UN-Vollversammlung in einer Resolution (ES 10/13) gefordert, den Mauerbau in den besetzten palästinensischen Gebieten rückgängig zu machen. Unter Bezugnahme auf das Gutachten des IGH verabschiedete die Vollversammlung im August 2004 eine weitere Resolution (ES 10/15), in der sie den Mauerbau verurteilt. Der UN-Menschenrechtsrat hat den Mauerbau zuletzt im Mai 2009 als Bruch des Völkerrechts verurteilt (Resolution 10/18 und Resolution 10/20).

### **Natürliche Ressourcen: Wasser**

Die Verfügung Israels über die Wasservorkommen der besetzten Gebiete ist ein weiteres Beispiel völkerrechtswidrigen Verhaltens der Besatzungsmacht. Unter der Westbank gibt es große regionale Wasserressourcen (Aquifere). Im Weltbankbericht von 2009 wird festgestellt, dass Israel aus den Aquifere für seine eigenen Bürgerinnen und Bürger großzügig Wasser nimmt und Palästinenserinnen und Palästinensern bei der Zuteilung von Wasser vernachlässigt und diskriminiert.<sup>12</sup> Pro Person und Jahr erhalten Israelis 240 Kubikmeter, nur 75 Kubikmeter erhalten Palästinenserinnen und Palästinenser des Westjordanlands, so dass letztere von Israelis Wasser zukaufen müssen.

Palästinenser dürfen Brunnen nur bis 70 m tief bohren, dort finden sie aber kein Grundwasser mehr. Die Israelis hingegen dürfen 1.000 m tief bohren.

In manchen Gegenden der Westbank haben die Menschen nur 10 bis 15 Liter Wasser am Tag. Das ist weniger als die empfohlene Menge, um Epidemien zu verhindern, geschweige denn die Sicherstellung einer Grundversorgung. Nach internationalem Recht hat jeder ein Grundrecht auf Wasser, die Ausbeutung der Ressourcen durch die Besatzungsmacht ist illegal.<sup>13</sup>

### **Umweltverschmutzung**

Wie aus einem Bericht der palästinensischen Umweltbehörde (PEA) hervorgeht, nutzt Israel das Westjordanland als eine preiswerte und praktisch nicht kontrollierte Müllkippe auch für giftige Abfälle. Es deponiert dort alles, was es selbst nicht entsorgen möchte oder kann. Dabei sind palästinensische Mittelsmänner involviert, die den Müll gegen Geld auf ihrem Land abkippen lassen, sei es Tausende von Hühnerkadavern, die mit dem Geflügelpestvirus infiziert waren oder Fässer mit Insektiziden. Aber auch potenziell giftige Substanzen lässt Israel im Westjordanland produzieren. Ein israelischer Pestizidhersteller musste sein Werk 1985 nach einer Klage von Anwohnerinnen dichtmachen und zog daraufhin ins nördliche Westjordanland.<sup>14</sup>

## Gazastreifen

Es besteht kein Zweifel daran, dass die israelische Armee spätestens seit Sommer 2007 den Gazastreifen wieder unter ihre vollständige Kontrolle gebracht hat. Weder zu Land, noch zu Luft oder Wasser kann jemand ohne die Erlaubnis der israelischen Armee das Gebiet verlassen oder betreten. Schwer kranken Menschen wird die Ausreise für eine medizinische Behandlung im Ausland verweigert, Studierende können nicht ausreisen und verlieren ihre Auslandsstipendien und Studienplätze außerhalb von Gaza. Ausländer werden ebenfalls festgehalten, indem ihnen über Monate die Ausreise verweigert wird. Es gibt praktisch keine Bewegungsfreiheit aus dem Gebiet heraus. Jede Bewegung in dem nur 365 km<sup>2</sup> großen Areal unterliegt der lückenlosen Luftüberwachung durch das israelische Militär.

Für die Anwendung des Besatzungsrechts zum Schutze der Bevölkerung reicht es aus, dass die Besatzung auch ohne die Anwendung militärischer Gewalt erfolgt, weil etwa jeder Widerstand auf Grund der Übermacht des Gegners unterbleibt. Entscheidend ist nur die vollständige und effektive Kontrolle durch die fremde Macht – und die liegt seit Sommer 2007 im Gazastreifen bei der israelischen Armee.

Der Gazastreifen ist ein Gebiet ohne Staatsqualität, ohne faktische oder rechtliche Souveränität. Es ist von keinem Staat anerkannt und nach dem Rückzug der israelischen Siedler und Soldaten im Sommer 2005 in den Augen der israelischen Regierung auch nicht mehr Besatzungsgebiet mit den sich daraus für die israelische Regierung ergebenden völkerrechtlichen Pflichten einer Besatzungsmacht: ein rechtliches Niemandsland, so wie Guantánamo für die USA. Dies galt jedoch höchstens bis zu den Wahlen im Januar 2006. Denn nach den Wahlen schloss sich wieder der Ring um den Gazastreifen, zunächst durch die Verweigerung der Auszahlung der Zoll- und Steuereinnahmen und den Stopp der ausländischen Zahlungen bis zu der vollständigen Blockade mit Boykott und Schließung der Grenzen, nachdem im Juni 2007 Hamas die Macht in Gaza übernommen hatte. Seitdem ist Gaza faktisch wieder zum besetzten Gebiet geworden. Die Menschen sind im Gazastreifen eingeschlossen, in Kollektivhaft genommen.

Im Gazastreifen ereignet sich seit Jahren das, was in den letzten Jahren den Begriff „humanitäre Katastrophe“ bekommen hat. Bereits vor dem Krieg Ende 2008 hat die israelische Blockade und politische Isolierung des Gazastreifens dazu geführt, dass der private Wirtschaftssektor zusammengebrochen ist, 98 % der privaten Unternehmen haben schließen müssen. Die meisten Palästinenserinnen und Palästinenser sind erwerbslos und 80 % leben in Armut, genau so viele sind von den dürren Nahrungsmittelhilfen, die die Israelis in den Gazastreifen lassen, abhängig. Der weltweite Anstieg der Lebensmittelpreise und wiederkehrende Trockenheit hat zu weiterer Nahrungsmittelsicherheit geführt.<sup>15</sup>

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen verurteilt Israel zwar regelmäßig für sein Vorgehen, so beispielsweise in den Resolutionen S-6/1, S-

9/1, 10/19 und 10/21<sup>16</sup>, verändert hat sich deshalb aber nichts. Israel hält weiter an seiner Strangulierung des Gazastreifens auf Kosten der Zivilbevölkerung fest, daran hat auch der letzte gescheiterte Friedensprozess von Annapolis nichts verändert.

### **Gazakrieg**

Die Bilanz der Militäroffensive „Cast Lead“ („Gegossenes Blei“) ist erschreckend: Nach Angaben unabhängiger Untersuchungskommissionen von *Amnesty International* und der Arabischen Liga wurden über 1.400 Palästinenser und Palästinenserinnen getötet. Zweidrittel der Toten sind unbewaffnete Zivilpersonen<sup>17</sup>, darunter 110 Frauen, 85 Männer über 50 Jahre. Mit 300 toten Kindern ist jedes dritte zivile Opfer ein Kind. Über 5.000 Menschen wurden verletzt, darunter 1.855 Kinder, wobei ein Großteil der Verletzungen schwerwiegend ist.<sup>18</sup>

Auf Israels Seite gab es 13 Todesopfer, davon sind 3 Zivilisten, und 184 Verletzte.<sup>19</sup>

Die sehr hohe Zahl der zivilen Opfer rechtfertigte Außenministerin Tzipi Livni am 19.01.09 im israelischen Rundfunk damit, dass im Kampf gegen die Terroristen der Hamas manchmal eben auch Zivilisten leiden müssten. Die israelische Regierung begründet ihr Vorgehen mit dem Selbstverteidigungsrecht.

### **Juristische Dimensionen des Gazakriegs**

Die Debatte um die politischen und moralischen Fragen des Krieges erweitert sich nun zunehmend um die juristische Dimension. Dabei sind zwei Fragen zu beantworten: Erstens, hatte Israel ein Recht, den Gazastreifen am 26. Dezember 2008 anzugreifen? Dies ist die Frage nach dem sog. jus ad bellum, dem Recht zum Krieg. Zweitens, hat die israelische Armee bei ihrem Luftangriff und der folgenden Bodenoffensive die Regeln des Kriegsvölkerrechts beachtet, das bestimmte Kampfformen ausschließt und Auswirkungen ächtet? Dies ist die Frage nach der Beachtung des jus in bello, dem Recht im Krieg. Beide Fragen stellen sich natürlich gleichermaßen in Hinblick auf den Raketenbeschuss israelischen Territoriums durch Hamas und andere palästinensische Gruppen sowie ihre Kampfführung in Gaza.

### **Selbstverteidigungsrecht**

Das alte jus ad bellum ist für die Staaten mit der UNO-Charta von 1945 in ein jus contra bellum umgewandelt worden: Es gibt nur noch zwei Ausnahmen, die Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat (Art. 39, 42 UNO-Charta) und das Selbstverteidigungsrecht (Art. 51 UNO-Charta). Israel beruft sich ausdrücklich auf das Selbstverteidigungsrecht gegen den Raketenbeschuss durch Hamas. Beide Parteien hatten am 19. Juni 2008 eine sechsmonatige Waffenpause vereinbart, die weitgehend eingehalten wurde. „Weitgehend“ bedeutet keine vollständige Waffenruhe. Nach offiziellen israelischen Angaben feuerten die Palästinenser im Juli zwei Raketen, im August acht, im September und Oktober je eine Rakete nach Israel, die zwar Sachschäden an-

richteten, aber keine Menschen töteten. Beide Parteien gingen davon aus, dass dieser Zustand sich noch im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens hielt – bis zum 4. November 2008. An diesem Tag startete die israelische Armee einen Angriff auf den Gazastreifen, der nach Zeitungsberichten der Zerstörung eines Tunnels galt. Die israelische Tageszeitung *Ha'aretz* schrieb am 30. Dezember 2008 über diesen Zwischenfall:

„Alles hat am 4. November angefangen, als die israelische Armee in den Gazastreifen eindrang, um einen Tunnel zu sprengen, der eine ‚tickende Bombe‘ sein sollte, nämlich ein Mittel, israelische Soldaten zu entführen. Am 11. November umzingelte die Armee ein Haus und sprengte es. Dabei wurden ein Hamas-Mann getötet und mehrere Palästinenser verletzt. War es der einzige Tunnel in Gaza? War die große Sprengung der einzige Weg, die Gefahr zu beseitigen? Man hätte doch den Ausgang des Tunnels auf der israelischen Seite blockieren oder einen Hinterhalt vorbereiten können. Israel hat sich aber mit dieser Aktion nicht begnügt. Am nächsten Tag liquidierte man ein Fahrzeug mit sechs Menschen, angeblich Hamas-Leute. Vielleicht sind es aber Menschen auf dem Weg zum Einkaufen gewesen. Diese Aktion tief im Gazastreifen hat zur Eskalation geführt. Hamas hat darauf mit einem Hagel von Raketen geantwortet. Israel reagierte mit der Sperrung der Übergänge. So hat die Aktion ‚Gegossenes Blei‘ angefangen. Dabei hat sich Hamas bis zu jenem bitteren Tag an den Waffenstillstand gehalten. Hamas hat sogar Leute von ‚Djihad Islami‘ festgenommen, die auf Israel schossen oder zu schießen planten.“

Der Waffenstillstand endete formal am 19. Dezember 2008, beide Seiten waren an einer Verlängerung nicht interessiert. Israel nicht, da die Pläne für den baldigen Angriff schon auf dem Tisch lagen. Hamas nicht, weil Israel seine Verpflichtung, während des Waffenstillstandes die Grenzen für die Versorgung der Bevölkerung zu öffnen, nicht nachgekommen war und sich die Situation der Menschen weiter verschlechtert hatte. Es ist zwar kein offizielles schriftliches Dokument des Waffenstillstandes veröffentlicht worden, aber der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, der an der Vermittlung der Waffenruhe im Juni 2008 beteiligt war, zählt auch die Wiederaufnahme der lebenswichtigen Lieferungen von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Wasser und Treibstoff im alten Umfang der Zeit vor dem Rückzug der Israelis aus dem Gazastreifen zu der Vereinbarung. Laut Carter ließen die Israelis jedoch kaum ein Drittel der notwendigen Lieferungen über die Grenze. Noch im Dezember habe sich Hamas bereit erklärt, die Waffenruhe einzuhalten, wenn Israel die normalen Lieferungen wieder zulassen würde. Die israelische Regierung habe sich jedoch nur zu 15 % der früheren Warentransporte bereit erklärt, was für Hamas nicht akzeptabel war.<sup>20</sup> Man wird nach Kenntnis dieser Umstände denen schwer widersprechen können, die darauf verweisen, dass es Israel klar gewesen sein musste, dass die Palästinenser auf dieses Verhalten über kurz oder lang mit erneuten Raketen reagieren würden.

Doch nimmt das den Israelis das Recht auf Selbstverteidigung gem. Art. 51 UNO-Charta? Man könnte argumentieren, dass derjenige, der den Angriff durch eigenes rechtswidriges Verhalten (Bruch des Waffenstillstandes) provoziert, das Selbstverteidigungsrecht verwirkt. Andernfalls könnte sich ein Staat eine billige Legitimation für den eigenen Angriff verschaffen. Kurz nach Beginn des Kriegs hatte Verteidigungsminister Barak selbst eingestanden, dass der Angriff vom 27. Dezember von langer Hand sorgfältig geplant und vorbereitet worden war. Damit ist zumindest die Behauptung widerlegt, dass die Raketen der Auslöser des Angriffs gewesen sind. Und das wiederum nährt die Zweifel an der gängigen und weithin akzeptierten These, Israel habe in Ausübung seines Selbstverteidigungsrechts den Gazastreifen angegriffen.

### **Recht zum Widerstand?**

Nichts ist in den Haager und Genfer Abkommen über das Recht der Bevölkerung zum Widerstand gegen illegale Besetzung gesagt. Überwiegend wird in der völkerrechtlichen Literatur die Meinung vertreten, dass die besetzte Bevölkerung kein Recht habe, gegen die Besatzungsbehörden und ihre Streitkräfte mit Gewalt vorzugehen. „Es gibt weder ein individuelles noch kollektives Widerstandsrecht“.<sup>21</sup> Das mag für eine Situation gelten, in der die Besatzungsmacht ihren völkerrechtlichen Ordnungs- und Versorgungspflichten nachkommt. Gegen eine Besatzungsmacht, die die Verbote der Annexion, Besiedlung und Verschleppung missachtet und auch ihren Versorgungspflichten nicht nachkommt, muss es jedoch ein Recht zum Widerstand geben. Dieses folgt aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches seit den 1960er Jahren als zwingendes Recht anerkannt ist.

In der berühmten „Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten“, der sog. Friendly-Relations-Declaration vom 24. Oktober 1970, hat die UNO-Vollversammlung festgestellt, dass jede Gewalt verboten ist, die einem Volk „sein Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit und Unabhängigkeit“ entzieht. Daran anknüpfend haben die Staaten auf der Rotkreuz-Konferenz von 1977 in Artikel 1.4 des 1. Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen bestimmt, dass „bewaffnete Konflikte, in denen Völker gegen Kolonialherrschaft und fremde Besetzung sowie gegen rassistische Regimes in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung kämpfen“, als internationale bewaffnete Konflikte zu gelten haben. Der Widerstand gegen jede „fremde Besetzung“ ist demnach gerechtfertigt, also auch im Gazastreifen.<sup>22</sup> Es ist deshalb auch vollkommen korrekt, wenn Mahmut Abbas auf dem jüngsten Parteitag der Fatah auf diesem Widerstandsrecht gegen die israelische Besetzung beharrte. Sobald der Widerstand zur Gewalt greift, ist er allerdings an die Regeln des humanitären Völkerrechts gebunden. Das bedeutet: die Kämpfer erhalten den Status der Kombattanten und jeder Angriff auf Zivilisten sowie auf zivile Einrichtungen ist verboten. Der Abschuss von Kassam- und Katjuscha-Raketen auf israelische Ortschaften ist deswegen ebenfalls ein Verstoß gegen das Völkerrecht.

## Kriegsverbrechen im Gazakrieg

Nicht nur *Amnesty International* und die bereits erwähnte Untersuchungskommission der Arabischen Liga unter John Dugard, sondern weitere Nicht-Regierungsorganisationen, wie z. B. Physicians for Human Rights – Israel und Palestinian Medical Relief Society (PMRS)<sup>23</sup>, Human Rights Watch<sup>24</sup> sowie der Sonderbeauftragte des UN-Menschenrechtsrats für die palästinensischen Gebiete, Richard Falk, werfen der israelischen Armee in der Ende Dezember 2008 begonnenen dreiwöchigen Offensive im Gazastreifen massive Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vor. Sie wurden jüngst durch den Bericht „Das Schweigen brechen“ einer Gruppe ehemaliger Soldaten, der auf Interviews mit 30 beteiligten Soldaten beruht, mit erschreckenden Details bestätigt.<sup>25</sup> Nicht nur, dass die israelischen Truppen gezielt Zivilisten und zivile Einrichtungen angegriffen hätten, sie seien auch nicht davor zurückgeschreckt, palästinensische Zivilisten als „menschliche Schutzschilde“ zu benutzen und weißen Phosphor in dicht besiedeltem Gebiet einzusetzen.<sup>26</sup> Alle Untersuchungsberichte stimmen darin überein, dass die israelischen Truppen die notwendige Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Einrichtungen total vernachlässigt haben, die gesamte Kriegsführung vollkommen unverhältnismäßig gewesen sei.

Die israelische Luftwaffe flog allein bis zum 15. Januar 2009 2.360 Angriffe<sup>27</sup>, die Panzereinheiten stießen bis in die Städte Gaza, Khan Yunis und Rafah vor, die Marine nahm den Streifen vom Meer aus unter Feuer.<sup>28</sup> Beobachter schätzen, dass 1,5 Millionen Tonnen Sprengstoff auf Gaza abgeworfen worden seien, das macht pro Einwohner eine Tonne.<sup>29</sup>

Nicht nur die vielen Toten und Verwundeten sind zu beklagen. Erste Schätzungen von unabhängiger Seite geben die Höhe der entstandenen Schäden mit 2 Mrd. US-\$ an. Etwa 15 % aller Gebäude im Gazastreifen sind zerstört oder schwer getroffen, über 4.100 Wohnhäuser, rund 1.500 Betriebe und Werkstätten und 20 Moscheen. 18 Unterrichtsgebäude wurden vollständig zerstört, 280 weitere Schulen, Kindergärten und Universitätsgebäude wurden schwer beschädigt.<sup>30</sup> Rund 70 % der Tunnel nach Ägypten, durch die nicht nur Waffen, sondern vor allem Lebensmittel für die von Lieferungen aus Israel abgeschnittene Bevölkerung geschmuggelt wurden, wurden offensichtlich zerstört.

UN-OCHA [UN-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten] schrieb bereits am 8. Januar 2009 in seinem wöchentlichen Bericht:

„Es gibt keinen sicheren Ort im Gazastreifen – keine sichere Zuflucht, keinen Bunker, und die Grenzen sind geschlossen, Zivilisten haben keinen Ort zum Fliehen.“

Auf einer Fläche von 365 km<sup>2</sup>, nicht halb so groß wie Hamburg, drängen sich 1,5 Mio. Menschen (Hamburg 1,7 Mio.). In dieser Situation blieb den Bewohnern kaum eine Fluchtalternative, wenn sie von der israelischen Seite aufgefordert wurden, ihre Häuser zu verlassen, weil diese anschließend bombardiert würden.

Die Behauptung der israelischen Armee, die Hamas-Kämpfer hätten sich hinter den Zivilisten versteckt und diese als Schilde benutzt – beides ein Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht (Art. 51.7 1. Zusatzprotokoll) und in schweren Fällen als Kriegsverbrechen zu verfolgen (Art. 8.b.xxiii Statut des IGH) – ist weder von der UNO noch von *Amnesty* bestätigt worden. Alle Untersuchungskommissionen haben dafür bis heute keine Beweise. Die Bevölkerungsdichte macht eine deutliche Trennung von zivilen Einrichtungen und Kämpfenden kaum möglich. Zudem zeigen die zahlreichen Bombardierungen von Einrichtungen der UNO (Schulen, Krankenhäuser, Fahrzeuge), von Universität, Ambulanzen, Ministerien und öffentlichen Gebäuden zweierlei: entweder sie erfolgten vorsätzlich und zielgerichtet – dafür sprechen viele Beispiele des bereits erwähnten Berichts „Das Schweigen brechen“ ehemaliger israelischer Soldaten<sup>31</sup> – oder es bestand keine objektive Möglichkeit der eindeutigen Trennung von zivilen und militärischen Anlagen für die Angreifer. Im zweiten Fall handelt es sich nicht um bedauerliche, aber straflose Kollateralschäden, sondern wie im ersten Fall um eindeutige Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Denn Art. 51 1. Zusatzprotokoll verbietet einen „Angriff, bei dem damit zu rechnen ist, dass er auch Verluste an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder mehrere derartige Folgen zusammen verursacht, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten Fall und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.“

Die Frage der Verhältnismäßigkeit wird immer ein Streitfall der konkreten Bewertung zwischen den Gegnern bleiben. Die Zahl der zivilen Opfer und das Ausmaß der erfolgten Zerstörungen in Gaza jedoch müssen schon heute als vollkommen unverhältnismäßig angesehen werden gegenüber dem Kriegsziel, die Hamas zu schwächen und den Raketenbeschuss zu unterbinden. Nach Art. 85.3.b. 1. Zusatzprotokoll handelt es sich um Kriegsverbrechen, die in schweren Fällen vor dem Internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden können (Art. 8.2.b.i. Statut des IStGH).

Der 117 Seiten lange Bericht von *Amnesty International* ist das Ergebnis der ersten ausführlichen Untersuchung der 22-tägigen israelischen Gaza-Offensive. In dem Bericht fordert *Amnesty* erneut ein Waffenembargo gegen Israel und die Hamas und ruft alle Staaten dazu auf, mutmaßliche Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen. Zudem müssten alle Staaten die internationale Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats unterstützen, die alle Menschenrechtsverletzungen während des Konflikts untersuchen soll.<sup>32</sup> Israel verweigert die Zusammenarbeit mit der Kommission. Zugleich kritisierte *Amnesty* aber auch die Hamas. Während des 22-tägigen Konflikts habe diese wahllos hunderte Raketen ins südliche Israel gefeuert und dabei drei Zivilisten getötet.

## Rechtliche Verantwortung

Die Geschehnisse dieser 23 barbarischen Tage müssen weiter untersucht werden, um die völkerrechtliche und evtl. strafrechtliche Verantwortung festzustellen. Auch zivilrechtliche Klagen auf Entschädigung wegen zerstörten Eigentums sind zu erwarten. Nur dann, wenn dieser Krieg auch zu rechtlichen Konsequenzen führt, erfüllen die Bemühungen der Staaten um die Fortentwicklung und Verbesserung der Regeln gegen den Krieg ihren Sinn. Wer nicht zur Verantwortung gezogen wird und nichts zu befürchten hat, wird immer eine Gefahr für seine Nachbarn bleiben. Auch wenn wir ein uneingeschränktes Recht der Israelis auf Selbstverteidigung gegen die Raketen der Palästinenser unterstellen, so befreit doch dieses Recht nicht von den Regeln und Gesetzen, die das humanitäre Völkerrecht jeder militärischen Aktion auferlegt.

Eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) wird allerdings kaum in Frage kommen, da Israel das Statut nicht unterzeichnet hat. Die Unterzeichnungserklärung der Palästinensischen Autonomiebehörde muss auf ihre Gültigkeit überprüft werden, da nur *Staaten* sich der Rechtsprechung des IStGH unterwerfen können. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit können jedoch inzwischen vor einer Reihe nationaler Strafgerichte angeklagt werden, die über ein Weltstrafrecht verfügen, wie z. B. Deutschland, Spanien, Norwegen und Belgien.

Das israelische Verteidigungsministerium hat dementsprechend schon vor Beendigung des Krieges damit begonnen, in Erwartung der strafrechtlichen Anklagen gegen führende Offiziere und Politiker Material vor Ort zu sammeln, welches die These bestätigen soll, dass ausschließlich gegen die Hamas gekämpft worden sei, diese jedoch die Zivilbevölkerung als Schutz benutzt habe und für die vielen Opfer selbst verantwortlich sei.<sup>33</sup>

Es wird also bei der juristischen Aufarbeitung auch um konkrete Kampfmethoden, den Einsatz von Kampfmittel und deren Wirkung auf Zivilisten gehen, wie sie im Bericht von *Amnesty International*<sup>34</sup> beschrieben werden:

„Hunderte Zivilisten wurden bei den Angriffen getötet, bei denen Präzisionswaffen eingesetzt wurden: Bomben und Raketen aus der Luft sowie Panzergeschosse. Andere wurden aus geringer Entfernung erschossen, unter ihnen Frauen und Kinder, obwohl sie keine Bedrohung für die israelischen Soldaten darstellten. Bombardements aus der Luft durch israelische F-16-Kampfflugzeuge griffen gezielt Wohnhäuser an und zerstörten sie ohne Vorwarnung. Dabei wurden in großer Zahl die Bewohner getötet oder verletzt, häufig während sie schliefen. Kinder, die auf den Dächern der Häuser oder auf der Straße spielten, andere Zivilisten, die ihren täglichen Verrichtungen nachgingen sowie medizinisches Personal, das sich um die Verwundeten kümmerte, wurden am helllichten Tag durch *Hellfire*- und andere Präzisionsgeschosse getötet, die von Hubschraubern oder unbemannten Flugzeugen (UAVs) oder Dronen abgeworfen oder von Präzisionsprojektilen durch Panzer abgefeuert wurden. Beunruhigende Fragen stellen sich in diesem Zusam-

menhang. Wie konnte es sein, dass hoch präzise Waffen, derart viele Kinder und andere Zivilisten töteten, obwohl diejenigen, die sie bedienen, selbst kleinste Details ihres Ziels sehen können und obwohl diese Waffen sogar Fahrzeuge, die sich schnell bewegen, genau treffen können. Auch weniger präzise Waffen, etwa Artillerie- und Mörsergeschosse sowie Flechette-Granaten sind für den Tod einer Vielzahl von Zivilisten verantwortlich. Auch sie können präzise verschossen werden, doch streuen sie Tausende tödlicher Metallpfeile mit großer Geschwindigkeit über ein ausgedehntes Gebiet.“

Der Einsatz von Phosphor, der von der israelischen Regierung jetzt auch eingeräumt wird<sup>35</sup>, ist zwar nicht generell verboten, darf aber in einer derart dicht besiedelten Umgebung wegen seiner unterschiedslosen Wirkung nicht eingesetzt werden (vgl. Art. 51.4 1. Zusatzprotokoll). Auch wird Israel vorgeworfen, Munition mit abgereichertem Uran verwendet zu haben. Dies wird zwar von Israel bestritten, der Vorwurf wird jedoch zu prüfen sein. Zudem ist der Einsatz der sog. DIME-Waffen (Dense Inert Metal Explosive) und Flechette-Granaten<sup>36</sup> unter dem Verbot der Zufügung unnötiger Leiden der Genfer Konvention zu prüfen. Diese Waffen haben zu schwersten Verwundungen und z. T. leidvollem Sterben geführt.

Auch die Angriffe auf Moscheen, die als religiöse Kultstätten gem. Art. 53 1. Zusatzprotokoll von 1977 geschützt sind, müssen untersucht werden. Sie dürfen natürlich nicht zu militärischen Zwecken missbraucht werden, die Kultstätte kann bei militärischer Nutzung ihre Unverletzlichkeit verlieren (vgl. Art. 6 Zusatzprotokoll von 1999 zum ursprünglichen Abkommen von 1954).

Ebenso können die bisher 15 bekannt gewordenen Angriffe auf medizinische Einrichtungen wie Ambulanzen, mobile Kliniken, drei Regierungshospitäler, ein Zentrum für geistig behinderte Menschen und ein medizinische Lagerhaus nicht als einfache Kollateralschäden verharmlost werden. Die bekannt gewordenen Fälle, dass verletzte Zivilpersonen bis zu sieben Tage ohne medizinische Versorgung, Wasser und Nahrung in Häusern und Ruinen eingeschlossen wurden, ehe die Armee dem Roten Halbmond (PRCS) den Zugang und die Befreiung erlaubte, stellen schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar.

Wenn Artikel 54 1. Zusatzprotokoll bestimmt: „Das Aushungern von Zivilpersonen als Mittel der Kriegsführung ist verboten“, so geht es dabei um die Frage, wie das Überleben der Zivilbevölkerung im Krieg auch gegen Hunger, Krankheit und Elend gesichert werden kann. Es ist absolut verboten, für die Bevölkerung lebensnotwendige Objekte anzugreifen, zu zerstören oder unbrauchbar zu machen. Bereits während der Militäroffensive ist das durch die Blockade der Jahre zuvor marode Gesundheitssystem kollabiert. Gerade in diesem zentralen Bereich hat Israel seine Besatzungspflichten vollkommen vernachlässigt. Viele verletzte Menschen starben, weil sie medizinisch nicht angemessen versorgt werden konnten.

## Kein Wiederaufbau und große Not im Gazastreifen

Ein halbes Jahr ist es nun her, dass die israelische Armee den Gazastreifen zu großen Teilen in Schutt und Asche gelegt hat. Die Menschen im Gazastreifen mussten schon vor dem Krieg unter den Augen der restlichen Welt unter empörenden Lebensbedingungen leben, der Krieg hat diese Situation drastisch verschärft.

Die gesamten Wiederaufbaukosten gehen in die Milliarden. Das Geld ist vorhanden, die Staaten der internationalen Geberkonferenz in Sharm el Sheich haben im März 2009 4,5 Mrd. US-Dollar zugesagt. Bisher konnten sie jedoch nicht für die Verbesserung der Lebenssituation und den Wiederaufbau des Gazastreifens eingesetzt werden. Einerseits, weil mit der Zusage der Hilfsgelder die Auflage verbunden wurde, es nicht an die Hamas und ihre Strukturen auszuzahlen – ein nahezu unüberwindbares Hindernis.<sup>37</sup> Andererseits, weil Israel die Blockade des Gazastreifens weiterhin aufrecht erhält. Durch die verhängten Importbeschränkungen für Baumaterial wie Zement, Glas und Stahl können weder die rund 6.300 zerstörten Gebäude noch Infrastruktur repariert bzw. wieder aufgebaut werden. Deshalb gibt es keinen Wiederaufbau.

Das bedeutet konkret, dass für die kaputten Stromversorgungsnetze 150 zur Reparatur notwendige Ersatzteile, wie z. B. Starkstromkabel und Transformatoren, fehlen und weitere 400 notwendige Ersatzteile nicht in ausreichenden Mengen vorhanden sind. Demzufolge haben im Juni 2009 immer noch 90% der Bevölkerung Gazas nur 6 bis 8 Stunden Strom pro Tag und 10% gar keinen Zugang zu Elektrizität. Diese Situation ist nicht nur bei der Kühlung von Nahrungsmitteln ein großes Problem, sondern auch für die Wasser- und Abwasserversorgung, da die Pumpen nicht dauerhaft arbeiten, für den Betrieb von Krankenhäusern, für die Aufbewahrung von Medizin und nicht zuletzt für die Abfallverwertung. Die Stromgeneratoren, die zur Verfügung stehen, werden mit Dieselmotoren betrieben, der durch die Tunnel zur ägyptischen Grenze geschmuggelt wird, da auch dieser von den Israelis mit einem Importverbot belegt ist, ausgenommen Kleinstmengen für die Krankenhäuser.

Aber auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Mitteln der medizinischen Grundversorgung werden von den israelischen Behörden verweigert. Deshalb müssen die meisten der Palästinenser und Palästinenserinnen von einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen leben, die allerdings knapp sind. Zudem dürfen Hirten und Landwirte ihr Land nicht betreten, wenn es grenznah ist. Fischer dürfen aufgrund neuerer Restriktionen nur innerhalb von drei Meilen vor der Küste Gazas fischen und verlieren deshalb Fang und Einkommen.<sup>38</sup>

Aufgrund der großen Not der Bevölkerung haben 38 humanitäre Hilfsorganisationen im Juni 2009 einen dringenden Appell verabschiedet und einen freien und ungehinderten Zugang zum Gazastreifen für alle humanitären Un-

terstützungsleistungen gefordert, wie es Internationales Recht gebietet.<sup>39</sup> Bewirkt hat dieser Appell bisher nichts.

### **Fazit**

Die Bilder der Zerstörung, die uns erreicht haben, dokumentieren eine Katastrophe entsetzlichen Ausmaßes. Die Toten sind begraben, die Verwundeten mögen wieder gesunden, die Trümmer beseitigt und neue Bauten errichtet werden. Der Krieg aber wird sich tief in das Gedächtnis der Überlebenden eingraben und in den nächsten Jahrzehnten nicht aus ihrem Bewusstsein weichen.

Nun ist es dringend geboten, dass die Gelder, die für den Wiederaufbau zur Verfügung stehen, sofort eingesetzt werden, um den Menschen nicht weitere Not und Verzweiflung aufzubürden. Wenn aber die EU, wie angekündigt, ihre Hilfe von der Abdankung der Hamas abhängig macht, nimmt sie die Menschen im Gazastreifen weiter in Kollektivhaft und die Zuspitzung der humanitären Katastrophe im Gazastreifen billigend in Kauf. Sie setzt den Krieg mit anderen Mitteln fort.

Israel hält weiterhin an der Besetzung der palästinensischen Gebiete fest und verletzt, wie wir gezeigt haben, trotz aller Appelle die Gebote und Verbote des Völkerrechts. Besatzungsregime sind aber nicht nur nach dem geltenden Völkerrecht als Dauereinrichtung verboten, sondern auch nach den Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts ein Anachronismus der Politik. Sie ermöglichen nicht den Übergang von Krieg in den Frieden, sondern schaffen zunehmend Widerstand und Gewalt, die immer wieder in offenen Krieg umschlagen. Alle Völker, die in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erlangten, gründeten ihren Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches neben dem absoluten Gewalt- und Kriegsverbot der UNO-Charta und der Kodifizierung der Menschenrechte die Zukunft der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern bestimmen soll.

Palästina wartet immer noch auf die Realisierung dieser Prinzipien für seine Bevölkerung. Eine „besondere Verantwortung“ deutscher Politik kann nur darin liegen, zu dieser Gerechtigkeit und einer darauf basierenden Aussöhnung beizutragen. Und Israel wird erst dann unbeschwert und in voller Sicherheit seinen Platz in der arabischen Umgebung einnehmen können, wenn es den Palästinenserinnen und Palästinensern die gleichen staatlichen und Menschenrechte garantiert wie seiner jüdischen Bevölkerung.

Eyal Weizman

## Rechtskrieg in Gaza: der gesetzgebende Angriff

*In diesem Essay wirft Eyal Weizman die Frage auf, ob es israelischen Juristen, die das israelische Militär vor, während und nach der Gaza-Offensive beraten haben, gelungen ist, das Humanitäre Völkerrecht in ein Instrument zu verwandeln, das Verbrechen in dem Ausmaß ermöglichen hilft, wie sie in Gaza zur Jahreswende 2008/09 durch die israelischen Streitkräfte verübt wurden. Sollte es zutreffen, so erklärt dies möglicherweise die Komplizenschaft der mit Israel eng verbundenen Staaten, die in Bezug auf andere Feldzüge eine solche „Weiterentwicklung“ des internationalen Rechts durchaus begrüßen könnten.*

Es wohnt also, wenn nach der kriegerischen Gewalt (...) geschlossen werden darf, aller derartigen Gewalt ein Recht setzender Charakter bei.

Walter Benjamin<sup>1</sup>

Das Ausmaß des 22-tägigen Angriffs Israels auf Gaza im Dezember 2008/Januar 2009, der mehr als 1300 Menschen das Leben kostete und rund 15% Prozent aller Gebäude zerstörte, führte dazu, dass Israel auf internationaler Ebene vielfach beschuldigt wurde, es habe Kriegsverbrechen begangen. Derzeit prüft ein Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag<sup>2</sup> den Antrag einer palästinensischen Gruppe, die israelischen Befehlshaber strafrechtlich zu belangen. Israel zeigt sich entschlossen, diesen Anschuldigungen entgegen zu treten, indem es seinen rechtlichen Standpunkt mittels einer internationalen Kampagne verteidigt.<sup>3</sup> Gleichzeitig – und das ist entlarvend – haben israelische Zensoren begonnen, in schriftlichen Berichten die Namen von beteiligten Militärs zu schwärzen und deren Gesichter auf Fotos unkenntlich zu machen.

Das rechtliche Nachbeben des Angriffs auf Gaza offenbart ein Paradox: Der Angriff war einer der gewaltsamsten und zerstörerischsten von Israels Kriegen gegen die palästinensische Bevölkerung, und zugleich sind noch nie bei einem solchen Feldzug so intensiv israelische Experten für Humanitäres Völkerrecht<sup>4</sup> (engl. Abkürzung: IHL, d. Übers.) – die rechtlichen Bestimmungen, die die Kriegführung regeln – einbezogen worden.

Israelische Militärjuristen behaupten, dass der schwere Schaden, der der Zivilbevölkerung zugefügt wurde, nicht an und für sich ein Beweis für Verletzungen des Kriegsrechts darstellt. Sie gehen auch von der Annahme aus, dass die jüngsten israelischen Militäroperationen und die derzeit wirksamen Mechanismen der Besatzung rechtliche Grundlagen haben, nämlich die des IHL.

Das IHL stellt einen restriktiven rechtlichen Rahmen dar. Es schränkt ein, wer in einem Krieg wie angegriffen werden darf. Seine Funktion ist es eher, Gewalt einzudämmen, als sie auszuschließen. Hat das Recht bei diesem Angriff auf Gaza eher zur Förderung als zur Einschränkung der Gewalt beigetragen?

Ist es denkbar, dass der Angriff auf Gaza nicht durch eine möglichst erschöpfende Anwendung des IHL eingedämmt wurde – sondern dass eine bestimmte Interpretation und Anwendung dieses Rechts<sup>5</sup> nicht nur die Rechtfertigung von Grausamkeiten ermöglicht hat, sondern ganz wesentlich auch ein andernfalls undenkbares Maß an Zerstörung? Konnten Chaos, Tod und Verwüstung unter der uneingeschränkten Herrschaft des Rechts um sich greifen? Wenn das so ist, sollten dann diejenigen, die sich gegen die israelische Gewalt wenden, die Sprache des Internationalen Rechts überhaupt noch verwenden?

### **Die Landschaft des Rechtskriegs**

Die neuen Grenzgebiete in der militärischen Entwicklung, die solche im Bereich der Überwachung und der Zielfindung komplementär ergänzen, werden durch eine Kombination von legalen Technologien und komplexen institutionellen Praktiken ausgelotet. Der ehemalige US-General und Militärrichter Charles Dunlap<sup>6</sup> bezeichnet das Ergebnis als lawfare (Rechtskrieg): „der Einsatz des Rechts als Kriegswaffe“. In erster Linie wollte er mit diesem Begriff zeigen, wie schwächere, nicht-staatliche Akteure versuchen, dadurch einen moralischen Vorteil zu erringen, dass sie behaupten, durch die stärkere, die staatliche Armee seien Kriegsverbrechen begangen worden; doch lawfare könnte auch vom Staat betrieben werden.<sup>7</sup>

Der Rechtsgelehrte David Kennedy geht davon aus, dass lawfare die Entwicklung einer Beziehung zwischen dem modernen Krieg und dem modernen Recht offenbart.<sup>8</sup> Deutlich wird diese, wenn beispielsweise Militäranwälte mitten in einem Feldzug „das Schlachtfeld rechtlich (konditionieren)“, indem sie über Karten brüten und den Soldaten mitteilen, auf welche Weise sie befugt sind, Zivilisten umzubringen. IHL wird so zum ethischen Vokabular, mit dem legitime Gewalt und rechtlich hinnehmbarer Tod bezeichnet wird.

Militärexperten in juristischen Fragen beschreiben das Bestreben, den Tod zufällig Anwesender möglichst zu vermeiden, als pragmatischen Kompromiss, bei dem es darum geht, die als „korrekt“ angenommene Abwägung zwischen einem notwendigen Angriff auf militärische Ziele und der Zahl der dabei getöteten Zivilisten zu ermitteln. Die Frage ist, was notwendig, welches Verhältnis korrekt ist, wer das entscheidet und wer es beurteilt. Obwohl man immer noch die Annahme akzeptieren kann, dass Gesetze, die den Krieg regeln, grundsätzlich eine gute Sache sind, muss man doch gegenüber dem strukturellen Paradox, das sie darstellen, vorsichtig sein: Denn wenn sie manches verbieten, erlauben sie anderes, und gerade die Grenze zwischen dem Erlaubten und dem Verbotenen ist das Schlachtfeld der heftigsten juristischen Auseinandersetzung.

Das Internationale Recht ist weniger als strategischer Corpus von Regeln zu verstehen, denn als eine endlose Reihe von Auseinandersetzungen über diesen Grenzbereich. Dabei stellt sich nicht die Frage, welche Auslegung die richtige ist, sondern wer die Macht hat, die Gültigkeit seiner Interpretation zu erzwingen. So gesehen legitimiert das Internationale Recht nicht nur Gewalt, es baut sogar auf sie.

### **Die Technologien der Zerstörung**

Yotam Feldman belegte in einer Untersuchung für die israelische Tageszeitung *Ha'aretz* eine bis dahin beispiellose Einbeziehung<sup>9</sup> von Experten des Internationalen Rechts bei dem Angriff auf Gaza. Diese hatten das Militär bezüglich seiner Vorgehensweisen, Angriffsziele und Einsatzalternativen beraten.<sup>10</sup> Einer der Offiziere der Einheit Internationales Recht drückte es Feldman gegenüber so aus: „Es ging uns nicht darum, der Armee Fesseln anzulegen, sondern ihr die Mittel an die Hand zu geben, um auf eine rechtlich abgesicherte Weise zu gewinnen.“

Offenbar wurden israelische Sprecher auch darauf vorbereitet, die Operation in den Kategorien des Humanitären Völkerrechts darzustellen. Sie benutzten regelmäßig juristische Termini wie den von der „Unterscheidung“ (von Zivilisten und Kombattanten) und von der „Verhältnismäßigkeit“ zwischen getöteten Zivilisten und militärischen Zielsetzungen, um so Ziele als „legitim“ und den Tod von Zivilistinnen und Zivilisten als „unbeabsichtigt“ oder „Kollateralschäden“ darstellen zu können.

Es scheint auch, dass das Adjektiv „humanitär“ zum Standard wurde, der die unterschiedlichen Aspekte der Angriffe in einen Erklärungskontext stellen sollte. Die bekannten „humanitären Korridore“ (räumlich) und „humanitären Waffenruhen“ (zeitlich) wurden ergänzt durch „humanitäre Munition“ (mit geringeren Tötungsraten) und einen neu geschaffenen „Minister für humanitäre Angelegenheiten“, der vom „Amt für humanitäre Koordination“ aus einem Militärstützpunkt bei Tel Aviv operiert. Diese Person – Isaac Herzog<sup>11</sup>, Israels „Minister für Wohlfahrt und soziale Dienste, die Diaspora, Gesellschaft und den Kampf gegen Antisemitismus“ – hatte die doppelte Aufgabe sowohl der „humanitären Koordination“ als auch der „Erklärung von Gründen und der rechtlichen Position Israels bezüglich der angerichteten Schäden“.

Diese Berufung auf das Humanitäre Völkerrecht könnte man leicht als zynische Propaganda abtun. Die meisten Menschenrechtsgruppen haben auch richtigerweise darauf hingewiesen und überzeugend argumentiert, dass das IHL in Gaza nicht korrekt umgesetzt, nämlich zu freizügig ausgelegt wurde<sup>12</sup>, oder dass rechtliche Direktiven nicht von den Schreibtischen der Militäranwälte in Tel Aviv bis zu den Piloten und Soldaten auf dem Schlachtfeld durchdrangen. Beide Deutungen zeugen jedoch von einem Glauben an das Internationale Recht, wie er in Zeiten von lawfare problematisch geworden ist. Überhaupt die Arena des Rechts zu betreten und in seinem Namen zu sprechen, könnte inzwischen das Problem sein.

Das lässt sich an der Erfahrung Israels im Zusammenhang mit seinem Libanon-Feldzug im Juli/August 2006 illustrieren.<sup>13</sup> Israel erkannte damals, dass es die Raketen-Angriffe der Hisbollah und ähnlicher Milizen nicht mit Hilfe traditioneller militärischer „Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen“ unterbinden konnte. Die Konsequenzen kann man an der derzeitigen israelischen Militärdoktrin ablesen – wie sie vom *Institute for National Security Studies* formuliert wird.<sup>14</sup> Sie umfasst Pläne, Raketenfeuer durch „unverhältnismäßige Schläge ins Herz der Schwachpunkte des Feindes zu bestrafen, wobei die Beeinträchtigung seiner Fähigkeit, Raketen abzuschießen, zweitrangig ist“.

Der Oberkommandierende des Nördlichen Abschnitts Gadi Eisenkot erklärt, wie das gemeint ist: „Wir werden gegen jedes Dorf, von dem aus Schüsse auf Israel abgegeben werden, mit unverhältnismäßiger Gewalt zuschlagen und enormen Schaden und Zerstörung anrichten ... Das ist kein Vorschlag. Es ist ein Plan, der bereits verabschiedet wurde“.<sup>15</sup> Mit anderen Worten: Die Verletzung des Prinzips der „Verhältnismäßigkeit“, wie es das Völkerrecht formuliert, wird hier als militärische Drohung eingesetzt. Diesen eindeutigen Rechtsbruch versuchen die israelischen Militär-Experten für Internationales Recht zu legalisieren.

Die Logik hinter dieser Herangehensweise – die so oft in der Sprache des Marktes als „einen Preis festsetzen“ oder der Psychologie als „ins Bewusstsein (der Palästinenser) einbrennen“ gehandelt wird – bedeutet, dass man den Bewohnern Gazas (wie denen des Libanon 2006) solchen Schmerz zufügen will, dass sie gezwungen sind, ihrerseits politischen Druck auf die Hamas auszuüben. Definiert man Terrorismus (sicher zutreffend) als organisierte Gewalt, die sich gegen Nicht-Kombattanten und ihr Eigentum richtet und ein politisches Ziel verfolgt, dann kann dieser Angriff nur als Terrorismus bezeichnet werden.

Das israelische Argument, dass die Toten und die Zerstörung, die in Gaza verursacht wurden, bedauerliche Nebenwirkungen militärischer Vorstöße waren, die darauf abzielten, Kämpfer zu treffen – ihre Munitionsdepots, „zivile und militärisch nutzbare Infrastruktur“ (d. h. zivile Infrastruktur) und Kommandostellungen – muss in diesem Licht betrachtet werden. Die Doktrin, die Mittel zu ihrer Umsetzung und ihre Folgen – darunter die Zerstörung von Städten und Flüchtlingslagern, die völlig überlasteten Krankenhäuser, die Verbreitung von Angst und Schrecken – wurden als Teil des Angriffsziels<sup>16</sup> eingeplant und weniger als kollaterale Nebenprodukte.

### **Die Technologien der Warnung**

Seit dem Libanon-Krieg sichert sich das israelische Militär<sup>17</sup> sehr viel sorgsamer gegen internationale Versuche ab, es rechtlich zu belangen. Zu dieser Absicherung zählt die Suche nach Wegen, die Strategie groß angelegter Zerstörung so einzuführen, dass sie in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Humanitären Völkerrechts erscheint. So haben die „Internationale-Rechts-Division“ und ihre Einsatzabteilung taktische Vorgehensweisen entwickelt,

die es ihren Soldaten im Feld ermöglichen, sogenannte „Warnungstechnologien“ anzuwenden.

Inmitten einer Schlacht eine Warnung zu verbreiten, stellt eine technologische Herausforderung dar. Schlachtfelder sind unübersichtliche, von Gewalt und Unordnung gekennzeichnete Zonen. Eine Warnung, die durchdringt, kann ein Leben retten; sie kann aber prinzipiell auch ein Angriffsziel „legitimieren“, dessen Zerstörung andernfalls widerrechtlich wäre. So besteht möglicherweise zwischen der Zunahme von Warnungen und der von Zerstörungen eine direkte Beziehung.

Eine wichtige Neuerung innerhalb dieses neu entstehenden militärischen Feldes der „Warnungstechnologien“ ist das Prozedere des sogenannten „An-Dach-Klopfens“. Dazu gehört der Abwurf sogenannter „Lock-Bomben“, die keine Sprengladung enthalten, sondern so ausgelegt sind, dass ihr Aufprall auf ein Hausdach heftig genug ist, um den Bewohnern einen solchen Schrecken einzujagen, dass sie fluchtartig das Haus verlassen, ehe es durch eine Bombe mit Sprengladung vollständig zerstört wird.

Die bizarre Code-Bezeichnung deutet eine Weiterentwicklung der eingeführten Methode des „An-die-Tür-Klopfens“ an. In diesem Fall ruft die israelische Armee (IDF) – gewöhnlich in der Person eines Arabisch sprechenden Telefonisten der Luftwaffe oder mittels einer aufgenommenen Stimme – bei einer Familie an, um die Bewohner des Hauses davon zu unterrichten, dass es in wenigen Minuten zerstört werden wird. Manchmal werden Telefonleitungen, die seit Monaten bereits unterbrochen waren, weil Rechnungen nicht bezahlt wurden, eigens wieder aktiviert, damit ein solcher Anruf erfolgen kann. Die Armee behauptet, sie habe während des Angriffs auf Gaza 250.000 solcher Warnanrufe gemacht<sup>18</sup> – übrigens eine erstaunliche Zahl, falls sie zutrifft, da es nur rund 200.000 Wohnhäuser in Gaza gibt. Beinahe alle Nutzer von Mobil-Telefonen bekamen außerdem mehrfach SMS-Botschaften vom israelischen Militär: „Jeder mit Waffen, Munition oder geheimen Tunneln im Haus sollte es sofort verlassen.“

Viele Bewohner Gazas besitzen weder ein Festnetz- noch ein Mobiltelefon, und sowieso sorgte ein anderer Bereich der IDF regelmäßig dafür, dass das Mobiltelefonnetz zusammenbrach oder durch Stromausfall die Handys nicht mehr geladen werden konnten. Daher empfahlen die Rechtsexperten des Militärs den Abwurf von Flugblättern, um die Ausweisung der Menschen aus ihren Häusern vor deren direkt anschließender Zerstörung zu bewerkstelligen.

Yotam Feldman gegenüber erläuterte ein Offizier der Abteilung für Internationales Recht, welcher Logik diese Warnungen folgen: „Diejenigen, die trotz der Warnung noch in ein solches Haus gehen, brauchen nicht mehr als Zivilisten betrachtet zu werden, die Schaden nehmen, denn sie sind nunmehr freiwillige menschliche Schutzschilde. [Sind sie gewarnt,] brauche ich sie vom rechtlichen Standpunkt aus nicht mehr in diesem Sinne zu berücksichtigen. Falls solche Leute in ihr Haus zurückkehren, um es zu schützen, bedeutet

das, dass sie an den Kämpfen teilnehmen.“ Diese Auslegung des Humanitären Völkerrechts durch das Militär stellte die Bewohner vor die Wahl zwischen Tod oder Ausweisung, und schob die Menschen von einer rechtlichen Bestimmung zur anderen: Ein einziger Anruf macht aus „an den Kämpfen nicht Beteiligten“ „menschliche Schutzschilder“, die daher als direkte Teilnehmer an den Feindseligkeiten“ definiert und als „legitime Angriffsziele“ erschossen werden können.

Die Fähigkeit des israelischen Militärs, die Menschen in Gaza vor unmittelbar bevorstehenden Zerstörungen zu warnen, hat es auch möglich gemacht, die meisten Gebäude dort als legitime Angriffsziele zu definieren. Die angebliche militärische Fähigkeit, zu warnen und „kontrollierte“ und „gezielte“ Zerstörungsschläge auszuführen, hat möglicherweise zu noch mehr Verwüstung geführt als „traditionelle“ Strategien – zum Teil, weil die manipulative und schönfärberische Rhetorik, derer man sich bedient, um jene Schläge in der Öffentlichkeit darzustellen, Offiziere und Politiker dazu verleitet, ihre häufige Anwendung in großem Maßstab zu genehmigen. In diesem Fall tragen die „Technologien der (massenhaften) Vorwarnung“ sowohl dazu bei, massenhafte Zerstörung zu fördern, als auch dazu, sie im Nachhinein zu rechtfertigen.

### **Die elastischen Grenzen des Rechts**

Ob israelische Feldkommandeure gegen das Ausmaß an Zerstörung, das sie in Gaza zu Gesicht bekamen, eingeschritten wären, wenn sie sich internationalen Gerichtsverfahren stärker ausgesetzt<sup>19</sup> gefühlt hätten, ist unklar. In jedem Fall ist die eigentliche Problematik nicht die eines agenommenen klinischen Angriffs aus kontrollierter Warnung und präziser Zerstörung, sondern liegt vielmehr in den Gefahren, die mit der Einführung der Prinzipien des lawfare in das israelische militär-rechtliche Arsenal verbunden sind.

Das Humanitäre Völkerrecht beruht auf Vertragsrecht und internationalem Gewohnheitsrecht<sup>20</sup>. Ersteres ist grundsätzlich unbestimmt und unterliegt ständigen Auseinandersetzungen um seine Auslegung. Letzteres bedeutet, dass militärische Praxis das Recht immer weiter beeinflussen kann. Insofern ist dieses Recht pragmatisch, seine Grenzen sind flexibel genug, um unterschiedliche Interpretationen und daraus folgende Verschiebungen zuzulassen. Es ist weit davon entfernt, sich gegen Gewalt zu stellen – im Gegenteil: Durch Anwendung staatlicher Gewalt kann es in seine jeweils aktuell gültige Form gebracht werden. Die rechtlichen Vorgehensweisen, die bei Israels Angriff auf Gaza von Militäranwälten gebilligt wurden, waren genau in diesem Bereich zwischen offensichtlicher Übertretung und möglicher Legalität angesiedelt.

Das Internationale Recht bestimmt die Grenzen dessen, was die internationale öffentliche Meinung wahrscheinlich für „erträglich“ hält, doch diese Grenzen lassen sich durch militärische Praxis dehnen. Praktiken, die von mehreren Staaten lange genug angewandt und durch die nötigen juristischen Experten unterstützt werden, können schließlich Recht werden. Daher be-

steht eine der wirksamsten Methoden, das Recht zu dehnen, darin, an seinen Rändern zu operieren. Nach dieser „postmodernen“ rechtlichen Interpretation setzt Gewalt Recht.

Der ehemalige Rechtsberater des israelischen Militärs Daniel Reisner<sup>21</sup> gab Yotam Feldman gegenüber an, sein Job sei es, „ungenutztes Potential im Völkerrecht“ zu finden, das militärisches Vorgehen in der Grauzone ermöglicht: „Internationales Recht entwickelt sich durch seine Verletzung (...) ein Akt, der heute verboten ist, wird zulässig, wenn genügend Länder ihn begehen (...) Verhielte es sich in privatrechtlichen Dingen genauso, läge die erlaubte Höchstgeschwindigkeit bei 115 Stundenkilometern, und wir würden eine Einkommenssteuer von 4% zahlen.“ Als beispielsweise die israelische Politik der gezielten Tötungen Ende 2000 offiziell formuliert wurde, hielten sie die meisten Regierungen und internationalen Institutionen für widerrechtlich; aber, so Reisner, „acht Jahre (und einen Angriff auf die Vereinigten Staaten) später befindet sich diese Praxis innerhalb der Grenzen der Legitimität im Mittelfeld“.

Die Elastizität des Rechts und die Macht militärischen Vorgehens, es im Zeitalter von lawfare zu dehnen, bedeuten, dass die Bevölkerung von Gaza in zweierlei Hinsicht zum Gegenstand eines Experiments wird: Erstens werden alle möglichen Geschosse und Kriegstechniken erprobt<sup>22</sup> und vermarktet. Zweitens werden gewisse Grenzen getestet und ausgelotet: die Grenzen des Legalen, die Grenzen des Ethischen, die Grenzen des Tolerablen, die Grenzen dessen, was man im Namen des „Krieges gegen den Terror“ Menschen antun kann.

Der hier aufgezeigten Logik entsprechend müssen diejenigen, die die Interessen und Rechte der vom Krieg betroffenen Menschen im Auge haben, möglicherweise eine doppelte, sogar eine paradoxe Strategie anwenden, bei der sie das Humanitäre Völkerrecht nutzen, während sie gleichzeitig auf die darin enthaltenen Gefahren hinweisen und seinen Wahrheitsanspruch und damit die Grundlage seiner Autorität in Frage stellen. In jedem Fall sollte das Internationale Recht nicht die einzige Sprache von Protest und Widerstand gegen israelische Gewalt sein. Gegen den Angriff auf Gaza sollte man sich nicht stellen, weil er „illegal“ ist, sondern, weil er der Logik der israelischen Herrschaft über die Palästinenser entspricht.

Möglicherweise ist das wahre Gesicht des Internationalen Rechts nicht Zurückhaltung und Zügelung, sondern zeigt sich in der Zerstörung Gazas und der dabei entfesselten Gewalt.

Eitan Diamond und Thomas Keenan möchte ich für ihre hilfreichen Kommentare danken.

*Erstveröffentlichung* auf: [www.openDemocracy.net](http://www.openDemocracy.net); 01.03.2009; auf Deutsch in: Eyal Weizman, *Sperrzonen*. Israels Architektur der Besatzung. Aus dem Englischen übersetzt von Sophia Deeg, © Edition Nautilus, Hamburg 2009.

*Norman Paech*

## **Bericht einer Reise nach Palästina und Israel vom 3. bis 10. Oktober 2009**

Prof. Norman Paech *berichtet von einer Reise in Gebiete, in die kaum ein deutscher Parlamentarier einmal einen Schritt tut. Er und seine Mitarbeiterin Eva Grotenhuis haben sich die Freiheit genommen, zwar alle Ratschläge und Warnungen zu beherzigen, letztlich aber die GesprächspartnerInnen aufzusuchen, die sie treffen wollten. Norman Paech hat sich auch nach Gaza auf den Weg gemacht, obwohl ihm davon abgeraten und eine zunächst zugesicherte Einreiseerlaubnis dann doch wieder zurückgezogen wurde. Es ist nicht verwunderlich, dass diese beiden Reisenden authentischere Eindrücke und Informationen mitbringen als mancher Funktionär oder Mandatsträger, der jedoch nicht an eigenen Erfahrungen und einem direkten Kontakt mit sehr unterschiedlichen Akteuren interessiert ist.*

*Im Rahmen dieses Buches können wir den Bericht nur auszugsweise publizieren. Die Auslassungen betreffen vor allem GesprächspartnerInnen in Israel, weil dieser Bereich hier nicht im Mittelpunkt steht.*

Anfang Oktober 2009 bin ich zum letzten Mal in meiner Funktion als Bundestagsabgeordneter in den Nahen Osten gereist, begleitet von meiner Mitarbeiterin Eva Grotenhuis. Die Ziele unserer Reise sollten Tel Aviv, der Gazastreifen, Jerusalem, Ramallah und Bil'in sein – an allen Orten wollten wir mit Politikern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (NGO) über die politische und gesellschaftliche Situation in Israel und Palästina sprechen.

Das Auswärtige Amt riet mir – wie immer – aus Sicherheitsgründen von einem Besuch im Gazastreifen ab. Es folgten langwierige Telefon- und Mailkontakte mit dem Auswärtigen Amt, der Deutschen Botschaft in Tel Aviv und der Israelischen Botschaft in Berlin. Beide Botschaften erklärten sich schließlich bereit, unserem Einreisegesuch in den Gazastreifen bei der israelischen Regierung zu unterstützen. Vorbedingung allerdings war, ich zitiere: „Der israelischen Seite zweierlei zu versichern: 1. Im Gazastreifen werden keine Kontakte mit der Hamas wahrgenommen. 2. Beim geplanten Aufenthalt in Bil'in sind keine Aktivitäten geplant, die zu Zusammenstößen mit den Israel Defence Forces (IDF) oder anderen israelischen Sicherheitsorganen führen könnten.“ Beide Bedingungen konnte ich akzeptieren, da wir ohnehin keine Kontakte mit der Hamas vorbereitet hatten. An Zusammenstößen mit der israelischen Armee hatten wir schon aus Gründen der eigenen Gesundheit kein Interesse. Ich gab jedoch zu bedenken, dass wir nicht jeden unserer möglichen Gesprächspartner in Gaza vor der Begrüßung fragen können, ob er in der Hamas organisiert sei. Die israelische Botschaft wollte sich darüber hinaus um Termine mit israelischen Politikern und Parlamentsmitgliedern in Jerusalem trotz der Feiertage des Laubhüttenfestes bemühen. Diese Bemü-

hungen waren offensichtlich vergebens, denn von der israelischen Botschaft hörte ich nichts mehr und somit sahen wir Jerusalem dieses Mal nur aus dem Autofenster auf dem Weg von Tel Aviv nach Ramallah. (...)

Am nächsten Tag treffen wir (...) *Inna Michaeli*, eine der Koordinatorinnen der Coalition of Women for Peace. Die NGO ist ein Zusammenschluss von zehn Menschenrechtsorganisationen und eine der führenden Stimmen in der israelischen Friedensbewegung. Inna Michaeli berichtet von ihrer Arbeit als Friedensaktivistin in Israel, über die Repressionen, die ihr und den anderen Israelis, die sich gegen die Besatzung aussprechen, widerfahren. Verhaftungen von friedlichen Demonstranten sind keine Seltenheit, Büros von Menschenrechtsorganisationen werden von der israelischen Polizei durchsucht, Computer mitgenommen. Die Frage, ob heute mehr Demonstranten und Aktivisten gegen die israelische Politik protestieren, muss Inna Michaeli verneinen. Ein Grund für den leiser werdenden offenen Protest ist, so vermutet sie, die immer stärker werdende Kriminalisierung derjenigen Menschen in Israel, die sich für einen Frieden im Nahen Osten und gegen die Besatzungspolitik der israelischen Regierung aussprechen. (...) Inna Michaeli berichtet von 800 Personen, die während des Gazakrieges im Januar 2009 in Israel verhaftet wurden und ins Gefängnis kamen. Die Mehrheit der Verhafteten waren arabische Israelis. In den Presseerklärungen der israelischen Polizei war zu lesen, dass diese 800 Personen während gewaltsamer Ausschreitungen verhaftet wurden. Von Inna Michaeli erfahren wir jedoch, dass die Polizei bei den meisten von ihnen mitten in der Nacht gewaltsam in die Wohnung eingedrungen ist, um sie dort festzunehmen. (...)

Am Tag vor unserer geplanten Fahrt in den Gazastreifen wurde mir in Tel Aviv von der deutschen Botschaft mitgeteilt, dass mein Einreiseantrag sowie der meiner Mitarbeiterin abgelehnt worden sei. Sofort mussten wir dort alle Termine absagen, änderten unsere Reiseplanung und fuhren am nächsten Tag direkt nach Ramallah. Dort beriet ich mit dem Leiter der Rosa Luxemburg-Stiftung, Peter Schäfer, die Situation. Wir entschieden, am folgenden Tag gemeinsam zum Erez-Checkpoint zu fahren, um allein, gestützt auf unsere Dienst- und Diplomatenpässe, die Einreise zu versuchen. Meine Mitarbeiterin musste mangels eines solchen Passes in Ramallah bleiben. In Gaza hatte mir das „Deutsch-Palästinensische Ärzteforum“ (PalMed), welches vor kurzem dort ein Büro eröffnet hatte, angeboten, mich zu begleiten und meine Gesprächstermine bei der UNO und internationalen Hilfsorganisationen wie dem Roten Halbmond und den „Physicians for Human Rights“ zu koordinieren. Verabredet war zudem ein Treffen mit dem – parteilosen – Gesundheitsminister *Dr. Basem Naim*.

Wir brachen um 6 Uhr in Ramallah auf, erreichten den Erez-Checkpoint um 8 Uhr und benötigten keine zehn Minuten, um durch die Passkontrolle in das von der niederländischen Firma „Interwand“ maßgeblich mitgestaltete neue Erez-Terminal zu gelangen. Auf der Firmenwebsite preist „Interwand“ sein Produkt als „benutzerfreundlich“ an. Es sei „für die Bevölkerung im Ga-

zastreifen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor“. „Für die zahlreichen Grenzgänger bedeutet dies eine Verbesserung ihrer Lebensqualität.“ „Der ‚Erez Terminal‘ erhält durch Kontrollen mit visueller Technologie eine echte Transparenz.“ „Durch das Terminal gestaltet sich der Alltag der lokalen Bevölkerung um einiges freundlicher. Lange Wartezeiten gehören der Vergangenheit an, da nun Smartcards verwendet werden und die Kontrolle der Passanten auf Distanz erfolgt. Personen mit Gütern werden schnell erkannt und Touristen in einen der anderen Tunnels geleitet. Auf diese Weise können pro Stunde 4000 Personen den Terminal passieren.“ „Die Bedienung des gesamten Terminals erfolgt durch Personen in Zivilkleidung, so dass der optische Unterschied zur Bevölkerung minimal ist.“ Diese „Produktinformation“ ist von der Realität in etwa so weit entfernt wie die Verheißung des Paradieses für die zukünftigen Märtyrer. Kein Wort über die Nacktscanner, unzähligen Überwachungskameras, stählernen Drehtüren, Panzerglas und Röntgengeräte. Gegenwärtig passieren dieses futuristische Gebilde täglich lediglich einige Diplomaten, UN-Bedienstete und Mitarbeiter internationaler NGOs sowie einige medizinische Notfälle.

Nach ca. einer halben Stunde entlassen uns die Gänge, Drehtüren und Tunnel in die Realität Gazas. Gleich rechts neben dem Ausgang liegen unverändert die Trümmer der ehemals von den Israelis erbauten Industriezone Erez, die sie selbst vor zweieinhalb Jahren mit Raketen und Bulldozern „aus Sicherheitsgründen“ dem Erdboden gleichgemacht hatten, der Arbeitsplatz für ca. 5.000 Palästinenserinnen und Palästinenser.

*Dr. Abunada* von PalMed, den wir noch am Checkpoint über unsere Ankunft informiert haben, hat einige Treffen und Termine mit Parlamentsabgeordneten spontan wieder einrichten können. Wir beschließen, die Nacht über im Gazastreifen zu bleiben, da der Checkpoint anlässlich der Feiertage schon um 14.00 Uhr geschlossen wird und ich von der israelischen Botschaft keine Nachricht über die für Jerusalem am 7. Oktober vorgesehenen Termine erhalten habe. Gesundheitsminister *Dr. Basem Naim* hat die Organisation unserer Treffen und den Transport im Gazastreifen übernommen. Er informiert uns über die katastrophale Situation der Gesundheitsversorgung infolge der langjährigen Blockade und des Krieges im Januar 2009. UN-OCHA berichtet regelmäßig über die akuten Mängel des Gesundheitssystems, sodass sich niemand auf Unkenntnis berufen kann.

Eines der zentralen Probleme ist der Finanzboykott, der auch von privaten Spendenorganisationen nicht aufgewogen werden kann, da mit ihren Spenden keine langfristige Finanzplanung möglich ist. Bis zu 80 wichtige Medikamente sowie ca. 120 medizinische Instrumente fehlen vollkommen. Selbst im Ausland gekaufte Ersatzteile und Ausrüstungen, von Rollstühlen bis zu Röntgengeräten, können nicht importiert werden, da sie nach israelischen Kriterien nicht zu den humanitären Gütern gehören, die über die Grenze dürfen. Auf Grund der unzureichenden Behandlungsmöglichkeiten der Krankenhäuser müssen täglich zwischen 60 bis 80 Patienten in die Nach-

barländer Israel, Jordanien und Ägypten sowie in die Westbank geschickt werden. Die Schließung der Grenzen hat dazu geführt, dass 360 Patienten starben, weil sie den Gazastreifen nicht verlassen konnten. Der Krieg hat nicht nur 1.400 Tote, sondern auch an die 6.000 zum Teil schwer Verwundete und andauernd Behinderte hinterlassen. Den psychischen Folgen des Krieges und den starken Traumatisierungen steht man schon allein wegen des fehlenden ärztlichen Personals machtlos gegenüber. 60 bis 70% der Kinder leiden trotz der Versorgungsleistungen der UNWRA [UN-Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser] an Unterernährung und Anämie.

Eine zusätzliche Gefährdung der Gesundheit rührt von dem völlig überalterten und durch den Krieg weithin zerstörten Abwassersystem, welches auf Grund des israelischen Boykotts von Baumaterialien nicht saniert werden kann. Die Abwässer fließen ungeklärt ins Meer oder werden in großen Abwasserlagunen aufgefangen, aus denen sie oft überfließen und die Umgebung verpesten. Die Pumpstationen versagen, die Gullys laufen über und das stinkende Wasser ergießt sich in die Straßen. Deutschland hatte mit einigen anderen europäischen Staaten eine Kläranlage für 70 Mio. Euro in Gaza bauen wollen. Das Projekt wurde 2007 nach der Machtübernahme der Hamas eingestellt. Nun stehen nur noch 10 Mio. Euro für Einzelprojekte zur Verfügung, die jedoch wegen Materialmangels nicht begonnen werden können.

Ein weiteres zentrales Problem ist die vollkommen unzureichende Versorgung mit Energie. Israel hat seit November 2008 die Lieferung von Benzin und Diesel gestoppt. Das einzige Kraftwerk Gazas, welches etwa 55% des Stroms produziert, wird von der EU mit Diesel beliefert. Insgesamt ist jedoch die Stromversorgung so knapp, dass die Spannung permanent schwankt und der Strom im ganzen Gazastreifen regelmäßig zwischen 18 und 20 Uhr zusammenbricht. Die Generatoren sind nicht immer in der Lage, den fehlenden Strom zu liefern, denn sie benötigen viel Diesel. So fließen durch die Tunnel nach Ägypten derzeit täglich 100.000 Liter Benzin und 100.000 Liter Diesel, den es auf dem offiziellen Markt nicht gibt.

Die einzige geregelte Versorgung der Bevölkerung wird durch etwa 2.000 Tunnel an der südlichen Grenze nach Ägypten organisiert. Denn, wie uns der Bürgermeister von Gaza-Stadt, *Rafik S. Mikki*, erklärt, kommen täglich lediglich 50 bis 60 Lastwagen mit sog. humanitären Gütern über die Grenzen, obwohl 800 wie vor 2006 für die normale Versorgung der Bevölkerung notwendig wären. In den ersten fünf Monaten 2007 vor der Machtübernahme der Hamas passierten durchschnittlich noch 400 Lastwagen täglich die Grenze. Wir fahren zu den Tunneln. Spezialeinheiten begleiten uns, da uns die deutsche Botschaft auf die Gefahr der Entführung durch die dort operierenden Salafiten hingewiesen hat. Im August hatten Sicherungskräfte der Hamas hart gegen diese fundamentalistische Gruppe durchgegriffen, die einen Aufstand in Rafah angezettelt hatte – Entführungsfälle hatte es allerdings bisher noch keine gegeben.

Die Tunnel gehen bis zu 27 Meter tief unter die Erde und sind zwischen 100 und 1000 Meter lang. Auf ägyptischer Seite enden sie zumeist in Häusern an der Grenze. Durch sie wird alles transportiert, was zum Leben nötig ist: Nahrungsmittel aller Art, sogar tiefgefrorener Fisch, da die Israelis die Fischerei vor der Küste Gazas verboten haben, Medikamente, Esel oder Kühlschränke, selbst Autos werden zerlegt und durch die Tunnel gebracht. Pipelines liefern Benzin und Diesel. Waren im Februar noch kaum Autos auf den Straßen zu sehen, herrscht jetzt ein reger Autoverkehr. Denn der Preis von sechs Schekel für einen Liter Benzin aus Israel ist auf 1,5 Schekel ägyptisches Tunnelbenzin gesunken.

Israelische Flugzeuge und Raketen greifen regelmäßig gezielt Tunnelleingänge bei Rafah an, durch die auch Waffen und wichtige Ersatzteile geschuggelt werden. Erst wenige Tage vor unserem Besuch waren zwei Palästinenser durch Raketenbeschuss getötet und 11 verletzt worden. Israelische Zeitungen bezeichneten die Angriffe als Vergeltungsschläge für Raketen, die von Gaza aus auf israelisches Gebiet geschossen worden waren. Die Zielfindung wird durch Kollaborateure erleichtert, die an den Tunnelleingängen SIM-Karten von Handys liegen lassen, die aus der Luft leicht geortet werden können. Das Tunnelsystem ist jedoch inzwischen derart weit verzweigt und wird permanent erweitert, so dass es nur mit einer kompletten Eroberung des sog. Philadelphi-Streifens oder einer Flächenbombardierung mit außerordentlich schwerwiegenden Folgen für die hier noch wohnende Bevölkerung zerstört oder lahm gelegt werden könnte. Es ist aber auch ein gefährliches Unternehmen für die Tunnelgräber. Zwei Männer wurden in der Woche unseres Besuchs durch Einsturz und Stromschlag getötet. Andererseits sind die Tunnel das einzige Lebensventil, welches die Blockade der Grenzübergänge noch nicht zu einem Zusammenbruch allen Lebens hat eskalieren lassen.

Die politische Zukunft Gazas wie auch ganz Palästinas wird von den Parlamentsabgeordneten, die wir in einem Seitenflügel des nach wie vor zerstörten Parlaments treffen, äußerst skeptisch eingeschätzt. Das Parlament ist wegen der territorialen und politischen Trennung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen, aber auch wegen der entführten und immer noch in israelischen Gefängnissen sitzenden Abgeordneten praktisch arbeitsunfähig. Von den vornehmlich Ende Juni 2006, aber vereinzelt auch noch in den folgenden Jahren entführten 50 Abgeordneten befinden sich immer noch 25 in israelischer Haft. Der Abgeordnete *Mushir Al-Masry* von der „Internationalen Kampagne zur Befreiung der entführten Abgeordneten“ überreicht mir ein Schreiben an Bundestagspräsident Norbert Lammert mit den Namen der Entführten und den Daten ihrer Entführung mit der Bitte, sich für die Freilassung dieser gegen alle internationale Normen festgehaltenen Kolleginnen und Kollegen bei der israelischen Regierung einzusetzen und sich der internationalen Kampagne anzuschließen. Der Deutsche Bundestag hatte sich seinerzeit zu keiner Stellungnahme gegen diese eindeutig völkerrechtswidrige Entführung von Parlamentsabgeordneten, die in allgemein als frei und fair

verlaufenen Wahlen gewählt worden waren, entschließen können. Die Abgeordneten gehören überwiegend dem „Change and Reform Bloc“ ( Hamas ) an, zwei der Fatah und einer der PFLP.

Insbesondere *Mahmoud Zahar*, Anfang der neunziger Jahre von Fatah-Anhängern schwer gefolterter ehemaliger Außenminister, jetzt einflussreicher Abgeordneter, sieht weder bei der israelischen Regierung noch bei der neuen US-Administration konkrete Anzeichen für einen Wechsel der bisherigen Besatzungspolitik. Während Außenminister Lieberman öffentlich den Nahost-Konflikt für unlösbar erklärt, mit dem alle leben müssten, ist vom US-Sonderbeauftragten George Mitchell, der sich zur gleichen Zeit zu Gesprächen mit der israelischen Regierung in Jerusalem und mit Präsident Abbas in Ramallah aufhält, keine Stellungnahme zu erfahren.

Das für die letzte Oktoberwoche in Kairo geplante Treffen aller palästinensischen Parteien sieht Mahmoud Zahar ebenfalls mit allergrößter Skepsis. Vor allem vor dem Hintergrund des Einverständnisses von Präsident Abbas, den Goldstone-Bericht auf Drängen der USA vorerst nicht an den UN-Sicherheitsrat zu überweisen, hat sich das ohnehin sehr gespannte Verhältnis zwischen Fatah und Hamas weiter verschlechtert. Die Glaubwürdigkeit nicht nur von Abbas, sondern der Fatah insgesamt hat erneut stark gelitten, auch wenn innerhalb der Fatah selber die Kritik an der Entscheidung zu einer schweren Krise geführt hat. Zahar ließ es offen, ob Hamas unter diesen Umständen überhaupt noch an der Konferenz und dem geplanten Übereinkommen interessiert sei und teilnehmen wird. Den Ägyptern wird von allen Seiten eine entscheidende Rolle zugewiesen. Sie haben bereits mit ihrem Fünf-Punkte-Plan die Basis für die Verhandlungen geliefert: Reform der PLO, Versöhnung zwischen den Parteien, Neuformulierung des Wahlrechts, Restrukturierung der Sicherheitsapparate und Regierungsbildung.

Größter Streitpunkt auf dem Treffen in Kairo wird nach Meinung von *Abmed Yusef*, ehemaliger Berater von Präsident Ismael Haniyeh und gegenwärtiger Vizeaußenminister sowie Leiter des „House of Wisdom“, eines palästinensischen Instituts für Konfliktlösung und Governance, die Restrukturierung der Sicherheitskräfte sein. Auch er sieht das Verhältnis zur Fatah schwer belastet durch Abbas' Fehlentscheidung, das gegenseitige Misstrauen sei das größte Problem für eine Versöhnung. Yusef gilt im Gegensatz zu Mahmoud Zahar als moderater Vertreter der Hamas und ist optimistischer angesichts der wiederholten Kriegsdrohungen Israels auch gegenüber Iran, die er als psychologische Kriegsführung einstuft. Weder glaubt er an weitere Angriffe gegen den Gazastreifen noch gegen Iran. Er ist der Überzeugung, dass Obama es ernst nimmt mit einer neuen Nahostpolitik, jedoch in der Innen- und Außenpolitik an zu vielen Fronten und mit zu großem Widerstand kämpfen muss, als dass ihm ein Durchbruch gelingen könne. So bleibt ein fatalistischer Rest bei allen Abgeordneten: keine Perspektive der Hilfe von außen, aber auch keine Perspektive in einem gewaltförmigen Widerstand.

Interessant ist die Einschätzung der für Menschenrechte zuständigen Abgeordneten *Jamila El Shanti*, die die erhöhte Sicherheit seit der Übernahme der Macht durch die Hamas im Juni 2007 sowie das Wirken von insgesamt fünf internationalen Menschenrechtsorganisationen im Gazastreifen für die Verbesserung der Menschenrechtssituation verantwortlich macht. Die Regierung versuche nicht, in das Leben der Menschen einzugreifen. Die Situation von Frauen hat sich in den letzten drei Jahren verbessert, 13% mehr Frauen sind jetzt in öffentlichen Ämtern – Einschätzungen, die dem üblichen Bild nicht entsprechen und genauer überprüft werden müssten. Auch hat sich das Verhältnis zur christlichen Kirche deutlich verbessert. Kritisch allerdings sieht sie das Wirken verschiedener NGOs, die die Spaltung im Lande verstärken – ohne dass die Zeit ausreicht, die Vorwürfe zu konkretisieren.

Die Kriegsspuren im Gazastreifen sind dem Besucher nur noch durch die zahlreichen Ruinen erkennbar, die Märkte bieten reichlich Tunnelware aller Art an und vor den UN-Verteilungsstellen herrscht reges Transporttreiben mit Eselskarren. Die vollkommen zerstörte Industriezone östlich von Gaza-Stadt ist weitgehend aufgeräumt, zeigt aber nur vereinzelt Wiederaufbau mangels Materials, das, wie z. B. Zement, nur unzureichend durch die Tunnel nach Gaza kommt. Landwirtschaft ist der einzig produktive Zweig einer Mangelwirtschaft am unteren Rand der Überlebensfähigkeit. Wie fragil der Waffenstillstand ist, zeigt der Zwischenfall am Tag unserer Einreise, als die Ash-Shuhada Jungenschule in Gaza-Stadt zum vierten Mal nach dem Krieg von den Israelis mit Granaten beschossen wird. Bisher waren dabei vier Schüler getötet worden. Tags zuvor war nordwestlich von Beit Lahia ein sechzehn Jahre alter Junge angeschossen und verwundet worden, als er sich dem Grenzzaun näherte. Die UNO berichtet ferner von neuen Vorfällen in dieser Woche, in denen Armeepanzer und Bulldozer einige hundert Meter auf palästinensisches Gebiet vorgedrungen sind und die Bauern zum Verlassen ihrer Felder gezwungen haben. Palästinensische Fischerboote wurden durch israelische Patrouillen beschossen und mussten zum Strand zurückkehren.

Zurück aus Gaza treffen wir am nächsten Tag *Mustafa Barghuthi*, Abgeordneter der Palestinian National Initiative und Gründer des Palestinian Medical Relief Committee. Barghuthi nimmt in unserem Gespräch kein Blatt vor den Mund: Noch vor meiner ersten Frage übt er scharfe Kritik an Fatah und der US-Administration und bezieht seine Kritik auch auf die aktuellen Geschehnisse um den Goldstone-Report, der Israel und der Hamas schwere Kriegsverbrechen während des Gazakrieges vorwirft. Barghuthi bemerkt neben seiner harschen Kritik an Abbas, dass dieser ganz einfach dem immensen Druck Israels und der USA nicht standhalten konnte. Die im März begonnenen Verhandlungen zwischen Fatah und Hamas seien in den verschiedenen Kommissionen faktisch nie zum Erliegen gekommen, wie in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden sei. Barghuthi sieht in der Einigung der verschiedenen palästinensischen Parteien eine unabdingbare Notwendigkeit für

die Verhandlungen mit Israel. Er ist verhalten optimistisch hinsichtlich einer Einigung in Ägypten. Im weiteren Gesprächsverlauf diskutieren wir über die Zweistaatenlösung, die in Barghuthis Augen die einzig realistische ist. Unter der rechtskonservativen Regierung Netanjahus jedoch ist die Chance auf zwei gleichberechtigte Staaten in weite Ferne gerückt. Die Israelis sind weder bereit, die „ethnische Säuberung“ in Jerusalem noch den Siedlungsbau in der Westbank zu stoppen, schließt er pessimistisch.

Unsere nächste Gesprächspartnerin in Ramallah ist *Khalida Jarrar*, Abgeordnete der Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) [Volksfront für die Befreiung Palästinas]. Auf Obama angesprochen schüttelt die Politikerin den Kopf und erklärt, dass sie sich vom neuen US-Präsidenten nichts erhofft, was den Friedensprozess im Nahen Osten antreiben könnte. Sie betont, dass ihre Partei grundsätzlich gegen weitere, wie bisher geführte Friedensverhandlungen ist, grundsätzlich gegen Verhandlungen mit der israelischen Regierung, speziell mit der aktuellen unter Netanjahu. Jarrar glaubt nicht an einen Friedensprozess auf der Basis von Gesprächen zwischen einzelnen Politikern, die – so zeige es die Geschichte – die fundamentalen Rechte der Palästinenser ignorieren. Über die Selbstbestimmung der Palästinenser und die Rückkehr aller Flüchtlinge lässt sich nicht diskutieren, so Jarrar, diese Rechte der Palästinenser müssten durch eine internationale Konferenz umgesetzt werden, die sich auf Internationales Recht und die UN-Resolutionen stützt. Für die PFLP komme nur eine Einstaatenlösung in Frage. (...)

Am nächsten Morgen, noch vor unserer Fahrt nach Bil'in treffen wir den Leiter des deutschen Vertretungsbüros in Ramallah, *Dr. Klaus Burkhardt*. Wir sprechen u. a. über die aktuelle Situation in Ost-Jerusalem. Dort hatte sich in den letzten Tagen der Konflikt um den Haram el Scharif (Tempelberg) zugespitzt. Die israelischen Behörden gestatteten nach Auseinandersetzungen Ende September nur Musliminnen und Muslimen über 50 Jahren mit israelischer Staatsangehörigkeit oder Wohnsitz in Ost-Jerusalem den Zugang zum Tempelberg. Jüngeren Muslimen, die am Freitag in der Moschee beten wollten, war dies weiterhin verboten. Jüdische Gläubige durften dagegen an der Klagemauer beten. Burkhardt weiß zu berichten, dass die Fatah neben Demonstrationen auch zu einem Generalstreik „zur Verteidigung Jerusalems“ in den Palästinensergebieten aufgerufen hat.

Auf Bil'in angesprochen erklärt Burkhardt, dass die allwöchentlichen Demonstrationen seit einiger Zeit zu einem Ritual wechselseitiger Konfrontation geworden sind – und stellt damit ihre Legitimation in Frage. Inzwischen finden neben Bil'in auch in über zehn anderen Orten ähnliche Demonstrationen gegen die Mauer statt. (...)

In Bil'in treffen wir *Mohammed Khatib*, einen der Koordinatoren der Proteste. Im Schatten eines Olivenbaums berichtet er von seinem Dorf, vom Leben hier unter der Besatzung und der Idee, jeden Freitag nach dem Moscheebesuch friedlich zu demonstrieren. Wir bleiben nicht lange alleine: nach und nach setzen sich Friedensaktivistinnen aus Israel und Frankreich, ein bri-

tischer Journalist und ein Fotograf aus Australien zu uns. Auf der Straße beginnt währenddessen ein reges Treiben – bunte Luftballons, Transparente und „Freedom for Palestine“-Fahnen ziehen vorbei. Die etwa 100 Demonstrantinnen und Demonstranten treffen sich für ihren Marsch durchs Dorf hin zum Sicherheitszaun. Auch unsere kleine internationale Gruppe reiht sich ein.

Wir haben vor unserer Reise viel über Bil'in gelesen und gehört. In Deutschland nur Wohlwollendes von Unterstützern, auf unserer Reise gab es dann jedoch Stimmen, die Bil'in herunterspielten und die den Grund der Eskalationen auch bei den Palästinensern und Demonstranten sahen. Auch die israelische Botschaft in Berlin hatte uns in einem Gespräch vor der Reise gewarnt, dass die Demonstrationen in letzter Zeit gewalttätig geworden seien. Doch als wir uns in der Gruppe der Demonstranten umschaun, laufen junge und alte Bewohner Bil'ins mit ihren Kindern neben jungen und alten Menschen aus der ganzen Welt mit Luftballons in den Händen durch ein verschlafenes palästinensisches Dorf. Alle wirken sehr friedlich. Am Zaun angekommen, ernten die Demonstranten in einem symbolischen Akt die Früchte der palästinensischen Felder. Sie sammeln die Hülsen und Patronen der Tränengas- und Gummigeschosse der IDF [israelische Armee] und stecken sie in große weiße Säcke, die sie dann gemeinsam ins Dorf tragen. An diesem Tag fällt die „Ernte“ nicht sehr groß aus, denn schon nach wenigen Minuten schießt die IDF das erste Tränengas auf die Demonstranten. Kein Demonstrant hat zuvor einen Stein geworfen oder irgendetwas unternommen, was die Soldaten der IDF hätte provozieren können. Diese schießen nun wieder und immer wieder Tränengas auf die Menge auf der anderen Seite des Zaunes, bis diese sich in einen kleinen Olivenhain zurückzieht. Die Demonstration ist vorbei, hustend und sich Tücher vor Augen, Mund und Nase haltend ziehen die Menschen zurück ins Dorf. Die Bewohner des kleinen Ortes kehren in ihre Häuser zurück, in denen sie nachts nicht mehr sicher sind, die übrigen Friedensaktivisten fahren nach Hause: nach Israel, England, Frankreich, Australien und Japan. Dort stellen sie die eben gemachten Fotos und Filme ins Internet und tragen Bil'in in die Welt.

### **Schlussbetrachtung**

Als vordringlicher Eindruck dieser Reise bleibt ein tiefer Pessimismus fast aller unserer Gesprächspartner über die Zukunft Palästinas haften. Dieser Pessimismus bezieht sich nicht nur auf den Verhandlungs- und Friedenswillen der gegenwärtigen israelischen Regierung, sondern auch auf die Einflussmöglichkeiten und den Einflusswillen der europäischen Regierungen sowie der US-Administration. Auch die Chancen für einen Versöhnungsprozess zwischen Fatah und Hamas werden überwiegend skeptisch beurteilt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Überzeugung, dass die israelische Politik die Spaltung fördert, da sie die palästinensische Seite schwächt und die Blockade des Gazastreifens durch die EU und USA die Kluft zwischen den beiden größten palästinensischen Parteien vergrößert. Dennoch wird die Versöh-

nung zwischen Fatah und Hamas als absolute Notwendigkeit und Vorbedingung für effektive Friedensverhandlungen mit Israel angesehen.

Die Rolle Deutschlands wird von allen Gesprächspartnern als weit hinter den eigentlichen Möglichkeiten zurückbleibend angesehen. Man ist höflich und hat Verständnis für die Hypothek, die aus der deutschen Vergangenheit auf der Nahost-Politik aller Bundesregierungen lastet. Unsere Gesprächspartner verstehen jedoch nicht, dass daraus die Duldung und Unterstützung einer offen völkerrechtswidrigen Besatzungs- und Siedlungspolitik sowie die Tatenlosigkeit gegenüber einem Krieg mit schweren Kriegsverbrechen und der immer noch andauernden Blockade des Gazastreifens mit seinen katastrophalen Auswirkungen auf die Bevölkerung folgen muss.

Das unzweifelhaft starke finanzielle Engagement der Bundesregierung vor allem zur Errichtung neuer Industriezonen und zur Ausbildung der Sicherheitskräfte in der Westbank wird zwar offiziell gelobt, allgemein aber scharf kritisiert, da es an der Besatzung nichts ändere, sie allenfalls erträglicher mache und dadurch nur stabilisiere. In diesem Zusammenhang wird zwar auch die Vermittlerrolle des BND zur Befreiung des gefangenen israelischen Soldaten Gilat Shahit begrüßt. Die Mission wird aber vor allem als im Interesse Israels liegend angesehen und nur vage Hoffnungen an sie geknüpft, dass sie weitere Fortschritte auch für die palästinensische Seite bringen könnte.

Die deutsche Außenpolitik hat sich mit ihrer Blockadepolitik gegenüber der Hamas in eine äußerst problematische Abhängigkeit zur israelischen und US-amerikanischen Boykottstrategie begeben. Sie wirkt sich faktisch als Kollektivbestrafung der Bevölkerung aus, die völkerrechtlich verboten ist. Damit hat sie sich zugleich ideologisch derart fest eingemauert, dass sie nicht in der Lage ist, drei Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen:

Hamas hat damit, dass sie die Bildung eines Staates in der Westbank und Gaza akzeptiert, de facto die Anerkennung Israels demonstriert.

Hamas hat das ausschließliche Verhandlungsmandat von Präsident Mahmoud Abbas über den zukünftigen Status Palästinas immer anerkannt und erklärt, einen von Abbas ausgehandelten Friedensvertrag zu akzeptieren, wenn er durch ein Referendum der palästinensischen Bevölkerung ratifiziert werde.

Hamas hat mehrere Waffenstillstände mit Israel eingehalten und Jahrzehntelange Waffenruhe gegen einen Rückzug Israels aus der Westbank und Gaza angeboten.

Es ist ein Erfahrungssatz der politischen Psychologie, dass die Strangulierung des politischen Gegners, wenn er nicht zu dessen Tod oder Aufgabe führt, nur die Eskalation der Gewalt und die Blockade einer Lösung bewirkt. Nicht nur breite Schichten der palästinensischen Bevölkerung sind der Ansicht, dass genau diese Konsequenz mit der gegenwärtigen Boykottpolitik verfolgt wird.

Eine aktuelle Studie der CIA, die die Möglichkeit voraussagt, dass Israel die nächsten 20 Jahre als Staat nicht überleben wird, hat bei unseren Ge-

sprächspartnern große Nachdenklichkeit erzeugt. Die Voraussage beruht auf der Annahme, dass in dieser Zeit etwa 1,5 Mio. Juden das Land verlassen werden, auf der anderen Seite aber ein Großteil der arabischen Flüchtlinge in die besetzten Gebiete zurückkehren wird. Unabhängig von der Stichhaltigkeit dieser Annahmen schwindet unter den Palästinenserinnen und Palästinensern zunehmend der Glaube an eine Zwei-Staaten-Lösung, da die ungebremste Siedlungstätigkeit und der offenkundige Annexionswillen der politischen Klasse in Israel keine territoriale Basis für einen separaten palästinensischen Staat mehr übrig lässt. Israel steht also vor dem Paradoxon, dass seine Siedlungs- und Annexionspolitik das von Netanjahu wieder propagierte Ziel eines separaten „jüdischen Staates“ untergräbt und damit seine eigene Staatlichkeit gefährdet. Es ist gut möglich, dass Israel an diesem Widerspruch zerbricht, gleichsam „implodiert“, so wie in der jüngsten Vergangenheit bereits andere Staaten wie Südafrika, die Sowjetunion und die DDR an ihren eigenen Widersprüchen zerbrochen und implodiert sind. Jede Politik, die diesen Kurs Netanjahus weiter gewähren lässt, muss ebenfalls die Verantwortung für die Zuspitzung der Widersprüche tragen. Die Regierungen, die nicht müde werden, das Existenzrecht Israels in ihren offiziellen Reden zu garantieren, sehen offensichtlich nicht, dass ihre tägliche Politik die Existenz des israelischen Staates in hohem Maße gefährdet.

Berlin, 27. Oktober 2009

## Kapitel VI

# BDS – die internationalen Bewegungen für gleiche Rechte – auch in Palästina/Israel

### Die Versammlung der sozialen Bewegungen beim Weltsozialforum 2009 in Belém – Deutsche abwesend

*Palästina hat seit dem ersten Weltsozialforum in Porto Alegre 2001 auch auf den Folgetreffen immer eine zentrale Rolle gespielt. Die bei diesen internationalen Zusammenkünften versammelten Landlosen-, Kleinbauern-, anti-rassistischen, Friedens-, Indigenen-, gewerkschaftlichen, Umwelt- und vielen anderen Bewegungen haben im neokolonialistischen Regime Israels, in der Besetzung palästinensischen Landes, der Vertreibung seiner BewohnerInnen und der israelischen Apartheidpolitik immer eine moderne Form von Unterdrückung und Entrechtung gesehen, die vorführt, erprobt und auf die Spitze treibt, was anderswo variiert oder kopiert wird. Die Checkpoints der Alliierten und die Hausdurchsuchungen im Irak sehen denen in der Westbank zum Verwechseln ähnlich; die Begründungsmuster, warum ganze Bevölkerungen unter Generalverdacht gestellt und in Ghettos verbannt werden, unterscheiden sich in lateinamerikanischen Großstädten und sogar in Frankreich nicht sehr von denen in Israel. Der Kampf der Landlosen und Kleinbauern um Zugang zu Land und Existenzmöglichkeit, der in Brasilien geführt wird, ist der gleiche wie der in Palästina, auch wenn in vieler Hinsicht historische Bedingungen und aktuelle Zusammenhänge andere sind. Überall auf der Welt wird deshalb die Standhaftigkeit der PalästinenserInnen, mit der sie auf ihren Rechten zu bestehen, als vorbildlich empfunden und auf den Sozialforen immer wieder als gemeinsames Anliegen bestätigt. Zu ihren größten Versammlungen zählen dort regelmäßig diejenigen, auf denen Israelis, Palästinenser und andere gemeinsam über den Widerstand gegen die Besetzung beraten. Wegen der Präsenz von palästinensischen und israelischen Aktivistinnen fehlten in den Abschlusserklärungen der sozialen Bewegungen bisher nie Passagen, die sich auf Palästina und Israel beziehen und Empfehlungen für anstehende Aktivitäten aussprechen. Beim Sozialforum in Belém 2009 war es die von der palästinensischen Zivilgesellschaft angeregte BDS-Kampagne (Boycott, Desinvestment und Sanktionen), der sich die sozialen Bewegungen angesichts der ungeheuerlichen Gewalt, mit der zu Anfang des Jahres in Gaza die israelische Armee über die Zivilbevölkerung herfiel, ausdrücklich angeschlossen.*

*Die Verbindung deutscher Akteure zur Sozialforumsbewegung ist nur schwach ausgeprägt. Eine Berichterstattung über die Sozialforen findet in den deutschen Mainstream-Medien kaum statt. Deutsche Akteure nehmen, auch*

*an europäischen Sozialforen in leicht erreichbaren Nachbarländern, nur in relativ geringer Zahl und eher konsumierend teil und beteiligen sich kaum kontinuierlich an den Diskussions- und Aktionszusammenhängen, die sich zwischen den „Gipfeln“ entfalten. Deutsche politische Stiftungen, Gewerkschaften und große NGOs entsenden indessen zu den Foren PodiumsreferentInnen, die in noblen Hotels absteigen.*

*Es ist Tradition, dass am Ende eines Sozialforums im Konsens eine Erklärung der sozialen Bewegungen diskutiert und verabschiedet wird, die die Ergebnisse der vielfältigen Diskussionen und Aktionsschwerpunkte zusammenfasst, über die sich die Versammelten einig sind.*

*Attac Deutschland hat die Erklärung von Belém dokumentiert (s. u.). Mehrere Wochen später – als die Schmähekampagne gegen Hermann Dierkes dem Höhepunkt zustrebte – distanzierte sich Attac Deutschland von dem Aufruf, die BDS-Kampagne zu unterstützen (Die nachträglich eingefügte Distanzierung hat folgenden Wortlaut: „Diese Erklärung ist zu Dokumentationszwecken aufgeführt. Die Vertreter von Attac Deutschland waren an deren Verabschiedung beim Weltsozialforum nicht beteiligt. Der Text entspricht nur zum Teil dem politischen Konsens innerhalb Attacs. Insbesondere der Boykottaufruf gegen Israel wird von Attac Deutschland nicht mitgetragen.“)*

*Das abweichende Verhalten der deutschen Attac-Leitung und auch einiger weiterer, u. a. kirchlicher Akteure, die an den Weltsozialforen teilnehmen, erklärt sich wohl nur teilweise aus der eigentümlichen Befangenheit gegenüber Israel und der verbreiteten Tabuisierung seiner kriminellen Politik gegenüber den Palästinensern. Vor allem aber zeigen sich hier die schwachen Verbindungen zu den weltweiten sozialen Bewegungen: deutsche AktivistInnen haben kaum die Gelegenheit zu erleben, wie die Positionsbildung zu Palästina/Israel in den Erklärungen der Sozialforen entsteht – vor allem durch die gemeinsamen Vorschläge von Israelis und Palästinensern, die sicher am besten wissen, welche Zukunft sie sich wünschen und wie sie sie erreichen wollen.*

## **Weltsozialforum: Wir zahlen nicht für die Krise. Die Reichen müssen zahlen!**

### **Weltsozialforum: Abschlusserklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen**

Wir, die sozialen Bewegungen aus aller Welt, sind anlässlich des 8. Weltsozialforums in Belém im Bundesstaat Pará (Amazonien), in dem die Völker sich dem Versuch der Usurpation der Natur, ihrer Ländereien und ihrer Kulturen widersetzt haben, zusammengekommen. Wir befinden uns in Lateinamerika, wo sich die sozialen und indigenen Bewegungen im Laufe des vergangenen

Jahrzehnts zusammengeschlossen und das kapitalistische System aus ihrer „Kosmovision“ heraus radikal in Frage gestellt haben.

In den letzten Jahren haben äußerst radikale soziale Auseinandersetzungen in Lateinamerika zum Sturz neoliberaler Regierungen und zur Machtübernahme von Regierungen geführt, die viele positive Reformen durchgeführt haben, beispielsweise die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftssektoren und demokratische Verfassungsreformen. In diesem Zusammenhang haben die sozialen Bewegungen in Lateinamerika in angemessener Weise reagiert und beschlossen, die von diesen Regierungen verabschiedeten positiven Maßnahmen zu unterstützen und eine kritische Distanz zu wahren. Diese Erfahrungen werden dazu beitragen, den entschlossenen Widerstand der Völker gegen die Politik der Regierungen, Unternehmen und Banken, die die Last der Krise den Unterdrückten aufbürden, zu stärken. Wir, die sozialen Bewegungen der Welt, stehen zurzeit vor einer historischen Herausforderung.

Die internationale Krise des Kapitalismus schadet der Menschheit auf verschiedene Weise: Sie wirkt sich auf die Bereiche Ernährung, Finanzen, Wirtschaft, Klima, Energie, Bevölkerungsbewegungen und die Zivilisation an sich aus, da auch die internationale Ordnung und die politischen Strukturen eine Krise durchlaufen. Wir sehen uns einer globalen Krise gegenüber, die unmittelbare Folge des kapitalistischen Systems ist und deshalb nicht aus dem System selbst heraus gelöst werden kann. Alle bisher zur Bewältigung der Krise getroffenen Maßnahmen zielen lediglich auf die Vergesellschaftung der Verluste ab, um das Überleben eines Systems zu sichern, das auf der Privatisierung strategischer Wirtschaftssektoren, öffentlicher Dienstleistungen, natürlicher Ressourcen und Energieressourcen, der Vereinheitlichung des Produktangebots und somit des Lebens („Kommoditisierung“) und Ausbeutung der Arbeitskraft und der Natur sowie der Übertragung von Ressourcen von der Peripherie ins Zentrum und von den Arbeitern zur kapitalistischen Klasse beruht.

Das gegenwärtige System beruht auf Ausbeutung, Wettbewerb und Förderung privater Einzelinteressen zum Schaden des Gemeinwohls und der fieberhaften Anhäufung von Reichtümern durch eine Handvoll reicher Menschen. Es führt zu blutigen Kriegen, heizt Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und religiösen Fundamentalismus an und verschärft die Ausbeutung von Frauen und Kriminalisierung von sozialen Bewegungen. Im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise werden den Menschen systematisch Rechte vorenthalten. *Die wilde Aggression der israelischen Regierung gegen das palästinensische Volk ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und läuft auf ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinaus und symbolisiert die Vorenthaltung von Rechten gegenüber einem Volk, was auch in anderen Teilen der Welt zu beobachten ist. Die schändliche Straflosigkeit muss gestoppt werden. Die sozialen Bewegungen bekräftigen ihre aktive Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes sowie für alle Maßnahmen, die sich gegen die Unterdrückung von Völkern weltweit richten.*

Um die Krise zu überwinden, müssen wir das Problem an der Wurzel anpacken und schnellstmöglich Fortschritte im Hinblick auf den Aufbau einer radikalen Alternative erzielen, die das kapitalistische System und die patriarchalische Herrschaft beseitigen. Wir müssen auf eine Gesellschaft hinarbeiten, die sozialen Bedürfnissen Rechnung trägt und die Rechte der Natur achtet sowie die demokratische Teilhabe im Zusammenhang mit voller politischer Freiheit unterstützt. Wir müssen dafür sorgen, dass alle internationalen Verträge über unsere unteilbaren bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen individuellen und kollektiven Rechte umgesetzt werden.

In dieser Hinsicht müssen wir einen Beitrag zu einer möglichst großen Mobilisierung der Völker leisten, um mehrere dringende Maßnahmen durchzusetzen, beispielsweise

- entschädigungslose Verstaatlichung des Bankensektors unter voller gesellschaftlicher Kontrolle;
- Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen;
- Einleitung von Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel- und Energiesouveränität;
- *Beendigung von Kriegen, Rückzug von Besatzungstruppen und Abbau von Militärstützpunkten im Ausland;*
- Anerkennung der Souveränität und Autonomie der Völker unter Gewährleistung ihres Selbstbestimmungsrechts;
- Garantie des Rechts auf Land, Landgebiete, Arbeit, Bildung und Gesundheit für alle;
- Demokratisierung des Zugangs zu Kommunikationsmitteln und Wissen.

Der von den feministischen, ökologischen und sozialistischen Bewegungen im 21. Jahrhundert getragene soziale Emanzipationsprozess zielt auf die Befreiung der Gesellschaft von der kapitalistischen Herrschaft über die Produktions- und Kommunikationsmittel und Dienstleistungen ab, was durch die Unterstützung bestimmter Formen der Eigenverantwortung erzielt wird, die dem gesellschaftlichen Interesse dienen: kleiner Familienbesitz und öffentliches, gemeinschaftliches, kommunales und kollektives Eigentum. Diese Alternative ist zwangsläufig feministisch, da es nicht möglich ist, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung beruht, wenn die Hälfte der Menschheit unterdrückt und ausgebeutet wird. Schließlich verpflichten wir uns zur Unterstützung des Aufbaus einer Gesellschaft auf der Grundlage eines Lebens im Einklang mit sich selbst, den anderen und der Umgebung durch Anerkennung der aktiven Teilhabe und des Beitrags der indigenen Völker.

Wir, die sozialen Bewegungen, haben die einmalige Chance in der Geschichte, emanzipatorische Initiativen auf globaler Ebene zu entwickeln. Nur durch den sozialen Kampf der Massen können die Völker die Krise bewälti-

gen. Um diesen Kampf zu unterstützen, ist es wichtig, das Bewusstsein zu schärfen und die Mobilisierung von unten zu stärken. Die Herausforderung für die sozialen Bewegungen besteht darin, die globale Mobilisierung zu bündeln. Darüber hinaus müssen wir unsere Handlungsfähigkeit stärken, *indem wir die Bündelung aller Bewegungen unterstützen, die versuchen, Unterdrückung und Ausbeutung zu widerstehen.*

*Folglich verpflichten wir uns*, vom 28. März bis 4. April 2009 eine globale Aktionswoche gegen Kapitalismus und Krieg mit folgenden Schwerpunkten durchzuführen: Anti-G20-Mobilisierung am 28. März, Mobilisierung gegen Krieg und Krise am 30. März, *Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk zur Unterstützung des Boykotts und des Rückzugs von Investitionen sowie von Sanktionen gegen Israel am 30. März*, Mobilisierung anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung der NATO am 4. April usw.

Weitere Mobilisierungsanlässe im Laufe des Jahres:

Internationaler Frauentag (8. März),

Internationaler Tag der Nahrungsmittelsouveränität (17. April),

Internationaler Tag der Arbeit (1. Mai),

Globale Mobilisierung des Kampfes für Mutter Erde gegen die Kolonialisierung und Vermarktung des Lebens (12. Oktober).

Planung einer Agenda des Widerstands gegen den G8-Gipfel in Sardinien, den Klimagipfel in Kopenhagen, den Amerika-Gipfel in Trinidad und Tobago usw. Durch diese Forderungen und Initiativen reagieren wir mit radikalen und emanzipatorischen Lösungen auf die Krise.

*Art Young*

**Israel-Lobby alarmiert:**

**Boykott, Desinvestition, Sanktionen (BDS) –  
die Kampagne erstarkt**

*Art Young gab im Sommer 2009 einen notwendigerweise unvollständigen Überblick über die sich rasant entwickelnde BDS-Bewegung, wie sie sich zu diesem Zeitpunkt und aus einer nordamerikanischen Perspektive darstellte. Bemerkenswert daran ist – vergleicht man mit deutschen Zuständen –, wie selbstverständlich sich gerade Gewerkschaften für die Rechte der PalästinenserInnen einsetzen, indem sie am Boykott teilnehmen und dazu aufrufen. Den Erfolg der Bewegung misst Art Young unter anderem daran, wie besorgt AIPAC, die wichtigste Lobby-Organisation für Israel in den USA, über die BDS-Kampagne ist. Aus Platzgründen wurde der Beitrag gekürzt.*

Die Bewegung, die sich dafür einsetzt, dass Israel für seine Verbrechen an den PalästinenserInnen zur Verantwortung gezogen wird, wächst. Howard Kohr,

Direktor des *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC) schlug auf einer Konferenz der Lobby-Organisation am 3. Mai 2009 Alarm: Die BDS-Kampagne „dringt in den Mainstream-Diskurs ein, wird Teil eines anhaltenden und gnadenlosen Trommelfeuers gegen Israel“. Am Ende könne sie die Existenz des jüdischen Staates bedrohen, indem sie die Unterstützung untergräbt, die diesem durch die US-Regierung, seinem stärksten Verbündeten, zukommt.

AIPAC ist eine der wichtigsten Organisationen, die in den USA öffentlich für Israel Lobby-Arbeit betreiben und einen bedeutenden Einfluss auf die Außenpolitik ausüben. Unter den 6.000 KonferenzteilnehmerInnen befanden sich mehr als die Hälfte der Senatoren und ein Drittel der Abgeordneten des Repräsentantenhauses. Redner waren unter anderem (...) Minister Benjamin Netanjahu und Präsident Shimon Peres.

AIPAC und seine Verbündeten werden oft beschuldigt, sie würden eine Art Schattenkabinett in Washington darstellen und für eine Schieflage der Politik im Sinne Israels und weniger im US-amerikanischen Interesse sorgen. Das stellt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf. Die Israel-Lobby hat echtes Gewicht in den Hallen der Macht, dies jedoch nur deshalb, weil Israel und die Vereinigten Staaten grundlegende gemeinsame Interessen haben. Die USA verlassen sich auf Israel, das die arabischen Länder des Nahen und Mittleren Ostens uneinig, schwach und unter ständiger Bedrohung hält (...) Und Israel könnte in seiner gegenwärtigen Form ohne die starke politische und materielle Unterstützung durch die USA nicht existieren. (...)

Kohrs Ausführungen bezogen sich in erster Linie auf den wachsenden Einfluss der internationalen Bewegung gegen Israels kriminelles Verhalten. Dabei wies er insbesondere auf die Unterstützung, die die Kampagne – Boykott, Desinvestition und Sanktionen – erlebt, als ausgesprochen besorgniserregend hin.

Kohr (...) merkte an, dass 400 britische Wissenschaftler das British Science Museum aufgefordert hatten, eine Veranstaltung abzusagen, auf der israelische Wissenschaftler ihre Arbeit präsentieren wollten. Italienische Gewerkschaften hätten zu einem Boykott israelischer Waren aufgerufen.

Kohr schilderte, wie stark die Opposition gegen Israel im Nahen und Mittleren Osten, in Europa und auf internationalen Foren sei. Ganz besondere Sorgen bereite ihm jedoch das Anwachsen dieser Bewegung in den USA (...), „wo ein ehemaliger Präsident der Vereinigten Staaten Israel öffentlich der Apartheid bezichtigen kann“. (...)

Das, so Kohr „ist eine bewusst eingesetzte Kampagne, um eine politische Veränderung herbeizuführen, die Art, wie Israel von seinen Freunden behandelt werden soll, zu verändern (...) ein Staat (...), auf den Druck ausgeübt werden soll, der sein Wesen grundsätzlich verändern soll (...)

Wir können nicht viel tun, um Aufrufe zum Boykott israelischer Waren in London, Lissabon oder Rom zu verhindern. (...) Aber wir können viel dagegen tun, dass diese Kampagne auch hier Fuß fasst. Hier, wo es besonders

wichtig ist (...), müssen wir der Delegitimierung Israels entgegenzutreten. Sie darf nicht in die Hallen des Kongresses vordringen oder zu den Ratgebern des Präsidenten.“

Um die Unterstützung der Regierenden in den USA zu gewinnen, argumentierte Kohr, müssten Freunde Israels „die absolute Grundlage, das Fundament thematisieren, auf dem alles andere ruht“, nämlich die Tatsache, dass Israel „ein Vorposten des Westens im Nahen und Mittleren Osten“ ist. (...) „Wenn dieses Fundament gemeinsamer Werte ins Wanken gerät, ist auch die Grundlage für unsere gegenwärtige Politik obsolet. Die Gründe, warum die USA weiterhin 3 Milliarden Dollar in die israelische Sicherheit investieren sollten (...), all das wäre untergraben und erledigt, würde Israel für ungerecht und unwürdig erachtet.“

Kohrs Argument, dass Israel „ein westlicher Vorposten im Nahen und Mittleren Osten“ sei, die Front, an der imperialistische Interessen in der Region verteidigt werden, hört man nicht oft so unzweideutig ausgesprochen. Aber es trifft genau zu und spricht die Quelle des Konflikts in der Region an.

In seiner Rede äußerte sich Kohr alarmiert angesichts der in den letzten Monaten zunehmenden Solidarität mit den Palästinensern.

Die in diesem Ausmaß nicht erwartete internationale Solidaritätsbewegung ist die Reaktion der Gesellschaften an ihrer Basis auf die Verbrechen, die Israel während seines mörderischen 22 Tage andauernden Überfalls auf Gaza begangen hat sowie auf den verschärften Belagerungszustand, in dem sich das Gebiet bis heute befindet.

Solidarität mit Palästina kommt in vielen unterschiedlichen Formen zum Ausdruck. Eine davon ist die internationale Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen Israel. Die Unterstützung für BDS ist in den letzten Monaten enorm gewachsen, weshalb der führende AIPAC-Vertreter seine Besorgnis in diesem Zusammenhang besonders betonte. (...)

Studierende sind bisher im Rahmen der Solidaritätsbewegung mit Palästina besonders aktiv. (...) Eine Zeitung nannte es „die größte studentische Revolte seit 20 Jahren“, als Studenten in Großbritannien (während der Angriffe auf Gaza, d. Ü.) 34 Universitäten besetzten, bei dieser Gelegenheit Diskussions- und Informationsveranstaltungen organisierten, Filme zeigten usw. und (...) von ihren Universitäten forderten, palästinensischen Unis und Studierenden praktische Hilfe zukommen zu lassen. Ein anderes Thema dieser Bewegung war die Forderung nach einem Abbruch aller Beziehungen zu Waffenproduzenten – die Verbindungen zwischen Universitäten und den Herstellern von Rüstungsgütern sind in Großbritannien besonders eng. Die Universitäten sind an Forschungsprojekten beteiligt, von denen die Händler des Todes profitieren; sie investieren auch in jene Firmen.

Die Studierendenbewegung konnte bemerkenswerte Erfolge verzeichnen. Die Glasgower Strathclyde University beschloss, von jetzt an nichts mehr von *Eden Springs* zu beziehen, einer israelischen Firma, die Mineralwasser in Flaschen aus einem Gebiet auf den Golanhöhen herstellt; Israel weigert sich,

dieses an Syrien zurückzugeben. Mehrere Universitäten erklärten sich bereit, palästinensischen Studierenden Stipendien zu gewähren. (...)

An der Universität von Manchester nahm eine Dringlichkeitsversammlung der Studierenden-Union, an der über 850 Personen teilnahmen, einen Antrag an, der die Union verpflichtet, sich an der BDS-Kampagne zu beteiligen.

Anfang Februar (...) beschloss das Hampshire College – als erste akademische Einrichtung in den Vereinigten Staaten – eine Desinvestitionspolitik. Damit beugte es sich einer zweijährigen Kampagne der Studierenden für Gerechtigkeit in Palästina (SJP). Der College-Beirat beschloss, sechs israelischen Firmen die Investitionen des Colleges zu entziehen, die sich die SJP vorgenommen hatten, weil sie von der israelischen Besetzung Palästinas profitieren. Die SJP stellten fest, dass „Hampshire mit dieser epochalen Entscheidung seiner eigenen Tradition gerecht wird, denn es ist auch vor 32 Jahren das erste College gewesen, das sein Kapital aus dem Südafrika der Apartheid zurückzog, eine Entscheidung, die wegen ähnlicher Menschenrechtsbedenken gefällt wurde.“

Der ehemalige südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu lobte die Entscheidung: „Das ist ein großer und historischer Schritt im gewaltfreien Kampf für Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Frieden im Heiligen Land. In dem, was diese Studierenden erreicht haben, sehe ich eine Wiederholung der Unterstützung ihres Colleges für unseren Kampf gegen die Apartheid in Südafrika. Dieser Entscheidung des Hampshire College sollten alle höheren Bildungseinrichtungen nacheifern.“

In seiner Rede im Rahmen der AIPAC-Konferenz bezog sich deren Sprecher Hauk zweimal auf die *Israeli Apartheid Week* (IAW), eine (an der Universität Toronto 2005, d. Ü.) initiierte Reihe von Veranstaltungen und Filmvorstellungen, die über das israelische Apartheidsystem informieren und auf die Notwendigkeit hinweisen, BDS voranzubringen. (...) In diesem Jahr fand IAW – wie immer in der ersten März-Woche – auf fünf Kontinenten in über 40 Städten statt, 11 davon innerhalb von Palästina/Israel. (...)

(...) Die täglich stattfindenden Veranstaltungen waren mit jeweils etwa 400 bis 500 TeilnehmerInnen in Toronto, Ottawa und Montreal gut besucht. (...)

Gezielte Boykotte von Firmen, die von der israelischen Unterdrückung der Palästinenser profitieren, sind eine weitere Facette der internationalen BDS-Kampagne.

*Motorola* ist eine solche Firma. Die *US-Kampagne für eine Beendigung der israelischen Besetzung* fordert Konsumenten dringend auf, sich so lange von ihren *Motorola*-Handys (bzw. -Verträgen) zu trennen, wie die Firma Kommunikations- und Überwachungstechnik an die israelischen Streitkräfte und an israelische Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten verkauft. (...) Der Druck, der auf *Motorola* ausgeübt wurde, hat die Firma bereits dazu veranlasst, den Firmenzweig zu verkaufen, der Bombenzünder herstellt. *Human Rights Watch* hatte die Entdeckung von *Motorola*-Seriennummern auf Schrapnells bekannt gegeben, die in Gaza an Stellen gefunden

worden waren, die Israel während seines letzten Überfalls bombardiert hatte, obwohl sich dort Zivilisten aufgehalten hatten.

*Caterpillar* ist eine weitere Firma, die im Fokus steht. Israel nutzt in großem Maße deren Bulldozer, um palästinensische Wohnhäuser zu zerstören und um die Apartheid-Mauer zu errichten. Anfang Februar gab die Church of England (Anglikanische Kirche) bekannt, dass sie *Caterpillar* entsprechend ihrem Beschluss von 2005 über 2,2 Millionen Pfund an Investitionen entzogen hatte. Damals hatte die Anglikanische Kirche beschlossen, nicht in Firmen zu investieren, die die Besetzung unterstützen. Weitere Kirchen folgten (...)

In Europa ist der Konsumenten-Boycott israelischer Waren, vor allem landwirtschaftlicher Produkte, im Aufwind. Am 3. April berichtete die britische Tageszeitung *Guardian*, dass „israelische Firmen die Auswirkungen europäischer Boykott-Maßnahmen bereits spüren ..., während zugleich die Sorge innerhalb der israelischen Geschäftswelt wächst, dass weitere Kampagnen im Gefolge der jüngsten Angriffe auf Gaza folgen werden. In der vergangenen Woche gab die israelische Herstellervereinigung bekannt, dass 21% von 90 befragten Exporteuren einen Nachfragerückgang zu verzeichnen hätten, der auf Boykottmaßnahmen zurückgehe. Diese hätten ihren Ursprung vor allem in Großbritannien und Skandinavien. (...) Das israelische Exportinstitut berichtete von 10% befragter Exporteure, die wegen des israelischen Angriffs auf Gaza in diesem Jahr Bestellungen stornieren mussten.“ (...)

Europäische AktivistInnen haben eine besonders effektive Kampagne gegen die französischen multinationalen Unternehmen *Veolia* und *Alsthom* in Gang gebracht. Diese Firmen sind Teil eines Konsortiums, das eine Straßenbahnlinie zwischen Jerusalem und den israelischen Siedlungen in der Westbank baut und auf diese Weise Israels Vereinnahmung palästinensischen Landes zementiert. In Großbritannien brachte die *Palestine Solidarity Campaign* eine Petition gegen den Versuch von *Veolia* auf den Weg, mit dem Sandwell Metropolitan Borough Council (einem Gemeinderat, d. Ü.), einen Vertrag über 1 Milliarde Pfund abzuschließen, um für 25 Jahre die Müllabfuhr und das Recycling zu übernehmen. Am 16. März gab der Rat bekannt, dass *Veolia* (...) den Auftrag nicht bekommen würde.

Ebenfalls im März diesen Jahres gab der schwedische nationale Pensionsfonds AP7 bekannt, dass er *Alsthom* aus seinem Investment-Portfolio herausnehme. Schwedische AktivistInnen hatten eine Aufklärungskampagne zum Thema Desinvestition organisiert. Der Pensionsfonds verwies ausdrücklich auf das Jerusalemer Straßenbahnprojekt als Grund für seine Entscheidung. Im Monat darauf annullierte die Stadt Bordeaux ihren Vertrag über 750 Millionen Euro mit *Veolia*. (...) Kürzlich entschieden auch der Rat der Stadt Galway in Irland und der von Stockholm in Schweden, ihre Verträge mit *Veolia* nicht zu erneuern.

Schließlich wurde *Veolia* der Druck zu viel. Am 9. Juni berichtete die israelische Tageszeitung *Ha'aretz*, die Firma lasse das Jerusalemer Projekt fallen. (...)

Das bedeutet den ersten größeren Durchbruch der gegen Firmen gerichteten Kampagne. *Veolia* sah sich gezwungen, sich aus dem Jerusalemer Projekt zurückzuziehen. Dies war das Ergebnis einer gezielten und kontinuierlichen Kampagne in mehreren Ländern, die international mit Hilfe des palästinensischen BDS-Komitees koordiniert wurde. Dieser Sieg zeigt, wie solche Kampagnen greifbare Erfolge zeitigen können. (...)

Israels blutiger Angriff auf Gaza zu Beginn des Jahrs löste auch neue Initiativen in gewerkschaftlichen Zusammenhängen aus, die sich mit Palästina solidarisch zeigen.

Es dürfte nicht überraschen, dass die Unterstützung für Palästina und die Boykottbewegung in Südafrika besonders ausgeprägt sind. Viele Südafrikaner vergleichen die Unterdrückung der Palästinenser mit derjenigen, die sie unter der Apartheid erleben mussten. Anfang Februar kündigten Hafentarbeiter, Mitglieder des *Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses* (COSATU) an, dass sie sich weigern würden, ein Schiff aus Israel zu entladen, das am 8. Februar in Durban ankommen sollte. COSATU und das Palästina-Solidaritäts-Komitee von Südafrika erläuterten die Bedeutung der Weigerung durch die Hafentarbeiter: Die Aktion von Mitgliedern der *Südafrikanischen Transport- und vereinigten Arbeitergewerkschaft* (SATAWU) in Durban zeige die entschlossene Weigerung südafrikanischer Arbeiter, sich an Unterdrückung und Ausbeutung, wo auch immer auf der Welt, zu beteiligen. Ihre Mitglieder würden sich grundsätzlich weigern, israelische Waren in die Hand zu nehmen. (...)

Die SATAWU-Aktion, so der Generalsekretär der Gewerkschaft, ist Teil einer stolzen Geschichte des Arbeiterwiderstands gegen die Apartheid. 1963, vier Jahre nachdem die Anti-Apartheidbewegung sich gebildet hatte, weigerten sich dänische Hafentarbeiter, ein Schiff mit Waren aus Südafrika zu entladen. Als das Schiff in Schweden andockte, folgten die dortigen Hafentarbeiter dem dänischen Beispiel. Dasselbe taten später auch Arbeiter in Liverpool und in der Bay Area um San Francisco. Die Südafrikaner und besonders die südafrikanischen Arbeiter werden diesen Arbeitern immer dankbar sein (...)

COSATU war die erste größere nationale Gewerkschaftsvereinigung, die zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel aufrief. Mehrere andere Gewerkschaftsverbände sind gefolgt, darunter die von Neuseeland und Irland. Am 24. April sprach sich die Versammlung des schottischen Gewerkschaftsbunds nach ausführlicher Debatte mit überwältigender Mehrheit für BDS aus. Wenige Wochen danach drängte die *Norwegische Gewerkschaftskonföderation*, die über ein Drittel der Arbeitskräfte des Landes repräsentiert, die Regierung, einen internationalen Boykott Israels anzuführen, falls es weiterhin die Rechte der Palästinenser verletze.

In vielen Ländern haben einzelne Gewerkschaften und Organisationen der Arbeiterbewegung ebenfalls Stellung genommen. Im Juni 2007 rief die nationale Konferenz von UNISON, der größten Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes in Großbritannien, die über 1,3 Millionen Mitglieder hat, dazu auf „koordiniert und kontinuierlich Druck auf Israel auszuüben, was auch einen Boykott auf wirtschaftlicher, kultureller, akademischer und sportlicher Ebene bedeutet“. Erst kürzlich, bald nach dem Überfall auf Gaza, schloss sich die größte Lehrgewerkschaft Frankreichs, die *Federation Syndicale Unitaire* der BDS-Kampagne an und rief die EU auf, Sanktionen gegen Israel zu verhängen.

Auf der anderen Seite des Atlantik war die *Kanadische Postarbeitergewerkschaft* (CUPW) die erste landesweite Gewerkschaft in Nordamerika, die sich eine umfassende BDS-Politik zu eigen gemacht hat. Denis Lemelin, der Präsident von CUPW, hat im Verlauf des vergangenen Jahres auf einer ganzen Reihe von Veranstaltungen und Demos gesprochen und die Rechte der Palästinenser verteidigt. Am 7. Januar schrieb er im Namen der Gewerkschaft einen Brief an den kanadischen Premierminister Stephen Harper, in dem er ihn bittet, gegenüber Israel eine Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionspolitik durchzuführen, um es zur Einhaltung des internationalen Rechts zu bringen. (...)

Die Entscheidung des Bezirks Ontario der *Kanadischen Gewerkschaft für Beschäftigte im öffentlichen Dienst* (CUPE), der über 220.000 Beschäftigte angehören, sich der BDS-Kampagne anzuschließen, fiel im Mai 2006 und rief heftige Debatten hervor. Dadurch lenkte sie die internationale Aufmerksamkeit auf den palästinensischen BDS-Aufruf. (...) Sid Ryan, der Präsident von CUPE Ontario erhielt mehrfach Todesdrohungen; auch seine Familie wurde bedroht. Doch er und die Gewerkschaft ließen sich nicht einschüchtern. Gewerkschafter stellten eine breite Aufklärungskampagne auf die Beine, in deren Mittelpunkt ein gelungenes 16-seitiges Heft mit dem Titel *Für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten* stand, den das *Komitee für internationale Solidarität* von CUPE Ontario herausbrachte. (...)

Ein Jahr nach CUPE Ontario schloss sich (Mai/Juni 2007) eine wichtige Gewerkschaft in Quebec der BDS-Bewegung an, die *Nationale Gewerkschaft des Lehrpersonals Quebec* (FNEEQ), mit 23.500 Mitgliedern (...) die größte Gewerkschaft der im höheren Erziehungswesen Beschäftigten. (...)

Im November 2007 brachte die FNEEQ eine Sondernummer ihres Journals *Carnets* heraus, die unter der Überschrift „Tu mehr für Palästina“ stand (...), darin auch Beiträge von Israelis wie Ilan Pappé und Michael Warschawski, die BDS befürworten. (...) Die Broschüre stellt dar, inwiefern die Unterstützung des Kampfes der Palästinenser für ihre Rechte ein zentrales Anliegen der Arbeitersolidarität ist. (...)

FNEEQ hat an mehreren Solidariätsdelegationen nach Palästina teilgenommen, die von Quebec ausgingen. Eine davon, bestehend aus 17 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Gewerkschaften, informierte sich eine Wo-

che lang vor Ort über die Lebenssituation der Menschen unter der Besatzung; sie wurden von den israelischen Behörden allerdings an der Einreise nach Gaza gehindert. (...)

FNEEQ und ASSE (SchülerInnen- und Studierenden-Gewerkschaft von Quebec mit ca. 42.000 Mitgliedern) haben im Mai dieses Jahres zusammen eine Broschüre mit dem Titel „Israel kann nicht straflos bleiben!“ herausgegeben. Darin geht es um das Recht auf Bildung, das durch die israelische Militärherrschaft in Palästina untergraben wird. Ein Großteil der Texte wurde von der Kampagne für das Recht auf Bildung an der Bir Zeit Universität (Palästina) erstellt. Auch ASSE beteiligt sich an der BDS-Kampagne. (...)

Auf ihrem Kongress vom 30.-31. Mai bekräftigte FNEEQ einstimmig ihre Unterstützung für BDS und beschloss, am Welt-Bildungs-Forum teilzunehmen, das als Teil der Weltsozialforumsbewegung im Oktober 2010 in Palästina stattfinden wird.

Eines der Ziele der internationalen Boykottbewegung ist es, Regierungen dazu zu bringen, dass sie alle wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrechen und den zionistischen Staat so zum Paria unter den Staaten machen. In Lateinamerika setzt sich dies allmählich durch.

Kuba hat die Beziehungen zu Israel im Dezember 1973 im Zusammenhang mit dem Yom-Kippur-Krieg abgebrochen. (...)

Im Laufe der Jahre spielte Israel durch seine Unterstützung blutiger Diktaturen von Guatemala bis Chile eine besonders schändliche Rolle. (...)

Im September 2008 setzten sich die ALBA-Länder (*Bolivarianische Alternative für die beiden Amerikas*) für die Wahl von Pater Miguel d'Escoto Brockmann aus Nicaragua zum Präsidenten der Generalversammlung der UN ein. (...) Er spricht sich in Anspielung auf die Anti-Apartheid-Kampagne gegen Südafrika dafür aus, dass „die Vereinten Nationen erwägen sollten, sich einer neuen Generation der Weltzivilgesellschaft anzuschließen, die zu einer ähnlichen gewaltlosen Kampagne – Boykott, Desinvestition, Sanktionen – aufruft, um Israel dazu zu bewegen, seine Übergriffe einzustellen“.

ALBA wurde durch Venezuela und Kuba gegründet und die venezolanische Regierung setzt sich besonders nachdrücklich für Gerechtigkeit im Nahen Osten ein. (...) Im Juli verurteilte Präsident Chavez die israelische Aggression gegen den Libanon scharf. (...)

Bald nach Beginn des Angriffs Israels auf Gaza strömten die Venezolaner auf die Straßen, um zu protestieren. (...)

Am 14. Januar brachen Venezuela und Bolivien die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Der bolivianische Präsident, Evo Morales, kündigte an, dass sein Land beabsichtige, die israelischen Verantwortlichen wegen Kriegsverbrechen vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen. (...)

Der BDS-Bewegung gehören inzwischen auch einige bedeutende jüdische Organisation an, so die *Unabhängigen Jüdischen Stimmen* (Kanada), die sich am 14. Juni mit überwältigender Mehrheit der Kampagne anschlossen, „weil wir solidarisch an der Seite der Palästinenser für ihr Recht auf Selbstbestim-

mung entstehen“, wie es Diana Ralph, stellvertretende Vorsitzende der Organisation ausdrückte. (...)

Des Ruf Israels hat aufgrund seines barbarischen Angriffs auf die belagerte Bevölkerung von Gaza weltweit schwer gelitten. Immer mehr Menschen begreifen, welcher Verbrechen sich Israel schuldig macht und dass es ein Apartheidstaat ist. Sie kommen zu dem Schluss, dass eine Solidarität mit den PalästinenserInnen erforderlich ist, die sich in konkreten Aktionen ausdrückt. Die Proteste gegen das Vorgehen Israels waren in vielen Ländern in diesem Ausmaß und in dieser Dauer neu. Und neue Kräfte schließen sich der Solidaritätsbewegung mit Palästina an. Die internationale Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel erweist sich als eine der wichtigsten Komponenten, sich als breite internationale Bewegung „von unten“ solidarisch zu zeigen. Der hier gegebene Überblick über die jüngsten Entwicklungen kann nur einen Teil dessen darstellen, was sich im Rahmen der vielfältigen BDS-Bewegung ständig weiter entwickelt. (So bringt die Bewegung derzeit einen akademischen und kulturellen Boykott gegen Israel voran, über den man sich auf der Website der *Palästinensischen Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott* näher informieren kann:

<http://www.pacbi.org/index.php> und durch die Lektüre des Artikels „Palestine and the Cultural Boycott“ von Rafeef Ziadah:

<http://www.zcommunications.org/znet/viewArticle/21206>. (...)

Obwohl die Bewegung noch relativ jung ist, hat sie bereits bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen. Sie gibt Grund zur Hoffnung, dass sie sich zu einer machtvollen und kontinuierlich präsenten internationalen Kraft entwickelt, die dazu beitragen kann, Gerechtigkeit für die Palästinenser durchzusetzen.

Im zu Anfang erwähnten Aufschrei von AIPAC kann das zähneknirschende Eingeständnis gesehen werden, dass die Lobby-Organisation sich genötigt sieht, die Erfolge, vor allem aber das Potential der Bewegung ernst zu nehmen. Es ist zu erwarten, dass die Verfechter eines ausschließlich jüdischen Staates Israel – seien es offizielle Lobby-VertreterInnen, mächtige Regierende oder andere – alles daran setzten werden, die BDS-Bewegung als antisemitisch zu diffamieren und die öffentliche Debatte über die Verbrechen Israels zum Schweigen zu bringen. Wer sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt, wird sich mit anderen verbinden, das Recht auf freie Meinungsäußerung auch in diesen Angelegenheiten in Anspruch nehmen und sich darum bemühen, weitere Unterstützung für die BDS-Kampagne zu mobilisieren.

Erstveröffentlichung: *Links* – international journal of socialist renewal, 24.06.2009, <http://links.org.au/node/1128>

Omar Barghuthi

## Der Ruf der Palästinenserinnen und Palästinenser nach einem Boykott Israels findet immer mehr Anhänger

Omar Barghuthi bringt die palästinensische Kampagne für einen akademischen und kulturellen Boykott Israels (PACBI) maßgeblich voran. Diese Kampagne ist Teil der BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestition/Kapitalentzug und Sanktionen), die auf das Jahr 2005 zurückgeht. Ein Jahr zuvor hatte der Internationale Gerichtshof gegen die israelische Mauer und den Siedlungsbau auf palästinensischem Land Stellung genommen. Nichts geschah, um dieser Empfehlung Folge zu leisten.

Die BDS-Kampagne wurde von mehr als 170 Gewerkschaften, politischen Parteien, Organisationen und Vereinigungen in Palästina initiiert. Sie repräsentieren die Zivilgesellschaft in Palästina, innerhalb der besetzten Gebiete, in Israel und im Exil.

### **BDS = Boykott, Desinvestition und Sanktionen**

Nur eine Minderheit der Palästinenserinnen und Palästinenser lebt im Westjordanland und in Gaza unter israelischer Besatzung. In ihrer großen Mehrheit sind die Palästinenserinnen und Palästinenser Flüchtlinge im Exil, Opfer der seit 1948 anhaltenden ethnischen Säuberung durch Israel.

Der BDS-Aufruf besagt Folgendes: Da die internationale (Staaten-)Gemeinschaft sich als unfähig erwiesen hat, Israel für seine Verletzungen des internationalen Rechts und der Menschenrechte zur Verantwortung zu ziehen, rufen wir die internationale Zivilgesellschaft dazu auf, ihre moralische Verantwortung wahrzunehmen, indem sie Israel durch die Umsetzung von Boykottmaßnahmen, Kapitalentzug und Sanktionen zur Verantwortung zieht.

Was genau fordern wir? Wir rufen zur Beendigung von drei grundlegenden Formen der Ungerechtigkeit auf, die Israel gegenüber dem palästinensischen Volk begeht: die Besatzung bzw. die Kolonialisierung, die systematische rassistische Diskriminierung der Palästinenser in Israel, die eine spezifische israelische Form der Apartheid darstellt, sowie die Verweigerung des Rückkehrrechts für die palästinensischen Flüchtlinge. Die palästinensischen Flüchtlinge haben gemäß den UN-Resolutionen das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat, und Israel verweigert ihnen dieses Recht.

Der BDS-Aufruf ist auf das Recht begründet und nicht auf die Suche nach einer „Lösung“. Er konzentriert sich auf drei fundamentale Rechte der Palästinenser. Wir appellieren an die Welt, Israel zu boykottieren und Israel sowie den Firmen Kapital zu entziehen, die Israel unterstützen. Dies soll so lange geschehen, bis Israel bereit ist, sich dem Internationalen Recht zu beugen und uns unsere grundlegenden Rechte zuzubilligen.

## **Israel = ein koloniales Projekt**

Seit 1948 ist Israel auf den Trümmern der palästinensischen Gesellschaft aufgebaut worden. Die palästinensische Gesellschaft wurde zerstört und die Mehrzahl der Palästinenserinnen und Palästinenser wurde vertrieben – zwischen 750.000 und 850.000 wurden zwischen Ende 1947 bis 1949 Opfer einer ethnischen Säuberung – um für jüdische Einwanderer „Platz zu machen“, die auf der Flucht vor dem Holocaust aus Europa kamen. Von Anbeginn an war es ein koloniales Projekt und mit der Absicht verbunden, die palästinensische Gesellschaft zu zerschlagen und zu verhindern, dass sich diese selber rekonstruieren würde.

Umgehend wurden die Palästinenser auseinander gerissen: die im Inneren des Gebiets, das zu Israel wurde, die im Westjordanland und die von Gaza sowie die Flüchtlinge. Diese Zersplitterung dauert an.

Israel beschränkt sich nicht auf die ethnische Säuberung, sondern zerstört langsam aber nachhaltig die Entwicklungsmöglichkeit einer palästinensischen Gesellschaft innerhalb des historischen Palästina.

## **Zerstörung palästinensischer Unternehmen**

Seit Israel 1967 die Westbank und den Gazastreifen besetzt hat, also seit nunmehr 42 Jahren, zerstört Israel systematisch und gezielt die palästinensische Wirtschaft.

Israel hat die Grundlagen für eine unabhängige palästinensische Wirtschaft und eine unabhängige palästinensische Industrie zerstört. Wir haben kaum eine Industrie und wenn, dann handelt es sich um sehr kleine Betriebe. Israel kontrolliert alle Grenzen, somit Import und Export, und wir sind daher für Israel ein Markt „in Geiselhaft“. Israelische Firmen wollen ihre Produkte verkaufen, und die beste Bedingung dafür ist die Zerstörung unserer Produktionsmöglichkeiten.

Die Siedlungen sind im Lichte des internationalen Rechts illegal. Laut der Vierten Genfer Konvention ist es ein Kriegsverbrechen, Teile der Bevölkerung der Besatzungsmacht im besetzten Land anzusiedeln. Doch Israel baut sie, um im Grunde die ethnische Säuberung voranzutreiben.

## **Die Mauer trennt die Palästinenser von ihrem Land**

Israel ist auf die besten Ländereien, die besten landwirtschaftlichen Flächen und die Zugänge zu Wasser und die Wasserressourcen selber aus, damit es für die Palästinenser unmöglich wird, in Palästina zu leben.

Das ist zu allen Zeiten die israelische Politik gewesen. Alle Regierungen – der Linken, der Rechten und der Mitte – haben sich an dieses Prinzip gehalten: alles daran zu setzen, dass das Leben für die meisten Palästinenserinnen und Palästinenser unerträglich wird und sie verschwinden. Bis zu einem gewissen Punkt hat das funktioniert. Viele Palästinenserinnen und Palästinenser sind gegangen, weil sie sich ihren Lebensunterhalt in Palästina nicht verdienen konnten. Wenn ein Bauer oder eine Bäuerin sein oder ihr Land verliert, weil die Mauer es abgetrennt hat, fehlt ihnen die Lebensgrundlage. Sie kön-

nen ihr Leben nicht weiter führen; wenn sie Kinder haben, können sie nicht mehr für sie sorgen. Daher denken sie häufig daran, wegzugehen, wohin auch immer, um ihre Familie zu ernähren. Diese Politik hat Israel sehr konsequent verfolgt. Die Mauer ist nur das letzte Kapitel des Kolonialisierungsprozesses. Mit dem Siedlungsbau passt es sehr gut zusammen, die Mauer zu errichten, um das beste Agrarland und die Quellen zu vereinnahmen. Viele nennen sie eine „Trennungsmauer“. Und tatsächlich trennt sie die Palästinenserinnen und Palästinenser von ihrem Land. Es geht nämlich nicht nur darum, die Palästinenserinnen und Palästinenser von den Israelis zu trennen. Es wäre falsch, die Sache so zu sehen. Die Mauer trennt die Palästinenser von ihrer Existenzgrundlage: von ihrem Land, von ihren Stadtzentren, von ihren Krankenhäusern, von ihren Schulen. Das ist das Hauptanliegen, das mit der Mauer verfolgt wird: Das Leben für die Palästinenser unlebbar zu machen.

### **Ethnische Säuberung**

Seit Israel geschaffen wurde – das ist bewiesen und durch historische Dokumente belegt – war seine Grundlage die Nakba, die massive, systematisch geplante ethnische Säuberung. Diese ist von Ben Gurion und anderen zionistischen Führern Jahre vor dem Teilungsplan sehr überlegt geplant worden. Es handelte sich also im Gegensatz zu dem, was Israel heute behauptet, nicht um eine Reaktion, worauf auch immer. Es war ein vorgefasster Plan, um sich der Mehrheit der Palästinenserinnen und Palästinenser zu entledigen. Seit jener Zeit haben die Israelis kollektiv die Nakba geleugnet und leugnen die ethnische Säuberung Palästinas, für die sie verantwortlich sind – eine Leugnung, die sich nicht sehr von der Leugnung des Holocaust unterscheidet. Ohne auf die Unterschiede einzugehen – und es bestehen enorme Unterschiede zwischen dem Holocaust und der Nakba, mit denen ich mich hier nicht befassen werde, beide Ungerechtigkeiten sind nicht vergleichbar –, ist dennoch nicht zu übersehen, dass die jüdischen Israelis in ihrer Mehrheit ihre Teilnahme, ihre Rolle im Zusammenhang mit der Nakba geleugnet haben, und das ist der Holocaust-Leugnung sehr ähnlich.

Bis heute leugnet die große Mehrheit der politischen Parteien Israels, d. h. alle zionistischen Parteien, seien sie links, rechts, oder von der Mitte, die Nakba. Sie rechtfertigen dies damit, dass ihren Ausnahme-Opfern, den Opfern des Holocaust, höhere, bedeutendere Rechte zukommen als den eingeborenen Palästinenserinnen und Palästinensern: Muslimen, Christen und Juden – zu den ursprünglichen Bewohnern Palästinas gehören auch Juden. Dieser zutiefst rassistische Diskurs, der die eingeborene Bevölkerung als Untermenschen betrachtet, ist nicht neu und keine Erfindung der Israelis. Die Franzosen haben sich in Algerien genauso benommen, ebenso in Vietnam, und die Briten, die Niederländer und ganz allgemein die Europäer haben sich dieses koloniale Prinzip zur Gewohnheit gemacht, das darin besteht, den ursprünglichen Bewohner für einen Untermenschen zu halten.

## **Boycott israelischer Institutionen**

Die israelischen Institutionen und insbesondere die Universitäten, die kulturellen Institutionen, Wirtschaft und Sport sind alle Komplizen. Die Komplizenschaft besteht nicht nur im Schweigen, nicht nur darin, dass sie es in der Tat versäumen, die Besatzung zu verurteilen – keine einzige israelische Universität hat jemals die Besatzung verurteilt; keine einzige israelische Lehrer-gewerkschaft hat jemals die Besatzung verurteilt oder ihre Beendigung gefordert. Nicht eine. Die Zahl der israelischen Akademiker, die offen ein Ende der Besatzung gefordert haben, beläuft sich auf einige Hundert von rund 9.000. Insofern sind die israelischen Akademiker genau wie alle Welt in Israel – enge Komplizen der Unterdrückung. Dennoch zielen wir mit unserem Appell nicht auf Einzelpersonen ab; er bezieht sich vielmehr auf Institutionen, und das ist sehr wichtig. Ein institutioneller Boykott ruft dazu auf, die Institutionen wegen ihrer Komplizenschaft zu boykottieren.

Die akademischen und kulturellen Institutionen spielen für die Rechtfertigung des gesamten Unterdrückungssystems eine entscheidende Rolle. Die Unterdrückung wird nicht nur durch Panzer und Flugzeuge ausgeübt, sie wird auch durch zahlreiche kleine Botschafter vertreten, die in die Welt aus-schwärmen, ein verzerrtes Bild verbreiten und die israelischen Verbrechen rechtfertigen. Für die von der israelischen Armee in Gaza verübten Massaker, die massiven Kriegsverbrechen und schwersten Verletzungen des internationalen Rechts ist nicht allein die israelische Armee verantwortlich, sondern das gesamte israelische Establishment, einschließlich akademischer, kultureller und anderer Institutionen, trägt die Mitschuld.

Und das nicht nur, weil sie nichts gegen die Massaker gesagt haben – es gab keinerlei Verurteilungen –, sie haben sie rundheraus unterstützt, indem sie sie als „Antwort auf den palästinensischen Terror“ gerechtfertigt haben und indem sie alle möglichen Gründe angeführt haben, um die Welt glauben zu machen, es habe sich um einen Akt der Selbstverteidigung und nicht um ein Kriegsverbrechen gehandelt. Sie haben also bei der Rechtfertigung der Kriegsverbrechen eine entscheidende Rolle gespielt. Sie müssen daher selbstverständlich boykottiert werden.

Das zweite Argument ergibt sich aus der südafrikanischen Erfahrung.

### **Wie in Südafrika**

Wie haben sich diejenigen, die sagen, wir dürften die israelischen Universitäten nicht boykottieren, in den 80er Jahren verhalten? Haben sie selber nicht die südafrikanischen akademischen Institutionen boykottiert? Der Boykott gegen Südafrika richtete sich ganz umfassend gegen alles und jeden aus Südafrika, nicht nur gegen die dortigen Institutionen. Die palästinensische Boykott-Kampagne hingegen bezieht sich nur auf die Institutionen. Die selben Leute, die in den 80er Jahren einen Boykott gegen alles Südafrikanische unterstützt haben, sind diejenigen, die uns jetzt verbieten wollen, Israel zu boy-

kottieren. Das ist pure Heuchelei, es bedeutet mit zweierlei Maß zu messen und Israel eine Sonderrolle zuschreiben.

### **Boycott in den Bereichen Sport, Kunst und Wissenschaft**

Für Sportmannschaften oder Musikgruppen gilt dasselbe: Sie sind Komplizen in der Rechtfertigung israelischer Kriegsverbrechen. Sie reisen nach Europa und musizieren und tragen sportliche Wettkämpfe aus, als wäre Israel ein Staat wie jeder andere und nicht ein kolonialer Staat, ein Apartheidstaat. Sie tragen dazu bei, das falsche Image von Israel als aufgeklärten demokratischen Staat aufrecht zu erhalten, der von einem Meer arabischer Barbaren umgeben sei. Dieses Image wird nicht nur vom israelischen Außenministerium oder der Armee gepflegt, es wird auch durch die kulturellen und universitären Körperschaften und durch ihre Teilnahme an Ereignissen überall auf der Welt hoch gehalten. Deshalb müssen selbstverständlich die israelischen Sportmannschaften genauso boykottiert werden, wie es einst mit den südafrikanischen geschah. Um es noch einmal festzustellen: Wir erfinden das Rad nicht neu.

Der palästinensische Boykott-Aufruf wurde 2004/05 gestartet. Wenige Jahre später sehen wir bereits eine bedeutende Unterstützung seitens wichtiger Gewerkschaften, sogar in Europa und Kanada, sowie allmählich auch in den Vereinigten Staaten. Es handelt sich keineswegs um eine marginale Bewegung, sie gewinnt zunehmend an Breite und Aufwind und wird von Künstlerinnen, Künstlern und anderen unterstützt, deren Stimme Gewicht hat, so von John Berger, Naomi Klein, Ken Loach usw.

Die Boykott-Kampagne gegen Südafrika hingegen begann Ende der 50er Jahre, und die internationale Zivilgesellschaft reagierte schließlich in den 80er Jahren. Die wichtigsten Boykott-Aktionen fanden in den 80er Jahren statt, nachdem es in den 70er Jahren einige Vorreiter gegeben hatte. Die Südafrikaner spürten also erst nach 25, 30 Jahren eine Reaktion. Wir erleben bereits nach vier, fünf Jahren eine wesentlich bedeutendere Reaktion bei den wichtigsten Gewerkschaften. Die Kampagne läuft also.

Wir hoffen, dass die Zivilgesellschaft überall auf der Welt sich dem BDS-Aufruf als der politisch und moralisch wirksamsten Kampagne anschließt, die wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln betreiben können, um Israel zur Verantwortung zu ziehen, um die Strafflosigkeit Israels und seine Unterdrückungspolitik zu beenden und einer Hoffnung auf Frieden in der Zukunft eine Chance zu eröffnen.

Diese Stellungnahme von Omar Barghuthi wurde von Mireille Court und Chris den Hond am 19. April 2009 in Ramallah aufgenommen und auf verschiedenen Websites und e-mail-Verteilern veröffentlicht.

*Martin Forberg*

## Überlegungen zu BDS in Deutschland

*Der Artikel von Martin Forberg ist vermutlich die erste Publikation zum Thema BDS in Deutschland, die die Kampagne selber aus genauer Kenntnis heraus darstellt. Außerdem geht er auf die Reaktionen ein, die hierzulande Naomi Kleins Äußerungen zu BDS ausgelöst haben. Wenn die deutschen Medien, die Gewerkschaften und die Linke die Kampagne als Bewegung von unten nicht wahrnehmen, so gelingt dies immerhin, sobald sich Prominente wie Naomi Klein für BDS aussprechen. In Unkenntnis der politischen Kultur der Kampagne und der sie tragenden Kräfte wurde sie zunächst einmal verurteilt, ohne dass man auf die Argumente von Naomi Klein einging. Schlimmer, in der Verurteilung äußern sich zum Teil Vorurteile bis hin zu antisemitischen Denkmustern.*

Als Folge des Krieges gegen die Palästinenser im Gazastreifen hat die Diskussion wieder an Aktualität gewonnen, ob Sanktionen helfen können, ein Ende der israelischen Besatzung zu erreichen. Auf dem Weltsozialforum 2009 in brasilianischen Belém wurde der 30. März zu einem „weltweiten Aktionstag in Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ erklärt. An diesem Tag soll für Boykottmaßnahmen und den Entzug von Investitionen gegenüber israelischen und internationalen Unternehmen geworben werden, die „die israelische Apartheid und Besatzung aufrechterhalten“. Die Notwendigkeit der strafrechtlichen Verfolgung mutmaßlicher israelischer Kriegsverbrechen wird ebenso zum Thema gemacht wie die Aufhebung von Freihandelsabkommen mit Israel und ein Waffenembargo.

Mitte Februar forderten etwa 50 französische Wissenschaftler ein Ende der Blockade des Gazastreifens. Sie bekundeten, jegliche Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen, die sich „an der Besatzung beteiligen“, einstellen zu wollen. Gleichzeitig erklärten sie sich mit denen solidarisch, die sich in Israel „mutig für die Menschen-, sozialen und politischen Rechte der Palästinenser“ einsetzen. Schon Anfang Januar hatten über 500 israelische Künstler und Intellektuelle für Sanktionen plädiert, solange ihr Land das humanitäre Völkerrecht nicht respektiere. Für Aufsehen sorgte die globalisierungskritische kanadische Autorin Naomi Klein. In ihrer Kolumne im britischen *Guardian* unterstützte sie im vergangenen Monat die von „einer breiten Koalition palästinensischer Gruppen“ im Jahr 2005 initiierte Kampagne „Boykott, Desinvestition, Sanktionen“, kurz BDS.

Klein vergleicht BDS mit dem Boykott des südafrikanischen Apartheidregimes. Seit 2006 habe Israel weltweit seine diplomatischen, kulturellen und Handelsbeziehungen verbreitern und vertiefen können – trotz Libanonkrieg, Beschleunigung der Siedlungspolitik und der Blockade des Gazastreifens. Deshalb sei jetzt internationaler Druck auf Israel nötig. „BDS“ sei allerdings

kein Dogma, sondern eine Taktik – und wegen der starken Abhängigkeit des kleinen Landes vom Außenhandel erfolgsversprechend.

In Deutschland rief die Kolumne zunächst ein beinahe feindliches Echo hervor: In der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* unterstellte Thomas Assheuer, Klein habe dazu aufgerufen, „israelische Geschäfte zu boykottieren und den Kauf jüdischer Exportartikel (sic!) zu unterlassen“. Der Autor verwendete hier selbst einen Begriff, den es so nur im Bewusstsein eingefleischter Antisemiten geben kann: denn was sollen „jüdische Exportartikel“ sein? Tatsächlich hat Klein weder das eine noch das andere gefordert, sondern betont: „Ich boykottiere die israelische Wirtschaft, nicht aber Israel.“

Martin Altmeyer wiederum machte in der *taz* bei Naomi Klein „Antisemitismus von links“ aus. Auch er umschiffte die konkrete Auseinandersetzung mit der *Guardian*-Kolumne und improvisierte statt dessen frei über ihr jüngstes Buch *Die Schock-Strategie*. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Die Autorin bediene dort die „ganze Palette antisemitischer Klischees“ und projiziere sie auf den Staat Israel. Dass selbst die Zitate, die Autor Altmeyer ausgewählt hat, diese infamen Behauptungen nirgendwo stützen, schien nicht weiter zu stören.

Die beiden Beiträge blieben nicht unwidersprochen: Es sei „ein intellektuelles und moralisches Armutszugnis“, eine „kanadische Jüdin mit dem deutschen Nationalsozialismus (und dies auch noch in einer deutschen Zeitung) zu assoziieren“, hieß es in einem *Zeit*-Leserbrief (29.1.2009). In der *taz* erinnerte Daniel Bax daran, dass Klein selbst „oft genug davor gewarnt hat, Antisemitismus zu bagatellisieren“. Antijüdische Parolen auf Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg würden mit Recht skandalisiert. Eine „Boykottkampagne gegen Israel zu fordern“, sei jedoch so legitim, wie ein Boykott gegen andere Staaten auch, meint Bax. Dabei bleibt er selbst gegenüber einer Boykottforderung skeptisch.

Festzuhalten bleibt, dass es in Deutschland vor dem Hintergrund der Nazibarbarei nötig ist, den Begriff „Boykott“ durch „Sanktionen“ zu ersetzen. Parallel hierzu sollte die Israel/Palästina-Solidaritätsbewegung mehr als bisher gegen alle Formen von Rassismus arbeiten und den Dialog zwischen Juden und Muslimen, zwischen hier lebenden Menschen palästinensischer und israelischer Herkunft fördern.

Wer ein Zwei-Staaten-Konzept will, das diesen Namen verdient, kommt indes um Druck auf Israel nicht herum, weil anders die Besatzung als strukturelles Haupthindernis für einen Frieden nicht überwunden werden kann.

Die BDS-Kampagne jedenfalls kann in den letzten Wochen einige spektakuläre Erfolge verbuchen: Um hier nur einen zu nennen: Der Konzern Veolia verlor im Januar einen Auftrag in Schweden im Wert von 3,5 Milliarden Euro: Bislang betreibt das französische Unternehmen die U-Bahn im Bezirk Stockholm, sie erhielt aber den Folgeauftrag für die nächsten acht Jahre nicht. Eine Entscheidung aus rein wirtschaftlichen Gründen, wie die zuständige Behörde betonte. Die schwedische Hilfsorganisation *Diakonia* vermutet indes,

dass Medienberichte über die *Veolia*-Beteiligung am *CityPass*-Stadtbahn-Projekt in Jerusalem ausschlaggebend waren. Durch *CityPass* werden die israelischen Siedlungen Pisgat Zeev und French Hill im 1967 besetzten Ost-Jerusalem zusätzlich an West-Jerusalem angebunden.

Die israelische Frauenorganisation *Coalition of Women for Peace* hat mittlerweile im Internet eine Liste israelischer und internationaler Unternehmen veröffentlicht, die von Besatzung und Siedlungspolitik profitieren (...). Die Forderung nach Sanktionen schließt durchaus nicht aus, palästinensische und israelische Unternehmen bewusst zu unterstützen, die sich für einen gleichberechtigten Frieden einsetzen.

Erstveröffentlichung: *junge welt* vom 26. Februar 2009

*Michael Warschawski*

## **Ja zu BDS – eine Antwort auf Uri Avneri**

*Michael Warschawski ist wie Uri Avneri seit vielen Jahren Aktivist gegen die Besatzung. In diesem Artikel setzt er sich mit dessen Ablehnung der BDS-Kampagne auseinander. Es geht nicht um eine Polemik, sondern darum, die Argumente eines Mitstreiters im Kampf für ein Ende der Besatzung ernst zu nehmen. Nicht erst im Zusammenhang mit BDS vertreten Warschawski und Avneri unterschiedliche Standpunkte. Uri Avneri wird in Deutschland besser verstanden, nicht nur, weil er Deutsch spricht, sondern, weil er einen Frieden auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen zwei Völkern mit gleichen Ansprüchen für erstrebenswert und möglich hält. Das impliziert eine Symmetrie zwischen Besatzer und Besetzten, von Kolonisator und Kolonisiertem, von einem mächtigen Staat und einer Bevölkerung ohne politische Rechte und staatliche Strukturen. So sehr Avneri sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt, unterscheidet sich doch seine Vision von der universalistischen Sicht, die Michael Warschawski vertritt. Diese Sicht wird eher in den emanzipatorischen Bewegungen der Welt verstanden und äußert sich in der Sprache dieser Bewegungen. So steht es für Warschawski fest, dass eine gerechte Lösung mit einem Staat, der sich als jüdischer Staat definiert, nicht zu vereinbaren ist.*

*Wir mussten aus Platzgründen die einleitenden Abschnitte, in denen Michael Warschawski Uri Avneri zitiert, weglassen.*

(...)

Fangen wir mit dem an, was ich für eine verkehrte Fragestellung halte. Zunächst: „Hass ist ein sehr schlechter Ratgeber“, schreibt Uri, und ich bin der letzte, der darin nicht mit ihm übereinstimmt. Ich weiß, dass er auch mir zustimmen wird, wenn ich hinzufüge, dass in unserem politischen Zusammenhang Hass verständlich ist. Zweitens: „Israel ist nicht Südafrika.“ Natürlich

nicht, und jede konkrete Realität unterscheidet sich von jeder anderen. Dennoch gibt es zwischen diesen beiden Ländern einige Ähnlichkeiten: Beides sind rassistische Staaten mit (unterschiedlichen) Apartheidsystemen (wörtlich bedeutet „Apartheid“ „strukturelle Separation“). Beide Länder wurden als „europäische Staaten“ in einer nationalen/ethnischen Umgebung von Nicht-Europäern errichtet, die – mit Recht – für feindlich gesonnen erachtet wurden.

Wir stimmen auch darin überein – und das ist sogar noch wichtiger –, dass wir in unserem Kampf nur dann nennenswerte Ergebnisse erzielen können, wenn es uns gelingt, eine gemeinsame Dynamik zu entwickeln, in die der palästinensische nationale Widerstand, die israelischen Besatzungsgegner und die internationale Solidaritätsbewegung einbezogen sind. Vor zehn Jahren habe ich dieses Modell das „Erfolgs-Dreieck“ genannt.

Wirklich viele Gemeinsamkeiten – bis dann Uri mit der verzerrten Darstellung seiner politischen Gegner kommt: „(Sie) haben die Israelis aufgegeben.“ Wäre es so, warum sollten dann jene israelischen BefürworterInnen der BDS-Kampagne so viel Zeit darauf verwenden, zusammen mit Uri Avneri eine israelische Bewegung gegen Krieg, Besatzung und Kolonialisierung aufzubauen? Die eigentliche Debatte dreht sich nicht um die, die „die israelische Gesellschaft verändern“ wollen, und die, die das nicht wollen, sondern darum, wie und wozu dies geschehen soll.

Uri Avneris Ziel ist „ein israelisch-palästinensischer Frieden“, d. h. ein Kompromiss, der – auf gleicher Augenhöhe – die Zustimmung der Mehrheit in beiden Bevölkerungen findet (in einem anderen wichtigen Artikel nannte er es „Wahrheit gegen Wahrheit“). Die Annahme einer solchen Symmetrie ergibt sich aus einer anderen politischen Grundannahme von Avneri: Der Konflikt in Palästina ist einer zwischen zwei nationalen Bewegungen von gleicher Legitimität.

Viele BefürworterInnen der BDS-Kampagne lehnen beide Annahmen ab: Unser Ziel ist nicht Frieden um des Friedens willen, denn „Frieden“ an sich bedeutet zunächst einmal nichts (fast jeder Krieg der jüngeren Geschichte ist unter dem Vorwand begonnen worden, er werde Frieden bringen). Frieden spiegelt immer die Machtverhältnisse wider, in einer Situation, in der es die eine Seite nicht schafft das, was sie für ihre legitimen Rechte hält, der anderen Seite abzurufen.

Was wir – anders als Uri – anstreben, ist die Verwirklichung gewisser Grundwerte wie: grundlegende individuelle und kollektive Rechte; ein Ende von Herrschaft und Unterdrückung; Entkolonialisierung; Gleichheit und so viel Gerechtigkeit wie möglich. Es kann selbstverständlich sein, dass wir in diesem Rahmen „Friedensinitiativen“ unterstützen, die dazu angetan sind, das Maß an Gewalt zu verringern und/oder die Respektierung von einigen Rechten zu fördern. Strategisch ist allerdings eine solche Unterstützung von Friedensinitiativen für uns kein Ziel an sich, sondern hat nur insofern Bedeu-

tung als es dazu beiträgt, die aufgeführten Werte und Rechte zu verwirklichen.

Diese Differenz bezüglich „Frieden“ und „Gerechtigkeit“ hat etwas damit zu tun, dass wir auch in Bezug auf Uris zweite Annahme – die von der Symmetrie zwischen zwei gleich legitimen nationalen Bewegungen und Ansprüchen – nicht mit ihm übereinstimmen.

Für uns ist der Zionismus keine nationale Befreiungsbewegung, sondern eine Kolonialbewegung, und der Staat Israel ist und war immer ein kolonialer Siedlerstaat. Frieden, oder besser noch Gerechtigkeit, ist nicht zu erreichen, ohne eine vollkommene Entkolonialisierung (man könnte auch sagen „De-Zionisierung“) des israelischen Staates. Denn diese ist eine Voraussetzung für die Verwirklichung der legitimen Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser – der Flüchtlinge und derjenigen, die unter israelischer militärischer Besatzung leben oder als Bürger zweiter Klasse in Israel. Ob das Ergebnis der Entkolonialisierung schließlich in einer „Einstaaten“-Lösung, in zwei demokratisch verfassten Staaten (d. h. keinem jüdischen Staat), einer Föderation oder irgendeiner anderen institutionellen Struktur bestehen mag, ist von zweitrangiger Bedeutung und wird sich letztendlich – wenn überhaupt – durch den Kampf selber und dadurch herausstellen, in welchem Maße Israelis daran teilnehmen.

Insofern täuscht sich Uri Avneri, wenn er meint, wir würden uns über die Frage streiten, ob es um „einen Staat“ oder um „zwei Staaten“ geht. Wie eben dargelegt, besteht eine Meinungsverschiedenheit bezüglich der Bedeutung von Rechten, der Entkolonialisierung und des Prinzips der uneingeschränkten Gleichheit. Die Form einer Lösung ist meiner Ansicht nach gleichgültig, solange wir von einer Lösung reden, die garantiert, dass beide Völker in Freiheit (ohne koloniale Unterdrückung) und Gleichheit leben.

Eine weitere bedeutsame Divergenz zu Uri Avneri betrifft die israelische Psyche und die Dialektik zwischen dem Anliegen der palästinensischen nationalen Befreiung und dem sogenannten israelischen Friedenslager. Während es auf der Hand liegt, dass die palästinensische Nationalbewegung so viele israelische Unterstützerinnen und Unterstützer wie möglich braucht, um das Ziel der Befreiung so schnell wie möglich und mit so wenig Leiden wie möglich für beide Bevölkerungen zu erreichen, kann man von der palästinensischen Bewegung nicht erwarten, dass sie auf Uri und andere anticolonial eingestellte Israelis warten, bis diese die Mehrheit der Israelis überzeugt haben. Aus zwei Gründen: erstens weil eine Bewegung der Basis nicht damit wartet, Unterdrückung und Kolonialismus zu bekämpfen; zweitens, weil uns die Geschichte lehrt, dass Veränderungen in der Kolonialgesellschaft immer das Ergebnis des Befreiungskampfes sind und nicht umgekehrt: Wenn der Preis für die Besatzung zu hoch wird, verstehen immer mehr Menschen, dass sie es nicht wert ist, aufrecht erhalten zu werden.

Allgemein lässt sich sagen, dass die israelische Seele durch zwei Wirklichkeiten geprägt ist, genauer gesagt durch eine Realität und eine Auffassung von der Realität.

Die Wirklichkeit, die die israelische Psyche prägt, ist die koloniale Realität seiner Existenz, das Gefühl, in einer feindlichen Umgebung zu sein, die sich, um das Mindeste zu sagen, von der Dynamik der zionistischen Kolonialisierung bedroht fühlt. Der andere Faktor, der auf die kollektive israelische Mentalität einwirkt ist der (reale und der konstruierte) Antisemitismus, ein Faktor, der durch die Erfahrung des Mordes an den Juden durch die Nazis verstärkt wird.

Wie viele andere, wollen auch die Israelis akzeptiert und sogar geliebt werden. Dabei sind sie allerdings mit einer doppelten Schwierigkeit konfrontiert: die Schwierigkeit, den Preis zahlen zu müssen, den es kostet, akzeptiert zu werden, das heißt sich zivilisiert zu verhalten; und die, dem Anderen zu vertrauen, dass er seine Beziehung zu ihnen tatsächlich normalisieren möchte.

Ja, in der Tat bedarf es der ausgestreckten Hand für die Koexistenz, doch zugleich bedarf es auch der eisernen Faust, die für Recht und Freiheit einsteht. Das Scheitern des Oslo-Prozesses bestätigt eine sehr alte geschichtliche Wahrheit: Jeder Versuch einer Versöhnung vor der Verwirklichung von Rechten sorgt nur für ein Weiterbestehen von kolonialen Herrschaftsbeziehungen. Wenn es die Israelis nichts kostet, warum sollten sie dann die Kolonialisierung einstellen? Warum sollten sie eine tiefgreifende interne Krise riskieren?

Genau hier setzt die BDS-Kampagne ein und ist relevant: Sie bietet einen internationalen Rahmen, in dem es möglich ist, das palästinensische Volk bei der Erlangung seiner legitimen Rechte aktiv zu unterstützen und dabei sowohl auf der institutionellen Ebene (Staaten, internationale Institutionen) wie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene zu agieren. Auf der einen Seite wendet sie sich an die internationale Gemeinschaft und fordert sie auf, einen Staat, der systematisch internationales Recht, UN-Resolutionen, die Genfer Konventionen und von ihm selber unterschriebene Vereinbarungen bricht, mit Sanktionen zu belegen. Auf der anderen Seite wendet sie sich mit dem Appell an die internationale Zivilgesellschaft, auf individueller Ebene wie auch auf der Ebene der sozialen Bewegungen (Gewerkschaften, Parteien, örtliche Gremien, Vereinigungen etc.) durch den Boykott von Waren, Repräsentanten, Institutionen usw., die für den Kolonialstaat Israel stehen, aktiv zu werden.

Beides – Boykott und Sanktionen – wird für die israelische Bevölkerung schließlich einen Druck darstellen und sie zu der Einsicht bringen, dass Besatzung und Kolonialisierung einen Preis haben, dass die Verletzung internationaler Regeln früher oder später aus Israel einen Paria-Staat machen wird, der in der Gemeinschaft zivilisierter Nationen nicht willkommen ist – so wie Südafrika in den letzten Jahrzehnten der Apartheid. In diesem Sinne und nicht in der Weise wie Uri behauptet, wendet sich BDS an die israelische Öffentlichkeit, und zur Zeit stellt die Kampagne die einzige Möglichkeit dar, in Israel eine Veränderung in der Einstellung bezüglich Besatzung/Kolonialisierung

rung herbeizuführen. Vergleicht man sie mit der BDS-Kampagne gegen die Apartheid, die erst nach zwanzig Jahren anfang, Früchte zu tragen, dann kann man sich nur wundern, wie wirksam die entsprechende Kampagne gegen die israelische Besatzung bereits jetzt ist. Selbst in Israel erleben wir ihre ersten Auswirkungen.

Die BDS-Kampagne wurde durch eine breite Koalition palästinensischer politischer und gesellschaftlicher Bewegungen und Kräfte angestoßen. Kein Israeli, der von sich behauptet, er unterstütze die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, kann mit Anstand dieser Kampagne den Rücken kehren: Nachdem sie Jahre lang gepredigt haben, dass „der bewaffnete Kampf nicht der richtige Weg“ ist, wäre es eine Schande, wenn dieselben israelischen Aktivistinnen und Aktivisten auch diesen Weg nun disqualifizieren würden. Im Gegenteil: Wir müssen uns alle zusammen dem „Boykott von innen“ anschließen, um für die palästinensische Initiative eine israelische Rücken- deckung zu liefern. Es ist das Mindeste, was wir tun können, das Mindeste, was wir auch tun sollten.

Erstveröffentlichung: *International Viewpoint*, October 2009

<http://internationalviewpoint.org/spip.php?article1733>

deutsch (gekürzt) in: *Inprekorr*, Nr. 458/459, Januar/Februar 2010

## **Für Völkerrecht und Menschenrechte: Boykott – Investitionsstopp – Sanktionen gegen Israel**

*Berliner AktivistInnen, einige mit palästinensischem oder israelischem Hintergrund, aus der Friedensbewegung und von der unabhängigen Linken fanden sich noch während der Massaker in Gaza zusammen, um darüber zu beraten, was der erschreckend offenkundigen Recht- und Schutzlosigkeit der Palästinenserinnen und Palästinenser entgegengesetzt werden könnte. Die Gewalt der israelischen Armee entfaltete und steigerte sich unbeeindruckt von weltweiten Demonstrationen und Protesten. Eine Aufhebung der Blockade des Gazastreifens durch Israel und die internationale Staatengemeinschaft war auch nach dem Waffenstillstand nicht in Sicht. Abzusehen war außerdem, dass die großen Mobilisierungen dieser Tage bald in Enttäuschung und Ratlosigkeit übergehen würden, weil sie nichts an der verzweifelten Lage der Menschen in Gaza zu verändern vermochten. Das wiederum würde einmal mehr den Eindruck bestätigen, dass Mobilisierungen der Bürgerinnen und Bürger keinen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, dass Demokratie, Menschenrechte und Internationales Recht nur als Farce existieren. Den Anschluss an die internationale BDS-Kampagne zu suchen, schien ein positiver Schritt: der Gewalt und Rechtllosigkeit wirksam und kontinuierlich den Druck einer internationalen Bewegung „von unten“ entgegenzusetzen.*

Die UNO und ihre Mitgliedstaaten kommen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nach, Druck auf Israel als Besatzungsmacht auszuüben. Und das trotz

- Vertreibung und politischer Rechtlosigkeit der PalästinenserInnen seit 61 Jahren
- jahrzehntelanger schwerer Verletzungen von Völkerrecht und Menschenrechten
- andauernder Angriffe auf die palästinensische Zivilbevölkerung, zuletzt während des Überfalls auf den Gazastreifen 2008/2009, der mehr als 1.300 Menschen das Leben kostete
- einer über 41 Jahre dauernden Besetzung von Ostjerusalem, dem Westjordanland und dem Gazastreifen
- des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus und der Enteignung von palästinensischem Land
- einer sich verschärfenden Diskriminierung der arabisch-palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels.

Weil die UNO und ihre Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, treten zivilgesellschaftliche Gruppen in aller Welt für Boykott, Investitionsstop und Sanktionen gegen Israel ein. Darunter Gewerkschaften u.a. in Italien, Norwegen und Südafrika, zahlreiche internationale jüdische Organisationen und Prominente wie Bischof Desmond Tutu, die Philosophin Judith Butler und die Schriftstellerin Naomi Klein. Dem schließen auch wir uns an.

### **Was bedeutet Boykott?**

Durch einen Boykott nutzen Menschen an der Basis der Gesellschaft ihre Macht, indem sie sich verweigern. So wurde z. B. durch den Nichtkauf von Waren aus Südafrika der Zusammenbruch des rassistischen Apartheidregimes dort beschleunigt. Konsumentinnen und Konsumenten können direkten Einfluss ausüben, indem sie alle Firmen boykottieren, die von der israelischen Besatzungspolitik profitieren.

*Zum Beispiel Agrexco:* Die israelische Firma vermarktet Blumen, Gemüse und Obst – in Discounter-Filialen und Bioläden. Die Markennamen sind: *Carmel, Carmel Bio Top, Jaffa, Jordan Plains, Alesia, Dalia*. Ein Teil davon stammt aus Siedlungen. *Agrexco* vertreibt 60-70% der landwirtschaftlichen Produkte, die in israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten angebaut werden. *Agrexco* verkauft auch Datteln aus den israelischen Siedlungen im Jordantal.

*Zum Beispiel Soda-Club:* Die Wassersprudelbehälter von *Soda-Club* stehen in vielen Büros. Die Firma hat ihre Hauptfabrik in der industriellen Zone von Mishor Edomim, einer Siedlung im besetzten Westjordanland.

*Zum Beispiel Motorola:* Kein Anschluss unter dieser Nummer. Der Elektronikern hat ein Radarsystem für israelische Siedlungen im besetzten palästinensischen Westjordanland entwickelt. *Motorola* stellt der israelischen Besat-

zungsarmee außerdem ein Mobiltelefonnetz für das Westjordanland zur Verfügung.

### **Was bedeutet Investitionsstopp?**

Unternehmen sollen nicht mehr in Israel investieren oder sich zumindest aus der Besatzungswirtschaft zurückziehen. Das zeigt der israelischen Öffentlichkeit, dass weltweit die Unterdrückung der Palästinenser abgelehnt wird.

*Zum Beispiel Magal Security Systems:* Die israelische Firma ist federführend am Bau der Mauer beteiligt. Die deutsche Tochterfirma *Senstar* hat ihren Sitz in Markdorf im Bodenseekreis.

*Zum Beispiel Caterpillar:* Das US-Unternehmen liefert Bulldozer und Baufahrzeuge nach Israel. Sie wurden für die Zerstörung Tausender palästinensischer Häuser und für den Bau von Siedlungen und Mauer auf palästinensischem Boden benutzt. In Deutschland hat *MVS Zeppelin*, der Vermietungsservice von *Caterpillar*, zahlreiche Stationen.

### **Zwei Erfolge der internationalen Kampagne:**

#### ***HeidelbergCement und Veolia***

*HeidelbergCement:* Der deutsche Baustoffkonzern beteiligte sich durch sein israelisches Tochterunternehmen an der völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungspolitik. Inzwischen hat HeidelbergCement auf Druck israelischer Friedensgruppen sein Tochterunternehmen verkauft.

*Veolia:* Das französische Unternehmen war über Jahre durch seine Tochterfirma *Connex Israel* am *CityPass*-Stadtbahn-Projekt in Jerusalem beteiligt. Durch *CityPass* werden israelische Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten mit Israel verbunden. *Connex Israel* betreibt auch Busse, die von PalästinenserInnen nicht benutzt werden dürfen. Somit ist *Connex* Teil des israelischen Apartheidsystems. In diesem Jahr gingen weltweit mehrere Aufträge für *Veolia* verloren. Nun hat das Unternehmen angekündigt, sich aus dem *CityPass*-Stadtbahn-Projekt in Jerusalem zurückzuziehen.

### **Was bedeuten Sanktionen?**

Sanktionen sind Druckmittel, die Staaten gegenüber anderen Staaten einsetzen.

*Zum Beispiel das EU-Assoziierungsabkommen und Rüstungsexporte:*

Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel, bis die Besatzung Palästinas beendet ist.

Verhängung eines Waffenembargos gegen Israel.

### **Nutzen Sie Ihren Einfluss, um die Menschenrechte zu verteidigen!**

Wir sind bereit, mit allen Gruppen in der Kampagne für Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen zusammen zu arbeiten. Ausgenommen sind ausdrücklich faschistische, antisemitische und rassistische Organisationen. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen ein.

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. – EJJP Deutschland  
Nahost-Komitee in der Berliner Friedenskoordination (Friko),  
AK Nahost Berlin, ISM-Germany, Deutsch-Palästinensische Gesellschaft  
e.V., Palästina/Nahost-Initiative Heidelberg

Berliner BDS-Flugblatt; Oktober 2009

## **„Kairoer Erklärung“ der TeilnehmerInnen am Gaza Freedom March**

1. Januar 2010

1.362 internationale AktivistInnen aus 43 Ländern sind am 27.12.2009 in Kairo zum Gaza Freedom March zusammengekommen, um die Belagerung Gazas durch Israel zu durchbrechen. Obwohl die ägyptischen Behörden ihre Einreise nach Gaza verhinderten, halten sie daran fest, die Isolierung der Bevölkerung Gazas nicht hinzunehmen. Auf eine Initiative der südafrikanischen Delegation hin verabschiedeten sie eine Erklärung, die die Verstärkung der weltweiten Kampagne für einen Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen die israelische Apartheid zum Ziel hat:

Im Hinblick auf:

- Israels andauernde Kollektivbestrafung der Palästinenser durch die illegale Besatzung und Belagerung des Gazastreifens;
- die illegale Besatzung des Westjordanlands, einschließlich Ost-Jerusalems und den weiteren Ausbau der illegalen Apartheid-Mauer und der Siedlungen;
- die neue Mauer, die von Ägypten und den USA gebaut wird und die Belagerung von Gaza noch weiter verschärfen wird;
- die von Israel, den USA, Kanada, der EU und anderen nach den palästinensischen Wahlen von 2006 gezeigte Missachtung der palästinensischen Demokratie;
- die Kriegsverbrechen, die von Israel während der Invasion des Gazastreifens vor einem Jahr begangen wurden;
- die anhaltende Diskriminierung und Unterdrückung, denen Palästinenser in Israel ausgesetzt sind;
- und das anhaltende Exil von Millionen palästinensischer Flüchtlinge;
- die Gesamtheit dieses repressiven Vorgehens, das letztlich auf die zionistische Ideologie zurückgeht, auf der Israel begründet ist;
- die Tatsache, dass unsere eigenen Regierungen Israel direkte wirtschaftliche, finanzielle, militärische und diplomatische Unterstützung gewähren und ihm erlauben, ungestraft zu handeln;

- auf die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (2007)

bekräftigen wir unsere Verpflichtung zu den Punkten:

- Palästinensische Selbstbestimmung
- Beendigung der Besatzung
- Gleiche Rechte für Alle im historischen Palästina
- Das volle Recht auf Rückkehr für palästinensische Flüchtlinge.

Wir bekräftigen daher unsere Unterstützung für den gemeinsamen palästinensischen Aufruf vom Juli 2005 für Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen (BDS), um Israel zur Beachtung des Völkerrechts zu zwingen.

Zu diesem Zweck fordern wir dazu auf und wollen dazu beitragen, eine massenhafte demokratische Anti-Apartheid-Bewegung aufzubauen und dabei in enger Absprache mit der palästinensischen Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um die palästinensische Forderung nach BDS umzusetzen.

In Anbetracht der vielen starken Ähnlichkeiten zwischen dem Apartheid-Israel und dem ehemaligen Apartheid-Regime in Südafrika, schlagen wir vor:

1. Eine internationale Vortragsreise in den ersten 6 Monaten des Jahres 2010 mit palästinensischen und südafrikanischen Gewerkschaftern und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft, die von lokalen Gewerkschaftern und Aktivisten, die sich in den jeweiligen Ländern diesem Programm verschrieben haben, begleitet werden. Ziel ist eine breit angelegte Aufklärung zu BDS, die sich sowohl direkt an Gewerkschaftsmitglieder richtet als auch an eine breite internationale Öffentlichkeit;
2. Die Teilnahme an der „Israeli Apartheid Week“ im März 2010;
3. Ein systematisches einheitliches Konzept für den Boykott israelischer Produkte, das Verbraucher, Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften im Einzelhandel, in der Lagerhaltung und im Transport-Sektor umfasst;
4. Eine Ausweitung des Wissenschafts-, Kultur- und Sport-Boykotts;
5. Eine Kampagne zur Förderung der Desinvestition von gewerkschaftlichen und anderer Pensionskassen von Unternehmen, die direkt in die Besatzung und/oder in die israelische Rüstungsindustrie involviert sind;
6. Rechtliche Maßnahmen, die auf die externe Rekrutierung von Soldaten in die israelische Armee abzielen, sowie die Verfolgung von Kriegsverbrechern der israelischen Regierung, Koordinierung eines „Citizen's Arrest Bureau“, um israelische Kriegsverbrecher zu identifizieren, gegen sie vorzugehen und zu versuchen, sie strafrechtlich zu verfolgen; Unterstützung des Goldstone-Berichts und der Umsetzung seiner Empfehlungen;
7. Kampagnen gegen den karitativen Status des Jüdischen Nationalfonds (JNF).

Wir appellieren an alle Organisationen und Einzelpersonen, die sich dieser Erklärung verpflichtet fühlen, sie zu unterschreiben und mit uns darauf hinarbeiten, sie Wirklichkeit werden zu lassen.

Bitte senden Sie uns E-Mails unter [cairodec@gmail.com](mailto:cairodec@gmail.com).

# Anhang

## Dokumente zum „Fall Dierkes“

(in chronologischer Reihenfolge)

### *Dokument 1*

## Offener Brief der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost (deutsche Sektion der European Jews for a Just Peace)

### Wie hält es die Ev. Kirche in Duisburg mit der Meinungsfreiheit? *Offene Replik auf einen Offenen Brief vom 24. Februar 2009*

Gerichtet an:

Pfarrer Armin Schneider, Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg

Pastor Stephan Kiepe-Fahrenholz, Leiter des Diakonischen Werkes Duisburg

Am 24.02. d. J. richteten Sie als Amts- und Würdenträger des Duisburger Ev. Kirchenkreises und Diakonischen Werks an den Vorsitzenden der Fraktion Die Linke im Duisburger Rat, Hermann Dierkes, einen „Offenen Brief“, in dem Sie seinen Ausschluss aus einer kommunalpolitischen Podiumsdiskussion kundtun, zu der er zusammen mit den Vorsitzenden der anderen im Rat vertretenen Fraktionen für den 7. Mai in die Salvatorkirche eingeladen worden war:

„Nach den uns vorliegenden Informationen haben Sie, offenbar unter Bezug auf die aktuelle Politik des Staates Israel im palästinensischen Autonomiegebiet, zu einem Boykott israelischer Produkte aufgerufen. Die Tatsache, dass sich die geistige wie verbale Parallele zu der Nazi-Parole ‚Deutsche, kauft nicht bei Juden‘ unmittelbar einstellt, hat Sie davon, wenn die heutige Tageszeitung Sie zutreffend zitiert, offensichtlich nicht abgehalten. (...) Dass man die Politik des Staates Israel unterschiedlich bewerten kann, ist unstrittig. Ihre Einlassung hat jedoch keineswegs allein mit politischen Ermensensfragen zu tun. Sie nehmen vielmehr bewusst oder fahrlässig, jedenfalls billigend in Kauf, dass Ihr Aufruf als antisemitische Attacke verstanden wird, die sich unmittelbar gegen *unsere jüdischen Glaubensgeschwister* richtet.“(Hervorhebung durch *Jüdische Stimme*)

Zu diesem Vorgang nehmen wir Stellung wie folgt:

Hermann Dierkes wurde aufgrund seiner öffentlich bezogenen Stellung zur Israelpolitik von so vielen Seiten und so hart gescholten, dass er sich zum

Rücktritt von seiner Funktion im Duisburger Rat gezwungen sah.\* Wie aus der Presse bekannt ist, wurde er wohl von der Führung seiner Partei allein gelassen, wenn nicht sogar zum Rücktritt gedrängt.

Nach Lage der Dinge handelt es sich hier um einen Vorgang, der keineswegs nur als Duisburger Provinz-, sondern als bundesweiter Demokratieskandal bedauert werden muss.

Dabei wird Dierkes Position von breiten Teilen der internationalen sozialen Bewegungen – darunter auch unzählige christliche und sogar evangelisch-kirchliche und selbstverständlich viele jüdische Organisationen – getragen.

Die internationale Bewegung „Boycott, Investitionsstopp (Des-Investitionen) und Sanktionen (BDS)“ gegen die Politik Israels in den besetzten Gebieten von Palästina und in Gaza ist in den meisten Ländern bereits seit langem bekannt. Ihre Unterstützung nimmt weltweit zu. Einige wenige Beispiele mögen dies belegen:

- In Schweden wird der Boykott israelischer Produkte bereits seit Jahren in Kirche und Gesellschaft diskutiert und praktiziert. Nach Gaza diskutieren in jüngster Zeit Organisationen der Zivilgesellschaft bis hin zu Parteien Boykottaktionen auch gegen Sportveranstaltungen, an denen Israelis beteiligt sind.
- In Brooklyn, New York wird seit Ende Februar in einer der größten Lebensmittelkooperativen (15.000 Mitglieder) öffentlich ein Boykott israelischer Produkte diskutiert.
- Auf seiner Sitzung am 20. Februar rief das Exekutivkomitee des Weltkirchenrats im Dokument Nr. 12 die Mitgliedskirchen und deren Organisationen auf,
  1. hinsichtlich des Israel-Palästina-Konflikts ihre Regierungen, unter Bezugnahme auf das Internationale Recht und ihrer daraus resultierenden Verantwortung gegenüber Drittstaaten, wo immer es nötig ist, zur Rechenschaft zu ziehen und weiter
  2. die für Investitionen und Einkäufe zuständigen kirchlichen Organe zu einer moralisch verantwortlichen Praxis gegenüber Unternehmen zu verpflichten, deren Produkte oder Dienstleistungen die Besetzung palästinensischer Gebiete unterstützen.
- Am 2. März verkündete die Britische Regierung ihren Boykott gegen den Israelischen Baulöwen Lev Leviev und nahm, unter Bezugnahme auf sein rassistisches Engagement im illegalen Siedlungsbau Israels in den besetzten Gebieten, ihre Entscheidung zurück, eine Etage in dem Kirya Turm in Tel Aviv für ihre dortige Botschaft zu mieten. Der Turm gehört Levievs Unternehmen Africa-Israel.

\* Dierkes trat als Oberbürgermeisterkandidat der Duisburger LINKEN zurück, behielt allerdings den Vorsitz der Ratsfraktion nach einer Vertrauensabstimmung der Kreismitgliederversammlung am 11.03.2009 bei.

Der seit 1976 von Palästinensern in Israel und allen Ländern am 30. März gegen die anhaltende Konfiskation palästinensischen Landes begangene „Tag des Bodens“ (Yaum Al-Ardh) wird von allen palästinensischen und vielen internationalen Nichtregierungsorganisationen als BDS-Tag begangen werden.

*Superintendenten und Leiter kirchlicher Einrichtungen in Deutschland irren*, wenn sie glauben, ihrem Auftrag zu einem gedeihlichen Miteinander der unterschiedlichen Religionen beizutragen, mit falschen, an den Haaren herbeigezogenen Analogisierungen gerecht zu werden. Auch fragen wir uns, ob sie ihren eigenen Gläubigen und den vielen Laienhelfern gerecht werden, die – z. T. in kirchlichem Auftrag – Jahr um Jahr das in den besetzten Gebieten von Israel hervorgerufene Elend zu lindern helfen.

*Superintendenten und Leiter kirchlicher Einrichtungen in Deutschland irren*, wenn sie glauben und verbreiten, dass die von den Nazis ausgegrenzten, vertriebenen, geschädigten und ermordeten Juden mit Israel gleichzusetzen sind. Auch sehen sich viele der heute lebenden Juden und Jüdinnen keineswegs durch Israel vertreten. Als Juden und Jüdinnen in Deutschland halten wir es für hochproblematisch, alle Juden und Jüdinnen in einen Topf zu schmeißen: Es entspricht einer stereotypen Einstellung, die uns nur als homogene Gruppe zu sehen fähig ist. Ein Zugang, der jeder Form des Rassismus zu Grunde liegt.

Um es klar zu sagen, Ihren Bezug auf „unsere (?) jüdischen Glaubensgeschwister“ finden wir anmaßend!

Als Mitglieder der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost – EJJP Deutschland und als Freunde vieler vergleichbarer jüdischer Organisationen auf allen Kontinenten – insbesondere auch in den USA und Israel selbst – weisen wir das Ansinnen, den Aufruf zum Boykott israelischer Waren als antisemitisch zu diskreditieren, auf das Schärfste zurück!

Ist den kirchlichen Amtsträgern in Duisburg, die Israel – weshalb nur? – so gern eine Sonderbehandlung angedeihen lassen wollen, nicht bekannt, was in allen anderen europäischen Nationen und offenbar auch in den meisten Kirchen seit Gründung der Vereinten Nationen politisch unumstritten ist, nämlich, dass jedes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft und mithin jeder Staat zu *ächten* ist,

- *der sich dauerhaft über internationales Recht erhebt*
- *der anhaltend – im Falle Israel seit nunmehr 61 Jahren – alle UN-Resolutionen (übrigens ganz im Stile auch des Diktators von Sudan) „in den Wind pfeift“*
- *der sich als Siegermacht grober Verstöße gegen die Genfer Konventionen schuldig macht*, indem er die Besiegten unverhältnismäßig lange Zeit (im Fall Israel 42 Jahre) unter Besatzung hält
- *in besetzt gehaltenen Territorien den Besetzten anhaltend Land, Wasser und andere Ressourcen raubt sowie in illegaler Weise die eigenen Landesgrenzen ausdehnt und durch eine Grenzmauer manifest macht*, die

selbst der Internationale Gerichtshof gutachtlich für völkerrechtswidrig erklärte

- *nicht auf politische Verhandlungen und eine dauerhaft gerechte Friedenslösung*, sondern auf regionale Vorherrschaft durch militärische Stärke, auf Angriffskriege und Rechtswillkür setzt?

Wer der Ethik und Moral ganz gleich welcher Religion oder auch nur den elementaren Menschenrechten verpflichtet ist, muss gegen das von Israel an den Palästinensern begangene Unrecht aufstehen!

Boycottmaßnahmen der Zivilgesellschaft, Investitionsstopp durch Verbände und Unternehmen sowie Sanktionen durch nationalstaatliche wie internationale Institutionen sind bewährte politische Instrumente der Völkergemeinschaft.

Die weltweiten Boykottkampagnen von Bürgern und Bürgerinnen aller Länder gegen Nazideutschland in den 30er/40er Jahren, die Zivilbewegungen gegen den Vietnamkrieg der 60er/70er und die internationale Anti-Apartheid-Bewegung bis in die 90er Jahre zeigen doch unmissverständlich: Waren- und Veranstaltungsboykott, Diskreditierung von einzelnen Kriegsverbrechern sowie von Regierungen, die sich über Recht und Moral erheben, sind die Mittel des einzelnen Bürgers und der einzelnen Bürgerin, politischen Druck gegen Unrecht auch individuell geltend zu machen, wenn alle anderen politischen Aktivitäten und Proteste versagen.

Wir bedauern daher zutiefst, dass Herr Dierkes seine Funktionen niedergelegt hat.

Die Wählbarkeit der Partei Die Linke, halten wir, angesichts der offenkundig undemokratischen und mit Solidarität unvereinbaren Dirigismen von oben, für mehr als fraglich. Herr Dierkes muss rehabilitiert werden!

Was die Würdenträger der Ev. Kirche in Duisburg anbetrifft, rufen wir alle demokratischen Organisationen auf, ihnen durch Unterstützung der vorliegenden Offenen Antwort die gebotene Rücknahme der Ausladung von Herrn Dierkes nahe zu legen.

Berlin, 6. März 2009

*Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*

## *Dokument 2*

# **Offener Brief von Hermann Dierkes an die Unterzeichner der Erklärung „Mit Boykottaufrufen ist eine Lösung im Nahostkonflikt nicht zu erreichen“**

Duisburg, den 20.03.09

Offener Brief

An die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung  
c/o Bundesgeschäftsführer DIE LINKE  
Dietmar Bartsch

Lieber Dietmar,

nachdem ich mich wieder einigermaßen stabilisiert habe, möchte ich auch Dir und den 33 weiteren Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Erklärung „Mit Boykottaufrufen ist eine Lösung im Nahostkonflikt nicht zu erreichen“ antworten. Ich bitte Dich, mein Schreiben auch den übrigen Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern zukommen zu lassen. Da Eure gemeinsame Erklärung öffentlich gemacht und auch im parteiinternen Newsletter abgedruckt worden ist, ohne zumindest meine Erklärung vom 24.02.09 (siehe Anlage) ebenfalls zu dokumentieren, bitte ich nun auch um Abdruck meines heutigen Antwortschreibens.

Genossinnen und Genossen,

die heftige Kontroverse um den Israel-Boykott hat eine Reihe von programmatischen, politischen und Organisationsfragen aufgeworfen. Wir sollten größtes Interesse daran haben, sie Zug um Zug zu klären und nicht durch Stoppschilder und Ausgrenzung zu beenden. Die öffentliche und parteiinterne Resonanz beweist, dass Klärungsbedarf besteht, die Partei ist gefordert.

Zunächst möchte ich nochmals klarstellen, dass ich nicht im Namen der Partei zu Boykott und Sanktionen gegen Israel aufgerufen habe. Im Rahmen eines persönlichen Diskussionsbeitrags gegen Ende einer örtlichen Veranstaltung des Duisburg-Hamborner Ortsverbands der LINKEN zum Thema Palästinensische Realität heute – Wege zu einem gerechten Frieden in Nahost und nach dem Film „Die Eiserne Mauer“ des palästinensischen Filmemachers M. Alatar habe ich auf den Aufruf der sozialen Bewegungen beim Weltsozialforum von Belém hingewiesen. Referent war übrigens ein kompetenter Vertreter der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft.

Des Weiteren möchte ich wiederholt klarstellen, dass das mir unterschobene „Zitat“ der WAZ, ich hätte mich „bewusst“ in den Zusammenhang von

Boykottaufrufen gegen Juden durch die Nazis gestellt, eine absichtliche Verkürzung dessen war, was ich dem WAZ-Journalisten auf seinen Anruf hin gesagt habe und eine geradezu infame Verfälschung meiner Argumentation. Von Euch hätte ich erwartet, dass Ihr zumindest beim Duisburger Kreisverbandsvorstand nachfragt, bevor Ihr in den Chor der „Verurteiler“ einstimmt. Nach den Erfahrungen in Hessen und anderswo sollte das endlich die übliche Verfahrensweise in unserer Partei werden, anstatt sich von Presseterminen unter Zugzwang setzen zu lassen und im Zweifel über die eigenen Leute herzufallen.

Nach Eurer gemeinsamen Erklärung gehe ich allerdings davon aus, dass es nicht in erster Linie um ein Missverständnis auf Grund einer Verfälschung geht, sondern um unterschiedliche Positionen in der Frage von Boykott und Sanktionen gegen Israel generell. So ist das nach meiner Einschätzung auch von sehr vielen aufgefasst worden, die diese Kontroverse verfolgt haben. Zahlreiche Menschen, die mich aus langjähriger gewerkschaftlicher und politischer Arbeit kennen, haben das böse Spiel durchschaut und mich ihrer Solidarität versichert. Wir – d. h. der Kreisverband und ich selbst bekommen bis heute einen Strom von Mails, Briefen und Solidaritätsbeweisen – wie bei keinem anderen Thema zuvor – von innerhalb und außerhalb der Partei, aus dem In- und Ausland. Das Thema bewegt die Mitmenschen spätestens nach dem Gaza-Krieg ganz offensichtlich und die politischen Mainstream-Antworten haben massiv an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Und ich füge hinzu: Das gilt in gewisser Weise auch für die Partei DIE LINKE, die sich an den Antikriegsdemonstrationen im Januar nur sehr schwach beteiligt hat und durch die Teilnahme des einen oder anderen Vertreters an Pro-Israel-Aktionen Verwirrung erzeugt hat, darunter Mitunterzeichner Klaus Lederer.

Unter den vielen Solidaritätsbekundungen befinden sich zahlreiche von GewerkschafterInnen, GlobalisierungskritikerInnen, Menschen, die sich erklärtermaßen bisher nicht politisch an der LINKEN orientiert haben, viele MigrantInnen und etliche jüdische Stimmen. Stellvertretend dafür, dass nicht alle Medien in den Chor der Verleumdungen gegen mich eingestimmt haben, will ich nur den Chefredakteur von Radio Duisburg erwähnen, der die über meinen „Fall“ erneut angestoßene Diskussion über einen Boykott angesichts der, so wörtlich, „israelischen Gräueltaten“ im Gaza-Krieg in seinem viel beachteten Wochenkommentar für legitim hält.

Gegen den medialen Popanz, der aus mir gemacht wurde und gegen die daraus erfolgte schwere Rufschädigung habe inzwischen eine wohl dokumentierte Beschwerde beim Deutschen Presserat eingereicht. Ich kämpfe um meine Rehabilitierung, ich will dazu beitragen, dass auch die verleumderischen Angriffe auf die LINKE zurück genommen werden und eine faire Diskussion innerhalb der Partei stattfinden kann über die vielen programmatischen und politischen Fragen, die mit der Kontroverse aufgeworfen sind.

Viele Hinweise und Beweise deuten darauf hin, dass die WAZ dieses Thema so hoch gezogen und an erster Stelle den politischen Rufmord betrieben

hat, um einen aussichtsreichen OB-Kandidaten der LINKEN in Duisburg aus dem Feld zu schlagen und der LINKEN gerade im Superwahljahr insgesamt zu schaden. Der Vorwurf des Antisemitismus war nichts anderes als das Instrument dazu. Inzwischen gibt es etliche Hinweise darauf, dass Parteien und Verbände, die zunächst in den Chor der Verurteilungen eingestimmt hatten, erste Neubewertungen vornehmen, nachdem ihnen deutlich geworden ist, was sich eigentlich abgespielt hat. Die politische Entwicklung in Israel selbst und erschreckende Nachrichten mit weiteren Einzelheiten von den Kriegsverbrechen in Gaza scheinen nüchterne Analysen zu begünstigen.

Eure Erklärung bedient leider auch den Mainstream und eine sehr problematische außenpolitische Doktrin der Bundesrepublik. Ich halte das für sehr bedauerlich und es hat mich sehr betrübt, dass Ihr mich nicht wenigstens mit einem einzigen Satz gegen die unsäglichen Verleumdungen in Schutz genommen habt. Ich gestehe: Angesichts Eurer Erklärung hatte auch ich so meine Assoziationen, um einen Begriff von Euch zu verwenden. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, es war Ende der sechziger Jahre, als ich auf meine ersten Leserbriefe als Abendgymnasiast gegen die Apartheid in Südafrika böse Antworten erhalten habe, wo die erbärmlichen Unterdrückungsverhältnisse dort buchstäblich schön geredet wurden. Schlagartig kam mir die Erinnerung daran hoch, wie es bei uns jungen Gewerkschaftern Anfang der siebziger Jahre ankam, als der damalige IG Metall-Vorsitzende und stv. Aufsichtsratsvorsitzende von VW, Eugen Loderer, nach einer Südafrikareise erklärte, ein Land mit den Problemen Südafrikas könne „nicht rundum demokratisch sein“ und von den damals geforderten (und praktizierten) Boykottmaßnahmen abriet, „weil sie nur die Arbeitnehmer trafen ...“. Des Weiteren hatte ich noch einmal die Zeit vor Augen, wo uns Flugblätter der PDS in Duisburg vor die Füße geworfen wurden nach dem Motto: „Ihr habt uns gerade noch gefehlt“. Eine Zeit, wo die Partei ständig verleumdet und für alles Mögliche verantwortlich gemacht wurde, wo schließlich unsere beiden Abgeordneten Gesine Lötzsch und Petra Pau im Bundestag gedemütigt wurden und noch nicht einmal ein Tischchen bekamen.

Mit vielen anderen Genossinnen und Genossen haben wir gegen gehalten, mutig weiter gekämpft, wir haben unsere Glaubwürdigkeit und persönliche Integrität in die Waagschale geworfen. Wir haben hier über die Jahre erhebliche politische und organisatorische Erfolge erzielt. Ich erwarte dafür von Euch keinen Dank, ich will Euch nur den Spiegel vorhalten. Seid sicher, dass Eure abwertende Stellungnahme, in der ihr es noch nicht einmal für nötig haltet, meinen Namen zu erwähnen, auch vielen Parteimitgliedern und Sympathisanten zu denken gegeben hat. Sie beurteilen meine Lebensleistung anders als es aus Eurer Erklärung hervorgeht: Ich hätte „zu Recht öffentliche Empörung hervorgerufen“. „Mit Boykottaufrufen ist eine Lösung im Nahostkonflikt nicht zu erreichen.“ „Der Kommunalpolitiker trat von seiner Kandidatur zurück. Damit hätte diese unerfreuliche Angelegenheit nicht mehr Thema des Bundesparteitages werden müssen.“

Nach Eurer Erklärung steht für Euch fest, dass „solche Äußerungen“ (welche genau, die verfälschten?) unter Hinweis auf die Erklärung von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau „angesichts der deutschen Geschichte unsägliche Assoziationen wecken und finsterste Klischees bedienen“.

Dazu Folgendes: Bis heute haben wir nicht eine einzige Zuschrift bekommen, die diese Behauptung belegen würde. Die Welle rechter Zustimmung – sie hätte sich ja auch in den zahlreichen Mails, Briefen usw. zeigen müssen – an unsere Adressen gab es nicht. Nach dem Abebben der tagelang anhaltenden Zuschriften mit haarsträubenden Anwürfen, Diffamierungen und Unterstellungen haben wir durchweg Schreiben, Briefe und Anrufe bekommen, die von humanistischen Einstellungen geprägt sind, sich gegen das schreiende Unrecht in Nahost aussprechen und politischen Handlungsbedarf sehen und die den Vorwurf des Antisemitismus gegen mich klar zurückweisen. Ob ein Boykott die richtige Antwort ist oder andere Formen von Sanktionen, das räume ich gerne ein, war nicht durchweg so eindeutig. Nur eine kleine Minderheit hat dazu Näheres ausgeführt. Diese hält eine Boykottforderung aus verschiedensten Gründen für nicht geeignet, sieht etwa die Problematik angesichts der deutschen Geschichte, die Angreifbarkeit einer solchen Position.

Es gab indessen auch viele Zuschriften von Individuen, Organisationen und Netzwerken, aus dem In- und Ausland, die an der Boykottkampagne teilnehmen. Sie beurteilen die Boykottfrage vollkommen anders als Ihr, die Ihr sie *kategorisch* ablehnt – und nicht nur aus Gründen, die für Deutschland spezifisch sind und in der Tat bedacht werden müssen. Ich halte das auch für einen Fehler in Eurer Erklärung. Ihr stellt Euch damit gegen die Versammlung der sozialen Bewegungen von Bélem, gegen die israelische Opposition selbst, die die BDS-Kampagne mit trägt, gegen namhafte jüdische Persönlichkeiten, gegen kirchliche Organisationen in Schweden, gegen Studentenorganisationen in Britannien, gegen norwegische und griechische Hafentarbeiter, den Aufruf von 57 französischen Intellektuellen, um nur einige zu nennen. Sind das auch alles Antisemiten? Bedienen die auch alle „finstere Klischees“?

Im scharfen Kontrast zu den positiven Rückmeldungen stand eine Fülle von Mails an die Internetseite der WAZ, auf der Internetseite Political Incorrect (deren bloßes Lesen schon starker Nerven bedarf!) usw. sowie an mich privat, die mich in den ersten Tagen in Grund und Boden verurteilt haben. Was sich da in unerhörtem Ausmaß gegen einen linken OB-Kandidaten und die LINKE insgesamt austobte *und hinter Israel versteckte* und zum Teil geradezu philosemitisch aufführte, war nicht der humanistische Aufschrei gegen „Antisemitismus“ und „rot lackierte Faschisten“, sondern in sehr großem Umfang zutiefst menschenverachtend, rassistisch und faschistisch. Islamophobie, Migrantenfeindlichkeit und Kulturchauvinismus waren erschreckend häufige Stereotypen. Uns hat das sehr zu denken gegeben. Nehmt das bitte einfach zur Kenntnis. Diese Tatsachen stützen Eure Ausgangsthese jedenfalls nicht.

Des Weiteren schreibt Ihr: „Äußerungen, die antisemitisch sind oder wirken, sind für uns gänzlich inakzeptabel ...“ Ich weise entschieden zurück, dass meine Äußerungen in der ganzen Streitfrage antisemitisch waren. Dabei kann ich allerdings nur die Verantwortung für etwas übernehmen, was ich gesagt und getan habe. Für die bewusste Verkürzung und Fälschung meiner Ausführungen in dem fraglichen Telefonat kann ich das nicht. Ich habe das bereits am 24.02. gegenüber der WAZ richtig gestellt. Meine Erklärung findet sich auch auf den Internetseiten des Kreisverbands und des Landesverbands NRW. Sie sollte Euch ebenfalls bekannt gewesen sein. In der WAZ fand sie keine Berücksichtigung. Im Gegenteil. Derselbe WAZ-Mitarbeiter setzte seine unsaubere Arbeitsweise fort, indem er tags darauf eine Mailkorrespondenz mit der Pressestelle von ATTAC und ein Telefonat mit der Pressesprecherin Frau Distelrath ebenfalls so verfälschte, um bei der Leserschaft den Eindruck zu erwecken, es gebe überhaupt keinen Aufruf von Seiten des Weltsozialforums, auf den ich mich berufen hatte. Dazu habe ich inzwischen die schriftliche Aussage von Frau Distelrath.

Selbstverständlich kämpfen wir als LINKE gegen antisemitische Äußerungen und Aktivitäten. Ich brauche Euch gegenüber hoffentlich keine Tätigkeitsnachweise zu führen. Nur soviel: Im Herbst letzten Jahres gewann ein Mitglied unseres Kreisverbands mit unserer Unterstützung einen Prozess gegen einen städtischen Mitarbeiter, der sich des öfteren in übelster Weise durch antisemitische und migrantenfeindliche Witze öffentlich hervorgetan hatte.

Politisch sehr problematisch wird Euer Postulat allerdings, wenn es heißt „... Äußerungen, die antisemitisch wirken“. Als führende Mitglieder und MandatsträgerInnen unserer Partei solltet Ihr Euch nicht auf so dünnes Eis begeben. DIE LINKE würde sich damit in die Hände derjenigen Akteure begeben, die jede Kritik an der israelischen Regierungspolitik, an der Unterdrückung der Palästinenser, den Kriegsverbrechen in Gaza und anderswo unter dem Stichwort „Antisemitismus“ tabuisieren wollen und ihre entsprechende mediale Macht dafür ausspielen. Das hat doch diese ganze Angelegenheit auch wieder einmal deutlich gemacht! Über den Antisemitismus-Vorwurf als politische Waffe gibt es inzwischen Fallstudien und politikwissenschaftliche Literatur. Ich empfehle Euch nur Mearsheimer/Walt: *Die Israel-Lobby*, eine Fallstudie aus den USA. Ihr werdet erschreckende Parallelen darin finden zu der Art und Weise, wie ich öffentlich nieder gemacht worden bin.

Noch eine letzte Bemerkung: Ihr besteht darauf, dass sich unsere Partei, die sich dem Kampf gegen Faschismus, Antisemitismus und Rassismus programmatisch verschrieben habe, hier „keine Zweideutigkeiten“ erlauben dürfe. Ich teile Eure Meinung und möchte auch hier darauf verzichten, Tätigkeitsnachweise aus meinem fast 40-jährigen politischen und gewerkschaftlichen Leben anzuführen. Sie sind Legion.

Von Euch und von der gesamten Partei erwarte ich allerdings, dass wir uns auch in der Grundsatzfrage *Universalität* der Menschenrechte und des Völkerrechts (insbesondere des Rechts auf Selbstbestimmung) keinerlei „Zwei-

deutigkeiten“ erlauben. Diese Rechte werden durch eine brutale israelische Unterdrückungspolitik dem palästinensischen Volk vorenthalten. Die israelische Regierungspolitik und Armee sind Täter, nicht Opfer. Der wahl- und machtpolitische Vormarsch von ausgesprochen rechtsradikalen und rassistischen Strömungen in Israel sollte uns allen allergrößte Sorgen machen. Er erschwert die Suche nach einem gerechten Frieden noch mehr als bisher schon. Die LINKE muss sich demgegenüber positionieren. Die linke Opposition in Israel und ihre Zusammenarbeit mit der palästinensischen Seite muss von uns entschieden unterstützt werden.

Menschenrechte sind für mich die minimale gemeinsame politische Geschäftsgrundlage. Auch für Israel darf es davon keine Freistellung geben. Ich halte diese Klarstellung auch deshalb für wichtig, weil DIE LINKE mit Praktiken und Ideologien definitiv gebrochen hat, die sich im Namen des Sozialismus ebenfalls schwerste Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen. Ich bin bisher davon ausgegangen, dass dieses Kapitel in der LINKEN aufgearbeitet worden ist und die politischen Lehren gezogen wurden. Wenn wir heute, aus Gründen einer angeblichen „Staatsräson“ oder aus koalitionspolitischen Rücksichtnahmen mit dieser programmatischen Grundsatzfrage gegenüber der vorherrschenden israelischen Politik „großzügig“ umgehen, könnte uns das noch böse auf die Füße fallen. Menschenrechte sind unteilbar und ich werde Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch weiterhin so nennen.

Abschließend möchte ich nochmals betonen, dass es noch auf lange Zeit aufgrund der historisch untilgbaren Naziverbrechen ein besonderes Verhältnis zwischen Deutschland und Israel geben muss. Dazu zählen die Erinnerungskultur, der zwischenmenschliche, kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Austausch. Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Suche nach einem gerechten Frieden in Nahost. Nicht länger hinnehmbar ist die fortgesetzte Komplizenschaft bei der Unterdrückung der Palästinenser.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hermann Dierkes

Der vorstehende Offene Brief wurde im Mitgliederinfo der Partei DIE LINKE veröffentlicht sowie u. a. in der Tageszeitung *junge Welt* vom 25./26.04.2009.

### *Dokument 3*

## **Persönliche Stellungnahme von Hermann Dierkes zum WAZ-Artikel vom 24.02.09**

Zu den Angriffen auf meine Person und die LINKE im Zusammenhang mit dem Bericht über die Nahost-Veranstaltung in Hamborn erkläre ich Folgendes:

1. Ich halte die im Aufruf des 9. Weltsozialforums und zahlreicher GlobalisierungskritikerInnen aus aller Welt enthaltenen Aktionsformen gegen die unhaltbare Politik der israelischen Regierung gegenüber dem palästinensischen Volk für legitim. Auch durch Boykott, Deinvestition und einen Stopp der Waffenlieferungen muss versucht werden, diese Politik zum Einlenken zu bewegen. Wenn alle Proteste und UN-Resolutionen nichts nützen, um ständigen schweren Menschenrechtsverletzungen in den Arm zu fallen, sind auch diese Mittel legitim. Sie mit dem rassistischen Nazi-Boykott gegen jüdische Geschäfte zu vergleichen, ist zutiefst unredlich. Das Weltsozialforum fördert nicht Rassismus und Unterdrückung, sondern bekämpft sie in allen Formen.
2. Berechtigte Kritik an der israelischen Regierungspolitik als „antisemitisch“ zu diffamieren, fällt auf ihre Urheber zurück. Die LINKE ist entschiedene Vorkämpferin gegen Rassismus und Neonazis. Etliche ihrer Mitglieder wurden unlängst Opfer von neonazistischen Übergriffen auf dem Nachhauseweg von der großen Anti-Nazi-Demo in Dresden.
3. Wer die Ablehnung brutaler Kriege gegen die Zivilbevölkerung wie zuletzt in Gaza, illegale Siedlungen in den besetzten Gebieten, Landraub und ethnische Säuberung, Mauerbau, wirtschaftliche Strangulierung und Unterdrückung mit der Keule „Antisemitismus“ und als eine Form des Rassismus diffamiert, bei dem muss etwas fürchterlich durcheinandergeraten sein. Er muss sich fragen lassen, wo die Grenze für seinen Zynismus ist, welche moralischen und politischen Maßstäbe er eigentlich vertritt. Menschenrechte sind unteilbar. Ihre schwerwiegende und ständige Verletzung können auch nicht mit der Nazibarbarei und der Bedrohung der Existenz Israels gerechtfertigt werden. Die israelische Regierung und Armee sind in diesem Konflikt Täter, nicht Opfer. Diese Politik schadet auch Israel ganz immens, indem sie die Feindschaft in der Region und weltweit vertieft anstatt abzubauen.
4. Ich bedauere außerordentlich, dass Stimmen aus der deutsch-israelischen Gesellschaft Duisburg so reflexartig reagiert haben und meine Kritik so unsachlich diffamieren wie bereits im „Flaggenstreit“. Ich weiß, daß es in der jüdischen Gemeinde - und der Diaspora weltweit – viele andere Stimmen gibt, die diese israelische Regierungspolitik nicht unterstützen. Wer Nazibarbarei und Shoah instrumentalisiert, um das schlimme Unrecht an den Palästinensern zu rechtfertigen, sich über das Völkerrecht hinwegsetzt, verhöhnt die Opfer der Nazi-Barbarei und der Helden des Warschauer Aufstands. Wer die Kämpfer für die universalen Menschenrechte als Antisemiten diffamiert,

macht den Menschen aus durchsichtigen Gründen ein X für ein U vor und verharmlost den Antisemitismus. Mein Einsatz gilt einem baldigen gerechten Frieden in Nahost. Gerechter Friede für Israelis und Palästinenser! Wer das Existenzrecht Israels in definierten Grenzen verteidigt wie ich, muss auch das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser respektieren. Blinde Rechtfertigung der israelischen Regierungspolitik läuft Gefahr, Antisemitismus zu verstärken. Meine Position ist im Übrigen deckungsgleich mit derjenigen der linken Opposition in Israel selbst.

Vorstehende Erklärung vom 24.02.09 wurde von der WAZ nicht berücksichtigt.

#### *Dokument 4*

### **Offener Brief des Palästinensischen Nationalen Komitees für BDS an DIE LINKE**

30. März 2009

#### **Palästinensischer Tag des Landes und erster weltweiter BDS-Aktionstag**

Als Palästinensisches Nationales Komitee für Boykott, Desinvestment und Sanktionen sind wir alarmiert über die „öffentliche Steinigung“ ihres Mitglieds und Duisburger Ratskandidaten Hermann Dierkes und seines – wie wir hoffen – nur vorübergehenden Rücktritts, nachdem er sich mutig für unsere Kampagne Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS) ausgesprochen hatte. Diese versteht sich als Mittel, um Gerechtigkeit in Palästina zu erlangen.

Wir sind weder überrascht noch besonders aufgeregt über die Reaktion der deutschen Mainstream-Medien und Politiker vom rechten Flügel, die in den Äußerungen von Dierkes eine Gelegenheit gesehen haben, um ihre eigenen unakzeptablen politischen Positionen mit dem Mantel der Gerechtigkeit zu verdecken. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Angriffe aus den Reihen der LINKEN selbst alarmierend sind, nicht nur für Palästinenser, sondern auch für alle, die davon ausgehen, dass sich die Partei an ihre eigenen Grundsätze hält.

DIE LINKE stellt in ihrem Gründungsdokument klar und deutlich fest, dass „Völkerrecht eine unerlässliche Vorbedingung für eine vernünftige internationale Ordnung ist“. Des weiteren sind Gleichheit, Gerechtigkeit und internationale Solidarität für DIE LINKE Grundwerte. Diese Grundwerte bilden das Rückgrat des BDS-Aufrufs.

Über 170 Organisationen, Parteien und Vereinigungen, die die palästinensischen Flüchtlinge, die Palästinenser am Westufer und in Gaza sowie die

palästinensischen Bürger in Israel vertreten, haben im Juli 2005 zur Kampagne BDS aufgerufen. Der Aufruf geht von der dringenden Notwendigkeit aus, dass das Völkerrecht durchgesetzt werden muss, nachdem Israel 60 Jahre lang sowohl die Umsetzung der UN-Resolutionen verweigert hat und wiederholte Verhandlungen mit Israel zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Menschenrechten gescheitert sind. Beflügelt vom Kampf (zur Abschaffung der Apartheid) in Südafrika, haben die Palästinenser die Menschen aller Welt aufgerufen, die BDS-Kampagne zu unterstützen.

In Erwägung der Aufrufe der Partei für Frieden und friedliche Lösungen konnte man davon ausgehen, dass auch DIE LINKE uns unterstützen würde, insbesondere nachdem die Palästinenser angesichts wiederholt gescheiterter Verhandlungen und gesteigerter Angriffe zu einer gewaltlosen weltweiten Bewegung aufgerufen haben und das Mittel des Boykotts, des Abbruchs von Investitionen und der Sanktionen anwenden wollen, um Israels Kriegsverbrechen, die Besatzung und Apartheid zu beenden. Im Hinblick auf die starke Unterstützung der Partei für das Weltsozialforum konnte man darauf hoffen, dass kein Parteimitglied dafür verurteilt und zum Rücktritt gedrängt würde, weil es dem Aufruf von Belém zu einem weltweiten BDS-Aktionstag gefolgt ist.

Die Partei DIE LINKE nimmt für sich in Anspruch, in der Kontinuität jener zu stehen, die gegen die faschistische Diktatur und gegen die Ursachen des Faschismus gekämpft haben, doch steht zu befürchten, dass Suzanne Weiss, eine Holocaust-Überlebende, die von der französischen Resistance gerettet wurde, in den Reihen der Partei keinen Platz finden würde, wenn sie schreibt: „Was sollten wir (für Palästina) tun? Der Widerstand, der mein Leben zu Hitlers Zeiten gerettet hat, ist ein gutes Beispiel. Wir brauchen eine gemeinsame Kampagne für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina, damit alle seine Bewohner, Juden und Palästinenser, die gleiche Stimme und die gleichen Rechte haben. Alle Palästinenser, die von ihrem Land vertrieben wurden, sollten das Recht auf Rückkehr haben. Eine solche Kampagne (...) ruft zum Boykott, zum Investitionsabbruch und zu Sanktionen auf, um den zionistischen Staat in Richtung einer friedlichen und demokratischen Lösung zu drängen.“

Wir wollen der LINKEN nicht vorschreiben, welche politischen Positionen sie einnehmen soll, aber wir möchten in dieser Sache um Aufklärung bitten.

Schließt sich DIE LINKE mit Persönlichkeiten wie Naomi Klein der Kampagne für Boykott, Desinvestment und Sanktionen gegen Israel an oder steht sie z. B. an der Seite des ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsministers Vilnai, der den Palästinensern in Gaza drohte, „sie würden einen noch größeren Holocaust über sich bringen“? Nur wenige Monate später brauchte die israelische Armee nur wenige Wochen, um 1.400 Menschen umzubringen, die hinter Ghetto-Mauern eingesperrt waren.

Schliesst sich DIE LINKE zusammen mit Desmond Tutu und den südafrikanischen Gewerkschaften der BDS-Kampagne an, oder steht sie an der Seite der angeblich linken israelischen Meretz-Partei, die ihre Unterstützung noch während des Gaza-Massakers namens „Operation gegossenes Blei“ genau in dem Augenblick zurück gezogen hat, nachdem sie fürchtete, in den bevorstehenden Parlamentswahlen Stimmen zu verlieren? Das zynische Abwägen zwischen Menschenleben und Stimmen steht keiner fortschrittlichen Partei zu, weder in Israel noch in Deutschland.

Ist DIE LINKE dafür, dass die Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch Israel auf der Tagesordnung der UN-Antirassismus-Konferenz (Durban Review Conference) steht, die vom 20.-24. April 2009 in Genf abgehalten wird? Drängt DIE LINKE die deutsche Regierung darauf, in der Debatte und in das Schlussdokument, das von der Konferenz verabschiedet werden soll, auch Empfehlungen für Israel und das palästinensische Volk aufzunehmen?

Die Weigerung der deutschen Linken, sich zu Palästina klar zu positionieren, ist nicht der Beweis dafür, dass man historische Lektionen gelernt hat, sondern bringt ihre Unfähigkeit zum Ausdruck, grundlegende moralische und politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Nach dem Massaker von Gaza, das nur das letzte in einer Reihe von Massakern an unserem Volk ist und angesichts der Errichtung einer Apartheid-Mauer, die die örtlichen Ghettos einbetoniert, muss eine fortschrittliche Partei wie DIE LINKE Position beziehen. Ihr könnt nur auf einer Seite der Mauer stehen; eine Mauer, die nicht zwischen Juden und Palästinensern trennt, sondern zwischen denen, die für Gerechtigkeit und Menschenrechte aufstehen und jenen, die in den Rahmen passen, den Israel und seine Verbündeten vorgeben.

Wir wären nicht überrascht, wenn es eine gründliche Diskussion innerhalb der LINKEN über das Thema BDS geben würde und wir wären glücklich, wenn wir zu dieser Debatte beitragen könnten. Wenn allerdings ein Parteimitglied sich zum Rücktritt gezwungen sieht, weil es ihm in den eigenen Reihen an Rückhalt mangelt, dann ist die Debatte beendet, bevor sie begonnen hat und das Recht eurer Mitglieder, sich für BDS auszusprechen wird von vornherein verweigert.

Wir hoffen, dass DIE LINKE über den Fall Hermann Dierkes noch einmal gründlich nachdenkt und zu Palästina und zu den Rechten des palästinensischen Volkes eine Position entwickelt, die sich in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien der Partei befindet.

In Erwartung Eurer Antwort

Nationales BDS-Sekretariat

## Über Antisemitismus, Boykottmaßnahmen und den Fall Hermann Dierkes

### Ein Offener Brief von jüdischen FriedensaktivistInnen

Wir sind FriedensaktivistInnen mit jüdischem Hintergrund. Einige von uns definieren sich typischerweise so, andere von uns nicht. Alle zusammen widersprechen wir allerdings jenen, die vorgeben, für alle Juden zu sprechen oder die den Vorwurf des Antisemitismus dazu benutzen, um legitimen Widerspruch zu verunglimpfen.

Wir haben mit Bestürzung von den Anschuldigungen gegen den Gewerkschafter und Vertreter der Partei DIE LINKE, Hermann Dierkes, aus der deutschen Stadt Duisburg erfahren. Dierkes hatte im Zusammenhang mit dem jüngsten Angriff auf Gaza die Meinung vertreten, dass eine Maßnahme, den Palästinensern zu Gerechtigkeit zu verhelfen darin bestehen könne, dem Aufruf des Weltsozialforums zu folgen und den Boykott israelischer Produkte zu unterstützen. Auf diese Weise solle Druck auf die israelische Regierung ausgeübt werden.

Dierkes war infolgedessen von vielen Seiten auf ätzende Weise des Antisemitismus bezichtigt und beschuldigt worden, einer Wiederholung der Nazipolitik der dreißiger Jahre zum Boykott jüdischer Waren das Wort zu reden. Dierkes entgegnete darauf: *„Die Forderungen des Weltsozialforums haben nichts gemein mit rassistischen Nazikampagnen gegen Juden, sondern zielen allein darauf ab, dass die israelische Regierungspolitik zur Unterdrückung der Palästinenser aufhört.“*

Niemand hatte Dierkes je des Antisemitismus bezichtigt. Erst mit der Unterstützung des Boykotts warf man ihm *„reinen Antisemitismus“* vor (Dieter Graumann, Vizepräsident des Zentralrats der Juden); seine Äußerungen wurden mit *„Massenerschießungen an einem ukrainischen Waldrand“* in Zusammenhang gebracht (so der Kommentator der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*, Achim Beer); er betreibe *„Nazipropaganda“* (Hendrik Wüst, Generalsekretär der CDU NRW).

Wir UnterzeichnerInnen haben unterschiedliche Ansichten darüber, ob ein Aufruf zum Boykott israelischer Produkte angeraten und wirksam ist. Einige von uns sind davon überzeugt, dass eine solche Maßnahme ein wesentlicher Bestandteil einer Kampagne zum Boykott, zum Desinvestment und zu Sanktionen ist, die die vier Jahrzehnte lange israelische Besatzung beenden kann; andere halten es für einen besseren Weg, die israelische Regierung durch einen gezielten Boykott unter Druck zu setzen, der sich gegen Institutionen und Konzerne richtet, die die Besatzung unterstützen. Alle von uns stimmen jedoch darin überein, dass es wesentlich ist, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, um einen gerechten Frieden in Nahost herbeizuführen und wir stimmen auch darin überein, dass der Aufruf zum Boykott

Israels nichts gemein hat mit dem Aufruf der Nazis „Kauft nicht bei Juden“. Israel zu boykottieren, um ein Ende der Besatzung zu erreichen, ist genau so wenig antisemitisch, wie es „anti-weiß“ war, Südafrika zu boykottieren, um ein Ende der Apartheid zu erreichen. Bewegungen für soziale Gerechtigkeit haben schon oft zu Boykott und zur Einstellung von Investitionen aufgerufen, sei es gegen das Militärregime in Burma oder die Regierung im Sudan. Sinnvoll oder nicht – solche Aufrufe sind in keiner Weise diskriminierend.

Die Gewalt im Nahen Osten hat in der Tat bereits zu antisemitischen Aktivitäten in Europa geführt. So gab es z. B. in Rom einen Aufruf, jüdische Geschäfte zu boykottieren, der zu Recht allgemein verurteilt wurde. Auch wir lehnen einen derartigen blinden Fanatismus ab. Die Verbrechen Israels können nicht den Juden insgesamt angelastet werden. Andersherum darf ein Boykott Israels nicht mit einem Boykott gegen die Juden insgesamt gleichgesetzt werden.

Die wachsende Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit ist indessen eine weitere und besorgniserregende Form des Rassismus in Europa. Sie richtet sich gegen die MigrantInnen aus muslimischen Ländern. Dierkes steht seit Langem in vorderster Front, um die Rechte der MigrantInnen zu verteidigen, während einige von denen, die sämtliche Kritiker Israels des Antisemitismus beschuldigen, genau wie der israelische Staat und seine Regierung selber bei dieser Art von Rassismus mitwirken.

Der Holocaust war eines der schrecklichsten Ereignisse der modernen Geschichte. Allerdings darf diese humanitäre Katastrophe nicht als Knüppel benutzt werden, um Kritik an der menschenrechtswidrigen Unterdrückung der Palästinenser mundtot zu machen. Wir empfinden das als eine Entehrung der Opfer des Holocausts.

*Wir haben 371 UnterzeichnerInnen in nur knapp einer Woche zusammen bekommen und die mehrsprachige Übersetzung der Erklärung nur in einigen wenigen Ländern zirkulieren lassen. Mit Stand vom 19.04.09 sind nun 717 Unterschriften aus 29 Ländern zusammen. Für Informationen, wie Sie diese Initiative unterstützen können, kontaktieren Sie bitte Dierkes.Letter@gmail.com. Die Liste ist abrufbar unter: <http://www.zcommunications.org/tnet/viewArticle/21016>*

## Dokument 6

# Entscheidung des Beschwerdeausschusses 1 des Presserates in der Beschwerdesache BK1-133/09

Beschwerdeführer: Hermann Dierkes

Beschwerdegegner: WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

Ergebnis: Missbilligung, Ziffern 2 und 9

Datum des Beschlusses: 08.09.2009

### *Mitwirkende Mitglieder:*

Sigrun Müller-Gerbes (Vorsitzende), dju

Dr. Ilka Desgranges, DJV

Bernd Hilder, BDZV

Tilman Kruse, VDZ

Manfred Protze, dju

Heike Rost, DJV

Kay E. Sattelmair, BDZV

## A. Zusammenfassung des Sachverhalts

I. Die WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG berichtet über Aussagen des Beschwerdeführers Hermann Dierkes, eines Kommunalpolitikers in Duisburg, zu einem Boykott gegen Israel und über die nachfolgende Diskussion darüber. Der Beschwerdeführer meint, die Zeitung habe in mehreren Beiträgen gegen den Pressekodex verstoßen und beschwert sich über die Artikel „Dierkes ruft zu Israel-Boykott auf“, „Das Herz schlägt links im rechten Rhythmus“, „Boykottaufruf ist skandalös“, „Schlicht falsch“ sowie „Marx fordert Dierkes Rücktritt“ in den Ausgaben vom 24., 25. und 26.02.2009. In dem ersten Artikel heißt es, der Beschwerdeführer habe zum Boykott gegen Israel aufgerufen. Gleichzeitig wird der Vorwurf des Antisemitismus erhoben. In den anderen Beiträgen wird behauptet, es gebe die gemeinsame Boykottklärung des Weltsozialforums nicht, auf die sich der Beschwerdeführer bei seinen Aussagen berufen hatte, sondern lediglich einen „Tag der Solidarität“.

II. Der Beschwerdeführer sieht sich in der Berichterstattung falsch wiedergegeben. Er habe nicht zu einem Boykott aufgerufen, sondern lediglich eine Erklärung des *Weltsozialforums* zu einem Aktionstag mit Boykott als sinnvoll bezeichnet. Das habe er in einem Telefonat mit der Redaktion betont. Er sei außerdem aus dem Zusammenhang gerissen zitiert worden. Schon im ersten Telefonat habe er deutlich gemacht, dass er nationalsozialistisches Gedankengut ablehne und ein Boykottaufruf gegen Israel nicht gleichzusetzen sei mit der Parole „Deutsche, kauft nicht bei Juden“. Diese Distanzierung habe die Zeitung verschwiegen. Zudem enthalte die Nachfolgeberichterstattung die

falsche Behauptung, dass das *Weltsozialforum* nicht zu einem Boykott aufgerufen habe.

III. Das Justizariat des Zeitungsverlags Ruhrgebiet teilt am 16.06.2009 mit, dass es unstreitig sei, dass der Beschwerdeführer am 18.02.2009 auf einer Veranstaltung eines Ortsverbandes der Partei „Die Linke“ folgendes gesagt habe: „Jede und jeder kann zum Beispiel durch den Boykott von israelischen Waren dazu beitragen, dass der Druck auf eine andere Politik verstärkt wird.“ Dass eine solche Äußerung vor dem Hintergrund der Judenverfolgung in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus unterschiedliche Reaktionen hervorrufe, liege auf der Hand.

Der Autor des Artikels führt aus, dass er mit Hermann Dierkes telefoniert habe. Am Anfang des Gesprächs habe er ihn gefragt, ob er sich der Brisanz seines Aufrufs bewusst sei. Dierkes habe auf Nachfragen bestätigt, dass er „natürlich wisse, wo der Aufruf ‚Deutsche, kauft nicht bei Juden‘ herstamme. Damit habe er nichts zu tun, er sei ein entschiedener Gegner der Neonazis.“ Noch einmal habe der Beschwerdeführer betont, dass es an dem Aufruf nichts zurückzunehmen gebe, zumal der Weltsozialgipfel in Belém einen identischen Aufruf in seiner Abschlusserklärung veröffentlicht habe. Deshalb erhalte er seinen Aufruf aufrecht.

In den Beiträgen vom 25. und 26.02.2009 habe dann die Frage im Mittelpunkt gestanden, ob es einen verbindlichen Aufruf des von Dierkes zitierten Weltsozialgipfels zu einem Warenboykott gegen Israel gegeben habe oder nicht, schreibt der Autor. Er habe gemeinsam mit einem Kollegen der WAZ mehrfach und intensiv die Abschlusserklärung des Gipfels gelesen und nichts Derartiges gefunden. Auch Teilnehmerorganisationen des Weltsozialforums hätten ihm im Gespräch gesagt, sie hätten die Abschlusserklärung unterzeichnet, kämen aber nie auf die Idee, einen Warenboykott gegen israelische Produkte zu fordern. Schließlich habe sich herausgestellt, dass in einem der zahlreichen Unterforen des Gipfels von palästinensischen und linken Gruppen ein Israelboykott angeregt worden sei. Dieses sei in der Schlusserklärung nicht explizit erwähnt worden, sondern nur die Unterstützung eines Aktionstages in nicht näher definierter Form angeregt worden.

Zu seinen Kommentaren teilt der Autor mit, er stehe zu dem, was er geschrieben habe. Dierkes wolle Oberbürgermeister in Duisburg werden, einer Stadt mit 25 Nationalitäten, darunter auch einige Mitbürger jüdischen Glaubens und relativ viele Muslime, die dem Staat Israel gegenüber teils offen feindlich eingestellt seien. Nicht nur vor diesem Hintergrund sei der Aufruf des Beschwerdeführers skandalös und ohne Beispiel in der Duisburger Nachkriegsgeschichte.

## **B. Erwägungen des Beschwerdeausschusses**

I. Der Beschwerdeausschuss erkennt in der Berichterstattung unter der Überschrift „Dierkes ruft zu Israel-Boykott auf“ in der Ausgabe vom 24.02.2009 eine Verletzung der in Ziffer 2<sup>3</sup> Pressekodex definierten journalistischen

Sorgfaltspflicht. Die Redaktion berichtet in dem Artikel, was der Beschwerdeführer auf das Stichwort „Deutsche kauft nicht bei Juden“ hin gesagt hat – dass er „natürlich wisse“, wo der Spruch herstamme. Dabei wird jedoch nicht mitgeteilt, dass der Beschwerdeführer sich davon ausdrücklich distanziert und betont hat, dass er damit nichts zu tun habe und ein entschiedener Gegner der Neonazis sei. Dass er das so gesagt hat, geht aus der Stellungnahme des Autors vom 28.05.2009 hervor. Die journalistische Sorgfaltspflicht hätte es erfordert, gerade diese Distanzierung des Beschwerdeführers auch zu veröffentlichen, um Lesern die Haltung des Kritisierten zu verdeutlichen. Bei der Brisanz des Vorganges wäre es zwingend notwendig gewesen, darüber zu unterrichten, dass sich der Beschwerdeführer von Neonazis abgrenzt.

II. Die in den Beitrag veröffentlichte Behauptung, der Beschwerdeführer habe zu einem „Israel-Boycott“ aufgerufen, beurteilt der Beschwerdeausschuss als zulässige Einschätzung der Redaktion. Die Aussage des Beschwerdeführers, dass jeder Einzelne durch den Boykott von israelischen Waren dazu beitragen könne, den Druck auf Israel für eine andere Politik zu verstärken werde, rechtfertigt diese Darstellung. Auch die Aussage der Zeitung, dass es keine Resolution des *Weltsozialforums* für einen Boykott gegen Israel gegeben habe, ist eine zulässige Beurteilung der Redaktion, weil die Resolution nicht von allen Teilnehmern verabschiedet worden ist.

III. Der Beschwerdeausschuss erkannte zudem keine ehrverletzende Behauptung in dem Kommentar unter dem Titel „Das Herz schlägt links im rechten Rhythmus“. Die darin enthaltenen Aussagen sind zwar kritisch im Hinblick auf die Person des Beschwerdeführers, jedoch durch das grundgesetzlich garantierte Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit gedeckt. Sie überschreiten nicht die Grenze zur Ehrverletzung nach Ziffer 9<sup>\*,§§</sup> des Pressekodex.

## C. Ergebnis

Presseethisch bewertet der Ausschuss den Verstoß gegen die publizistischen Grundsätze als so schwerwiegend, dass er gemäß § 12 Beschwerdeordnung eine Missbilligung ausspricht. Nach § 15 Beschwerdeordnung besteht zwar keine Pflicht, Missbilligungen zu veröffentlichen. Als Ausdruck fairer Berichterstattung empfiehlt der Beschwerdeausschuss jedoch eine solche redaktionelle Entscheidung.

Die Entscheidungen über die Begründetheit der Beschwerde sowie über die Wahl der Maßnahme gehen einstimmig.

Sigrun Müller-Gerbes  
Vorsitzende des Beschwerdeausschusses 1

# Anmerkungen

## Kapitel I

### Volkhard Mosler, Eine Replik auf Gregor Gysis Rede von der Staatsräsion

1 Jakob Taut, *Judenfrage und Zionismus*, Frankfurt 1986, S. 239.

2 Leo Sievers, *Juden in Deutschland*, Hamburg 1978, S.77.

## Kapitel III

### Hajo G. Meyer, Der Sonderstatus Israels, der Missbrauch von Begriffen und die Folgen – Versuch einer Richtigstellung

1 The Middle East Quartet, 25 September 2008, Executive Summary 5

2 Council Conclusions, Strengthening of the European Union's bilateral relations with its Mediterranean Partners, Brussels, 8 and 9 December 2008, S. 9

3 Council Conclusions, loc.cit.

4 Natan Sharansky, „Antisemitism is our problem“, *Ha'aretz*, 10.08.2003

5 *Ha'aretz*, 22.04.2002

6 [http://www.ijsn.net/about\\_us/structure/](http://www.ijsn.net/about_us/structure/)

7 [http://www.1.yadvashem.org/about\\_holocaust/chronology/1933-1938/1933/chronology...](http://www.1.yadvashem.org/about_holocaust/chronology/1933-1938/1933/chronology...)

8 Rose, John, *The Myths of Zionism*, Pluto Press, 2004, S. 12

9 Hart, Alan, *Zionism, The real Enemy of the Jews*, Kent 2005, S. 184 ff

10 Fichte, Johann Gottlieb, *Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution*, Leipzig 1922, S. 114

11 Baeck, Leo, *Das Wesen des Judentums*, Berlin 1905, 113-14

### Brian Klug, Was es bedeutet zu sagen, Israel habe ein Existenzrecht

1 Abba Eban, „Der saudische Text“, *New York Times*, 18.11.1981;

[www.nytimes.com/1981/11/18/opinion/the-saudi-text.html](http://www.nytimes.com/1981/11/18/opinion/the-saudi-text.html). Eban antwortete auf „den Fahd-Plan“, den der saudische Kronprinz Fahd ibn Abd al-Aziz am 7. August 1981 vorgelegt hatte.

2 Erklärung an die Knesset durch Premierminister Begin anlässlich der Vorstellung seiner Regierung am 20. Juni 1977 in Historical Documents, Band 4 & 5: 1977-1979 (19. Juni 2000; einzusehen auf der Website des israelischen Außenministeriums.

3 Eban, „Der saudische Text“ (1981). Inzwischen gehören den Vereinten Nationen 192 Staaten an.

4 Begin, „Statement to the Knesset“ (1977)

5 Dies war die Formulierung, die Generalsekretär Kofi Annan benutzte, als er die Erklärung des Quartetts verlas („ Hamas rejects unfair aid demand“, BBC News, 31.01.2006; [http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle\\_east/4664152.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle_east/4664152.stm)). Die anderen beiden Bedingungen lauten „Gewaltfreiheit“ und „Übernahme früherer Übereinkünfte und Verpflichtungen einschließlich der Roadmap“).

- 6 „President Bush’s Remarks on Hamas Election Victory“, 30.01.2006;  
[www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/US-Israel/bush20106.html](http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/US-Israel/bush20106.html)
- 7 Charter of the United Nations (1945) in Malcolm D. Evans (Hrsg.), *Blackstone’s International Law Documents*, London: Blackstone Press, 2001, S. 9
- 8 Ebd., S.16
- 9 Ich habe diese Rechte hier nur locker formuliert.
- 10 Immanuel Kant, *Critique of Pure Reason*, A 598 /B 626. Hier begründet Kant die Unmöglichkeit eines ontologischen Gottesbeweises.
- 11 Artikel 2 (2): „Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenen Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.“, *Charter of the United Nations* (1945), S. 9. Ich bin Victor Kattan für seine Anmerkungen in dieser Sache dankbar.
- 12 James Crawford, *The Creation of States in International Law* (2. Aufl.), Oxford, Clarendon Press, 2006, S.4. Crawford’s 870-Seiten-Band ist das anerkannte Standardwerk über Staatlichkeit.
- 13 Der Text der IJV-Erklärung kann auf der Website eingesehen werden:  
<http://www.ijv.org.uk/>
- 14 John V. Whitbeck, „What does Israel’s ‚Right to Exist‘ means to Palestinians“, *Christian Science Monitor*, 2, Februar 2007;  
<http://www.csmonitor.com/2007/0202/p09s02-coop.html>
- 15 Der Text der von Netanyahu an der Bar Ilan University gehaltenen Rede zur Außenpolitik: *Ha’aretz*, 14.Juni 2009;  
<http://www.haaretz.com/hasen/spages/1092810.html>
- 16 Anshel Pfeffer, „This conversion roll could hit us all“, *The Jewish Chronicle*, 30.05 2008, S. 27
- 17 Gershon Gorenberg, „How Do You Prove You’re A Jew?“, *New York Times* (Magazine), 02.03.2008;  
<http://nytimes.com/2008/03/02/magazine/01jewishness-t.html>
- 18 „Full text of Netanyahu’s foreign policy speech at Bar Ilan“: „Eretz israel means ‚the Land of Israel‘ “.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 „Statement to the Knesset“
- 22 „Sharon vows to fight on“, BBC News, 10.04.2002;  
[http://www.news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle\\_east/1918861.stm](http://www.news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle_east/1918861.stm)
- 23 „Universal Declaration of Human Rights“ (1948) in: P. R. Ghandhi, *Blackstone’s International Human Rights Documents*, Oxford, Oxford University Press, S. 22
- 24 Walter Laqueur & Barry Rubin, *The Israel-Arab Reader: A Documentary History of the Middle East Conflict*, London, Penguin Books, S. 116
- 25 Ebd., S. 223
- 26 Ebd., S. 478
- 27 Siehe Fußnote 1

## **Assav Adiv, Das post-zionistische Israel – die Regeln haben sich geändert**

1 Jonathan Nitzan and Shimshon Bichler, *The Global Political Economy of Israel*, London: Pluto Press, 2002 (published gratis on the web in pdf), S. 18

2 Ebd. S. 274

3 Siehe auch: Uri Ram, *The Globalization of Israel: McWorld in Tel Aviv, Jihad in Jerusalem*, Routledge, 2007

4 Gershon Shafir and Yoav Peled, *Being Israeli: The Dynamics of Multiple Citizenship*, Cambridge University Press, 2002, S. 341ff

5 Nitzan und Bichler, S. 337

6 „They Made it“, *Yediot Aharonot*, 13.11.2007

7 Nitzan und Bichler, S. 344 ff

8 *Yediot Aharonot*, 04.09.2007

9 Siehe auch: „Breaking of Organized Labor in Israel“, *Challenge* 98,  
[http://www.workersadvicecenter.org/From-Chall98/Breaking\\_Labor.htm](http://www.workersadvicecenter.org/From-Chall98/Breaking_Labor.htm)

## Kapitel IV

### Brian Klug, Eine jüdische Herangehensweise an die Menschenrechte und Israel/Palästina

1 Siegmund Freud, *Der Witz und seine Beziehung zum Unbewussten*, Frankfurt & Hamburg, 1960, S. 91

2 Amos Harel, „IDF rabbinat publication during Gaza war: We will show no mercy on the cruel“, *Ha'aretz*, 26.01.2009: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1058758.html>

3 Ebd.

4 Rory McCarthy, „Israel created ‚terror without mercy‘ in Gaza“, *Guardian*, 07.04.2009;  
<http://www.guardian.co.uk/world/2009/apr/07/israel-gaza-human-rights-report>

5 „Barak: No doubt IDF is most moral army in the world“, *Ynet*, 25.03.2009;  
<http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3692383,00.html>

6 Home Page der *Rabbis for Human Rights*:  
<http://www.rhr.israel.net/rabbis-for-human-rights>

7 Chris McGreal, „The Rabbi who pricks Israel’s conscience“, *Guardian*, 25.04.2005;  
<http://www.guardian.co.uk/world/2005/mar/25/israel>

8 Siehe den Text der Erklärung auf der Website der *Independent Jewish Voices*:  
<http://www.ijv.org.uk>

9 Der Rest dieses Abschnitts ist eine Adaption von meinem Essay „Jewish identity and human rights“, *Shap Journal*, 2006-2007

10 Siehe auch den Text der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf der UN-Website: [www.un.org/Overview/rights.html](http://www.un.org/Overview/rights.html)

11 Deut. 14:29 und passim; Amos 8:4

12 Tractate *Avot*, 1:18. In einem Kommentar zu dieser *mishnah* sagt Rav Muna: „These things are one. Where justice is done, truth is accomplished and peace is made“ (Tractate *Derech Eretz Zuta*, Perek Hashalom, 2)

13 Michael S. Berger and Deborah E. Lipstadt, „Women in Judaism from the perspective of human rights“, in Michael J. Broyde and John Witte, Jr. (eds.), *Human Rights in Judaism*, Northvale, NJ: Jason Aronson, 1998, S. 80-1

14 Milton R. Konvitz (Hrsg.), *Judaism and Human Rights*, New Brunswick: Transaction Publishers, 2001, S. 13

15 Ebd.

16 Deut. 24:17, 27:19; Isaiah 1:17; Jeremiah 22:16, in *JPS Hebrew-English Tanakh*, Philadelphia: The Jewish Publication Society, 2000. (Hervorhebungen durch den Autor)

17 Berger and Lipstadt, „Women in Judaism...“, S. 82. Sie nehmen an, dass die Ursprünge der aufgeklärten Sichtweise bis zu den Sophisten des antiken Griechenland zurückgeführt werden können.

18 Sifra to Lev. 19:18

19 Dabei handelte es sich allerdings nicht um das einzige Modell jener Zeit. Kants Konzept ‚eines Reichs der Zwecke‘ beinhaltet ein vollkommen anderes Modell.

20 Sie ist überzeugt, dass jetzt eine dritte Welle“ entsteht, die weniger mit einer Veränderung des Konzepts als mit dem veränderten *Stellenwert* der Menschenrechte in der Gesellschaft zu tun hat. Siehe Francesca Klug, *Values for A Godless Age: The Story of the United Kingdom's New Bill of Rights*, London: Penguin, 2000, Einleitung, insbes. S. 9-12. Sie weist darauf hin, dass diejenigen, die den Text entwickelten, dabei „auf die ethischen Prinzipien aller bedeutenderen Religionen sowie auf sozialistische, liberale und andere säkulare Formen des Denkens zurückgreifen konnten“. (S. 102). Durch ihre Arbeit haben sich meine Auffassungen von den Menschenrechten grundlegend verändert.

21 Gen. 1:27

22 Rabbi Dr. Samson R Weiss & Rabbi Bezalel Rappaport (Hrsg.), *Reb Chaim's Discourses*, NY: Mesorah Publications, 1989, S. 241

23 Ebd. S. 242

24 Brian Klug, „A crisis in Judaism“, *Guardian*, 15.01. 2009;  
<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/belief/2009/jan/15/judaism/-israel>

25 Der übrige Teil dieses Abschnitts und die folgenden beiden Abschnitte sind meinem neuen Buch entnommen: *Offence: The Jewish Case*, London: Seagull Books, 2009.

26 Jüdische Immigranten, die nach Israel einwandern, bekommen nicht nur die Staatsbürgerschaft: sie vollziehen die *aliyah* (das hebräische Wort für ‚Aufstieg‘).

27 Jeff Halper, „Israel's Jewish problem“, 08. 04. 2009;  
<http://www.icahd.org/icahd/ukdev/eng/articles.asp?menu=6&submenu=2&site=UK&article=409>

28 Sidney Brichto, „You are undermining us“, *Jewish Chronicle*, 09.02. 2007, S. 37

29 Deut. 16:20

30 Babylonian Talmud, Tractate *Shabbat*, 31a.

## Otfried Nassauer, Besondere Beziehungen – die deutsch-israelische Rüstungskooperation

1 In diesen Beitrag sind Informationen eingeflossen, die in Kooperation mit Kollegen wie Dr. Shlomo Shapiro, Christopher Steinmetz und Alexander Lurz über die Jahre zusammengetragen wurden. Eine vertiefte, mit ausführlichen Quellenhinweisen versehene Darstellung für viele hier nur angerissene Themen findet sich in: Otfried Nassauer/Christopher Steinmetz: Rüstungskooperation zwischen Deutschland und Israel, BITS Research Report 03.01, Berlin, September 2003; im Internet zugänglich unter:  
<http://www.bits.de/public/pdf/tr03-1.pdf>

2. Israel setzte diese 1982 im Libanonkrieg sehr erfolgreich ein.

3 Der gedankliche Ablauf dieses Abschnitts verursacht eine wesentliche Auslassung: Sowohl während des Nahost -Krieges 1973 als auch nach dem Einmarsch der israelischen Streitkräfte in die Autonomiegebiete 2002 unterbrachen die Bundesregierungen die Lieferungen nach Israel, ohne ein offizielles Embargo auszusprechen. Anträge wurden nicht bearbeitet, ge-

plante Lieferungen nicht ausgeführt. So sollte Israel signalisiert werden, dass die Bundesregierung keine Eskalation und ein möglichst baldiges Ende der Kämpfe wünschte. Nach Ende der Kampfhandlungen dauerte es jeweils nicht lange, bis die Zusammenarbeit wieder aufgenommen wurde. Obwohl die Regierung Brandt 1973 sogar amerikanische Nachschublieferungen aus Deutschland an Israel offiziell ablehnte, erscheint es als wahrscheinlich, dass sie Israel wirklich bedeutsame Lieferungen nicht verweigerte, diese aber der Kooperation der Geheimdienste Mossad und BND überließ.

4 Als Küstenmafia wird traditionell eine parteiübergreifende Gruppe von Bundestagsabgeordneten (SPD, CDU, FDP) bezeichnet, die aus den Küstenländern stammt und sich seit Jahrzehnten als äußerst effiziente Lobby für die norddeutschen Rüstungsbetriebe und Werften erwiesen hat.

## Kapitel V

### Norman Paech und Kerstin Seifer, Israel und Palästina – die aktuelle Lage aus völkerrechtlicher Perspektive

1 Seit Jahrzehnten ist die Siedlungspolitik der zentrale Hebel, einen souveränen Palästinenserstaat zu verhindern. Vgl. Norman Paech 1992: „Bantustan Palästina, Landenteignung und Siedlungspolitik Israels in den besetzten Gebieten Israels“, in: *Demokratie und Recht*, 2/1992, S. 190 ff. und Norman Paech 1996: „Das verlorene Territorium des palästinensischen Staates, Israels Siedlungspolitik nach den Oslo-Abkommen“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/1996, S. 1252 ff.

2 B'tselem 2009:

<http://www.btselem.org/english/Settlements/Statistics.asp>, 29.07.2009

3 430 Kilometer Straßen, die die Israelis frei nutzen können, die Nutzung von 137 Kilometern davon ist den Palästinenserinnen verboten. Auf 293 Kilometern dürfen nur Palästinenser mit Genehmigung reisen, wobei Zugang und Nutzung dieser Straßen durch über 600 von der israelischen Armee kontrollierte Checkpoints erschwert und eingeschränkt werden (B'tselem 2009: *Human Rights in the Occupied Territories*, Annual Report 2008: S. 13). Zu den 613 Checkpoints, die laut Angaben der UN im Juni 2009 bestanden, kommen noch 84 Kontrollpunkte, die den Zugang und die Bewegung der Palästinenser in Hebron-City kontrollieren, die 63 Mauer-Gates und ca. 70 wechselnde Checkpoints, die seit Beginn 2009 wöchentlich willkürlich wechselnd aufgestellt werden. (vgl. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs occupied Palestinian territory 2009: *West Bank Movement and Access Update*, June 2009,

[http://www.ochaopt.org/?module=displaysection&section\\_id=105&format=html&edition\\_id=](http://www.ochaopt.org/?module=displaysection&section_id=105&format=html&edition_id=))

4 *Süddeutsche Zeitung*, Thorsten Schmitz, 03.03.2009: „Israel will jüdische Siedlungen massiv ausbauen. Pläne für 73 000 neue Wohnungen im Westjordanland könnten Friedensprozess gefährden.“, S. 2. Zudem berichtete der israelische Armeerundfunk einer afp-Meldung vom 20.07.09 zufolge, dass im israelischen Haushalt für das laufende Jahr Kredite in Höhe von 250 Millionen Dollar für den Siedlungsbau im Westjordanland vorgesehen seien.

5 United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UN-OCHA) in occupied Palestinian territory 2009: *Shrinking Space: Urban Contraction and Rural Fragmentation in the Bethlehem Governorate*. Special Focus, Mai 2009.

6 Aktuell berichtet die israelische Zeitung *Ha'aretz* von zwei Familien, die am 01. August 2009 unter Aufsicht mehrerer Hundert israelischer Polizisten ihre Häuser im Ortsteil Sheikh Jarrah räumen mussten. *Ha'aretz*, Nir Hasson und Barak Ravid, 03.08.2009: „U.S.

Condemns Eviction of Arab Families from East Jerusalem.“

<http://www.haaretz.com/hasen/spages/1104779.html> am 03.08.2009

7 United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UN-OCHA) in occupied Palestinian territory 2009: The Planning Crisis in East-Jerusalem: Understanding the Phenomenon of ‚illegal‘ Construction. Studie des UN-OCHA zur Lage in Ost-Jerusalem, Mai 2009.

8 Fathi Khdirat 2006: Das Jordantal unter Besatzung. Informationsblatt der Palästinensischen Kampagne gegen die Apartheidmauer, Koordinator der Palästinensischen Kampagne gegen die Apartheidmauer im Jordantal. Englisch Original: The Jordan Valley under Occupation.

9 UN-OCHA 2009: West Bank Barrier Route Projections, Juli 2009,

<http://www.ochaopt.org/>: S. 1 f.

10 Ebd.: S. 11 ff.

11 The International Court of Justice 2004: Advisory Opinion on the Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory:

<http://www.icj-cij.org/docket/index/.php?pl=3&p2=4&k=5a&case=131&code=mwp&p3=4>

12 *Ha'aretz* 20.04.09: „World Bank: Israelis get four times more water than Palestinians.“ Von Avi Issacharoff,

<http://www.haaretz.com/hasen/spages/1079405.html>

13 Vgl. dazu ausführlicher B'tselem 2009, u. a. „International law and water.“

<http://www.btselem.org/english/Water/Index.asp>

14 Mel Frykberg, 15.05.2009: West Bank Becomes Waste Land.

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID31612&Cr=gaza&Cr1=&Kw1=Gaza&Kw2=schools&Kw3=>

15 United Nations 2009: Consolidated Appeal Process – Humanitarian Appeal 2009, November 2008: S. 32-33.

16 Deutschland hat sich bei den genannten Resolutionen der Stimme enthalten.

17 Ein israelischer Militärsprecher hat am 26.03.09 in einer förmlichen Erklärung die vorläufigen Ergebnisse der israelischen Erhebungen über die Opfer des Kriegs im Gazastreifen bekanntgegeben. Demnach hat die Armee nach eingehender Überprüfung 1.166 Palästinenser als Todesopfer identifiziert, 709 von ihnen bezeichnet sie als „Terroraktivisten der Hamas und einiger anderer Organisationen“, 295 als „nicht involvierte Palästinenser“, unter ihnen 89 Minderjährige und 49 Frauen (*Neue Zürcher Zeitung* vom 28.03.2009, Umstrittene Bilanz des Krieges im Gazastreifen, S. 6).

18 Amnesty International 2009: Israel/Gaza. Operation ‚Cast Lead‘: 22 Days of Death and Destruction. Und: John Dugard, Paul de Waart, Judge Finn Lynghjem, Gonzalo Boye, Francisco Corte-Real, Raelene Sharp 2009: Report of the Independent Fact Finding Committee On Gaza: No Safe Place. Presented to the League of Arab States. April 2009.

19 Amnesty International 2009: Israel/Gaza. Operation ‚Cast Lead‘: 22 Days of Death and Destruction: S. 66.

20 Jimmy Carter: „An Unnecessary War“, *Washington Post* vom 8. 1. 2009.

21 Hans-Peter Gasser 2007: *Humanitäres Völkerrecht*. Eine Einführung. Nomos, Baden-Baden, S. 134.

22 Vgl. dazu auch *Neue Zürcher Zeitung* vom 26.03.2009: „Hat der Besetzer ein Recht auf Selbstverteidigung? Der Uno-Berichterstatler Falk untersucht Israels Krieg im Gazastreifen“, S. 4.

- 23 Sebastian Van As, Alicia Vacas Moro, Ralf Syring, Jørgen Lange Thomsen, Shabbir Ahmed Wadee 2009: Final Report, Independent fact-finding mission into violations of human rights in the Gaza Strip during the period 27.12.2008 -18.01.2009. Organisiert von Physicians for Human Rights – Israel und Palestinian Medical Relief Society PMRS, April 2009.
- 24 Human Rights Watch: *Rain of Fire*. Israel's Unlawful Use of White Phosphorus in Gaza, März 2009.
- 25 „Breaking the Silence“ – Operation Cast Lead, <http://breakingthesilence.org.il>
- 26 Ebd.
- 27 *The Independent*, 15 January 2009.
- 28 *Ha'aretz* meldete am 14. Januar, dass bis dahin 565 Raketen und 200 Granaten in Israel einschlugen.
- 29 Ghassan Abu Sittah, Swee Ang 2009. The Wounds of Gaza. The Lancet. Global Health Network. 02. Februar 2009.
- 30 United Nations 28.07.2009: Humanitarian Agencies Urge Israel To Allow Rebuilding Of Gaza Schools.  
<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID31612&Cr=gaza&Cr1=&Kw1=Gaza&Kw2=schools&Kw3=>
- 31 „Breaking the Silence“ – Operation Cast Lead, <http://breakingthesilence.org.il>
- 32 Die „United Nations Fact Finding Mission on the Gaza Conflict“ ermittelt gegenwärtig unter der Leitung von Richard Goldstone, Völkerrechtler und ehemaliger UN-Chefankläger. Die Ergebnisse dieser Mission wurden im September 2009 auf der 12. Sitzung des Menschenrechtsrats vorgestellt. [Der „Goldstone-Bericht“ ist inzwischen auf deutsch erschienen: Hendrick/Melzer (Hg.), *Report der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen über den Gaza-Konflikt*, Semit Edition im neuen Melzer Verlag, Neu-Isenburg 2010, 650 S.]
- 33 Vgl. etwa *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Hans-Christian Rößler vom 24. Januar 2009: „Wo gingen die Phosphorgranaten nieder?“ S. 2.
- 34 Ebd., S. 1
- 35 afp-Meldung vom 23.01.2009, 08:00 h, „Israel bereitet Verteidigung gegen Kriegsverbrecher-Vorwürfe vor - Olmert setzt Arbeitsgruppe ein.“
- 36 Flechettes sind 4 cm lange Metallpfeile mit sehr scharfer Spitze und vier Flügeln am Ende, sehen also aus wie kleine Dartpfeile. Granaten werden mit 5.000 bis 8.000 Flechettes gefüllt und von Panzern abgeschossen. Die Granate explodiert in der Luft und schleudert die Flechettes heraus, ca. auf eine Fläche von 100 Metern mal 300 Metern. Die Flechettes sind Anti-Personen-Waffen und sind tödlich. Bereits am 27. Januar 09 meldete Amnesty International, dass Beweise vorliegen, dass die israelischen Streitkräfte im Gazakrieg am 05. und 07. Januar Flechettes gegen Zivilisten eingesetzt haben, wobei auch Kinder von den Flechettes tödlich getroffen wurden (Amnesty International, Pressemitteilung vom 27. 01.09: Israel Army uses Flechettes against Civilians).
- 37 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 03.03.2009: Mehr als fünf Milliarden Dollar für Gaza – aber nicht für die Hamas. Siebzig Staaten spenden für den Wiederaufbau/Geberkonferenz in Scharm al Scheich.
- 38 United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs 2009: The Humanitarian Monitor, Juni 2009. S. 1f
- 39 Ebd. S. 2

## Eyal Weizman, Rechtskrieg in Gaza: der gesetzgebende Angriff

1 Walter Benjamin: „Zur Kritik der Gewalt“, 1920-21, in: Walter Benjamin, Gesammelte Schriften, Band II.1, Hg. R. Tiedemann, H. Schweppenhäuser, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1999, S. 179-204, S. 186.

2 Vgl. „ICC starts analysis of Gaza war crimes allegations“ vom 03.02.2009 auf: <http://www.rnw.nl/internationaljustice/icc/theicc/090203-ICC-Gaza>

3 Vgl. Herb Keinon: „Israel readies to deal with legal challenges to Gaza op“ vom 16.02.2009 auf: <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1233304800383&pagename=JPost%2FJPArticle%2FShowFull>

4 Vgl.: „What is international humanitarian law?“, auf: <http://www.icrc.org/Eng/ihl>

5 Vgl.: „Information on International Humanitarian Law (IHL)“ auf: <http://opt.ihlresearch.org/index.cfm?fuseaction=Page.viewpage&pageid=868>

6 Vgl.: „Biographies: Major General Charles J. Dunlap Jr.“, Stand: August 2008, auf: <http://www.af.mil/bios/bio.asp?bioID=5293>

7 Charles J. Dunlap Jr.: „Lawfare amid warfare“ in: *Washington Times*, 03.08.2007, auf: <http://www.washingtontimes.com/news/2007/aug/03/lawfare-amid-warfare/>

8 Vgl.: Synopsis „Of War and Law by David Kennedy, Princeton University Press, Princeton, 2006“ auf: <http://press.princeton.edu/titles/8263.html>

9 Vgl.: Uri Blau, Yotam Feldman: „How IDF legal experts legitimized strikes involving Gaza civilians“ in: *Ha'aretz* am 31.01.2009, siehe: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1057648.html>

10 Uri Blau, Yotam Feldman: „Consent and advise“ in: *Ha'aretz* am 05.02.2009, siehe: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1059925.html>

11 Vgl.: „Curriculum Vitae of Isaac Herzog“ auf: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Personalities/From+A-Z/Isaac+Herzog.htm>

12 Vgl.: <http://opt.ihlresearch.org/>

13 Vgl. ebd.

14 Vgl: <http://www.inss.org.il/>

15 Amos Harel: „Analysis: IDF plans to use disproportionate force in next war“ in: *Ha'aretz* am 28.02.2009, auf: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1026539.html>

16 Vgl. ebd.

17 Ebd.

18 Vgl. ebd.

19 Uri Blau, Yotam Feldman: „Consent and advise“.

20 Vgl.: „Treaties and customary international humanitarian law“ auf: [http://www.icrc.org/Web/Eng/siteeng0.nsf/htmlall/section\\_ihl\\_treaties\\_and\\_customary\\_law?OpenDocument](http://www.icrc.org/Web/Eng/siteeng0.nsf/htmlall/section_ihl_treaties_and_customary_law?OpenDocument)

21 Vgl.: „Curriculum Vitae Col. Daniel Reiser“ auf: <http://www.ict.org.il/Biographies/ColResAdvDanielReisner/tabid/138/Default.aspx>

22 Vgl. Paul Rogers: „Gaza: the war after the war“, auf: <http://www.opendemocracy.net/article/gaza-the-war-after-the-war>

# Literaturverzeichnis

- Gilbert Achcar/Michael Warschawski, *Der 33-Tage-Krieg*. Israels Krieg gegen die Hisbollah im Libanon und seine Folgen, Edition Nautilus, Hamburg 2007, 94 S.
- Vittorio Arrigoni, *Gaza Dezember 2008 – Juli 2009 – Mensch bleiben, restiamo umani*; Zambon, Frankfurt/Main, 2009
- Hanan Ashrawi, *Ich bin in Palästina geboren*. Ein persönlicher Bericht, Goldmann, München 1997, 410 S.
- Uri Avnery, *Israels Vicious Circle – Ten Years of Writings on Israel and Palestine*, Pluto Press, London 2008, 230 S.
- John Bunzl/Alexandra Senfft, *Zwischen Antisemitismus und Islamophobie*. Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost. Eine Anthologie, VSA, Hamburg 2008, 255 S.
- Sophia Deeg/Michèle Sibony/Michael Warschawski (Hrsg.), *Stimmen israelischer Dissidenten* (u. a. Avnery, Benvenisti, Hass, Kimmerling, Laor, Levy, Pappé, Reinhart, Warschawski), Neuer ISP Verlag, Köln 2005, 220 S.
- Norman G. Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie*. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, Piper, München/Zürich 2002, 248 S.
- Norman G. Finkelstein, *Antisemitismus als politische Waffe*. Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte, Piper Verlag, München/Zürich 2007, 388 S.
- Robert Fisk, *The Great War of Civilisation – The Conquest of the Middle East*, Harper Perennial, London/New York/Toronto and Sydney 2006, 1.368 S.
- Alexander Flores, *Der Palästina-Konflikt*, Herder, Freiburg 2009, 128 S.  
Für Einsteiger in die Thematik absolut empfehlenswert!
- Wolfgang Gehrcke/Jutta von Freyberg/Harri Grünberg, *Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt*, Papyrossa, Köln 2009, 270 S.
- Jeff Halper, *An Israeli in Palestine – Resisting Dispossession, Redeeming Israel*, Pluto Press, London 2008, 315 S.
- Jeff Halper, *Obstacles to Peace – A Reframing of the Palestinian-Israeli Conflict*, ICAHD, Jerusalem, 2nd edition 2004, 90 S.
- Amira Hass, *Gaza – Tage und Nächte in einem besetzten Land*, dtv, München 2004, 414 S.
- Amira Hass, *Morgen wird alles schlimmer*. Berichte aus Israel und Palästina, C.H. Beck, München 2006, 213 S.
- Eric Hazan, *Reise nach Palästina*. Notizen aus Nablus, Kalkilia und Hebron, Edition Nautilus, Hamburg 2008, 93 S.

- Hendrick/Melzer (Hg.), *Report der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen über den Gaza-Konflikt* (Goldstone-Bericht), Semit Edition im neuen Melzer Verlag, Neu-Isenburg 2010, 650 S.
- Sebastian Kalicha (Hg.), *Barrieren durchbrechen! Israel/Palästina: Gewaltfreiheit, Kriegsdienstverweigerung, Anarchismus, Graswurzelrevolution*, Münster, 2008, 277 S.
- Amnon Kapeliuk, *Yassir Arafat. Die Biographie*, Palmyra, Heidelberg 2005, 548 S.
- Yehudit Kirstein Keshet, *Checkpoint Watch. Zeugnisse israelischer Frauen aus dem besetzten Palästina*, Edition Nautilus, Hamburg 2007, 253 S.
- Gudrun Krämer, *Geschichte Palästinas*, C. H. Beck, München 200, 440 S.
- Felicia Langer, *Lasst uns wie Menschen leben. Schein und Wirklichkeit in Palästina*, Lamuv, Göttingen 1999, 208 S.
- Felicia Langer, *Die Entrechtung der Palästinenser. 40 Jahre israelische Besatzung*, Lamuv, Göttingen 2006, 187 S.
- Bettina Marx, *Gaza. Berichte aus einem Land ohne Hoffnung, Zweitausendeins*, Frankfurt 2009, 351 S.
- John J. Mearsheimer/Stephen M. Walt, *Die Israel-Lobby. Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird*, Campus, Frankfurt/New York 2007, 503 S.
- Hajo G. Meyer, *Judentum, Zionismus, Antizionismus und Antisemitismus – Versuch einer Begriffsbestimmung*, Frank & Timme, Berlin 2009, 79 S.
- Ilan Pappé, *Die ethnische Säuberung Palästinas*, Zweitausendeins, Frankfurt 2008, 416 S.
- Tanya Reinhart, *The Road Map to Nowhere – Israel/Palestine since 2003*, Verso, London/New York, 2006, 248 S.
- Edward W. Said, *The Politics of Dispossession – The Struggle for Palestinian Self-Determination 1969–1994*, Vintage Books, New York 1994, 450 S.
- Tom Segev, *Es war einmal ein Palästina.*, Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, Pantheon-Verlag, München 2005, 669 S.
- Tom Segev, *1967. Israels zweite Geburt*, Pantheon-Verlag, München 2007, 797 S.
- Sabine Schiffer/Constantin Wagner, *Antisemitismus und Islamophobie – ein Vergleich*, HWK Verlag, Wassertrüdingen 2009, 260 S.
- Enzo Traverso, *Nach Auschwitz. Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords*, Neuer ISP Verlag, Köln 2000, 220 S.
- Enzo Traverso, *Moderne und Gewalt. Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors*, Neuer ISP Verlag, Köln 2003, 160 S.
- Rolf Verleger, *Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht*, Papyrossa, Köln 2009, 183 S.
- Michael Warschawski, *An der Grenze. Autobiographie*, Edition Nautilus, Hamburg 2004, 256 S.

Michael Warschawski, *Mit Höllentempo*. Die Krise der israelischen Gesellschaft, Edition Nautilus, Hamburg 2005, 128 S.

Ludwig Watzal, *Feinde des Friedens*. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2001, 341 S.

Eyal Weizman, *Sperrzonen*. Israels Architektur der Besatzung, Edition Nautilus, Hamburg 2009, 352 S.

Moshe Zuckermann, *Sechzig Jahre Israel*. Die Genesis einer politischen Krise des Zionismus, Pahl-Rugenstein, Köln 2008, 166 S.

## **Weitere Materialien**

### **Audiovisuelles Material**

Mohammed Alatar – Die Eiserne Mauer, DVD-Film 53 Min. Palästina 2006

Doku über das Leben zu beiden Seiten der von Israel errichteten Trennmauer in Palästina. Bezugsadresse: [www.jungewelt-shop.de](http://www.jungewelt-shop.de)

### **Elektronische Medien**

Alternative Information Center Jerusalem: [www.alternativenews.org](http://www.alternativenews.org)

BDS Movement: [www.bdsmovement.net](http://www.bdsmovement.net)

Bil'in Village: [www.bilin-village.org](http://www.bilin-village.org)

B'Tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the occupied Territories: [www.btselem.org](http://www.btselem.org)

Challenge Magazine: [www.challenge-mag.com](http://www.challenge-mag.com)

Das Palästina-Portal: [www.palaestina-portal.eu](http://www.palaestina-portal.eu)

Gaza muss leben!: [www.gazamussleben.at/de](http://www.gazamussleben.at/de)

Gush Shalom: [www.gush-shalom.org](http://www.gush-shalom.org)

International Jewish Antizionist Network: [www.ijsn.net](http://www.ijsn.net)

International Solidarity Movement: [www.palsolidarity.org](http://www.palsolidarity.org)

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (Deutsche Sektion der European Jews for a Just Peace): [www.juedische-stimme.de](http://www.juedische-stimme.de)

The Electronic Intifada: [www.electronicintifada.net](http://www.electronicintifada.net)

The Free Gaza Movement: [www.freegaza.org](http://www.freegaza.org)

## Autorinnen und Autoren

*Assaf Adiv*, landesweiter Koordinator des *Workers Advice Center* – einer unabhängigen israelischen gewerkschaftlichen Organisation – und Autor des *Challenge Magazine*.

*Mustafa Barghuthi*, Arzt und maßgeblich an den *Palestinian Medical Relief Committees* beteiligt, die unter den extremen Bedingungen der israelischen Besatzung versuchen, die medizinische Versorgung für die Bevölkerung zu gewährleisten. Er kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen 2005 für Al Mubadara und konnte rund 20% der Stimmen auf sich vereinigen. Unter der Regierung der Nationalen Einheit war er 2007 Informationsminister. Er ist für Al Mubadara Abgeordneter im palästinensischen Parlament. Diese Partei setzt sich für Rechtsstaatlichkeit und demokratische Strukturen in den besetzten palästinensischen Gebieten ein.

*Omar Barghuthi*, BDS-Aktivist, Gründungsmitglied der palästinensischen Kampagne für einen akademischen und kulturellen Boykott Israels (PACBI).

*Tsafir Cohen*, wuchs in Israel und Kanada auf und ist seit 1986 in Berlin beheimatet, war dort publizistisch und im Kulturbereich tätig (u. a. gründete er das Jewish Film Festival Berlin). 2007 wurde er Repräsentant der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation *medico international* in Palästina und Israel mit Sitz in Ramallah und Jerusalem.

*Martin Forberg*, Journalist und Menschenrechtsaktivist in Berlin.

*Jeff Halper*, Anthropologe und Aktivist, Koordinator des „Israelischen Komitees gegen Häuserzerstörungen“ (ICAHD); befand sich auf dem ersten Schiff seit 40 Jahren, das im August 2008 die völkerrechtswidrige Abriegelung des Gazastreifens durchbrach. Zusammen mit PalästinenserInnen sowie israelischen und internationalen AktivistInnen kämpft er seit vielen Jahren gegen die israelische „Matrix der Kontrolle“ über die Palästinenser und ihr Land.

*Mohammed Khatib*, Sekretär des Dorfrats von Bil'in (Westbank) und eines der aktivsten Mitglieder des Bürgerkomitees gegen die Mauer, das gemeinsam mit den israelischen *Anarchists Against the Wall* 2008 die Carl-von-Ossietsky-Medaille verliehen bekam.

*Brian Klug*, Senior Research Fellow an der St. Benet's Hall in Oxford, Mitbegründer der *Independent Jewish Voices* und einer der HerausgeberInnen von *A Time to Speak Out* (London: Verso, 2008). Seine jüngste Veröffentlichung: *Offence: The Jewish Case* (London: Seagull Books, 2009).

*Felicia Langer*, deutsch-israelische Menschenrechtsanwältin, die in Israel vor allem Palästinenser vor den israelischen Militärgerichten vertrat; in Deutschland Buchautorin, vorwiegend über den israelisch-palästinensischen Konflikt.

*Hajo G. Meyer* flüchtete 1939 aus seiner Geburtsstadt Bielefeld nach Holland, wo er zunächst im Untergrund lebte. 1944 wurde er nach Auschwitz deportiert. Er überlebte dort zehn Monate. Nach dem Krieg studierte er Theoretische Physik und leitete später die Forschungsabteilung bei Philips. Seit seiner Pensionierung ist er Geigenbauer. Seit Ende 2002 sind von ihm *Das Ende des Judentums* und *Tragisches Schicksal* sowie 2009 *Judentum, Zionismus, Antizionismus und Antisemitismus – Versuch einer Begriffsbestimmung* erschienen.

*Volkhard Mosler*, Jahrgang 1943, von Beruf Erzieher, ist seit den sechziger Jahren in der politischen Linken aktiv. 1968 war er in Frankfurt Vorstandsmitglied des legendären SDS, in der Partei DIE LINKE ist er Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Kreisverbands Frankfurt.

*Otfried Nassauer*, freier Journalist und Publizist. Er leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit – BITS. ([www.bits.de](http://www.bits.de))

*Norman Paech*, bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, Außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, kandidierte nicht wieder. 1982 bis 2003 Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg; Mitglied der „Vereinigung demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“, der „Freundschaftsgesellschaft Vietnam-BRD“, im Wissenschaftlichen Beirat von „International Association of Lawyers against Nuclear Armement“ (IALANA) und „International Physicians for the Prevention of Nuclear War“ (IPPNW), bei Attac und im Auschwitz-Komitee.

*Enzo Traverso*, geboren 1957 in Italien, studierte an der *Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales* (Paris) und ist derzeit Professor der Politikwissenschaft an der *Université de Picardie* in Amiens; Lehrtätigkeit an verschiedenen europäischen und lateinamerikanischen Universitäten. Auf Deutsch sind von ihm erschienen: *Auschwitz denken* (2000), *Nach Auschwitz* (2000), *Moderne und Gewalt* (2003), *Gebrauchsanleitungen für die Vergangenheit* (2007) und *Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914-1945* (2008). Er schreibt u. a. für *Il Manifesto*.

*Rolf Verleger*, Jahrgang 1951, Neuropsychologe an der Universität Lübeck. Zwischen 1994 und 2006 war er maßgeblich beteiligt am Aufbau der Jüdischen Gemeinde Lübeck und des Landesverbands Schleswig-Holstein. Er war dessen Vorsitzender sowie dessen Delegierter im Zentralrat der Juden in

Deutschland und wurde wegen seiner Kritik an der israelischen Politik aus diesen Ämtern abgewählt.

*Michael Warschawski*, israelischer Friedensaktivist, Gründer des *Alternative Information Center* (AIC) in Jerusalem, Sohn eines Strasbourger Großrabbiners, der als Jugendlicher nach Israel kam, um den Talmud zu studieren. Kämpfte unter anderem im Rahmen der linken Organisation *Matzpen* für einen Frieden im Nahen Osten, der auf den Werten der Brüderlichkeit, der Solidarität und Koexistenz beruht und gleiche Rechte für Palästinenser und Israelis zur Voraussetzung hat. In den Weltsozialforen vertritt er seit 2001 das AIC und arbeitet mit anderen an Strategien zur Erlangung gerechter Konfliktlösungen und zur Ermächtigung der Machtlosen.

*Ludwig Watzal*, Politologe mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen; Buchautor und z. Zt. Redakteur und freier Journalist; Fernseh- und Radio-kommentare sowie Vortragstätigkeit zu Israel und Palästina, zur deutschen und amerikanischen Außenpolitik, zu entwicklungs politischen Themen und zur Europäischen Integration.

*Eyal Weizman*, Architekt und Direktor des *Center for Research Architecture* am *Goldsmiths College* (Universität London), zuvor Professor für Architektur an der Akademie für bildende Künste in Wien; begleitete und organisierte Konferenzen in verschiedenen Institutionen weltweit; seit 2008 Vorstandsmitglied der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem. Er veröffentlichte bisher u. a. *A Civilian Occupation* und die Serie *Territories*; Verfasser zahlreicher Artikel in Zeitschriften und Büchern und freier Redakteur für das *Cabinet* Magazin; erhielt 2007 den „James Stirling Memorial Lecture Prize“.

*Yossi Wolfson*, Menschenrechtsanwalt aus West-Jerusalem. Er ist u. a. in antimilitaristischen, queeren und tierrechtlichen Zusammenhängen aktiv und befreit sich als Linker.

*Art Young*, kanadischer Aktivist und Journalist, Mitglied der Koalition gegen die israelische Apartheid, Toronto.